

Prof. Dr. Julius Krebs
1846 - 1924

Zeitschrift des Vereins
für
Geschichte Schlesiens

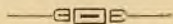
Namens des Vereins
unter Mitwirkung der Schriftleitung
herausgegeben

von

Honrad Wutke und Hans Bellée

Neunundfünfzigster Band

Mit einem Hilde und einer Kartenskizze



Zu Kommissionsverlag von
Ferdinand Hirt
Breslau 1925

4026.59

II



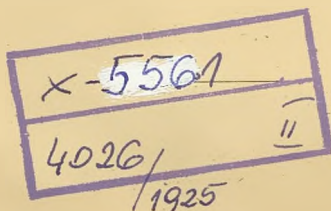
80.000.

Mitglieder der Schriftleitung.

Wutke. Wendt. Ziefurſch. Seppelt. Bellée.

Die zur Veröffentlichung durch den Verein bestimmten Manuskripte sind an den Vorsitzenden, Herrn Staatsarchivdirektor Geh. Archivrat Dr. Wutke, Breslau 16, Tiergartenstraße 13, einzusenden.

Die Manuskripte für den nächsten Band der Zeitschrift (Bd. 60) sind bis zum 1. April 1926 druckfertig einzuliefern. Später eingehende, wenn auch vorher angemeldete bzw. bereits bedingungsweise angenommene Manuskripte können nur für einen folgenden Band berücksichtigt werden.



Inhalt des neunundfünfzigsten Bandes.

I. Die politische Entwicklung der schlesischen Provinziallandtage. Von Studienrat Dr. Willy Klawitter	1
II. Das Kataster Friedrichs des Großen und seine Bedeutung für die schlesische Agrargeschichte. Von Dr. phil. Friedrich Eschrich . . .	29
III. Die Verfassung und Verwaltung des Gesamtstaats Schlesien in der Zeit des Dreißigjährigen Krieges. Von Studienrat Dr. Hans Hübner (Danzig)	74
IV. Zur Geschichte des hausindustriellen Leinengewerbes in Schlesien. Der Weberzins. Von Staatsarchivrat Dr. Victor Loewe.	90
V. Das Handschriftenverzeichnis der Augustiner-Propstei Grünberg (in Schlesien) vom Jahre 1423. Von Bibliotheksrat Dr. Karl Heinrich Kother.	102
VI. Die Ausleihungsurkunde von Nieder-Frauenwaldau, Kreis Trebnitz, zu Neumarkter Recht. Ein Beitrag zur Urkundenfälschung im Mittelalter. Von Staatsarchivrat Dr. Erich Randt	125
VII. Das Chronicon Polono-Silesiacum. Von Oberstudienrat i. R. Prof. Dr. Ernst Maetschke	137
VIII. Urkunden zur Geschichte von Bolkenhain und seines Weichbildes. Von Religionslehrer August Müller (Teplitz-Schönau, Tschechoslowakei)	153
IX. Neue kirchenrechtliche Forschungen zur Kolonisationsgeschichte Ostdeutschlands. Von Rittergutsbesitzer Dr. jur. Heinrich von Loesch (Oberstephansdorf, Kreis Neumarkt)	158
X. Julius Krebs. Ein Lebensbild. Von Studienrat Prof. Dr. Wilhelm Rudkowski	164
XI. Gustav Bauch. Ein Lebensbild. Von Bibliotheksrat Dr. Otfried Schwarzer.	180
XII. Martin Feist. Nachruf von Pastor Ottomar Dächsel (Brustawe)	188
XIII. Bericht über die Vereinstätigkeit 1923 u. 1924. Von Oberstudienrat i. R. Prof. Dr. E. Maetschke	190
Vorträge	193
Mitglieder-Verzeichnis (abgeschlossen Mitte September 1925) . . .	194

I.

Die politische Entwicklung der schlesischen Provinziallandtage¹⁾.

Von

Wilh. Alawitter.

Das 19. Jahrhundert bildet, verfassungsgeschichtlich, eine Zeit des Überganges. Des Überganges von dem Absolutismus des Herrschers, wie ihn das 18. Jahrhundert aufweist, zu der Vorrherrschaft des Volkes, die dem 20. Jahrhundert sein Gepräge gibt. Diese Entwicklung vollzog sich in den verschiedenen Staaten Europas ganz verschieden. England, das freilich schon vorher eine Ausnahmestellung einnahm, brauchte nur seine Einrichtungen folgerichtig fortzubilden, Rußland, am zähesten an den alten Formen haftend, erlebte erst in unsern Tagen den um so ärgeren Sturz in das Gegenteil. Für die übrigen europäischen Staaten war die geistige Bewegung, die in der französischen Revolution ihren stärksten Ausdruck fand, der Ausgangspunkt ihrer modernen Verfassungsentwicklung. Während nun in Frankreich selbst diese Revolution, trotz aller späteren Rückschläge, die ausgesprochene Grundlage für das gesamte folgende Jahrhundert schuf, ging Deutschland und namentlich Preußen mit großer Langsamkeit und Vorsicht und unter wiederholten Rückbildungen zu Werke. Die französische Revolution schlug sich in Preußen in den geordneten Bahnen der Stein'schen Reform nieder; ihr folgte die Reaktion. Die Märzrevolution brachte neben der Volksvertretung eine neue Reaktion. Und erst jetzt, zwei Jahrzehnte nach Beginn des 20. Jahrhunderts, sind wir in den Endkampf jener Entwicklung eingetreten, deren Dauer noch nicht abzusehen ist.

In diesem großen historischen Entwicklungsgange bildet die politische Entwicklung der Schlesischen Provinziallandtage nur einen Ausschnitt, der aber doch ein Bild gibt von der politischen Entwicklung Preußens bis zum Jahre 1848, der als ein Kleines das Größere widerspiegelt.

¹⁾ Zur 100 jährigen Wiederkehr der Eröffnung des 1. Schlesischen Provinziallandtages 1825.

Jede politische Entwicklung vollzieht sich im fortgesetzten Widerstreit zwischen den Anhängern des Alten und des Neuen. Der Grad der Machtverteilung zwischen beiden bestimmt ihren Lauf.

Die Reformen des Frh. vom Stein waren nur möglich unter dem vernichtenden Eindruck von Jena und Auerstädt. Der Zusammenbruch des alten Systems war so vollständig, daß die Notwendigkeit von tiefgreifenden Reformen ganz anders in die Augen sprang als vorher.

Aber allmählich sammelten die Anhänger des alten Preußen wieder ihre Kräfte, und als Napoleon besiegt war, da triumphierten bald die alten Mächte, und es dauerte nicht lange, und die ganze Reformbewegung verlief im Sande. Die Karlsbader Beschlüsse verkündeten 1819 laut und vernehmlich, daß es mit allen freiheitlichen Neuerungen ein Ende habe.

Der Grundgedanke Steins war bekanntlich der, daß er aus Untertanen Staatsbürger machen wollte; Staatsbürger, die ein Interesse nahmen am Staatswesen und als solche aber auch politische Rechte besitzen mußten. Zu dem Zwecke schuf er die Bauernbefreiung und Städteordnung, plante er die Selbstverwaltung in Landgemeinde, Kreis und Provinz und als Krone seines Verfassungswerkes die Reichsstände. Eine reichsständische Verfassung erschien auch in den folgenden Jahren als die notwendige Belohnung für ein Volk, das die Befreiungskriege durchgekämpft hatte. Der berühmte Artikel 13 der deutschen Bundesakte bestimmte 1815 eindeutig: „In allen Bundesstaaten wird eine landständische Verfassung stattfinden.“ Der König von Preußen gab bis zum Jahre 1820 wiederholt das feierliche Versprechen, daß er eine Nationalrepräsentation schaffen wolle.

Allein die Reichsstände erschienen nicht. Das einzige, was noch erfolgte, waren die Provinzialstände. Und sie waren kein Werk, das in den Steinschen Verfassungsplan hineinpaßte, sondern ein Rückschritt, das Ergebnis ständischer Anschauungen aus vergangener Zeit.

Das allgemeine Gesetz über die Einführung der Provinzialstände erschien 1823, die Einzelgesetze für die acht Provinzen 1824.

Den Schöpfern des Gesetzes kam es vor allem darauf an, jede Ähnlichkeit mit einer modernen Verfassung, einer „Constituante“ in französischem Sinne, auszuschließen. Die Abgeordneten waren keine Vertreter des Volkes, sondern Beauftragte ihres Standes und hatten nur dessen Interessen zu vertreten. Das wurde ihnen von Friedrich Wilhelm IV. nachmals bei mehr als einer Gelegenheit

eingeschärft. Man knüpfte an die alten, aus dem Mittelalter übernommenen Stände unmittelbar an, die zwar in einzelnen Provinzen, wie in Brandenburg, noch am Leben, in anderen, wie gerade in Schlesien, seit Menschengedenken verschwunden waren. Den Provinziallandtag bildeten 4 Stände, nämlich die Fürsten und Standesherrn, die Ritterschaft, die Städte und die Bauern. Die beiden ersten Klassen hatten in Schlesien (und das Prinzip war natürlich überall dasselbe) 46 Stimmen und vertraten etwa 6000 „Kommittenten“. Sie waren praktisch eine Vertretung des Adels, bürgerliche Abgeordnete gab es sehr selten im zweiten Stande. Bürger und Bauern hatten auch 46 Stimmen. Es gab natürlich trotz der 4 Stände nur 2 Interessensparteien. Bürger und Bauern hatten das gemeinsame Ziel der Befreiung von den sie einengenden Fesseln, was nur auf Kosten der oberen Stände geschehen konnte. Die Stimmengleichheit täuschte eine äußerliche Gleichheit der Kräfte vor, in Wirklichkeit war es schon rein theoretisch selbstverständlich, daß mancher ungewandte und vielleicht abhängige Vertreter des vierten Standes oder auch einer kleinen Stadt sich auf die andere Seite ziehen ließ. Die Praxis bewies das.

Daß das Ständegesetz nicht eine Fortführung der Stein'schen Reform bedeutete, sondern an Formen des 18. Jahrhunderts anknüpfte, zeigt auch der grundlegende Satz des Gesetzes: „Das Grundeigentum ist Bedingung der Standschaft“. Nur der Grundbesitzer hat aktives und passives Wahlrecht, nur wer wenigstens 10 Jahre Besitzer ist, kann gewählt werden. Dazu kamen für den 3. und 4. Stand — nicht für den 2. Stand — noch dermaßen erschwerende Sonderbedingungen hinzu, daß es mitunter das Schwierigste bei dem Wahlgeschäft war, die vorschriftsmäßigen Kandidaten zu finden. Bei der Wahl zum 1. Landtage hatte z. B. ein oberschlesischer Bezirk nicht einen einzigen wählbaren Bauern; der König mußte hier, wie noch sonst manchmal, Dispensationen eintreten lassen.

Einer der bekanntesten reaktionären Publizisten jener Tage, der Geheimrat Schmalz, frohlockte beim Erscheinen des Ständegesetzes, daß die „sogenannten ausgezeichneten Köpfe“ vom Landtage ferngehalten seien. In der Tat: nur dem Rittergutsbesitzer wurde die Wahl leicht gemacht, allen übrigen aber sehr schwer. In den Städten war u. a. Gewerbebetrieb oder Mitgliedschaft im Magistrat vorgeschrieben, damit waren Arzt, Rechtsanwalt, Beamte, Gelehrte ausgeschlossen. Der Gewerbetreibende in der Stadt war, wenn er sonst alle Bedingungen erfüllte, wählbar, der Gewerbetreibende auf dem Lande war es nicht. Denn hier hätte er Bauer sein müssen.

Selbst der bedeutendste Fabrikbesitzer war ausgeschlossen, wenn er zufälligerweise seine Fabrik nicht in der Stadt, sondern auf dem Lande hatte. Er hätte dann nebenbei ein Rittergut besitzen müssen.

Solche Merkwürdigkeiten waren die Folge davon, daß man immer nur an die Erhaltung des Alten dachte und nicht berücksichtigte, daß inzwischen die soziale Schichtung der Bevölkerung eine andere geworden war.

Der absolute Staatsgedanke wurde durch die Errichtung der Provinziallandtage keineswegs eingeschränkt. In diesem Punkte ging man nicht auf die altständische Verfassung zurück, deren wesentlichstes Vorrecht einst das Steuerbewilligungsrecht gewesen war. Wenn sich die Krone bereit erklärte, den Landtagen alle Gesetzentwürfe vorzulegen, die sich auf die betreffende Provinz bezogen, ja, solange keine Reichsstände bestanden, sogar gewisse allgemeine Gesetze, soweit sie die Provinz betrafen, so war das keine Verpflichtung, denn der Landtag mochte beraten und begutachten, was er wollte, die Krone verfuhr schließlich nach ihrem Gutdünken und war an nichts gebunden. Der kgl. Landtagsabschied, der den Entscheid auf die ständischen Vorschläge erteilte, erschien unter Friedrich Wilhelm III. gewöhnlich 1—2 Jahre nachher, und die Stände pflegten sehr wenig erbaut zu sein über die geringe Berücksichtigung ihrer Vorschläge. Das Petitionsrecht, das ebenfalls den Ständen eingeräumt wurde, war eigentlich kein Recht. Denn das Recht zu bitten hatte jeder Untertan. Und eine größere Anwartschaft auf Erfüllung seiner „Petitionen“, die zudem mit Zweidrittel-Majorität angenommen sein mußten, hatte der Landtag an und für sich auch nicht als der einzelne Untertan, wie die Praxis zeigte.

Die Provinziallandtage in der eingeführten Form konnten daher niemanden befriedigen. Sie waren nicht mehr das, was die alten Stände darstellten, und in den Steinschen Reformbau paßten sie erst recht nicht. Wie hatte doch Stein in seinem Rundschreiben von 1808 geäußert: „Jeder aktive Staatsbürger, er besitze 100 Hufen oder eine, er treibe Landwirtschaft, Fabrikation oder Handel, er habe ein bürgerliches Gewerbe oder sei durch geistige Bande an den Staat geknüpft, habe ein Recht zur Repräsentation“. Hier aber waren nur Grundbesitzer vertreten und von ihnen auch nur ein Bruchteil. Das muß man in Rechnung stellen, wenn man die Verhandlungen der Provinziallandtage kritisch betrachtet.

Der erste Schlesische Provinziallandtag trat im Jahre 1825 in Breslau zusammen und tagte 11 Wochen. Die Beratungsgegenstände waren teilweise außerordentlich wichtig, so wichtig, wie

sie nie wieder einem Landtage vorgelegt wurden. Nicht weniger als 14 tgl. Propositionen hatte er zu begutachten. Theils dadurch, theils auch durch Petitionen nahm er Stellung zu den allermeisten Reformgesetzen Stein-Hardenbergs. Auf diese Weise hebt sich der 1. Provinziallandtag außerordentlich klar und plastisch hervor. Wir gewinnen ein scharf umrissenes positives Bild von dem Geiste, der in ihm herrschte, während wir mehrere der folgenden Landtage mehr nach dem beurteilen müssen, was sie nicht sagten.

Die beiden wichtigsten Beratungsgegenstände waren die über die Städteordnung und die Landgemeinde- und Kreisordnung.

Die Steinsche Städteordnung besaß, ein so geschlossenes monumentales Werk sie im ganzen war, eine Reihe von Mängeln, das Ergebnis des Dranges und der Eile, mit der sie hatte ausgeführt werden müssen. Diese Mängel hatten im Laufe der Jahre eine Unmasse von Erläuterungen und Ausführungsbestimmungen erfordert, die aber freilich nicht bloß erläuterten, sondern auch den Sinn des ursprünglichen Gesetzes in manchem verwirrten und zurückbogen. In den 1815 neu erworbenen Gebieten war sie noch garnicht eingeführt, und die Regierung wollte sie auch nicht in dem alten Gewande mit den unzähligen Flickern dort einführen. Die neue, sogenannte revidierte Städteordnung, erschien dann schließlich 1831 und bedeutete eine wesentliche Einschränkung der städtischen Freiheiten, wie sie die Steinsche Städteordnung ins Leben gerufen hatte. Die Vorlage, die der König als Anhalt bei den Beratungen den Ständen zugehen ließ, zeigt bereits starke Annäherung an diese revidierte Städteordnung.

Der Ausschuß des Landtags, der die Proposition für die allgemeine Beratung vorzubereiten hatte, bestand ausnahmsweise größtenteils aus Vertretern des Bürgerstandes. Die inneren Angelegenheiten der Städte interessierten die anderen Stände weniger. Daher kam hier und auch im Plenum die Meinung des 3. Standes stark zur Geltung. Und es ist interessant zu bemerken, wie sehr die Steinsche Städteordnung den Bürgern ans Herz gewachsen war. Noch bevor der Breslauer Oberbürgermeister Menzel mit seinem Generalreferat über die Städteordnung beginnen konnte, erhob sich der Vertreter der Stadt Ols und beantragte, daß man von einer Abänderung der Städteordnung ganz absehe und sich auf die ehrerbietige Willensmeinung beschränke, die bisherige Städteordnung beibehalten zu dürfen. Eine ganze Reihe von bürgerlichen Abgeordneten unterstützte seinen Antrag.

Und das taten diese Männer, obwohl sie aus den angegebenen

Gründen die Notwendigkeit einer Reform nicht verkennen konnten. Aber die Steinsche Städteordnung galt ihnen als ein Bollwerk der neu errungenen Freiheiten, und aus jeder Revision der Städteordnung drohte ihnen nur der Rückschritt. So wollten sie lieber alle Unbequemlichkeiten des bisherigen Zustandes weiter ertragen.

Der Entwurf des Landtages nähert sich unter diesen Umständen erheblich der Steinschen Städteordnung. Man könnte am besten so ordnen:

1. die Steinsche Städteordnung, 2. der Entwurf des Landtags, 3. der Entwurf (die Proposition) der Regierung, 4. endlich die revidierte Städteordnung von 1831.

Waren die Beratungen über die Städteordnung im allgemeinen recht ruhig verlaufen, so war dies geschehen, weil die oberen Stände meistens nicht so recht interessiert daran waren. Nur eine Verstärkung der Regierungsaufsicht hatten sie durchgedrückt. Plötzlich aber entbrannte ein heftiger Kampf, als die Verhältnisse der Mediastädte zur Sprache kamen. Hier waren die Grundherren am eigenen Leibe interessiert.

Die Steinsche Städteordnung hatte bestimmt:

„Der Unterschied, welcher bisher zwischen mittelbaren und unmittelbaren Städten stattfand, soll in allen Beziehungen auf städtische Angelegenheiten künftig aufhören.

Den Gutsherren wird nicht gestattet, über mittelbare Städte dieser Ordnung zuwiderlaufende Rechte und Befugnisse auszuüben.“

Die Steinsche Städteordnung galt, wie erwähnt, nur in den alten Teilen Preußens. Hier aber auch in den Mediastädten. In den erst 1815 zu Preußen gekommenen Teilen war die Städteordnung überhaupt noch nicht eingeführt. In Schlesien kam hier die ehemals sächsische Oberlausitz in Frage. Nach der kgl. Proposition sollte sie nun auch hier eingeführt werden und auch in den Mediastädten; allerdings mit wesentlichen Vorbehalten für die Rechte der Mediatherren.

Der Ausschuß hatte diese Bestimmungen in den Landtagsentwurf übernommen. Im Plenum brach aber sofort ein heftiger Angriff der Mediatherren los. Der Landtagsmarschall, Fürst Heinrich v. Carolath, war der Wortführer der sich in ihren Rechten bedroht Fühlenden. Er gab eine schriftliche Verwahrung zu den Akten. „Es wurden“, heißt es darin, durch die Einführung der Städteordnung „Verhältnisse zerstört, welche durch frommen Sinn entstanden und geheiligt, weder dem Geiste neuerer Gesetzgebung entgegen sind — noch durch ihren Untergang derselben ein erwärmendes Element darbieten können“.

Nach langer Debatte wurde schließlich mit 44 gegen 37 Stimmen der Beschluß gefaßt, den König zu bitten, in der Oberlausitz die Städteordnung nur auf Wunsch der Städte einzuführen, und in den Mediastädten nur mit Zustimmung der Mediatherren.

Wenn der Beschluß Wirklichkeit geworden wäre, so hätte er bedeutet, daß etwa die Hälfte der oberlausitzischen Städte — falls man die Zahl nach dem schlesischen Vorbilde schätzen darf — um die Städteordnung gekommen wäre. Denn daß die oberlausitzischen Mediatherren ihre Zustimmung gegeben hätten, war natürlich ausgeschlossen.

Die oberen Stände hatten geschlossen für den Antrag gestimmt, die Städte mit einer Ausnahme dagegen. Die Bauern meistens dagegen, einige hatten sich der Stimme enthalten. Das war der erste große Zusammenstoß der Stände.

Noch hatten die bisher bevorrechteten Stände im allgemeinen kein Verständnis für die neuen Gedanken der Steinschen Reform. Noch lebten sie in dem Geiste der alten friderizianischen Staatsordnung, wie er uns so köstlich als kraftvoll aus den Aufzeichnungen des Brandenburger v. d. Marwitz entgegentritt. Gewiß muß man es ihnen zu gute halten, daß sie durch die neue Gesellschaftsordnung nur zu verlieren hatten. Es ist menschlich begreiflich, daß der Groll über all die verlorenen Vorrechte ihren Blick trübte, daß sie Schäden, welche die Neuordnung der Dinge zweifellos im Gefolge hatte, nicht als Übergangsschwierigkeiten ansahen, sondern als Irrtümer von grundsätzlicher Bedeutung.

Viel mehr als sie hatten sich die Städter auf die neue Zeit eingestellt. Es wurde schon erwähnt, wie sehr ihnen die Städteordnung als das Bollwerk der neuen Freiheit ans Herz gewachsen war. In den Verhandlungen spielten sie, wenn ihre Interessen in Frage kamen, keineswegs eine duldennde Rolle, sondern wahrten ihre Rechte ganz entschieden. Manches Sondergutachten von ihnen liegt in den Akten, und sie scheuten eine entschiedene Sprache nicht. Deutlicher in der Sache kann man kaum werden, als es in einem Sondergutachten zu der Abstimmung über die Mediastädte geschehen ist, das etwa ein Drittel der städtischen Vertreter einreichte. Da heißt es wörtlich: „Man kann den Bürger, der sich nun so fest an den Thron seines Königs geklammert und in ihm seinen einzigen Oberherrn verehrt hat, nicht zurückstoßen und an einen Zwischenherrn weisen wollen, um aus dessen Hand sein künftiges Wohl und Wehe zum großen Teil zu empfangen“.

„Feudalismus ist niemals dem Patriotismus günstig gewesen;

für den Einen, für den man alles zu leisten bereit ist, von dem allein will man auch alles erwarten, ihm allein will man auch alles verdanken. Feudalismus erzieht dem Vaterlande nur Knechte, keine Kinder, und man hat uns zu sehr gewöhnt, Kinder zu sein, als daß wir ohne unnennbaren Schmerz diese neue Entfremdung ertragen könnten.“

Hatten bei der Beratung über die Städteordnung die Städter sich ihrer Haut zu wehren, so wurden bei den Verhandlungen über eine Landgemeindeordnung die Vertreter des 4. Standes vor die Aufgabe gestellt, zu beweisen, daß sie die Interessen ihres Standes zu verteidigen wußten.

Eigentlich hatten die Stände nur über den Entwurf einer Kreisordnung zu beraten. Aus eigenem Antrieb legten sie dem Könige, als Vorstufe dazu, einen sehr umfassenden Entwurf einer Landgemeindeordnung vor, die ja der Frh. vom Stein nicht mehr hatte fertigstellen können.

Der Entwurf zur Landgemeindeordnung, der den Beratungen der Stände zugrunde lag, stammte von dem Frh. von Büttwig, Herrn auf Gorkau am Zobten und ehemaligem Regierungspräsidenten in Reichenbach. Er war ein tüchtiger Mann, vielleicht der hervorragendste unter den ritterschaftlichen Abgeordneten, erfüllt von den ständischen Idealen der alten Zeit und dementsprechend ein Gegner der Stein'schen Gesetzgebung. In seiner wenige Jahre vorher erschienenen Schrift: „Über Freiheit und Unterordnung im Staate“ hatte er besonders schmerzlich die Aufhebung des „alten Subtutel-Verhältnisses“ auf dem Lande empfunden, und so suchte er in seinem Entwurf vor allem dieses wiederherzustellen, die Stellung der Gutsherren zu befestigen, und andererseits die Ortshörigkeit jedes Einzelnen genau zu bestimmen wegen der angeblich riesigen Zuchtlosigkeit und Vagabondität. Auf das Werk im einzelnen einzugehen, das die oberen Stände dann mit ihrer Stimmenzahl im großen ganzen durchdrückten, ist nicht notwendig. Die Tendenz ist gekennzeichnet. Hier kommt es nur auf die Feststellung an: Was sagte der 4. Stand dazu? Wie ließ er es sich gefallen, daß ihm die Stein'schen Errungenschaften entzogen werden sollten?

Im großen ganzen wehrte er sich tüchtig. Vor Beginn der Verhandlungen erklärte ein Sprecher des 4. Standes im Namen der meisten Standesgenossen: Wenn durch die Beratungen Verletzungen der Rechte des 4. Standes sich ergäben, dann behalte er sich das Recht der Sonderung in Teile vor. (Es war nämlich erlaubt, wenn die Interessen zu sehr auseinander gingen, daß die

Stände unter sich berieten und Sondergutachten einreichten.) In der Debatte vermochten die Bauern allerdings weniger auszurichten, es fehlte ihnen die Schulung, und der moralische Einfluß der oberen Stände wirkte selbstverständlich noch in gewissem Maße deprimierend auf sie. Aber für die Energie, mit der sie doch für ihre Sache eintraten, zeugt es, daß sie mehr als einmal im Protokoll vermerken ließen, wenn sie geschlossen gegen einen Paragraphen gestimmt hatten. Hauptsächlich aber flüchtete sich ihr Widerstand in das beliebte Mittel der Sondergutachten. Da warfen sie wohl mit verhaltener Leidenschaft den Rittergutsbesitzern vor, daß ihre Beschlüsse das alte persönliche Untertänigkeitsverhältnis zurückzurufen suchten, und daß sie, die Bauern, nicht anders als beschämt nach solchen Erfolgen in die Heimat zurückkehren könnten. Und in einem Gesamtgutachten steigern sie ihre Beschwerden zu einer rührenden Anklage gegen ihre Vergewaltigung. Da heißt es: „Jahrhunderte schmachtete unser Stand in einem solchen Untertänigkeits-Zustande, wo die Pflichten mit den Rechten in keinem Verhältnis standen und wo der einzelne Gutsbesitzer sie nach seinem Willen und nach seinem Vorteil mit ausgesuchter Grausamkeit anwenden konnte, und es bedurfte eines so menschenfreundlichen, gerechten und gnädigen Herrschers, als unser erhabener Monarch ist, ehe zu uns die Worte des Trostes gesprochen wurden“.

„In alle Rechte glücklicher Untertanen wurden wir eingesetzt, und uns erst eigentlich ein Vaterland dadurch verliehen. . . . Der Referent dieses Gesetzentwurfes hat uns in einer langen Rede zeigen wollen, daß es nachteilig sei, unserm Könige unmittelbar anzugehören, von ihm unsern Segen unmittelbar empfangen zu dürfen; das Subtutelverhältnis dieses Standes müsse hergestellt und der 4. Stand wieder Knecht wie ehemals werden. So wenigstens lassen sich diese Äußerungen auf gut deutsch erklären, und was der Inhalt dieses Gesetzentwurfes teilweise unbestimmt gelassen, ergänzt dieser gehaltene mündliche Vortrag vollkommen, noch mehr aber ist uns diese Tendenz durch die gepflogenen Diskussionen unwidersprechlich klar geworden. . [Aber der König wird nicht zulassen,] daß man aus gesuchten Vorwänden wieder einen Weg erbaue, um uns aus dem sonnenklaren Umkreise des Thrones wieder in die alte Nacht der Erbuntertänigkeit und Knechtschaft zurückzuführen.“

Genug damit. Die übrigen Verhandlungsgegenstände, so interessant sie im einzelnen sind, bringen keine neue Illustration zu dem Charakter des Landtags. Die oberen Stände zeigten sich jedenfalls reaktionärer als die Regierung selber. Am deutlichsten

ergab das die Verhandlung über die Zusammensetzung der Kreistage. Der Entwurf des Frh. von Lüttwitz gab allen Rittergutsbesitzern das Teilnahmerecht; die Städte sollten im Durchschnitt je einen Abgeordneten erhalten, wobei zu berücksichtigen ist, daß in jedem Kreise gewöhnlich nicht mehr als 2—3 Städte vorhanden waren. Und den Bauern waren im ganzen 3 Vertreter zugebilligt, und zwar sollten das in der Regel wenigstens Scholzen sein, die wiederum von den Gutsherren ernannt wurden.

Damals kam es zu dem heftigsten Zusammenprall der Stände, der auf dem ersten Landtage überhaupt erfolgte. Bürger und Bauern waren gleichmäßig getroffen, in einer Weise, daß ein bürgerlicher Vertreter sagen konnte, unter diesen Umständen brauchten die Städte überhaupt an den Kreistagen nicht teilzunehmen. Geschlossen stimmte der 1. und 2. Stand für den Vorschlag Lüttwitz, geschlossen der 3. und 4. Stand dagegen.

Ähnliche Geschlossenheit wurde aber selten erreicht, noch pflegten Bürger und Bauern sich nicht zu unterstützen, noch gab es keine gemeinsamen Vorbesprechungen. Jeder der beiden Stände pflegte für sich zu kämpfen und richtete dabei natürlich nichts aus. Es fehlte die parlamentarische Schulung.

Im Jahre 1828 trat der 2. Schlesische Provinziallandtag zusammen. Man sah ihm nicht mehr mit der Spannung entgegen wie dem ersten. Enttäuscht waren eigentlich alle Stände. Die Bürger und Bauern, weil sie in den oberen Ständen eine geschlossene Phalanx gefunden hatten, gegen die sie machtlos waren, die Rittergutsbesitzer, weil die Opposition zum Teil mit einer Schärfe geführt worden war, die ihnen unerhört vorkam. Und der Landtagsabschied des Königs wirkte gleichmäßig abkühlend auf alle Stände. Schon die Einleitungsworte wiesen in peinlicher Deutlichkeit die Stände in ihre engen Grenzen zurück: „Zuvörderst eröffnen wir Unsern getreuen Ständen im allgemeinen, daß, wenn dieselben die mehrsten ihrer Vorschläge Uns in Form ausgearbeiteter Gesetzentwürfe vorgelegt haben, Wir solches nicht angemessen finden und in Zukunft jederzeit nur ihre Erklärungen in der Form abgegebener Gutachten erwarten“. Der Einleitung entsprach das Übrige.

So waren es sehr gemischte Gefühle, mit denen die Stände im Jahre 1828 wieder zusammentraten. Die Verhandlungsgegenstände waren weit weniger bedeutsam als das erste Mal. Aber auf dem 2. Landtage ereignete sich ein Vorfall, so ganz merkwürdig und die ständischen politischen Verhältnisse der Zeit blühartig grell beleuchtend. Daß er überhaupt vorkommen konnte, lag an der

gegensätzlichen Spannung, welche der erste Landtag unter den Ständen erzeugt und für den 2. Landtag aufgespeichert hatte.

Es handelte sich um die Beratung über eine fgl. Proposition, welche durch eine Beschränkung der Bauern in der freien Verkaufsverfügung über ihre Grundstücke eine allzu große Zersplitterung oder gar Aufteilung der Bauerngüter verbieten wollte. Diese Beschränkung sollte laut Proposition den Zweck haben, dem Lande einen kräftigen Bauernstamm zu erhalten.

Hierzu trug nun der Reichenbacher Bürgermeister Weidinger eine ausführliche Denkschrift vor. Weidinger war unter den bürgerlichen Abgeordneten vielleicht der entschiedenste, obwohl von Radikalismus weit entfernt. Er hatte sich bereits auf dem 1. Landtage bei den oberen Ständen sehr unbeliebt gemacht. In seiner Denkschrift vertrat er nun den Standpunkt, daß eine solche Freiheitsbeschränkung der bäuerlichen Besitzer, wie sie der Gesetzentwurf ins Auge fasse, ein ungeheurer Rückschritt sei. Er sah in ihm ein Werk der Reaktion. Das ergab ihm die Gelegenheit, die Steinschen Reformen, auf die er mit einer Art ehrfürchtiger Bewunderung blickte, in Gegensatz zu stellen zu den reaktionären Bestrebungen seiner Tage. „Je erfreulicher“, führte er unter anderem aus, „dem Vaterlandsfreunde dieses rege Spiel frei gewordener Kräfte erscheint, so niederschlagender ist ihm die Betrachtung, wenn er wahrnehmen muß, wie auf mannigfaltige Weise dahin gewirkt wird, diese edlen Kräfte neuerdings zu fesseln oder mindestens zu lähmen, und nach und nach auf manchem Umwege den unfreien Zustand der Bauern wieder zurückzuführen und die mündig Gewordenen aufs neue zu bevormunden“. Er sprach davon, daß die Proposition nur durch Petitionen anderer Landtage dem Könige abgedrungen worden sei. „Solche Fesseln“, das ist der Höhepunkt seiner Ausführungen, „trug ja der Bauer vor 1807 nicht!“

Ich habe die schroffsten Stellen von Weidingers Ausführung zusammengestellt. Sie sind nicht schärfer als manches auf dem 1. Landtage Gesagte. Aber sie entfesselten einen Sturm der Entrüstung. Der 1. und 2. Stand behauptete, Weidinger hätte sie beleidigt und sich gegen die Staatsgewalt ungebührlich geäußert. Der Marschall erteilte ihm einen Ordnungsruf. Damit waren die Rittergutsbesitzer nicht zufrieden, obwohl Weidinger beteuerte, daß er niemanden habe beleidigen wollen, und wenn dies wider seine Absicht geschehen sei, er dies bedaure. Der Antrag kam zur Abstimmung, die Denkschrift Weidingers ohne Debatte dem Ministerium einzureichen, um jeden Zweifel auszuschalten, als könne der Geist

dieses Aufsatzes von der Versammlung geteilt oder auch nur gebilligt werden. Der Marschall leitete die Abstimmung mit den Worten ein: „Wer es wohl mit seinem Könige meint, stimme diesem Antrage bei!“ Die Folge war, daß nur 15 Mitglieder gegen 74 dagegen stimmten, es also nach des Marschalls Worten nicht wohl mit ihrem Könige meinten, daß dann aber in der nächsten Sitzung, als die Überraschung gewichen war, so und so viele Bürger und Bauern zu Protokoll gaben, sie hätten nur unter dem Eindrucke der Worte des Marschalls für den Antrag gestimmt. Weidinger hat im ersten Schreck, ihm den Vortrag zurückzugeben, dann wolle er zugunsten seines Stellvertreters den Landtag verlassen. Das Erste wurde aus bürokratischen Bedenken verweigert, das Zweite griff der Marschall gern auf und beantragte beim Landtagskommissar die Berufung von Weidingers Stellvertreter. Der Landtagskommissar war der bekannte Oberpräsident Merdels, der viele Jahre Schlesiens Geschichte leitete und dessen politische Stellung dadurch gekennzeichnet ist, daß man ihn einen Liberalen hat nennen können. Die Bezeichnung mag insoweit zutreffend sein, als seine Gutachten, mit denen er die Beschlüsse des Provinziallandtags begleiten mußte, allerdings durchaus den Geist der Reformzeit atmen. Merdels stellte sich rüchhaltlos auf die Seite Weidingers und veranlaßte ihn zum Bleiben. Die Sache zog weitere Kreise. Die Öffentlichkeit hörte von dem Zerwürfniß. Der Marschall stellte sich auf den Standpunkt, daß es nur bei ihm stehe, ob er die Einberufung des Stellvertreters für Weidinger beantragen wolle oder nicht. Weidingers Meinung sei nebensächlich. In seiner Stellung — diese klassischen Worte schrieb er an Merdels — halte er sich für verpflichtet, alles was stören könnte, fern zu halten. Er drohte mit dem möglichen Austritt einiger ritterschaftlicher Abgeordneter, wenn Weidinger nicht verschwinde. Diesen Terror einer Minderheit wies Merdels entschieden zurück. Er konferierte mit dem Breslauer Regierungspräsidenten v. Kottwitz. Dieser war wie Merdels der Meinung, daß eine offene Sprache der Deputierten unter keinen Umständen verhindert werden dürfe. Er stellte Weidinger als sein Vorgesetzter das allerbeste Zeugnis aus. Merdels berichtete nach Berlin. Er besonte, daß sich Bürger und Bauern sowieso schon beengt auf dem Landtage fühlten. Es sei nötig, ihnen den Schutz des Staates angebedeihen zu lassen. Weidinger blieb auf dem Landtag, aber bei der nächsten Wahl wurde er vom Könige nicht mehr bestätigt.

Weidingers Sieg war ein Pyrrhussieg. Es bedeutet das Ende jenes immerhin kraftvollen Auftretens der Bürger und Bauern.

Sie waren eingeschüchtert und blieben es. Unter Friedrich Wilhelm III. fanden noch drei Provinziallandtage statt, 1830, 1833 und 1837. Bürger und Bauern traten kaum mehr hervor. In seiner Schlußrede zum 3. Landtage stellte der Marschall mit Genugtuung fest, daß die Eintracht nicht gestört worden sei. Auf dem 4. Landtage wagte bei der Beratung einer Dreidingsordnung ein Erbschölze einmal das keizerische Wort, es könne den Landgemeinden nicht gleichgültig sein, wenn sie unter die Vormundschaft der Domänen zurückversetzt würden. Ein ritterschaftlicher Abgeordneter äußerte sofort sein tiefes Bedauern darüber, und der Übeltäter hatte nichts Eiligeres zu tun, als die lächerliche Ausrede, er habe ja bloß deshalb mehr Selbständigkeit und Selbstverwaltung der Gemeinden gewünscht, damit die gutherrlichen Beamten nicht überlastet würden. Der Vorgang, mag er als solcher nebensächlich erscheinen, bezeichnet den Geist der Verhandlungen während der dreißiger Jahre. Von einem politischen Fortschritt war keine Rede, überall triumphierte der Rückschritt. Das umsomehr, als der Landtagsmarschall, der ohnehin außerordentliche Befugnisse hatte, diese auf eigene Faust immer weiter ausdehnte. Er führte geradezu eine Vorzensur ein. Anträge, die ihm mißliebig waren, suchte er von vornherein abzulehnen und garnicht zur Kenntnis des Landtags gelangen zu lassen.

Unter solchen Umständen ist man zunächst nicht wenig überrascht, daß sich unter den Akten des 5. Landtages von 1837 ein Antrag auf Berufung der Reichsstände findet. Es war bisher wohl bekannt, daß auf dem westfälischen Landtage von 1831 ein solcher Antrag gestellt worden war, den König an sein gegebenes Versprechen zu erinnern. Dort war er freilich nicht befürwortet worden. Man konnte nicht erwarten, daß Ähnliches anderweitig geschehen sei; es paßte nicht in den Charakter der Zeit.

Der Antrag stammte von dem Frh. v. Lüttwitz auf Hartlieb (einem Bruder des bereits genannten Regierungs-Präsidenten), der früher einmal Abgeordneter gewesen war. Er ging diesmal nicht mehr aus von dem Gedanken, daß die Provinzialstände ihren Zweck nicht erfüllten. Sie hätten ihrer Aufgabe nur gerecht werden können wenn sie, entsprechend den Kreisständen auf ihrem Gebiet, auf provinzielle Angelegenheiten beschränkt worden wären. Für allgemeine Aufgaben aber sei der Apparat viel zu schwerfällig, zumal die Landtage nur alle 2—3 Jahre zusammenträten. Demgegenüber tat er über die Reichsstände die sehr beachtenswerte Äußerung, daß einmal aus dem Zusammenarbeiten der Zentralbehörden mit

Männern aus den Provinzen viel Ersprießliches erwachsen könne, und vor allem, daß die Vertreter der verschiedenen Provinzen durch ihre persönliche Fühlungnahme lernen würden ihr provinzielles Interesse zurücktreten zu lassen, wo das allgemeine Wohl es erheischte.

Wie aber äußerte sich diesem bescheidenen Vertreter einer Gesamtstaatsidee gegenüber der Landtag? Es sei ohne Kommentar aus dem Gutachten des Ausschusses zitiert: Ein fühlbares Bedürfnis, Generalstände einzuberufen, ist nicht vorhanden. Schlesien wünscht nicht, sich mit anderen Provinzen zu vermischen. Eben weil der preußische Staat aus so verschiedenartigen Elementen, aus Provinzen, zusammengesetzt ist, welche oftmals unter sich widerstrebende Interessen zu vertreten, zu schützen haben, ist es zweckmäßig, auch allgemeine Landesgesetze aus dem Gesichtspunkte provinzieller Rücksichten und Bedürfnisse beurteilt zu sehen. Die Stimme der Provinz dringt vernehmlich bis zu den Stufen des Thrones; in dem Geräusch der generalständischen Beratungen würde sie verhallen. Es muß alles vermieden werden, was auch nur die entfernteste Hinneigung zu anderen Verfassungsformen als den segensreichen unseres Vaterlandes anzudeuten geeignet sein könnte. Die Wirksamkeit der Provinzialstände ist nur ein Ausfluß i. g. Gnade.

Diese Gesichtspunkte machte der Landtag zu seinen eignen. Es gab niemanden, der widersprach. Die Petition wurde einstimmig abgelehnt.

Der Einzige, der vielleicht widersprochen hätte, war der alte, bereits genannte Regierungspräsident von Lüttwitz. Er hatte krankheits halber den Landtag verlassen müssen und starb im selben Jahre. In einem Schreiben an den Marschall, das dem Landtage nicht vorgelegt wurde, vertrat er seine Überzeugung, daß die ständische Verfassung weiter ausgebaut werden müsse, wie es früher beabsichtigt war. Er war so konservativ wie einer und jeder modernen „Konstitution“ abhold, aber er hatte einen weiteren Blick als seine Standesgenossen. Damals schrieb er die prophetischen Worte: „Bajonette schützen nach den neuesten traurigen Erfahrungen die Krone nicht mehr. Nur Überzeugung des Besseren kann Kopf und Herz der Völker befriedigen.“

Mitten in die rückläufige Bewegung schlug als weithin leuchtendes Fanal die Pariser Julirevolution von 1830. Ihre Funken sprühten bis in die deutschen Kleinstaaten und entfachten ein paar kleine Brände. Preußen blieb von alledem unberührt. Still und arbeitssam wie sein König und ohne politische Regungen lebte das Volk dahin. Der Aufschwung zur Selbständigkeit, den die Freiheitskriege

gebracht hatten, schien vergessen. Jetzt war wieder Ruhe die erste Bürgerpflicht.

Am 7. Juni 1840 starb Friedrich Wilhelm III. Eine seltsame Fügung hatte diesen stillen, zurückgezogenen Monarchen in das innigste Verhältnis zu seinem Volke gebracht. Niemals wohl in der preußischen Geschichte stand das Volk seinem Herrscher mit ehrerbietig herzlicherer Zuneigung gegenüber. Die Trauer bei seinem Hinscheiden war unsagbar. Aber während die Zeitungen noch wochenlang schwarz umrändert erschienen, dem Schmerze des Volkes einen rührenden Ausdruck gebend, zog fast über Nacht die neue Zeit mit ihren neuen politischen Ideen auch in Preußen herauf. Es schien, als müßte im Sturmschritt alles das eingeholt werden, was die deutschen Kleinstaaten an politischer Entwicklung dem konservativen Preußen voraus waren. Die ersten sieben Jahre der neuen Regierung bilden einen einzigen, gewaltig sich steigernden Auftakt zur Februarrevolution von 1848.

Friedrich Wilhelm IV. bestieg den Thron seiner Väter mit der unbändigen Sehnsucht, etwas zu leisten und etwas zu bedeuten. Er war erfüllt von dem Bewußtsein seiner göttlichen Sendung; stärker ist das Gottesgnadentum in der Geschichte kaum betont worden als von ihm. Als seine von Gott gesetzte Aufgabe sah er es an, sein Volk glücklich zu machen. Aber ihm fehlte die schönste Gabe des Glückspenders, selber restlos hinter der Gabe zurückzutreten. Sein Selbstgefühl verlangte, daß das getreue Volk mit Hingebung und Treue und Dankbarkeit zu ihm auf sah. Er war eine seltsame Mischung von Genialität und Ungeschick. Ein glänzender Redner, vermochte er die Herzen seiner Zuhörer in heller Begeisterung zu entflammen. Aber immer kam der bittere Nachgeschmack, weil man es immer anders verstand, als seine halben Andeutungen es meinten. So konnte es kommen, daß man in ihm den Bringer liberaler Freiheiten begrüßte, während er in mittelalterlicher Romantik lebte und webte. Erst allmählich lernte man ihn anders einschätzen, und dann allerdings zog man wenig schmeichelhafte Vergleiche zwischen der ruhigen, wenn auch etwas spießbürgerlichen Sicherheit des Vaters und der unruhigen, überall bevormundenden Regierungsfunst, der pläneschmiedenden Planlosigkeit des Sohnes.

Friedrich Wilhelm IV. wollte gewiß nicht bei den Provinzialständen stehen bleiben; er wollte sie fortentwickeln zu Reichsständen; aber er wollte aus freiem egl. Ermessen dem Volke die Gnade spenden und lediglich seine ständischen Pläne zur Ausführung bringen, ohne sich über die Wünsche des Volkes belehren zu lassen.

Er wollte nicht einsehen, daß die Zeit drängte. Der Königsberger Huldigungslandtag von 1840 hat inmitten des Festesjubels um die Erfüllung des kgl. Versprechens von 1815 wegen der Reichsstände und wurde ablehnend beschieden. Bald darauf übersandte der liberale Oberpräsident von Preußen, Theodor von Schön, selber ein Freund des Königs, ihm seine berühmte Schrift: „Woher und wohin?“ und forderte Reichsstände. Friedrich Wilhelm antwortete damals: „Ich fühle mich ganz und gar von Gottesgnaden und werde mich so mit seiner Hilfe bis zum Ende fühlen. Glauben Sie mirs auf mein kgl. Wort: zu meiner Zeit wird sich kein Fürst, kein Bauernknecht, kein Bauernknabe, kein Landtag und keine Judenschule etwas, was dormalen mit Recht oder Unrecht bei der Krone ist, zueignen, wenn ich es nicht zuvor gegeben habe!“

In diesem kgl. Selbstgefühl war es, daß er den erstmalig 1841 versammelten Provinziallandtagen einige Gnaden ankündigte: einen Steuernachlaß von etwa 1½ Millionen Rtlr. und einige Erleichterungen der ständischen Verhandlungen, wie: Mitteilung der Propositionen bereits vor Beginn des Landtags, Abdruck der ständischen Protokolle statt der bisherigen kurzen Übersichten, und dann die noch sehr unklar formulierte Ankündigung von ständischen Ausschüssen, die außerhalb der Provinziallandtage nach Bedarf zusammenberufen werden sollten. Aber worauf es allein ankam: die Landtage erhielten keine Rechte zugesagt, und die kgl. Gnade berief sie nach Wunsch. Das waren alles Dinge, die gewiß mit ehrerbietigem Danke entgegengenommen wurden, aber die Wünsche weiter Kreise begannen schon erheblich darüber hinauszugehen.

Der 6. Schlesische Provinziallandtag bewies nach der völligen Teilnahmslosigkeit der letzten Versammlungen ein merklich gesteigertes Interesse für politische Angelegenheiten, das weitere Kreise ergriffen hatte. Wie bei dem 1. Landtage versprach man sich wieder viel von seinen Beratungen. Die Zahl der Petitionen schnellte gewaltig in die Höhe und stieg bei den folgenden Landtagen noch weiter, sodaß beim 8. Landtag 1845 nahezu 300 Petitionen einliefen. Politisch zu beurteilen ist der Landtag seitdem fast überhaupt nur noch nach den Petitionen.

Im großen und ganzen war der 6. Landtag noch sehr konservativ. Daher schwimmen die Beschlüsse des 6. Landtages noch durchaus im alten Fahrwasser, und die neue Zeit zeigt sich für den Gesamtlandtag höchstens darin, daß er bei den nun auftauchenden liberaleren Anträgen lernt, die Fassung zu bewahren, und daß ein Vorgehen wie das auf dem 2. Landtage gegen den Bürgermeister Weidinger ausgeschlossen ist.

Noch scheute die Mehrheit des Landtages die Öffentlichkeit wie das höllische Feuer. Es ist merkwürdig, wie man sich damals erst allmählich an Dinge gewöhnen mußte, die heute selbstverständlich erscheinen. Der König hatte sich bereit gezeigt, den Ständen Abdruck der Protokolle zu bewilligen. Da beschloßen diese, im Druck die Namen der Redner wegzulassen und nur die Standesbezeichnung zu setzen. Die gedruckten Protokolle nennen also niemals einen Redner beim Namen¹⁾, und mitunter versteigen sie sich zu solch wunderschönen Umschreibungen wie dieser: „Diesem Antrag schloß sich das Mitglied an, welches den Antrag auf ein Eintrittsgeld unterstützt hatte“. In der Schlußadresse an den König sagte der Landtag seinen ehrerbietigen Dank, daß er durch die angeführte Erweiterung der Öffentlichkeit „mehr gewährt habe, als wir zu bitten oder zu beantragen jemals gewagt hätten“, wogegen freilich ein Breslauer Abgeordneter Protest einlegte. Jedenfalls war also der Gesamtlandtag den neuen liberalen Ideen gegenüber noch vollkommen zurückhaltend.

Dagegen erhob sich aber eine Opposition, die zunächst nur von einem kleineren Kreise ausging, aus der Zahl der Bürger und Bauern, die aber allmählich immer mächtiger wurde. Den Mittelpunkt dieses liberalen Kreises bildeten die drei Breslauer Abgeordneten. Breslau war seit 1841 vertreten von drei Männern, die sämtlich in der liberalen Bewegung der Zeit eine Rolle spielten. Das waren der Kaufmann und Stadtverordnetenvorsteher Klose, der Maurermeister Tschode und der Fabrikbesitzer Milde. Der bedeutendste war wohl Milde. Er hatte jahrelang im Ausland, namentlich in England, gelebt, und nachher die erste große Baumwollspinnerei Schlesiens gegründet. 1847 wurde er Mitglied des Vereinigten Landtags in Berlin und trat dort hervor, nach der Revolution war er eine Zeitlang Präsident der preußischen Nationalversammlung, eine Zeitlang preußischer Handelsminister und blieb Abgeordneter bis zu seinem Tode 1861. Er war ein maßvoller Liberaler, wie überhaupt die ganze Bewegung von radikalen Formen weit entfernt war.

Dieser Mann nun mit seinen beiden Breslauer Gesinnungsfreunden wurde der Mittelpunkt der liberalen Opposition im Landtag, wie er auch der Mittelpunkt der liberalen Bewegung in Breslau war. Sie suchten die Abgeordneten des 3. und 4. Standes in privaten Versammlungen zusammenzubringen, um sie zu beein-

¹⁾ In den handschriftlichen Originalen sind sie verzeichnet.

flüssen; sie verfolgten also die Absicht, eine geschlossene liberale Partei zusammenzubringen. Positive Erfolge konnten sie zunächst kaum aufweisen; aber sie brachten Leben in die Verhandlungen. Gleich nach der ersten Sitzung mußte der Landtagsmarschall mit Bedauern erkennen, daß die schönen Zeiten seiner Allgewalt vorbei waren. Für die Breslauer Zeitungen wurden im Auftrage des Marschalls von seinem Stellvertreter offizielle Berichte verfaßt, welche die Öffentlichkeit über die Verhandlung unterrichten sollten. Diese Berichte waren so farblos wie möglich und malten alles günstig. Als nun gleich die erste Veröffentlichung von der vollsten Befriedigung aller Wünsche sprach, die durch die egl. Bewilligungen hervorgerufen seien, da erhoben die Breslauer Abgeordneten einen geharnischten Protest gegen diese Formulierung, die nicht vom Landtag ausgegangen war. Es sei nicht Sache des Verfassers der Zeitungsartikel, eigene Werturteile abzugeben, die als offizielle Äußerungen des Landtages angesehen werden müßten.

Das große Ereignis des 6. Provinziallandtags war der Antrag der Stadt Breslau¹⁾ auf Berufung der Reichsstände.

Die Denkschrift der Stadt Breslau dazu ist an sich wenig bedeutungsvoll. Es fehlt ihr jeder Schwung, statt dessen gibt sie in langweiligen staatsrechtlichen Ausführungen eine Geschichte der Verfassungsversprechungen unter öfterer Zitierung der Gesessammlung. Aber es war immerhin eine Tat, die umsomehr etwas Kühnes an sich hatte, als wenige Monate zuvor der gleiche Antrag des Königsberger Huldigungslandtages zurückgewiesen worden war.

Die Landtagsverhandlungen wurden von der Regierung auf das sorgfältigste überwacht. Der Landtagsmarschall war ja nicht Vertrauensmann der Stände, sondern der Regierung. Er hatte jede besondere Beobachtung dem Landtagskommissar mitzuteilen, und dieser hatte sogleich nach Berlin zu berichten. Für Fälle wie den erwähnten, war er bereits mit geheimen Anweisungen versehen, Der König wollte nicht wegen der Reichsstände nochmals gemahnt werden. Jeden solchen Antrag hatte der Marschall unter der Hand zu hintertreiben, im schlimmsten Falle aber, selbst wenn die Mehrheit des Landtags sich dafür erklärte, ihn zurückzuweisen.

Glücklicherweise kam der Marschall nicht dazu, den Ständen zeigen zu müssen, wie bedeutungslos sie waren. Die Debatte wurde nur zwischen Städtern geführt, der 1., 2. und 4. Stand blieben stumm.

¹⁾ H. Wendt, Breslau im Streit um die preußische Verfassungsfrage in der Zeitschrift des Vereins f. Gesch. Schlesiens 42, 240.

Der Breslauer Klöcke hielt eine große Rede, aber selbst aus bürgerlichen Kreisen wurde ihm entgegnet, daß ein Bedürfnis nach Reichständen noch nicht vorhanden sei. Mit 77 gegen 8 bürgerliche Stimmen wurde der Antrag abgelehnt. Die Namen der 8 aber mußten dem Könige mitgeteilt werden. Und für die Stadt Breslau hatte der Antrag noch ein unangenehmes Nachspiel: Der König, der ja keine Opposition vertragen konnte, war beleidigt und lehnte es ab, sich bei seinem Aufenthalt in Schlesien bald darauf von der widerspenstigen Stadt feierlich empfangen zu lassen. Es bedurfte langer Verhandlungen, um ihn umzustimmen. —

Auf dem 6. Provinziallandtage waren die Mitglieder für die ständischen Ausschüsse gewählt worden, und im folgenden Jahre 1842 wurden sie nach Berlin zu „Vereinigten Ausschüssen“ zusammenberufen. Weite Kreise glaubten damals, das bedeute den Übergang zum konstitutionellen System. Aber weit gefehlt! Rechte waren den „Vereinigten Ausschüssen“ überhaupt nicht verliehen, nur auf ein paar Fragen sollten sie sich gutachtlich äußern. Enttäuscht und verärgert gingen sie auseinander.

Der König aber überlegte schwankend und doch zähe seinen Verfassungsplan weiter. Sein absolutes Königtum von Gottesgnaden durfte bei allen Erwägungen keine Einbuße erleiden. Keine Konstitution mit Volksrechten durfte das besondere Verhältnis zwischen seinem Volke und ihm, wie er es romantisch auffaßte, erschüttern, kein „beschriebenes Blatt Papier“ zwischen seinen „Herrgott im Himmel und dieses Land“ treten. Darum wollte er sich mit seinen beratenden Provinzialständen und den beratenden Ausschüssen begnügen und gegebenenfalls einmal die sämtlichen Landtage zu einem beratenden „Vereinigten Landtag“ zusammenberufen.

Indessen waren aber die Provinziallandtage von selber etwas ganz anderes geworden, als ursprünglich beabsichtigt war, und als Friedrich Wilhelm IV. selber annahm. Sie waren anders geworden, weil die Zeiten sich geändert hatten. Die Provinzen waren mehr zusammengewachsen, die Gesamtstaatsidee stärker geworden. Die liberale Bewegung führte die beteiligten bürgerlichen Kreise enger zusammen. Ihre Führer traten mehr und mehr in Führung. Zwischen Breslau und der Hochburg des Liberalismus im Osten, Königsberg, liefen zahlreiche Fäden. Die aufsehenerregende liberale Schrift des Königsberger Arztes Jacoby, „Vier Fragen eines Ostpreußen“, wurde schlesischen Abgeordneten zugesandt. Es war jetzt ausgeschlossen, daß sich die Abgeordneten durchweg immer noch bloß als Beauftragte ihrer „Kommittenten“ fühlten. Möchte das der

König immer und immer wieder als ihre Pflicht betonen, die konstitutionellen Gedanken lagen in der Luft, und gegen Gedanken ließ sich die preußische Grenze trotz aller Zensurmaßnahmen nicht abschließen. Nun waren ja den Ständen nicht bloß provinzielle Gesetze vorzulegen, sondern auch — solange keine Reichsstände bestanden — allgemeine, welche Veränderungen in Personen- und Eigentumsrechten und den Steuern betrafen. Was gehörte aber nicht alles dazu? Dem 7. Provinziallandtage von 1843 mußte der Entwurf zum neuen Strafgesetzbuch vorgelegt werden, an welchem jahrelang bereits gearbeitet wurde. Was war das praktisch für ein Unding: Acht Landtage mußten sich in langen Beratungen damit beschäftigen, acht Landtage gaben ausführliche Gutachten, die sich selbstverständlich in manchem widersprachen, und die Regierung stand, wenn sie sich überhaupt beraten lassen wollte, einem Gewirr von Meinungen gegenüber, in dem sie alle Übersicht verlieren mußte! Der Landtag hatte ferner das Recht, um Dinge zu petitionieren, welche die Provinz betrafen. Aber alles, was den Staat im allgemeinen betraf, betraf auch die Provinz. Und wenn die Stände um Reichsstände baten, um Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Gerichtspflege, um Öffentlichkeit der Stadtverordnetenversammlungen und der Landtage, so war das durchaus nichts Ungesetzliches. Der König aber war ärgerlich über solche Petitionen und bedauerte in solchen Augenblicken, daß den Landtagen so anmaßliche Rechte gegeben waren. So wuchsen die Stände aus sich selber heraus, ohne daß rein äußerlich etwas geändert war.

Die einzelnen Provinziallandtage der Monarchie trugen naturgemäß ein verschiedenartiges Gepräge. Als die liberalsten galten während der vierziger Jahre der Ostpreussische — wo selbst in den Kreisen des hohen Adels liberale Neigungen hervortraten — und der Rheinische, wo man mit einem Auge gern noch nach den „Segnungen“ der Franzosenzeit blickte und sich für besonders aufgeklärt hielt, gegenüber dem „reaktionären“ übrigen Preußen. Weniger im fortschrittlichen Sinne trat hervor der Westfälische Landtag, gar nicht der Sächsische, Brandenburgische und Pommersche. Der Posenische Landtag war häufig beherrscht von nationalpolnischen Interessen, und der Schlesische endlich ließ wohl außerordentlich starke liberale Tendenzen hervortreten, die aber einem sehr heftigen Widerstand der Vertreter des alten Staatsgedankens begegneten.

Der 7. Schlesische Provinziallandtag von 1843 führte unter diesen Umständen zu einem heftigen Kampfe um das, was die Liberalen als Forderung der Zeit verlangten. Die politischen

Forderungen der neuen Zeit waren etwa die folgenden: 1. Reichsstände, 2. Ausbau der Provinzialstände in freiheitlichem Sinne, insbesondere durch Öffentlichkeit und stärkere Vertretung des 3. und 4. Standes, 3. Öffentlichkeit der Stadtverordnetenversammlungen, 4. Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens, 5. Pressefreiheit, 6. Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit und des eximierten Gerichtsstandes. Das ist keine vollständige Liste, aber sie gibt die Hauptpunkte wieder, die in den Petitionen der Städte und Landgemeinden sich wiederholten. Die oberen Stände hatten natürlich keine neuen politischen Wünsche. Für sie galt es, das Bestehende zu erhalten; denn der Kampf der liberalen Städte richtete sich zum guten Teil gegen das Übergewicht der Großgrundbesitzer. Diese befanden sich in der Defensiv, freilich auch jetzt noch in so kraftvoller Defensiv, daß die Angriffe der Gegner größtenteils zerschellten.

Die Führung des Kampfes aber hatte Breslau. Eine Kommission von Stadtverordneten arbeitete einige Zeit vor dem Zusammentritt des 7. Landtags eine stattliche Zahl von Petitionen aus, welche die 3 Abgeordneten überreichen sollten. Nur das Äußerste wagte man nicht: die Forderung der Reichsstände stellte man mit Rücksicht auf die bestimmt ausgesprochene Willensmeinung des Königs zurück, ohne sie jedoch aufzugeben. Die Stadt Hirschberg aber tat in gewissem Sinne noch mehr. Sie wandte sich an eine Reihe anderer Städte und forderte sie auf, die gleichen fortschrittlichen Petitionen einzureichen wie sie. Auf diese Weise, und weil sie wirklich Allgemeinut der bürgerlichen Intelligenz waren, sind einzelne der obengenannten Forderungen in den Petitionen an den Landtag bis zu sieben-, achtmal erhoben. „Wir Untertanen haben mehrfach erfahren“, schrieb eine größere Zahl von Landgemeinden des Reisher Kreises an den Landtag, „daß der Landtag bei den wichtigsten Petitionen seine Stimme zurückhielt, weil er glaubte, das Land sei ihm fremd, darum halten wir es für unsere Pflicht, im Namen aller unserer Mitbürger zu erklären, daß Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Gerichtsverhandlungen der dringende Wunsch des Landmannes unserer Gegend ist. In aller Andenken sind noch die Verhandlungen der 2. sächsischen Kammer und Erklärung für Öffentlichkeit. Deutschland hallt wider von dem Ruhme dieser Kammer, und wir sind überzeugt, auch unser Landtag wird ihr und ihren Gründen folgen“. Nach Sachsen richteten sich oft damals die Blicke der Schlesier, und die „Sächsischen Vaterlandsblätter“ wurden das Organ derjenigen freiheitlichen Schlesier, die die preußische Zensur nicht zu Worte kommen ließ.

Zwei politische Petitionen waren dermaßen scharf im Ausdruck, daß der Landtag es ablehnte, sie zu behandeln. Die eine dieser beiden Petitionen ist besonders interessant. Sie war eingereicht von dem nachmals als radikalen Politiker bekannt gewordenen Fabrikbesitzer Schlössel aus dem Hirschbergischen im Namen von 887 Mühlenbesitzern und verlangte eine besondere Vertretung der Industrie auf den Landtagen. Die gleiche Petition hatte die Breslauer Kaufmannschaft eingereicht, und 50 Handelshäuser aus dem Gebirge wollten daselbe tun, kamen aber zu spät. Der Satz, daß der Grundbesitz nicht die alleinige Bedingung zur Wahl sein könne, war mit dieser Schärfe noch nicht ausgesprochen worden. Dazu wurde hier ein neuer positiver Vorschlag gemacht, ein Weg gezeigt, auf dem die ständische Verfassung sich weiter entwickeln konnte. Natürlich konnten die Grundbesitzer, die ja nur ihre Interessen nach dem Gesetz zu vertreten hatten, mit Fug und Recht nicht die Industrie vertreten. Die städtischen Abgeordneten, die man in erster Linie hierfür verpflichtet halten möchte, waren schon deshalb dazu nicht in der Lage, weil ein großer Teil der Industrie auf dem flachen Lande lag. So die gesamte Webindustrie am Fuße der schlesischen Gebirge. Wenn dem Antrage in der Debatte entgegengehalten wurde, dann mußten auch andere Berufsstände ihre Vertretung haben, so war das freilich wahr. Der Antrag hätte schließlich im Laufe der Zeit zu einer Neuschichtung der ständischen Vertretungen führen müssen, wie sie gelegentlich in unseren Tagen erörtert worden sind. Solche Folgerungen waren aber natürlich der Mehrheit revolutionär, und so wurde die Petition abgelehnt, wenn auch die beigebrachten Gründe nicht viel schlagender waren, als der, daß nur der Grundbesitz stabil sei, die Industrie aber variabel.

Während eine Petition auf Öffentlichkeit der Landtage gegen die auffallend geringe Zahl von 4 Stimmen angenommen wurde, erhob sich über mehrere andere Petitionen ein derartiger Streit, daß es zu der langgefürchteten *itio in partes*, der Sonderung der Stände kam. Sie war, wie schon erwähnt, nach dem Ständegesetz zulässig, wenn ein Stand sich vergewaltigt glaubte. Oft war mit dem Gedanken gespielt worden, aber immer hatte es der Landtagsmarschall zu verhindern gewußt, da ihm vor allem an der Erhaltung der Eintracht lag. Und es war ja in der That die *ultima ratio* und eine Art offener Kampfansage unter den Ständen, andererseits aber mußte es auch in Berlin einen schlechten Eindruck machen. Auch jetzt war sie nur erzwungen worden, indem eine Abordnung des 3. und 4. Standes sich zum Oberpräsidenten begab und ihn bat,

einige Petitionen dieser Stände, die auf dem Gesamtlandtage nicht durchzudrücken waren, dem Könige unmittelbar einzureichen. Da wurde eiligst nach Berlin berichtet und die Sonderung gestattet. Die Hauptfrage war ein Antrag des 3. und 4. Standes, daß für Petitionen eine einfache Majorität statt der bisherigen $\frac{2}{3}$ -Majorität genüge sollte. Das war eine Lebensfrage für die Bürger und Bauern, aber auch für die oberen Stände. Denn die beiden Parteien zählten ja jede genau die Hälfte der Stimmen. Die Bürger und Bauern berieten nun zusammen, die oberen Stände gleichfalls. Hier konnten sie sich offener aussprechen als das im Schoße des Gesamtlandtags möglich war. Die allgemeine Richtung der Aussprache ging dahin, daß sie sich als die Verteidiger des Thrones verpflichtet fühlten, ihn gegen die Angriffe einer neuen Weltanschauung zu schützen, wie sie sich im Landtage häuften. Man bestärkte sich in der Überzeugung, daß fortgesetzte Nachgiebigkeit nur die Begehrlichkeit steigern werde. Die Ansicht des Grafen Dönhirn, daß man einen vernünftigen Liberalismus dulden müsse und nicht den Haß der Antragsteller durch beharrlichen Widerstand herausfordern solle, stand ziemlich allein. So wurde der Antrag auf einfache Majorität von der Ritterschaft abgelehnt, während die Kurie der Fürsten und Standesherrn auffallender Weise 4:4 stimmte.

Aufs höchste gereizt, verließen die Stände den 7. Provinziallandtag.

Zwei Jahre vergingen bis zum letzten Landtage dieser Art, dem 8. Schlesischen Landtage von 1845. In dieser Zeit wuchs die Kraft der liberalen Ideen weiter. Einen mächtigen Einfluß darauf hatte die politische Lyrik jener Tage. Schon 1841 hatte Georg Herwegh seine „Gedichte eines Lebendigen“ in die Welt geschleudert mit dem flammenden Aufruf:

„Reißt die Kreuze aus der Erde,
Alle sollen Schwerter werden,
Gott im Himmel wirds verzeihn.“

1843 wurde er aus Preußen ausgewiesen.

Hoffmann von Fallersleben war Professor in Breslau, als er seine „Unpolitischen Lieder“ erscheinen ließ. Darin stand das bitterböse Gedicht über das Petitionsrecht der Stände:

„Das Beten und das Bitten ist erlaubt,
Ja, und erlaubt ist alles überhaupt,
Was niemals nützt den armen Untertanen. —
Wenn wir an ein Versprechen etwa mahnen,
Gesetzlich bitten, was wir fordern können,
Da will man uns das Bitten auch nicht gönnen,

Man weist uns ab mit kaltem Hohn zuletzt;
Ihr habt die Form verlegt!"

1844 erschien endlich Freiligraths „Glaubensbekenntnis“. Alle diese Vieder sammlungen wirkten nachhaltig in den Kreisen des Bürgertums, und viele Vieder daraus wurden immer und immer wieder gesungen bei den zahllosen Festen und Ausflügen, welche in Breslau in diesen Jahren von den Liberalen unternommen wurden. —

Im Jahre 1844 ereigneten sich in Schlesien nun noch einige Vorfälle, welche die Erregung des liberalen Bürgertums maßlos steigerten und Stoff gaben zu Petitionen für den 8. Schlesischen Provinziallandtag von 1845. Einmal ließen sich die armen Weber des Culengebirges zu einem Aufstande gegen ihre Brotherren hinreißen, wie das ja durch Gerhart Hauptmanns Schauspiel bekannt ist. Es floß Blut. Die Ärmsten waren ein Opfer nicht bloß der Ausbeutegier der Fabrikherren, sondern vor allem der modernen Entwicklung des Fabrikwesens, der sie sich nicht anpassen konnten. Sie sahen aber das Übel nur in den blutsaugerischen Fabrikanten, gegen die das „Weberlied“ eine erschütternde Anklage erhebt:

„Ihr Schurken all, ihr Satansbrut,
Ihr höllischen Dämonen,
Ihr freßt der Armen Hab und Gut
Und Fluch wird Euch zum Lohne!"

Mit brennender Deutlichkeit enthüllt sich hier ein Kapitel sozialer Not. Hilfe wurde versucht; aber die Zeit stand solchen Fragen noch ziemlich verständnislos gegenüber, und in dem absoluten Staat, der alles zu gängeln gewohnt war, fiel die Schuld an jedem Unglück, das sie nicht zu hindern vermochte, leicht auf die Regierung. Wie sang doch Heinrich Heine gleich darauf in seinem „Weberlied“?

„Ein Fluch dem Könige, dem Könige der Reichen,
Den unser Elend nicht konnte erweichen,
Der den letzten Groschen von uns erpreßt,
Und uns wie Hunde erschießen läßt!"

Der Schlesische Landtag, dem vier Petitionen und eine Denkschrift Gelegenheit gaben, sich mit der Sache zu befassen, besprach mit Sachlichkeit das Thema. Unter den wenig bedeutsamen Anregungen, die er dem König zur Abhilfe unterbreitete, war vielleicht die wertvollste, Spinnschulen einzurichten, um die Weber technisch zu vervollkommen.

Viel mehr böses Blut machte ein anderer Vorfall. Kommunistische Ideen, welche von Paris und der Schweiz aus auch das treu behütete Preußen bedrohten, schienen im Hirschbergischen ein paar

Anhänger gefunden zu haben. Als der Teilnahme verdächtig wurde plötzlich der schon erwähnte hochangesehene Fabrikbesitzer Friedrich Wilhelm Schlöffel verhaftet. Auf persönliche Anordnung des Ministers blieb er vier Wochen in Haft, dann erzwang eine gerichtliche Verfügung seine Freilassung. Sein Schicksal erregte allgemeine Teilnahme. Die Breslauer Stadtverordneten sandten eine Deputation zum Oberpräsidenten Merdel, der freilich gerade in diesen Tagen seinen Abschied erhielt. Die Erregung wurde noch gesteigert durch die Art, wie Schlöffel zu seiner Verhaftung gekommen war. Der Kammergerichts-Referendar Stieber hatte sich in besonderem Auftrage des Ministers unter falschem Namen als Maler wochenlang in Hirschberg aufgehalten und war schließlich mit seinen Vollmachten hervorgetreten, um die Verhaftung vorzunehmen. Man erkannte daraus das Vorhandensein einer geheimen Polizei, wie sie im zaristischen Rußland zu Hause war. Das ergab eine erregte Debatte auf dem 8. Provinziallandtag. Das Ministerium hatte, um vorzubeugen, eine Denkschrift eingesandt, welche das Vorhandensein einer geheimen Polizei leugnete. Aber sie überzeugte nicht allgemein. Der Antrag freilich, den König um eine Untersuchung wegen der vorhandenen geheimen Polizei zu bitten, fand keine Mehrheit. Schlöffel selber reichte dem Landtage eine Petition ein und begleitete sie mit einer gedruckten Denkschrift zur Sicherung der Staatsbürger gegen verletzende Verhaftungen, Hausdurchsuchungen, Papierdurchsuchungen und Erteilung einer Habeascorpusakte nach englischem Vorbilde. Der Landtag erkannte zwar die Notwendigkeit der Sicherungen gegen Verhaftungen an, lehnte aber die Petition trotzdem ab. —

Nicht weniger als fünf Petitionen hatte ein anderes Ereignis hervorgerufen. Am 29. März 1844 hatte der König, ohne die Provinziallandtage zu befragen, Gesetze erlassen über das gerichtliche und Disziplinarverfahren gegen Beamte. Dagegen erhob der Breslauer Stadtgerichtsrat Heinrich Simon einen flammenden Protest. In ein paar Aufsätzen in der „Schlesischen Zeitung“ wies er nach, daß diese Gesetze die Unabhängigkeit des Richterstandes untergruben und damit das Vertrauen in die Rechtsprechung aufs schwerste erschütterten. Die glänzende Polemik Simons machte tiefen Eindruck in ganz Preußen. Eine starke Bewegung, namentlich unter den richterlichen Beamten, erhob sich gegen diese Gesetze. Das Breslauer Oberlandesgericht, das gegen Simon einschreiten sollte, sprach sich selber gegen die Gesetze aus. Heinrich Simon galt von nun ab als einer der hervorragendsten Vorkämpfer der Freiheit. Fünf von

den 8 Provinziallandtagen baten den König um Zurücknahme der Gesetze. Der schlesische Landtag war sich auffallend einig in der Sache; er wagte es sogar, Verwahrung einzulegen, daß das Gesetz nicht den Ständen vorgelegt worden war.

In diesen Jahren vor der Revolution schieden sich die verschiedenen Richtungen der Liberalen noch nicht voneinander. Sie gingen alle unter dem einen Sammelnamen. Die Entwicklung zum Radikalismus einzelner vollzog sich aber auch in Schlesien schon deutlich. So bei Simon, so bei Schlössel, so bei dem Grafen Eduard Reichenbach¹⁾. Graf Reichenbach war schon im voraus dadurch zum Märtyrer gestempelt, daß er als Burschenschaftler bereits unter Friedrich Wilhelm III. mit Festung bestraft war. Er wohnte im Neiße Kreise, und von dort unterhielt er Verbindungen in die Weite, verbreitete aber auch seine Ideen im engen Kreise. Und das mit großem Erfolg. Er war nicht selber Abgeordneter, aber mehrere bäuerliche Vertreter seines Kreises standen stark unter seinem Einfluß, und nirgendsher, mit der einzigen Ausnahme der Stadt Breslau, kamen soviel fortschrittliche Petitionen an den Landtag, wie aus dem Neiße Kreise, von den bäuerlichen Gemeinden sowohl als aus der Stadt Neiße und selbst von ritterschaftlichen Wählern.

Diesen fortschrittlichen Petitionen gegenüber nahm der 8. Gesamtlandtag nun aber doch schon eine etwas andere Stellung ein als der vorhergehende. Aus dem Jahre 1843 existierte eine Denkschrift, in welcher ein ritterschaftlicher Abgeordneter eine Kritik seiner Standesgenossen gibt. Er sagt darin, sie seien royalistischer als der König selber. Sie neigten dazu, die unschuldigsten Äußerungen der bürgerlichen Vertreter als Eingriffe in die Rechte der Krone oder des Adels zu betrachten. Nun, diese letzte Kritik trifft in ihrer ganzen Schärfe für den 8. Landtag nicht mehr zu. Die fünf Jahre neuer Zeit hatten ihren Einfluß auch auf den Adel nicht verfehlt. So kam es, daß der Ton der Verhandlungen gemäßigter, ruhiger war, obwohl der liberale Ansturm auf dem 8. Landtage viel größer wurde als vorher. Aber auch der liberale Erfolg war größer. Schon war es möglich, daß die Petitionen um Pressefreiheit, um unbedingte Öffentlichkeit der Stadtverordnetenversammlungen, um erleichterte Wahlbedingungen im 3. Stande, um Zuziehung von Laien zu den Synoden der evang. Kirche die vorgeschriebene Zweidrittel-Majorität

¹⁾ Helene Nathan, Aus dem Leben eines Achtundvierzigers. Ein Beitrag zur Geschichte der preußischen Demokratie, in der Zeitschrift d. Vereins f. Gesch. Schlesiens. 48 (1914) S. 174 ff.

fanden, daß man um Aufhebung der Disziplinargeseze bat, um Wahl der Landräte durch die Kreistage. Das alles waren liberale Forderungen. Und der Antrag auf Berufung der Reichsstände, den der Breslauer Milde diesmal wieder einbrachte, hätte zweifellos wenigstens eine starke Minorität gefunden, wenn ihn nicht der Landtagsmarschall und der Landtagskommissar, getreu ihrer Instruktion, im geheimen abgewürgt und Milde zum Stillschweigen verpflichtet hätten.

Daneben gab es freilich noch so manche liberale Forderung, die nicht bewilligt war, aber das ist ja selbstverständlich. Schließlich, was der Landtag davon zur Petition erhob, das lehnte dann doch der König ab.

Bis hierher geht die politische Entwicklung der schlesischen Provinziallandtage, zuerst in absteigender, seit 1840 in aufsteigender Linie. Zwei Jahre später, 1847, berief der König statt der wieder fälligen Provinziallandtage den Vereinigten Landtag nach Berlin. Hier war es, wo er es aussprach, daß er nie und nimmer zugeben würde, wenn man zwischen seinen Herrgott im Himmel und sein Volk ein beschriebenes Blatt Papier, eine Konstitution, drängen wollte. Nicht lange danach konnte er alle die stolzen Hoffnungen seines Lebens begraben; 1848 mußte er erkennen, daß sein selbstherrlicher Wille doch nicht stark genug war, um eine historische Entwicklung aufzuhalten.

Die Provinziallandtage aber hatten mit dem Augenblicke, wo in Berlin eine Volksvertretung zusammentrat, ihre politische Aufgabe erfüllt. Sie mußten sich jetzt folgerichtig dem Gebiete zuwenden das schon vorher einen bescheidenen Teil ihrer Tätigkeit gebildet hatte, der Selbstverwaltung. Und in dieser Richtung verlief dann ihre weitere Entwicklung.

Quellen und Literatur.

Der vorstehende Aufsatz beruht auf den ständischen Akten im Landeshause und den Akten des Landtagskommissars im Staatsarchiv.

Die historische Forschung hat sich erst in neuester Zeit mit der Geschichte der Provinziallandtage befaßt. Als erste Schrift dieser Art erschien 1909 meine Dissertation: Der erste Schlesische Provinziallandtag im Jahre 1825. Die folgenden Jahre brachten noch einige Darstellungen: Jakob Röbers, Die Einrichtung der Provinzialstände in Westfalen, und die Wahlen zum I. westfälischen Provinziallandtag, Dissertation Münster 1914; Werner Stephan, Die Entstehung der Provinzialstände in Preußen

1823 mit besonderer Beziehung auf die Provinz Brandenburg, Dissertation Berlin 1914; Adolf Hasenclever, Zur Entstehung der rheinischen Provinzialstände, in der Westdeutschen Zeitschrift für Geschichte und Kunst Bd. 25; vor allem Gustav Croon, Der Rheinische Provinziallandtag bis zum Jahre 1874, im Auftrage des rheinischen Provinzialausschusses 1918.

An sonstiger Literatur — ältere Arbeiten sind in den oben genannten Schriften zu finden — sei hier nur noch genannt: P. Haake, Der preußische Verfassungskampf vor 100 Jahren, 1921; M. Laubert, Die polnische Frage auf dem Posener Provinziallandtag von 1843, in: Histor. Vierteljahrschrift 19, 453 ff.; M. Laubert, Die Provinz Posen und die preußische Verfassungsfrage 1815—18 in: Von staatlichem Werden und Wesen. Festschrift E. Marcks zum 60. Geburtstage dargebracht . . . 1921, S. 71 ff.; Friedr. Heumann, Die Agrarpolitik der Schlesischen Provinzialverwaltung, Dissertation Breslau 1917.

II.

Das Kataster Friedrichs des Großen und seine Bedeutung für die schlesische Agrargeschichte.

Von
Friedrich Eschrich.

I. Schlesische Kataster in der Zeit vor der preussischen Besitzergreifung.

Als Friedrich der Große im Jahre 1740 Schlessien besetzte, war es seine Absicht nicht, dem eroberten Lande als Feind gegenüberzutreten. Es sollte sich vielmehr so rasch als möglich dem Staatsverbande der preussischen Monarchie eingliedern. Deshalb ging der König auf finanziellem Gebiete nicht mit Kriegskontributionen vor, sondern suchte auf friedensmäßigem Wege die Einkünfte Schlesiens für sich und sein Heer nutzbar zu machen. Dazu sollte vor allem eine gründliche Umgestaltung des Steuerwesens, besonders die steuerliche Trennung von Stadt und Land, beitragen. So kam es unter diesem Herrscher zu einer Katastrirung der ländlichen Besitzungen Schlesiens, die bis tief in das 19. Jahrhundert hinein das Fundament der Grundsteuererhebung gebildet hat.

Dieses schlesische Kataster Friedrichs des Großen stand in engem Zusammenhang mit all den Vorarbeiten, die auf dem Gebiete der Grundsteuer vor der Zeit der preussischen Besitzergreifung gemacht worden waren. Die Anfänge einer Aufzeichnung der liegenden Gründe reichen zurück in die Zeit, da der Übergang vom Lehnskriegs- zum Soldsystem neue finanzielle Hilfsmittel erheischte. Regelmäßige Steuerbewilligungen, deren Jahresbetrag durch einen Beschluß des schlesischen Fürstentages¹⁾ fixiert wurde, traten allmählich an die

¹⁾ Der Fürstentag war ein allgemeiner schlesischer Landtag, der sich allmählich über den Ständevertretungen der einzelnen Fürstentümer aufgebaut hatte und die allgemeinen Landesachen verhandelte. Er tagte in drei getrennten Kollegien (Vertreter der Fürsten und Standesherrn, Erbfürstentümer und bedeutenden Städte). Worüber sie sich einigten, das wurde als Fürstentagschluß verkündet. Vgl. H. Buttke, Die schlesischen Stände, ihr Wesen, ihr Wirken und ihr Wert in alter und neuer Zeit. Leipzig 1847. S. 15 ff.

Stelle der alten Bede, die nur in Zeiten der Not erhoben worden war. Es ergab sich bald das Bedürfnis einer Aufzeichnung der festgesetzten Steuerleistungen.

Das Landbuch Karls IV. (1373) für das Herzogtum Breslau ist bereits ein lokaler Versuch einer Katastrierung des Grundbesitzes mit den darauf ruhenden Lasten. Seit 1474 forderte Matthias Korvinus wiederholt eine Abgabe, die für das platte Land nach der Hufenzahl berechnet wurde¹⁾. Dabei fanden auch schon ländliche Gewerbe, wie Mühlennutzung und dergleichen Berücksichtigung. Zur leichteren Durchführung der Besteuerung verfügte der Fürstentagsbeschuß von 1479 die Aufnahme von Hufenregistern. Die Güte des Bodens, die verschiedene Belastung der einzelnen Güter wurde jedoch von ihnen noch nicht beachtet.

Diese rohen Anfänge einer Katastrierung wurden 1527 von Ferdinand I. fortgesetzt. Ihm bewilligten die Stände wegen der Türkengefahr 100 000 ungarische Gulden²⁾. Ein jeder gab sein eigenes Vermögen und Einkommen und das seiner Untertanen in einer geschätzten Totalsumme an. Die Endsumme für ganz Schlesiens ergab damals 11 576 957 Tl. 12 Gr.³⁾. Der tatsächlich erhobene Steuerbetrag erfaßte etwa 14 pro Mille der Ansage⁴⁾. Die Partikularschätzung der einzelnen Steuerpflichtigen prüfte jedes Fürstentum für sich durch eine selbstgewählte Kommission von zwei Rittern nach. Ihr hatte der einzelne seinen „Schätzettel“ einzureichen. Er sollte darin den Wert seines Gutes in Geld ausgedrückt angeben, „so wie es ein jeder gegen Gott, den römischen Kuning und Gemein Vaterland hoffe zu verantworten“⁵⁾.

Die Angaben waren also in das Belieben des einzelnen gestellt. Mancher gab aus Eitelkeit den Wert seines Gutes höher an, als

¹⁾ $\frac{1}{2}$ —1 Florin ungar. pro Hufe. Die Angaben sind schwankend. Vgl. Nachjahl, Die Organisation der Gesamtstaatsverwaltung Schlesiens vor dem dreißigjährigen Kriege. Leipzig. 1894. S. 113, und Kries, Historische Entwicklung der Steuerverfassung in Schlesien. Breslau 1842. S. 2, Anm. 2. ²⁾ = 300 000 Reichstaler = 150 000 schles. Taler. Zum Vergleich die Angabe, daß ein Rtl. in der 2. Hälfte d. 18. Jahrhunderts etwa die Kaufkraft von 10 Goldmark (1904) hatte. In älterer Zeit war sie noch größer. Vgl. besonders Ziefursch, Beiträge zur Charakteristik der preussischen Verwaltungsbeamten in Schlesien bis zum Untergange des friderizianischen Staates. (Darst. u. Quellen z. schles. Geschichte. IV). Breslau 1907. S. 17—26. ³⁾ Ein schles. Taler = 24 Silbergroschen = 36 weiße Gr. Obige Summe nach Kries, a. a. O. Beilage F. ⁴⁾ Bei späteren Auflagen verändert, 1624 sogar 16%. Vgl. Acta Borussia VI. (Behördenorganisation u. allgemeine Staatsverwaltung). Berlin 1901. Teil 1. S. 523. ⁵⁾ Zimmermann, Über d. Steuerverfassg. i. Schlesiens. (Neue Beitr. z. Beschreibung von Schlesiens.) 1799. S. 14.

es der Wirklichkeit entsprach¹⁾. Das schien keine Gefahr zu haben, da die Stände diese verhältnismäßig geringe Zahlung als einmalige und freiwillige ansahen, worüber Ferdinand ihnen einen Revers ausstellen mußte. Die Nachprüfung der Kommission beruhte auch nur auf ungefährender Schätzung. Deshalb mußten sich bald die Fehler dieser „Indiktion“ zeigen, als von nun an (mit geringen Unterbrechungen) alljährlich Steuern auf der Grundlage von 1527 eingezogen wurden.

Die Mängel dieser Schätzung machten sich ständig fühlbarer. Auf den Unterschied von Domaniel- und Rustikalland war 1527 wegen der Geringfügigkeit der Steuersumme nicht geachtet worden. Die untertänigen Bauern waren nicht besonders veranlagt worden. Infolgedessen wälzte die Willkür vieler Gutsherren die eigene Steuerschuld auf sie ab. Jeder strebte, Steuerbefreiungen oder Ermäßigungen zu erlangen. Für die Berücksichtigung der Wertveränderung der Güter bot die primitive Schätzung keinen Raum.

Alle später versuchten Reformen beschränkten sich auf Flickwerk. Es wurden entweder Steuernachlässe von $\frac{1}{10}$ bis $\frac{1}{3}$ des Steuerquantums bewilligt²⁾ oder durch Einführung weiterer akzisenmäßiger Abgaben der Steuerertrag zu heben versucht³⁾. Dabei war die Gesamtsumme der Indiktion schon 1670 auf 7758645 Tl. gesunken⁴⁾. Ein Fortschritt ließ sich durch alle diese Maßnahmen nicht erzielen, dagegen wurde der Steuerwirrwarr immer größer.

Es ist daher nicht verwunderlich, daß schon im 17. Jahrhundert Vorschläge zu einer gründlichen Verbesserung des Steuerwesens getan wurden⁵⁾. Entweder eine gründliche Rektifikation der alten Indiktion oder die Einführung eines gänzlich neuen Modus für die Erhebung der Kontribution war die Forderung⁶⁾. Nicht durch Annahme von Beschwerden und Gewährung von Nachlässen in corpore könne dem Lande geholfen werden. Nur durch Untersuchung der einzelnen steuerbaren Stücke könne sowohl die unrichtige Indiktion, als auch der verheimlichte Steuerüberschuß mancher Steuerzahler

¹⁾ Lucae, Schles. curiose Denkwürdigkeiten oder vollkommene Chronica. Frankfurt. a. M. 1689. S. 2062. ²⁾ Hübnert gibt ein gutes Bild dieser steuerlichen Zustände in: Die Grundsteuerreform in Schlesien von 1637—1639. Zeitschr. d. Ver. f. Gesch. Schles. Bd. 56 (1922), S. 62.

³⁾ A. Kern berichtet von einem vergeblichen Versuch, die Indiktion durch andere Steuern zu ersetzen, in: Die Reform des Steuerwesens in Schlesien 1666—1671. Zeitschr. d. Ver. f. Gesch. Schles. Bd. 37 (1903), S. 43. ⁴⁾ Zimmermann, Über die Steuerverfassung S. 19.

⁵⁾ Bresl. Staatsarch. Rep. 13. VI. 10 a und 11 c—d, vol. 1. enthalten solche Vorschläge aus den Jahren 1649 und 1674. In der Literatur sind sie bisher nicht beachtet worden. ⁶⁾ Vgl. Fibiger des Rif. Henel v. Hennefeld

Silesiographia renovata. 1704. Bd. II, 1179.

erfaßt werden. Der Widerstand der Stände verhinderte jedoch eine ernsthafte Reform. Immerhin ist mit diesen Vorschlägen die Richtung bezeichnet, die das schlesische Grundsteuerwesen am Beginn des 18. Jahrhunderts tatsächlich genommen hat.

Es blieb der Regierung Karls VI. vorbehalten, den entscheidenden Schritt zu einer wirklichen Neuaufnahme der liegenden Gründe Schlesiens zu tun, ein Kataster im modernen Sinne aufzustellen¹⁾. Der Grund dazu wurde durch das Kaiserliche Reskript vom 4. Nov. 1721 gelegt, nachdem sich der schlesische Fürstentag als unfähig erwiesen hatte, die Neuordnung von sich aus durchzuführen. Die neu einzuführende Kontribution sollte alle bisher üblichen mannigfaltigen Steuerarten und auch die Akzise auf dem platten Lande verdrängen²⁾. Diese österreichische Katastrierung verlangt wegen ihrer Bedeutung für das preußische Katasterwerk ausführlichere Betrachtung.

Es wurde eine „Rektifikations-Haupt-Kommission“ gebildet. Ihr waren 20 „subdelegierte Kommissionen“ unterstellt³⁾, deren jeder 1 bis 2 Revisionskommissionen zur Verfügung standen⁴⁾.

Die Hauptkommission hatte die Leitung des Werks. Sie ging aus einer bereits 1717 eingesetzten und dem Landeshauptmann unterstellten Kommission hervor, welche die Verbesserung des Steuerwesens studieren und dem Kaiser darüber berichten sollte⁵⁾. Zu ihr mußte sich je ein Mitglied der Unterkommissionen nach Breslau begeben, um Instruktionen zu empfangen⁶⁾. Sie nahm auch Beschwerden entgegen und schlichtete Streitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten der unterstellten Kommissionen.

Die Mitglieder der „Subkommissionen“ wurden von den Fürstentümern dem Oberamt⁷⁾ vorgeschlagen und nach erlangter Approbation

¹⁾ Überhaupt merkt man unter Karl VI. frischen Wind auf finanziellem Gebiete. Er ordnete z. B. 1718 das Verrechnungswesen neu, richtete 1715 „Steuerbüchel“, Quittungsbücher f. d. Steuerzahler ein, um Übervorteilungen durch die Beamten zu verhindern. Er begann auch 1719 die Arbeit an dem großen Mailänder Kataster.

²⁾ Ein Gedanke, der auch schon in einem Reskript Karls VI. von 1717 auftaucht. Vgl. Bresl. Staatsarch. Rep. 13. VI. 8. i. S. 194 ff.

³⁾ Entsprechend der Zusammenfassung der vielen bestehenden Indiktionskataster in 20 und trotz des Widerstandes der Stände gegen diese Zusammenlegung.

⁴⁾ Die Zusammensetzung dieser Kommissionen s. bei Croon, dessen vortreffliche Darstellung von uns in mancher Hinsicht ergänzt wird. (Zur Geschichte der österreichischen Grundsteuerreform in Schlesien 1721—40. Zeitschr. d. Ver. f. Gesch. Schlef. Bd. 45 (1911), S. 333.

⁵⁾ Vgl. Bresl. Staatsarch. Rep. 13. VI. 8. i. S. 194.

⁶⁾ Vgl. Carl Franz Sala von Grossa, Idea status tributarii Silesiae. 1731 (Handschrift E 150 im Bresl. Staatsarch.) S. 83.

⁷⁾ Die oberste kaiserl. Verwaltungsbehörde in Schlesien.

des Kaisers vereidigt. Ihre Aufgabe war es, die Berichte der Visitatoren, welche die Sozialuntersuchung der steuerpflichtigen Gründe vorzunehmen hatten, zu empfangen, genau durchzusehen und bei Beanstandungen Rechenschaft zu verlangen. Die Unterkommissionen hielten Sitzungen ab, sobald genug Material von der Hauptkommission oder den Visitatoren eingelaufen war. Der ersteren mußte ein Auszug aus jedem Sitzungsprotokoll eingereicht werden. An sie war in Zweifelsfällen zu berichten¹⁾.

Die Visitationss Kommissionen setzten sich aus 3—4 Mitgliedern, zumeist Abligen des betreffenden Fürstentums, zusammen. In Fällen, wo die subdelegierte Kommission einen großen Bezirk zu bearbeiten hatte, durften zwei Visitationss Kommissionen sich in die Arbeit teilen. Ihre Instruktion schrieb den Visitatoren vor, dem zu Visitierenden den Tag ihrer Ankunft vorher mitzuteilen, damit sich diese zu Hause halten konnten. Die Grundbücher, Kaufrechnungen und sonstigen vorhandenen Dokumente sollten sie ihrer Revision zugrunde legen und falls dergleichen nicht aufzutreiben, die Steuerzahler auf die Richtigkeit ihrer Angaben vereidigen. Das Revisionsprotokoll mußte an die Subkommission eingereicht werden. Charakteristisch ist die Vorschrift, die Visitatoren sollten bei ihren Revisionen Weib und Kind zu Hause lassen²⁾.

Das neue Steuerwesen sollte auf einer „indictio per fassionales“ aufgebaut werden. Die Vordrucke zu allen diesen „Bekennnistabellen“ wurden vom Oberamt in Breslau geliefert. Der Steuerpflichtige hatte zunächst eine „herrschaftliche Spezifikation“ einzureichen³⁾, in der alle steuerbaren Realitäten seines Besitzes gewissenhaft anzugeben waren⁴⁾, nämlich 1. der gesamte Einfall an Gartenland. Hierbei mußte der Besitz des Vorwerks (= Dominium) von dem der dazugehörigen Untertanen getrennt aufgeführt werden. Angaben über die Größe der Besitzungen enthielten die Spezifikationen nicht, außer etwa der Hufenzahl, soweit eine solche im Hufenregister eingetragen war. Statt dessen wurde die Ausfaat

¹⁾ Grossa, S. 94—96.

²⁾ Grossa, S. 97 f. — Diese Vorschrift deutet darauf hin, daß die Kommissare es liebten, sich gut aufnehmen zu lassen und dafür ihren Freunden und Bekannten in steuerlicher Hinsicht wohl gern etwas nachsahen.

³⁾ Jatzewski, Die wichtigern preußischen Reformen der direkten ländlichen Steuern im 18. Jahrhundert. (Schmollers Forschungen VII. Heft 2.) Leipzig 1887 — spricht S. 66 ungenau nur von 2 Bekennnistabellen.

⁴⁾ Hierdurch werden die von Jatzewski S. 67 gemachten Angaben ergänzt. — Die Fassionen der Städte bleiben hier unberücksichtigt, weil das spätere preuß. Kataster, das nur das platte Land erfasst, nur vereinzelt auf sie zurückgreift. Die folgende Darstellung fußt auf Bresl. Staatsarch. Katasterbände, ferner Rep. 14. VI. 1. c u. Grossa S. 145 ff.

nach Maltern und (Breslauer) Scheffeln¹⁾ angegeben und der Malter zum Werte von 4,6 oder 3 TL. Schles. angeschlagen. Der Gesamtwert der Ausaat mußte mit 12 multipliziert werden und ergab so einen Kapitalwert, der für die Errechnung der Steuer zugrunde gelegt wurde²⁾. 2. Die vorhandenen Mühlnutzungen, mit Angabe ob Wind- oder Wassermühlen, Art des Wassers, Zahl der betriebenen Gänge. Diese Nutzungen bestanden entweder in Geld oder Naturallieferungen an Weizen, Roggen oder Schweinen und mußten dementsprechend angegeben werden. 3. Einkünfte der Herrschaft aus Bier- und Branntweinbrennerei. In Fällen, wo die Branntweinbrennerei von der Herrschaft vermietet war, setzten die Tabellen den entsprechenden Geldbetrag an Stelle der Produktion³⁾. 4. Leichnutzung. Die Stückzahl der vorhandenen Strichkarpfen mußte schätzungsweise ermittelt werden, ebenso die Schoßzahl des etwa gezüchteten dreijährigen Karpfensamens. 5. Steigende und fallende Nutzungen. Dazu wurden gerechnet Wege- und Wasserzölle, Erträge aus vermietetem Wiesewachs, aus Viehhütung, Steinbrüchen, Kohlengruben u. dergl. 6. Holznutzung. In dieser Rubrik waren die Bestände an Hartholz (Eichen und Buchen), lebendigem Holz (Birken, Erlen) und weichem Holz (Fichten, Tannen, Kiefern) anzugeben. Innerhalb der einzelnen Holzarten waren 2—5 Wertklassen vorgesehen, von $\frac{1}{2}$ bis zu 6 TL. Schles. pro Stallung differierend⁴⁾. 7. mußte die Viehhaltung an Schafen, Rühen, Ziegen und Schweinen nach der Stückzahl spezifiziert werden. Das Vieh des Dominiums und der Untertanen wurde dabei getrennt aufgeführt. 8. Schließlich folgten Angaben über das eigentliche Säewerk. Die Lage sämtlicher Feldstücke mußte genau bezeichnet werden, auch des Brachfeldes, sowie das darauf gesäete Quantum. Nur die wirkliche Ausaat wurde der Steuerberechnung zugrunde gelegt, auch hier die herrschaftliche und Untertanenausaat gesondert. Das Ausaatquantum der einzelnen Getreidesorten war in den Angaben nicht enthalten. Die Scheidung erfolgte nur nach Winter- und Sommersaat.

Neben dieser Tabelle hatte der Steuerpflichtige noch die „Herrschaftliche Bekanntnuß“ auszufüllen. In ihr wurde auch die Höhe der bisherigen Indiktion vermerkt. Sie wiederholt die Angaben der „Spezifikation“ in verkürzter und übersichtlicher Darstellung. Die Besitzangaben der Untertanen sind auch hier getrennt aufgeführt.

¹⁾ 1 Malter = 12 Scheffel. ²⁾ Der Kapitalisierungsmultiplikator war bei den folgenden Nutzungen schwankend. Vgl. Jazdzewski, S. 67. ³⁾ Das ver-
schänkte Bierquantum wurde nach Achteln, Branntwein nach Eimern gemessen.
⁴⁾ Eine Stallung = 30 Reß je 50 Klafter je 3 Ellen.

Bauernstellen, die vor 1633 vom Vorwerk an sich gezogen worden waren, rechneten zum Gutsland. Die nach diesem Termin zum Dominium geschlagenen Bauerngüter wurden unter den Besitzungen der Untertanen mit aufgeführt¹⁾. Am Schluß enthielt die Bekenntnistabelle die feierliche Versicherung, daß nichts verschwiegen worden sei. Es folgten Datum, Unterschrift und Siegel des Steuerpflichtigen.

Die Fassionstabellen (Spezifikation und Bekenntnis) mußten in doppelter Ausfertigung an die zuständige subdelegierte Kommission eingesandt werden. Diese überprüfte die Angaben, machte ihre Ausstellungen und gab die Tabellen an die Visitationskommission weiter. Letztere wurde zugleich auf besonders zu beachtende Umstände hingewiesen.

Die Visitatoren hatten nun eine eingehende Lokalrevisiön jedes Landstückes vorzunehmen „durch die erforderliche Beaugenscheinigung und Betretung, oder auch vermittelst ordentlicher Feldmesser“²⁾. Diese Tatsache sei hier besonders hervorgehoben. Die Ergebnisse der Untersuchung wurden von der Kommission in der „Herrschaftlichen Befundstabelle“ festgehalten, deren Einrichtung der Bekenntnistabelle entsprach. Über die gesamte Untersuchung nahm man außerdem ein Protokoll auf, das zusammen mit der Befundstabelle der Unterkommission eingereicht wurde. Letztere prüfte alles nach und faßte ihre Bemerkungen gleichfalls in einem Protokoll zusammen³⁾.

Ein Exemplar der Tabellen blieb bei der subdelegierten Kommission und kam nach deren Auflösung in das Landesarchiv des betr. Fürstentums, das andere wurde an die Hauptkommission weitergegeben. Diese entwarf nun die eigentlichen Steuertabellen von jedem Dorf, Kreis, Fürstentum, wie auch eine von der ganzen Provinz. In diesen sogen. Proportionstabellen waren alle Realitäten mit ihrem Kapitalwert aufgeführt, soweit sie die Grundlage der neuen Indiktion bilden sollten.

So umfassend und großzügig die österreichische Revisionsarbeit auch erscheinen mag, ihr praktischer Erfolg war negativ. In den meisten Fällen wurde die bisherige Indiktionssumme nicht erreicht und nur selten ergab sich ein Steuerplus. Beispielsweise betrug das neu errechnete Steuerquantum bei der Herrschaft Trachenberg $\frac{2}{3}$, bei dem Fürstentum Sagan gar nur die Hälfte des seither gezahlten Betrages⁴⁾. Wollte man den ursprünglichen Plan ausführen und

¹⁾ Grossa, S. 80—81.

²⁾ Grossa, S. 145.

³⁾ In den Akten werden die Tabellen und Protokolle der Arbeiten von 1721—25 als Acta primae revisionis bezeichnet.

⁴⁾ Grossa, S. 157. Vgl. auch Acta Borussica VI. 1, S. 526.

nach erfolgter Revision die Landatzise zugunsten der neuen Kontribution aufheben, so hätten die Stände ungeheuer überlastet werden müssen, um nur den bisherigen Steuerertrag zu sichern.

Es wurde nun eifrig nach den Ursachen des negativen Ausfalls einer so kostspieligen und umständlichen Arbeit geforscht. Eine zum Studium dieser Frage eingesetzte Ausschußkommission, die von 1727—30 tagte, brachte nichts zuwege¹⁾. Schließlich getraute man sich doch, den Stier bei den Hörnern zu fassen und in eine Untersuchung der durch die erste Revision nicht erfaßten Roboten und Zinsen an Geld, Getreide, Schank- und Gewerbezinzen usw. einzutreten, zumal bei vielen Gütern, besonders im Gebirge, die Haupteinnahmen der Herrschaften gerade aus ihnen sich zusammensetzten²⁾. Die kaiserliche Regierung hatte zunächst davon abgesehen, um den Widerspruch der Stände gegen die geplante Reform nicht all zu sehr herauszufordern³⁾. Sie suchte diese neue Revision vor dem Adel des Landes damit zu entschuldigen, daß ja schon durch die alte Indiktion dergleichen Leistungen der Untertanen an die Herrschaft mit besteuert worden waren⁴⁾. Der drohende Ausfall an Steuern erlaubte eine so weitgehende Begünstigung der Dominien nicht mehr. Die Forderung wurde in der rationalistischen Weise des 18. Jahrhunderts damit verbrämt, daß man erklärte, ohne Zuziehung der Zinsen und Roboten sei der Endzweck einer gottgefälligen Gleichheit der Besteuerung nicht zu erreichen⁵⁾.

Ein kaiserliches Patent vom 17. August 1733 ordnete die Aufnahme dieser Gefälle an. Uebermals wurde eine Hauptkommission eingesetzt und in jedem Kreise eine Unterkommission, die am 5. Januar 1734 eine besondere Instruktion erhielten. Sowohl die Dominien, als auch die Untertanen hatten zwei Fassionen einzureichen und darin alle Einkünfte anzugeben, die bisher von der Steuer nicht gefaßt worden waren. Sie wurden wie vorher revidiert und rektifiziert.

Die Bekenntnispezifikation der Herrschaft enthielt nach einer Versicherung, daß sie nach gewissenhafter Nachprüfung ausgefüllt worden sei, Angaben über die Nutzungen, die der Herrschaft zuzamen, nämlich Grundzinzen an Geld oder Getreide, eben solche

¹⁾ Vgl. Bresl. Staatsarch. Rep. 199 IX. 1. vol. 12. Ferner Croon, a. a. O. S. 342, Anm. 5.

²⁾ Vgl. Bresl. Staatsarch. Rep. 14. VI. 1 c u. Johannes Ziefurich, Hundert Jahre schlesischer Agrargeschichte. Vom Hubertusburger Frieden bis zum Abschluß der Bauernbefreiung (Darstell. u. Quellen zur schlesischen Geschichte, Bd. 20) Breslau 1915. S. 64 Anm. 1.

³⁾ Croon berichtet gleichfalls von dem Widerstreben der Stände und schreibt ihm das Scheitern der österreichischen Arbeiten zu. (S. 343.)

⁴⁾ Grosse, S. 165.

⁵⁾ Ebda. S. 163.

Robotzinsen, die an Stelle sonst zu leistender Gespanndienste traten, Roboten in natura, Ehrungen, nämlich Abgaben an Kälbern, Gänsen, Kapaunen, Hühnern, Eiern usw., Gespinnste, Mietungszinsen, Gewerbezinsen der im Herrschaftsbereich wohnenden Handwerker, Nutzungen aus Mühlen und Fischerei, soweit sie noch nicht versteuert waren, aus Steinbrüchen und Tongruben, aus Fichten- und Buchenwäldern, soweit sie von den Untertanen zur Schweinezucht benutzt wurden und aus vor- und eingemengten Schafen, das heißt solchen, die den Schäfern als Deputat zustanden, oder die sie zusammen mit den herrschaftlichen weiden lassen durften.

Eine zweite herrschaftliche Bekenntnisspezifikation enthielt Angaben über die Leistungen an Geld, Getreide oder Ehrungen, zu denen die Herrschaft Fremden gegenüber (z. B. einem benachbarten Pfarrer oder dem Hospital St. Johann am Dom in Breslau und ähnlichen) verpflichtet war.

In gleicher Weise mußten auch die Bauern und kleinen Leute ihre Nutzungen aus wilder Fischerei, Mühlen, Steinbrüchen und Tongruben, Eichel- und Buchwaldmast, Grundzinsen, Gespinnst und Mietzinsen bekennen. Eine andere Tabelle führte die Abgaben der Untertanen an fremde Herren, geistliche oder weltliche, auf. Hier kamen zumeist Geld- oder Getreideabgaben, Roboten, Ehrungen und Gespinnste in Frage.

Alle diese Tabellen wurden als die Acta secundae revisionis bezeichnet¹⁾. Jedoch auch diese Verbesserung des österreichischen Katasters sollte praktische Ergebnisse nicht zeitigen. Als 1740 Friedrich der Große das Land besetzte, war die neue Steuerordnung immer noch nicht eingeführt. Einmal waren die Rektifikationsarbeiten noch nicht völlig beendet, sodann war es der Widerspruch der Stände, der es dem mangelnden Mut der kaiserlichen Regierung nicht ratsam erscheinen ließ, durchzugreifen und das neue Kataster in Kraft zu setzen. Hinzu kam der Mangel an geeigneten und unbestechlichen Subalternbeamten. So war es nicht möglich, die Abschaffung der Akzise auf dem schwer kontrollierbaren platten Lande und ihre Beschränkung auf die Städte vorzunehmen, was mit Einführung des neuen Katasters hätte geschehen müssen²⁾.

¹⁾ Sie sind bei Zatzewski (S. 67) noch nicht berücksichtigt. ²⁾ Für die Schwierigkeiten, mit denen man zu rechnen hatte, sind folgende Auszüge aus amtlichen Berichten bezeichnend: „Das alte Akzisen-Patent ist nunmehr über 30 Jahr in Observanz und sollte man glauben, daß die Leute von Jugend auf dessen Notiz erworben haben sollen, jedennoch aber sind ganze Dörfer und Familien, welche dessen Gehalt noch dato nicht durchgehends begriffen“. An anderer Stelle:

Eine 20 jährige Katastrierungsarbeit, die hohe Kosten verursacht hatte¹⁾, erbrachte also kein steuerliches Ergebnis. Vielmehr bestand zur Zeit der preußischen Besitzergreifung die alte Form der Steuererhebung fort: Die Ständeverammlung, der *Conventus publicus*, beschloß ein jährliches Quantum pro Mille. Dieses wurde vom kaiserlichen Generalsteueramt nach Maßgabe der längst verrotteten Indiktion repartiert und vom Oberamt dem Lande bekanntgemacht. Die Subrepartition unter ihre Mitglieder nahmen die Stände selbst vor und leiteten das eingekommene Geld dem Generalsteueramte zu²⁾.

So konnten die Klagen der Steuerzahler nicht aufhören, wie sich aus den langen Listen ihrer *Gravamina* ergibt³⁾. Die Beamten des großen Friedrich waren berufen, das neue Steuerwerk für praktische Ergebnisse nutzbar zu machen.

II. Die preußische Klassifikation.

Friedrich der Große kam mit der Absicht ins Land, Niederschlesien und Breslau seinem Staate einzuverleiben. Infolgedessen wollte er unnötige Härten vermeiden und als Freund der Bevölkerung erscheinen. Ein jeder sollte bei seinen wohl erworbenen Privilegien und Freiheiten verbleiben. Andererseits war der König fest entschlossen, die Steuerkraft Schlesiens für den Unterhalt seiner Armee in Anspruch zu nehmen. Er forderte nachdrücklich, daß die fälligen Steuern nach wie vor bezahlt würden und drohte den Widerspenstigen mit militärischer Exekution⁴⁾.

Das preußische General-Feld-Kriegs-Kommissariat⁵⁾ unter den Geheimen Finanzräten von Reinhardt und von Münchow⁶⁾ ver-

„Die Seele des ganzen Akzisen-Systematis kommt vor allen Dingen auf taugliche, Schreibens und Rechnens wohlkundliche Einnnehmer an, wo sind aber selbige unter dem einfältigen Bauernvolke zu betreffen? Wieviel 1000 fl. gehen dem Publika . . . aus Unverstand und Einfalt nicht verloren?“ . . . „Die Offizianten suchen das Publikum auszunutzen, weil sie mit ihrem Gehalt von 30, 40, 50 und 60 fl. Weib und Kind nicht ernähren können“. (Aktenstück v. 13. VI. 1738 im Bresl. Staatsarch. Rep. 13. VI. 8. m.)

1) Zakrzewski, S. 67. 2) Vgl. Grossa, S. 9. 3) Vgl. Bresl. Staatsarch. Rep. 13. VI. 8. m: „Ausweis der i. d. Herzogt. Schles. gegen die übrigen Rgl. Böhmeimbißchen und österreich. Erbländern fürwaltender Prägravation u. anderweitiger Gravaminum.“

4) Vgl. das „Placat“ vom 18. 1. 1741 in Korns Ediktensammlung (Sammlung aller in dem souverainen Herzogthum Schlesien und dessen incorporierten Grafschafft Glatz in Finanz-Justiz- . . . Sachen ergangenen Ordnungen, Edikten . . .) Breslau 1740 ff. Bd. I, S. 13.

5) Die folgenden Personalangaben sind der Arbeit von Fred Schädlich entnommen: Das General-Feld-Kriegskommissariat in Schlesien 1741. Breslauer Dissertation 1913.

6) Carl Franz von Reinhardt kam vom Generaldirektorium. Er hatte schon unter

handelte inzwischen mit den österreichischen Finanzbehörden. Von dem General-Steuereinnahmer, Herrn von Beer, wurde am 2. Januar 1741 verlangt, er solle fortan keine Gelder mehr ohne Wissen des Feldkriegskommissariates ausgeben und letzterem Rechnung über den Steueretat legen. Das schroffe Vorgehen der preußischen Beamten bewog die schlesischen Stände, durch ihren General-Landesbestellten¹⁾, Herrn von Schellenberg, zu protestieren: Das Generalsteueramt sei nicht königlich, sondern ein immediates der Fürsten und Stände. Ohne Zustimmung eines ordentlich ausgeschriebenen Fürstentages dürfe der Kasse nichts angesonnen werden.

Gleichwohl forderte Friedrich für 1741 das Steuerquantum von 3808179 Gulden (286498 $\frac{1}{2}$ Gulden monatlich). Die Verteilung der Steuersumme im einzelnen sollte den Ständen überlassen bleiben. Vergebens suchten diese vom Könige weitere Zugeständnisse zu erlangen, indem sie eine Deputation ins Hauptquartier sandten. Umsonst waren alle ihre „Gemütsmeinungen und Promemorias“²⁾. Im Mai 1741 wurde aus dem Lager bei Mollwitz ernsthaft mit Exekution gedroht. Das fortdauernde Widerstreben des Conventus Publicus überzeugte den König schließlich von der Notwendigkeit, diesen Hemmschuh einer geordneten Verwaltung im preußischen Sinne beiseite zu schieben. Im August wurde den Ständen mitgeteilt, daß die Steuerverfassung demnächst nach preußischem Muster umgestaltet werden würde, und zugleich wurde die Generalsteuerkasse durch das Feldkriegskommissariat besetzt. Am 31. Oktober

Friedr. Wilh. I. erfolgreich gedient. Friedr. d. Gr. war später nicht mit ihm zufrieden u. versetzte ihn am 19. III. 1742 wieder nach Berlin zurück. — Ludwig Wilhelm Graf von Münchow, der Sohn des Rüsttriner Kammerpräsidenten, mit dem Friedr. als Kronprinz in Berührung gekommen war, war schon mit 27 Jahren Direktor der kurmärk. Kammer geworden. Dann hatte ihn der König ins Generaldirektorium berufen. Nach dem Weggange Reinhardts wurde er zum Wirkl. Geh. Etatsminister u. Chefpräsidenten d. beiden schlesischen Kammern ernannt. — Vgl. auch Acta Bor. VI, 2. S. 981 ff. u. S. 993.

¹⁾ Landsyndikus, der das ständische Archiv unter sich hatte, die Beschlüsse aufsehte u. dergl. ²⁾ Eine ausführliche Schilderung des Her und Hin der Stände gibt das Landesdiarium de anno 1741 et usque ad ult. Junii 1742 in

Script. rer. Silesiacarum V, herausg. von G. Stenzel. Breslau 1851. — Die Naivität, mit der die Stände die keineswegs übermäßige Forderung des siegreichen Königs auf Zahlung der bisherigen Steuersumme mit ein Drittel des geforderten Quantums unterboten (statt monatl. 286498 $\frac{1}{2}$ fl. nur 100000 fl. — Landesdiar. S. 75 f.), sich aber nicht scheuten, den preußischen Beamten beträchtliche Bestechungsgelder anzubieten, läßt auf die Korruption der bisherigen österreichischen Behörden schließen. Die Stände schienen es gewöhnt, auf solche Weise die Verzögerung von Entscheidungen zu erreichen, die ihnen unliebsam waren.

erhielten die ständischen Finanzbehörden die Mitteilung, der König habe sie ihrer Verpflichtung entbunden; er werde andere Vorkehrungen treffen und die Landeseinkünfte durch eigene Behörden verwalten lassen¹⁾.

Das Feldkriegskommissariat hatte mittlerweile durch seine Tätigkeit, welche die einer Intendanturbehörde weit überstieg und zum großen Teil Verwaltungsarbeit war, eine gute Kenntnis der schlesischen Verhältnisse gewonnen. Es mußte nun auf Mittel sinnen, wie die Verstaatlichung des Steuerwesens mit den Verhältnissen des Landes zu vereinbaren sei. Reinhardt und Graf Münchow versäumten nicht, Gutachten schlesischer Sachkenner einzuholen. Kenner der Verhältnisse legten ihnen den Gedanken nahe, die österreichische Idee einer Neuordnung der gesamten Grundsteuerverhältnisse wirklich zum Abschluß zu bringen. Die Durchführung des Planes mußte der neuen Regierung die Gunst aller der Steuerzahler zuwenden, die mit der alten Indiktion unzufrieden waren, und das waren die meisten.

Ein solches Gutachten befindet sich in einem bei den Akten über das Kontributionswesen erhaltenen „Pro Memoria in Sachen dero Kontributionswesen in Niederschlesien, von einem Mann, der über zwanzig Jahre in Landesdiensten steht“²⁾. Darin wird nachdrücklich auf die österreichischen Vorarbeiten und ihre „vortrefflichen und kostbaren“ Tabellen hingewiesen. Der Kapitalwert des Landes wird auf 125 204 846 fl. geschätzt, was bei 6% Verzinsung 7 512 290 fl. ergebe; davon könne leicht $\frac{1}{5}$ oder $\frac{1}{10}$ als Steuersumme gefordert werden, zumal die alte Indiktion häufig sogar zu $\frac{1}{3}$ weggesteuert worden sei.

Die Hauptsache sei die Beseitigung der herrschenden Unordnung im Steuerwesen. Auf die Notwendigkeit der Beschränkung der Akzise auf die Städte und einer beschleunigten Einziehung der Steuern wird Nachdruck gelegt. Vor allem taucht in der Schrift der Gedanke einer Probeklassifikation auf. Es sollen alle Nutzungen im Kreise Schwiebus katastriert werden, um zu sehen, ob eine Durchführung der Katastrierung für das ganze Land ersprießlich sei.

Auch sonst noch wurden Schlesier zu den Vorbereitungen der Steuerreform als Sachverständige hinzugezogen, z. B. der Freiherr

¹⁾ Auffällig ist, worauf auch Grünhagen, Friedrich d. Gr. u. die Breslauer, (1864), S. 129 hinweist, daß die Stände in keiner Weise dagegen protestierten, beiseite geschoben zu werden; sei es, daß sie auf baldige Wiedererrichtung der österreichischen Herrschaft hofften oder ihre Ohnmacht fühlten. ²⁾ Bresl. Staatsarch. Rep. 199 IX. 1 vol. 1.

Johann Theodor von Arnold, der vorher Amtsverweser des Grafen Schönaich in Carolath und Beuthen gewesen war und seit dem 1. Januar 1741 als Justizberater beim Feldkriegskommissariat wirkte¹⁾. Es wurde sogar beabsichtigt, die Neuaufnahme der ländlichen Gründe durch eine genaue geometrische Vermessung zu unterstützen. In einzelnen Fällen war dies in österreichischer Zeit geschehen. Der Ingenieurleutnant von Schubart, der bereits seit 16 Jahren in Schlesien Vermessungsarbeiten ausgeführt hatte²⁾, reichte „Dhnmäßigke Gedanken“ ein, auf welche Weise diese Vermessung am schnellsten durchzuführen wäre. Darin schlägt er vor, die österreichischen Cassionstabellen, in denen bereits die Bodentlassen enthalten seien, der Vermessung zugrunde zu legen³⁾.

Münchow wußte den König für die Reform zu gewinnen, der schon am 8. November 1741, dem Tage nach der Erblandeseshuldigung der schlesischen Stände, deren Vertretern versicherte, daß binnen Jahr und Tag eine ordentliche Klassifikation aller Güter gefertigt sein werde. In den Kreisen Schwiebus und Ols sollte der Anfang gemacht werden. Dann würde „künftig jeder Ort zuverlässig wissen, was und wieviel er jährlich an oneribus publicis einmal wie das andere zu entrichten hätte und würden also alle Extraordinar-Abgaben auf einmal, auch in denjenigen Zeiten, da Se. Majestät in einen Krieg verwickelt werden sollte, völlig cessieren“⁴⁾. Der König, der sich jetzt als der dirigierende Minister vom schlesischen Departement betrachtete, sorgte, daß die Reform bald in Fluß kam.

Die Landesältesten wurden entlassen; an ihre Stelle traten vom 1. Januar 1742 ab besoldete Landräte⁵⁾. Bei deren Vereidigung wurde besonders auf ihre Verpflichtung, das Kontributionswesen zu fördern, hingewiesen. Vor allem hatten sie den auf ihren Kreis entfallenden Anteil der Gesamtsteuersumme zu repartieren und bis zum 15. jedes Monats an die Obersteuerkassen in Breslau bzw.

¹⁾ Vgl. Acta Bor. VI. 2, 249 ff. ²⁾ Siehe A. Hoyer, Die erste staatliche Vermessung Schlesiens unter Karl VI. Zeitschr. d. Ver. f. Gesch. und Alter. Schles. Bd. 24 (1890), S. 305. ³⁾ Zu einer Verwirklichung seiner Pläne hat die preussische Katastrierung nicht geführt. Die Zeit dafür fehlte auch. Der König drängte unaufhörlich auf rasche Beendigung des Werks und auf praktische Ergebnisse — Geld. Die später wirklich vorgenommenen Vermessungen dienten nur militärischen Zwecken. Vgl. Bresl. Staatsarch. Rep. 199 IX. 1. vol. 2. ⁴⁾ Landesdiarium, S. 182 f. ⁵⁾ Korns Ediktsensammlung I/179 u. Acta Bor. VI, 2, 278. — Die Einrichtung, Zusammensetzung des Landratsamtes, auch seinen Anteil am Katasterwerk hat D. Ruhnert gründlich behandelt: Das Landratsamt in Schlesien 1740—1806. Diss. Breslau 1911. 3 Teile, davon der 2. Teil gedruckt. Vollständig als Handschrift E 29 t. im Bresl. Staatsarch.

Glogau abzuführen¹⁾. Die weitere Entwicklung der Reform wurde begünstigt durch die Umbildung des Feldkriegskommissariats zu den beiden Kriegs- und Domänenkammern in Breslau und Glogau, an deren Spitze Reinhardt und Münchow traten. Friedrich wählte diese beiden, weil ihnen seine „Intention mit der hiesigen neuen Einrichtung“ am eigentlichsten bekannt sei²⁾.

Noch gegen Ende des Jahres 1741 erfolgten die nötigen Schritte, um das Klassifikationswerk einzuleiten. Das Generaldirektorium in Berlin erhielt am 20. November Befehl, den Geheimen Rat von Nussen aus Cleve, den Landrat von Jagow aus der Altmark und den Kriegsrat von Thile sen. von der Kurländischen Kammer nach Breslau zu schicken, wo sie „zu einer großen Commission“ gebraucht würden³⁾. Am 24. Dezember 1741 machte Münchow dem Könige den Vorschlag, mit der Probe im Kreiße Schwiebus zu beginnen. Am 13. Januar 1742 hatte er bereits die Grundsätze entworfen, nach denen bei der Aufnahme von Schwiebus verfahren werden sollte. Binnen sechs Wochen sollte diese Probearbeit beendet sein⁴⁾. Den folgenden Tag beriet er alles noch einmal mit der Glogauer Kammer genau durch. Die Verhandlungen wurden in einem Kammerprotokoll niedergelegt, das vor allem vorschrieb, daß auf die Trennung von Bauern- und Herrenland scharf geachtet werden solle⁵⁾.

Die drei berufenen Kommissare gingen nun unter Münchows Oberaufsicht an die Arbeit und konnten bereits am 3. März 1742 ihren Immediatbericht über deren Fertigstellung absenden. Das Ergebnis war ein Steuerplus gegen früher, das sie daraus erklärten, daß viele steuerbare Stücke besonders von kleinen Ackerleuten mit herangezogen worden seien, die vorher ohne Ursache frei geblieben waren⁶⁾. Besonders erfreut über den guten Ausgang der Sache war der Kammerpräsident Münchow, welcher der Klassifikationsarbeit von vornherein das größte Interesse entgegengebracht hatte, zumal sich ihm hier eine Gelegenheit bot, seinem Könige einen wichtigen Dienst zu leisten und sich auszuzeichnen. Am 9. März 1742 wartete Münchow seinem Herrscher mit einem langen Bericht auf und erklärte, „daß nunmehr daselbst mit einmal alle Prägravation gehoben und von diesem schlechtesten und allerkleinsten Kreiße dennoch 1783 Rtl. künftig

¹⁾ Versuche der neuen Landräte, den ständischen Einfluß aufrecht zu erhalten und eine Verminderung der Steuersumme zu erreichen, wurden vom König strikte abgelehnt. (s. Landesdiarium, S. 207—19.) ²⁾ Rabinettsordre vom 11. X. 1741. Acta Bor. VI, 2. S. 236—39.

³⁾ Vgl. Schädrich, S. 90, Anm. 4.

⁴⁾ Bresl. Staatsarch. Rep. 199 IX. I. vol. 1, S. 83 u. 97. ⁵⁾ Ebda. S. 151.

⁶⁾ Ebda. S. 115.

mit aller Kontribuenten Zufriedenheit, mehr als bishero eingenommen werden“. Er wies sodann auf den Vorteil hin, den die Fortsetzung dieser Untersuchung in den übrigen, meist größeren Kreisen gewähren würde und schlug den Kreis Münsterberg für einen weiteren Versuch nunmehr im Breslauer Departement vor¹⁾. Für den Fall, daß beide Proben den König befriedigten, empfahl Münchow, die Arbeiten alsbald auf das ganze Land auszudehnen: Dazu müßten allerdings in jedem Departement mindestens drei Kommissionen auf einmal arbeiten. Dann könnte die Arbeit in einem Jahr erledigt sein. Ihre Kosten würden sich in 2—3 Jahren bezahlt machen²⁾.

Die zweite Probeklassifikation wurde nun tatsächlich nicht im Münsterbergischen, sondern im Kreise Frankenstein vorgenommen. Dieser große Kreis, der 63 Dörfer umfaßte, beschäftigte die 3 Kommissare von Ende April bis Mitte Juni 1742. Die Arbeit war mit besonderen Schwierigkeiten wegen des gerade währenden Durchmarsches der Truppen nach Böhmen verbunden³⁾. Die Prinzipien, die bei der Bearbeitung des Schwiebuser Kreises maßgebend gewesen waren, erwiesen sich auch hier als tragbar. Die Arbeit der Kommissare wurde durch die österreichischen Vorarbeiten, die zugrunde gelegt wurden, sehr erleichtert. Eine geometrische Vermessung fand nicht statt. Vor allem wurde darauf geachtet, daß auch wirklich alle steuerbaren Objekte in Anschlag kamen. Besondere Schwierigkeiten machte die Erfassung der wüsten Bauernhufen, die von den Herrschaften allmählich an sich gerissen worden waren. Ihre Trennung vom Gutsland konnte vorläufig nur nach den vorhandenen Kreis-hufenregistern erfolgen.

Es fehlte der getanen Arbeit auch nicht an Kritikern. Ein so guter Kenner des schlesischen Steuerwesens, wie der Kriegs- und Domänenrat Viebig⁴⁾, der bereits in österreichischer Zeit an der Revision der zwanziger Jahre mitgewirkt hatte⁵⁾, bemängelte z. B.,

¹⁾ Dazu bemerkte der König am Rande: „gut“. ²⁾ Zu diesem Vorschlag lautete das königl. Marginal (z. T. bereits von Jatzjewski S. 68 angeführt): „Dieses wäre zu wünschen, wo will man aber die erforderlichen Leute dazu hernehmen, auf deren Penetration und Geschicklichkeit man sich verlassen kann? Da er jezo beide Kammern unter sich hat, so überlasse ich ihm solches zu regulieren und hoffe, er werde alles so machen, daß ich davon zufrieden seyn kann“. (Über Münchows Präsidium beider Kammern s. S. 38, Anm. 6). ³⁾ Bresl. Staatsarch. Rep. 199 IX. 4 vol. 1. ⁴⁾ Er war eigentlich Obersteuereinnnehmer und zugleich Mitglied der Breslauer Kammer. Siehe Ziefursch, Beiträge . . . S. 46.

⁵⁾ Seine Handschrift findet sich in vielen Revisionsprotokollen aus der österr. Zeit (Bresl. Staatsarch. Rep. 201 a, Kataster des Kreises Neumarkt), wie in den preußischen Akten des Rep. 199 IX. I. 1—14.

daß wohl die Zahl der wüsten Bauernhufen bei jedem Dominium aufgeführt, ihr steuerpflichtiger Besitz im einzelnen jedoch nicht behandelt worden sei. Allerdings wäre dadurch die genaue Separation von Herren- und Bauernland, wie sie die Klassifikationsprinzipien vorschrieben, wesentlich erschwert worden. Gewichtiger noch war sein Einwand, daß die Kommission den auf eine Bauern- oder Gärtnerhufe entfallenden Ertrag aus der Summe aller bäuerlichen oder Gärtnerrealitäten berechnet habe, so daß etwa Peter von seiner Hufe ebensoviel zu versteuern habe als Paulus, ohne Rücksicht auf den tatsächlichen Unterschied, den ihre Besitzungen im einzelnen aufwiesen. Daraus ergebe sich, daß z. B. die Pfarrer und Kirchschreiber in der Regel zu wenig, die Bauern dagegen zu hoch herangezogen würden. Viebiag machte den Vorschlag, den Ertrag nicht nach der Anzahl der Hufen, sondern nach dem wirklichen Zustand der Besitzung zu formieren¹⁾.

Es wird von Wichtigkeit sein zu beachten, inwieweit dergleichen Fehlerquellen bei der eigentlichen Klassifikation beseitigt wurden. Die Bedenken, die sonst noch gegen die Art des Vorgehens der Klassifikationskommission erhoben wurden, stammten meist von einzelnen Steuerzahlern, die aus der Unzulänglichkeit der bisherigen Indiktion ihren Nutzen gezogen hatten. Deshalb beeilte sich der von ehrlichem Eifer beseelte Graf Münchow, die Organisation für die Bearbeitung der ganzen Provinz zu vollenden²⁾.

Am 1. Juli 1742 kam die „Instruktion vor die Klassifikationshauptkommission“³⁾ heraus. Deren Leiter waren Rudolf Friedrich von Ziegler⁴⁾ und der schon erwähnte Karl Gottfried von Thile. Die Oberaufsicht behielt sich Graf Münchow vor. Der Hauptkommission wurde ein Büro von 2 Sekretären, 1 Kalkulator und 1 Kopisten zugeteilt⁵⁾. Die Hauptkommission hatte die — nach

¹⁾ Bresl. Staatsarch. Rep. 199 IX. 1. vol. 1. S. 151 ff. ²⁾ Er hatte ständiges Interesse für den Fortschritt der Kommissionsarbeiten gezeigt. Nach Fertigstellung der Probekataster ließ er sich genauen Bericht erstatten. Besonders achtete er auf eine möglichst gerechte Durchführung der Lastenverteilung und scheute sich nicht, unbegründete Sonderansprüche des Adels und selbst der Landräte zurückzuweisen. Bresl. Staatsarch. Rep. 199 IX. I. vol. 1. S. 60 f. ³⁾ Ebda S. 190. S. auch Acta Bor. VI, 2, 456.

⁴⁾ Herr von Jagow war schon im Mai abberufen worden; von Aussen wurde auf Münchows Bericht vom 26. I. 1742 an die Glogauer Kammer versetzt, wo Münchow damals mit nur zwei Räten arbeitete. An Aussens Stelle trat am 24. II. 1742 der Geh. Kr.-Rat v. Ziegler von der märk. Kammer. S. Rep. 199 IX. 4 vol. 1 und Acta Bor. VI, 2, 455.

⁵⁾ Die ersteren sollten 1 Rtl., d. Kopist 16 Ggr. Diäten beziehen. Für die Kommissare hätte M. gern höhere Diäten durchgesetzt, allein der König bewilligte nur die üblichen 2 Rtl.

österreichischem Vorbild — zu ernennenden Unterkommissionen hinsichtlich ihrer Arbeitsleistung und Führung zu instruieren und zu beaufsichtigen, ihre Einsendungen nachzuprüfen und besonders darauf zu achten, daß bei der Katastrierung nach den festgelegten Grundsätzen verfahren würde. In schwierigen Streitfällen hatte sie zu entscheiden, doch sollte sie dabei in Übereinstimmung mit den beiden Kammern arbeiten. Die Instruktion gab ferner Bestimmungen über die Katastrierung der kgl. Kammergüter, der bischöflichen, Stifts-, Pfarrer- und Kirchschreiberbesitzungen, die vordem z. T. Steuerfreiheit genossen hatten.

Steuerfrei sollten nur diejenigen Güter bleiben, die nie in einer Indiktion gestanden, auch niemals Akzise oder andere Steuern abgeführt hatten. Die bisher Akzise bezahlt hatten, sollten nach Proportion des ermittelten Akziseertrages katastriert werden. Diese Ausnahmebestimmungen fanden sowohl auf weltliche als auch geistliche Güter Anwendung. Die Instruktion legte den Hauptwert auf möglichst rasche Erfassung aller Landeserträge. Die Ausrechnung der Individualerträge sollte zunächst noch aufgeschoben werden.

Jeden Freitag mußte die Hauptkommission beim Grafen Münchow zur Konferenz über den Fortgang der Katastrierung erscheinen. Dabei wurden in der Regel noch der Geh. Rat von Rüssen und der Kriegsrat Viebig zugezogen¹⁾.

Die Unterkommissionen erhielten ihre Anweisung durch die sehr ausführlich gehaltene Instruktion vom 27. Juli 1742, auf welche sie vereidigt wurden²⁾. Strengste Unparteilichkeit wurde darin den Kommissaren zur Pflicht gemacht, Fleiß und Verschwiegenheit gegen jedermann von ihnen gefordert. In Zweifelsfällen mußten sie dem Grafen Münchow berichten, der sie dann durch die Hauptkommission belehren ließ. An diese hatten sie alle 14 Tage einen Tätigkeitsbericht einzureichen. Nach Fertigstellung eines Kreises mußten sie vor ihr zur Konferenz erscheinen.

Je zwei „subdelegierte Kommissare“ — auch ihr Name ist von

¹⁾ Vgl. Bresl. Staatsarch. Rep. 199 IX. 4 vol. 1. Auch dieser Umstand beweist das große Interesse, das Münchow an dem zu leistenden Werk nahm. Er ließ es sich in der That nach allen seinen Kräften angelegen sein, wie er dem König versprochen hatte. Sein Eifer im königlichen Dienst ließ ihn nicht einmal dazu kommen, die im Jahre 1742 beabsichtigte Heirat zu verwirklichen. S. Acta Bor. VI, 2, 473.

²⁾ Die Entwürfe dazu lieferte die Hauptkommission bereits während ihrer Arbeiten in Frankenstein. Der endgültige Text wurde in gemeinsamer Beratung mit dem Provinzialminister Graf Münchow festgestellt. Die Instruktion ist auszugsweise wiedergegeben in den Acta Bor. VI, 2, 461 ff., vollständig in Bresl. Staatsarch. Rep. 199 IX. 1. vol. 1. S. 207.

den Österreichern übernommen — hatten einen Kreis aufzunehmen. Ihnen wurde ein Sekretär und ein Kalkulator beigegeben. Die Diäten dieser Beamten — nach den bereits angeführten Sätzen — wurden aus den Steuerresten von 1740/41 bezahlt. Sie erhielten ferner freies Quartier am Aufenthaltsort¹⁾, mußten aber für Licht und Heizung selbst aufkommen²⁾.

Die Instruktion legte wiederum größtes Gewicht auf die scharfe Trennung von Herren- und Bauernland³⁾. Die Kommissare erhielten das Recht, zur Ergänzung der aus den österreichischen Akten geschöpften Nachrichten von den Herrschaften, Landräten, Magistratspersonen, Beamten, Gerichten und Untertanen Hufenregister, Grundbücher, Kaufrechnungen und sonstige entsprechende Dokumente zur Einsichtnahme zu fordern. Weigerte sich der Steuerzahler sie vorzulegen, so sollte er auf seine Angaben scharf vereidigt werden. Personen, die sich irgendwelcher Unterschleife schuldig machten, durfte die Kommission ohne weiteres zur Verantwortung ziehen ohne Ansehen der Person. Der größte Teil der Instruktion wird von technischen Vorschriften eingenommen, auf welche Weise die einzelnen Nutzungen eines Gutes katastriert werden sollten⁴⁾.

Beide Instruktionen wurden am 22. Juli 1742 dem Könige eingereicht, der ihnen seine Zustimmung gab. In dem Begleitschreiben des Grafen Münchow erklärte dieser hoffnungsvoll, daß er sich von Herzen freue, wenn er betrachte, „daß nach eingerichteter auch dieser Sache, keine einzige Ew. Majestät Provinzien ist, welche Niederschlesien beikomme und worinnen eine so durchgängige und generale Ordnung anzutreffen sein wird“⁵⁾. König Friedrich bezeichnete die Katastrierungsarbeit als „eine der importantesten Sachen“⁶⁾ und verlangte, daß ihn Münchow in seinen gewöhnlichen Monats- und Quartalsberichten über das Fortschreiten des Werkes besonders unterrichte⁷⁾. Graf Münchow hoffte, die Aufnahme bis Trinitatis 1743 abschließen zu können; der König verlangte ihre Fertigstellung bis Anfang Februar⁸⁾.

Mit größtem Eifer betrieb der Minister die Zusammenstellung

1) Bresl. Staatsarch. Rep. 199. IX. 4. vol. 1, S. 269. 2) Ebda. vol. 1 u. 2.

3) „... weil seine königliche Majestät durchaus nicht wollen, daß die auf die Obrigkeiten und ihre Dominia nach dem Ertrage ihrer Güter u. Einkünfte zu radizierende Landsteuern denen Untertanen und Gärtnern aufgelegt, sondern von jedem besonders nach Anweisung des Katastri und darauf sich gründenden Anlage aus eigenen Mitteln abgetragen werden sollen.“ 4) Diese finanztechnischen Einzelheiten sind von Jazdzewski, S. 72 ff., behandelt worden, weshalb hier nicht auf sie eingegangen werden soll.

5) Bresl. Staatsarch. Rep. 199. IX. 1. vol 1, S. 233.

6) Ebda. unterm 25. XII. 1742.

7) Ebda. S. 303.

8) Ebda. S. 313.

der Unterkommissionen. Anfangs bestanden neben der Hauptkommission nur vier andere. Schon im September und Oktober 1742 drängte von Thile auf Verdoppelung ihrer Zahl, um das Werk rechtzeitig zustande bringen zu können¹⁾. Münchow hatte dafür volles Verständnis. Im Februar 1743 waren bereits 33 Kommissare an der Arbeit²⁾. Das Organisationstalent des schlesischen Provinzialministers vermochte sich auch in diesem Punkte durchzusetzen. Somit war ein rasches Vorwärtsschreiten der Arbeit gewährleistet³⁾.

In welcher Weise wurde nun gearbeitet? Die Kommission erschien bei dem Steuerpflichtigen, meist von einem Kreisdeputierten oder anderen mit den landwirtschaftlichen Verhältnissen des Kreises wohlvertrauten Mann begleitet. Zunächst wurden nach Vorschrift einer gedruckten Spezifikation der Name des herrschaftlichen Eigentümers bzw. der selbständigen Dorfgemeinde und Angaben, wie hoch das Gut (Dorf) in der Indiktion gelegen und wie es von den österreichischen Revisoren veranschlagt worden sei, festgelegt.

Es folgte die Aufnahme des Zustandes der Besitzungen zur Zeit der preussischen Untersuchung. Die Zahl der Bauern wurde aufgeführt mit ihren Hufen, auch die wüstgewordenen Hufen, welche die Herrschaft in Kultur genommen hatte, ferner die Zahl der vorhandenen Gärtner, Freileute, Häusler, Einlieger und Handwerker⁴⁾. Sodann wurde schriftlich niedergelegt, was Herrschaft und Untertanen anzugeben hatten an jährlicher Ausaat von Weizen, Roggen, (einschl. Erbsen und Buchweizen), Hafer, Hirse, Leinsamen, Garteneinfall, an Schafen und Ziegen, Rühen, zweispännigen Fudern Heu oder Wiesewachs⁵⁾.

Dabei wurden alle Untertanen einzeln mit Namen aufgeführt, das Quantum der Ausaat jedoch nicht von jedem einzelnen aufgenommen, sondern generaliter von den Bauern oder den kleinen Adeleruten zusammengefaßt. Diese Angaben wurden ergänzt durch die sogenannte Ertragstabelle, welche die vorstehenden Angaben wiederholte und aus ihnen den Ertrag berechnete⁶⁾. Die Ertragsberechnung ging nach Bevölkerungsgruppen vor sich, also gesondert

¹⁾ Bresl. Staatsarch. Rep. 199 IV. vol. 1.

²⁾ Acta Bor. VI. 2, 465.

³⁾ Die Beschaffung der Gelder für die vielen Kommissare war nicht leicht, da die Steuerreste, aus denen sie bestritten werden sollten, sehr unpünktlich eingingen. Zeitweise geriet die Zahlung der Diäten auf Monate in Rückstand. Bresl. Staatsarch. Rep. 199 IX. 4. vol. 1.

⁴⁾ Über diese Gruppen der ländlichen Bevölkerung unterrichtet Ziefursch, Hundert Jahre . . . S. 69 ff. ⁵⁾ Die preussische Tabelle umfaßt also nur die Rubriken 1, 7 und 8 der österreichischen Spezifikation.

⁶⁾ z. B.: 56 Scheffel Weizenausat auf 1 Al. 10 Sgr. 9 Sl. = 80 Al. 12 Sgr. — Sl. Ertragswert uff.

für das Dominium, die wüstgewordenen Bauernhufen, „so die Herrschaft in Kultur hatte“, die Pfarrei, den Schulmeister, für den Schulzenhof, die Bauern und die kleinen Leute (Dreschgärtner, Freileute).

Dazu kam eine ausführliche Aufzählung der Nutzungen, die dem Dominium allein zustanden. Die Nutzungen wurden nach ihrem Geldwert in Schles. Talern, Silbergrößen und Hellern angeschlagen. Für manche von ihnen waren feste Preise für das ganze Land vorgeschrieben und in den Tabellen auch vorgedruckt, bei anderen waren die Preise nicht fixiert¹⁾.

Den Tabellen wurde eine kurze „Retapitulation“ angefügt, welche die Erträge des Dominiums und der verschiedenen Gruppen der Untertanen übersichtlich zusammenstellte. Das Protokoll über die Aufnahme wurde gleichfalls den Akten zugefügt.

¹⁾ Die Ertragstabelle zählt folgende Nutzungen auf:

Erb- und Grundzinsen an Geld,

Grundzinsen an Getreide: Scheffel Weizen je	—	—	—	—
„ Roggen „	20	Sgr.	9	Sl.
„ Gerste „	18	„	—	„
„ Hafer „	15	„	—	„

Robotzinsen an Geld oder Dienstgeld,

„ „ Getreide (Weizen, Roggen, Gerste, Hafer),

Roboten oder Dienste in natura und zwar:

Gespanndienste mit 4 Pferden umsonst je Tag	8	Sgr.	um Lohn	6	Sgr.
„ „ 3 „ „ „ „	6	„	„	„	4 1/2 „
„ „ 2 „ „ „ „	4	„	„	„	3 „
„ „ 1 „ „ „ „	2	„	„	„	1 1/2 „

Ungemeßene Gespanndienste mit 2, 3, 4 Pferden je 8, 12, 16 Tl. Schles.

„ Handdienste umsonst je 6 Tl., um Lohn oder Kost 3 Tl.

„ Weiberdienste „ 3 „ „ „ „ 1 1/2 „

Gemeßene Handdienste „ „ Tag 1 Sgr. u. Lohn „ „ 9 Sl. je Tag.

Spinnen und Garngeld. Spinnen in natura je Stück umsonst 1 1/2 Sgr., und Lohn 1 Sgr. Ehrungen?: Stück Kälber (je 12 Sgr.), Hammel (12 Sgr.), Gänse (5 Sgr.), Müller-Kapaune (5 Sgr.), andere Kapaune (3 Sgr.), alte Hühner (2 Sgr.), junge Hühner (1 Sgr.), Mandeln Eier, Rinder- oder Schweineschultern.

Schmiede- und Mietungszinsen, Schanzzinsen vom Krüger, bezw. Branntweinbrenner, Gewerbezinzen von den Handwerkern, Mühlenpachtzins in Geld oder Getreide, Speck- oder Ruchelschweine (4 bezw. 2 Tl.) des Müllers. Mastgeld. Mastochsen; Mastschweine (je 20 Sgr.), Strichkarpfen je 5 Sgr. Dreijähriger Karpfensamen je Schock 12 Sgr. Geldzins für wilde Fischerei.

Nutzung aus Steinbrüchen, Tongruben, von der Ziegelhütte, von der Brauerei je Achtel Bier 20 Sgr., je Eimer Branntwein 3 Tl. 8 Sgr. Holznutzung: Hartes Holz, die Stallung zu 9, 6, 3 Tl., weiches Holz je 6, 4 1/2, 3, 1 1/2, 1 Tl., lebend. Holz je 6 und 3 Tl. je nach Qualität. Nutzung aus der Röh rung, je Schock 10 Sgr. — Weidegeld.

Eine Gegenüberstellung der Angaben der österreichischen und preußischen Katastertabellen macht ihre enge Verwandtschaft ohne weiteres offenbar. Die preußische Ertragstabelle geht jedoch bei den Angaben über die Dienste, welche die Untertanen der Herrschaft zu leisten hatten, mehr ins einzelne. Ein wesentlicher, finanztechnischer Unterschied fällt sofort in die Augen. Das österreichische Kataster legt für die Besteuerung den Kapitalswert, das preußische den Ertragswert zugrunde. Der hohe Grad der Abhängigkeit der preußischen Arbeit von der österreichischen wird gleichwohl deutlich, wenn man die Durchführung der Katastrierung im einzelnen verfolgt.

Die Instruktion vom 27. Juli 1742 schrieb vor, daß die Kommission die österreichischen Vorarbeiten zugrunde zu legen habe. Letztere mußten den Angaben der Hufenregister, wie auch den Aussagen des Eigentümers und der zugezogenen Sachverständigen (Schulzen, Gerichte, Obrigkeiten usw.) gegenübergestellt werden. Ergaben nun diese Aussagen ein Minus gegenüber den Feststellungen aus österreichischer Zeit, so wurden letztere gleichwohl vorgezogen, wenn es dem Steuerzahler nicht gelang, nachzuweisen, daß ihm damit Unrecht geschehe. So wurde in den allermeisten Fällen beispielsweise die gleiche Scheffelzahl an Aussaat im preußischen Kataster festgesetzt, wie sie die Befundstabelle von 1725 aufwies. Genau so ging es etwa mit der Stückzahl des Viehs, der Größe der Waldungen usw.

Gemäß den Angaben der Befundstabellen wurde auch der Gesamtertrag des Dominiums oder Dorfes ausfindig gemacht. Eine Spezialisierung der Ertragssumme fand, unter Heranziehung der Hufenregister oder vorhandener Verträge, nur nach den sozialen Gruppen der Bevölkerung statt. Selbst das schien einigen Unterkommissionen noch zu viel. Graf Münchow wurde angegangen, zu gestatten, daß nur generale Erträge von jedem Dorfe aufgenommen würden. Wegen der häufigen Änderungen der steuerbaren Objekte sollte die Feststellung der die Grundlage der Besteuerung des einzelnen bildenden mehr individualisierten Erträge den Landräten ganz überlassen bleiben. Das wies der Minister jedoch zurück und forderte möglichst Aufnahme jedes einzelnen Steuerzahlers¹⁾.

Eine genaue Lokaluntersuchung fand in der Regel nicht statt. Das hätte auch das Tempo der Arbeit nicht erlaubt. Wir hören, daß in vielen Dörfern 300—400 Leute zu vernehmen waren. Gleich-

¹⁾ Bresl. Staatsarch. Rep. 199 IX. 1. vol. 1, S. 269.

wohl wurden, nachdem die Arbeiten in Gang gekommen waren, täglich 40—45 Dörfer erledigt¹⁾.

Die Kommissare suchten also durch Gegenüberstellung verschiedener Aussagen ihr Ziel zu erreichen. Allenfalls konnten sie auf diese Weise verhindern, daß irgend ein Stück verschwiegen wurde, da sie auf den geschwägigen Neid der lieben Nachbarn oder der Diensthoten rechnen durften. Eine Untersuchung der Grundstücke durch genaue Besichtigung aller steuerbaren Stücke sollte nach § 5 der Instruktion vom 27. Juli 1742 ja nur erfolgen, wenn der Kontribuent sich getraute, den Nachweis zu erbringen, daß die österreichischen Angaben nicht mehr zutreffend seien. Diesen Standpunkt hat auch die Hauptkommission stets betont²⁾.

Die beiden Hauptkommissare, v. Ziegler und v. Thile, waren sich über die Notwendigkeit, die österreichischen Tabellen zur Grundlage zu machen, von vornherein klar. Schon am 16. Juni 1742 hatten sie Münchow darauf hingewiesen, und kaum hatten sie selbst im Ramlauer Kreise die Klassifikationsarbeit aufgenommen, so mußten sie erfahren, daß sie durch das Fehlen dieser Akten „zu einer die Zeit verderbenden Inaction“ verurteilt wurden³⁾. Ohne sie war es nicht möglich, die in einem Kreise vorhandenen steuerbaren Objekte zu übersehen⁴⁾. Wollte man von ihnen absehen, so hätte es genauer Lokalrevisionen, eventuell unter Zuhilfenahme von Vermessungen bedurft, das heißt einer Wiederholung der mühseligen österreichischen Arbeiten, die so lange Zeit in Anspruch genommen hatten. Das wäre tatsächlich „auf eine unendliche Untersuchungskommission“ hinausgelaufen⁵⁾. Der Befehl des Königs, das Werk im nächsten Jahre zu vollenden, hätte dann unmöglich ausgeführt werden können. Herr v. Thile argumentierte, den österreichischen Untersuchungen an Ort und Stelle komme derselbe Wert zu, wie etwa einer neu vorzunehmenden Lokalbesichtigung⁶⁾.

¹⁾ Von Graf Münchow am 12. Dezember 1742 berichtet. Rep. 199 IX. 1. vol. 1. ²⁾ Vgl. Bresl. Staatsarch. Rep. 199 IX. 1. vol. 2, S. 255. — Deshalb spricht Zatzewski, S. 71, zu Unrecht von einer „lokalen“ Untersuchung durch die Kommission. Solche Untersuchungen waren nicht die Regel, sondern seltene Ausnahmen. ³⁾ Rep. 199 IX. 1. vol. 1, S. 235. ⁴⁾ Ebda. S. 242. ⁵⁾ v. Thile in Rep. 199 IX. 1. vol. 2, S. 51 f. ⁶⁾ Ebda. S. 3: „Wir zweifeln billig, daß durch eine anderweitige Lokalrevision die mit so vieler Mühe und sub auctoritate et fide publica ermittelte Beschaffenheit der steuerbaren Objekte besser ausfindig gemacht werden könnte, als solches bereits von der vormaligen Rektifikationskommission geschehen. Es wird daher durch genaue Befolgung der Befunds- und Rektifikationstabellen das Klassifikationswerk auf ein solches gründliches Fundament gelegt, welches just mit dem Endzweck übereinstimmt, nämlich es wird

Es ist offensichtlich, daß von einer Erfassung des wirklichen Ertrages nicht die Rede sein konnte, wenn die Befundstabellen als Norm angesehen wurden. Selbst wenn die österreichischen Angaben richtig waren, wurden doch die seither eingetretenen Veränderungen nicht berücksichtigt. Gleichwohl behauptete v. Thile, mit dieser Methode den wahren Ertrag zu ermitteln¹⁾.

Seinen Kommissaren kam der Widerspruch zwischen dem Ziel der wahren Ertragsermittlung und der angewandten Methode bald zum Bewußtsein. Der im Freistädtischen Kreise tätige Unterkommissar Johann Rudolf Behmer schrieb am 9. Januar 1743 unmittelbar an den gerade in Berlin weilenden Grafen Münchow, daß durch die angewandte Methode der wahre Ertrag nicht erfasst und die beabsichtigte gleichmäßige Belastung aller Steuerzahler nicht erreicht werde. Stütze man sich nur auf die Befundstabellen, so werde der Ertrag nicht so festgestellt, daß der einzelne nichts dawider einwenden könne. Gerade darauf komme es aber an.

Besonders scharf wandte sich Behmer gegen die Bestimmungen der Klassifikationsinstruktion, daß das in der Befundstabelle angegebene Quantum an Aussaat usw. strikte maßgebend sein solle, falls die Aussagen des Steuerzahlers darunter blieben. Die Praxis habe ihm eine große Zahl von Fällen gezeigt, in denen kaum die Hälfte dessen an Aussaat, Vieh usw. vorhanden gewesen sei, was die Befundstabellen angaben. Die Hauptkommission sei sogar noch über die Instruktion vom 27. Juli 1742 hinausgegangen und habe befohlen, „von allen Quaestionibus bei Examinierung des Kontribuenten abzustehen und in keinem Stück von denen Befunds- und Rektifikationstabellen abzuweichen“²⁾.

Damit mußte allerdings die preußische Arbeit jede Originalität verlieren. Graf Münchow sandte den Behmerschen Bericht der Hauptkommission zu. Diese beharrte trotzdem auf ihrem Standpunkt und wies darauf hin, daß ja nach der Instruktion dem Steuerzahler freistehe, eine genaue Lokaluntersuchung zu verlangen³⁾. Im übrigen ließ sie durchblicken, daß Behmer vielleicht mit den Saganer Ständen im Bunde sei, die damals gerade ein Beschwerde-

die bisherige Indiktion durch Eruiierung des wahren Ertrages aller Dominiorum und Rustikalstücke dergestalt rektifizieret, daß die bisherige disproportionierliche Anlage abgestellt und ein billiger modus collectandi errichtet werden kann.“

¹⁾ Ihm lag wohl weniger daran, die größte Genauigkeit des Katasters zu erzielen, als durch dessen rasche Fertigstellung die Zufriedenheit des Königs und die eigene Beförderung zu erreichen. ²⁾ Bresl. Staatsarch. Rep. 199 IX. 1.

vol. 2. S. 145 ff. ³⁾ Ebda. vol. 1, S. 51 f.

gesuch wegen steuerlicher Überlastung durch das neue Werk an den König gerichtet hatten, eine Verleumdung, die, wie wir noch sehen werden, auf den Grafen Münchow nicht gewirkt zu haben scheint.

Bedenkt man, daß die Hauptkommission in dem gleichen Schriftstück die Notwendigkeit hervorhob, dergleichen Lokalrevisionen, die eine Feststellung des wirklichen Ertrages in der That ermöglicht hätten, wenn irgend angängig zu vermeiden, so wird man dazu neigen, den Behmerschen Vorstellungen zuzustimmen. Herr v. Thile gab sich so überzeugt von der Solidität seiner Arbeit, daß er später die Forderung nach einer Lokalrevision geradezu als eine Provokation erklärte¹⁾.

Auf den Minister machte die Verteidigung der Hauptkommission auch nicht den stärksten Eindruck. Wenigstens hat er nach v. Thiles Fortgang den Kommissar Behmer unter die Leiter der späteren Rektifikationsarbeit berufen. Die Unmöglichkeit der Durchführung der Klassifikation im Behmerschen Sinne innerhalb der zur Verfügung stehenden Zeit sah Graf Münchow indes wohl ein, und so ließ er v. Thile gewähren.

Dieser, von Anfang an die eigentliche Seele der Hauptkommission, wurde im Februar 1743 alleiniger Leiter der Klassifikationsarbeiten, da sein Kollege v. Ziegler ins Generaldirektorium versetzt worden war²⁾. Die Angriffe auf sein Werk erweckten von neuem auch v. Thiles Sehnsucht nach vorteilhafter Veränderung. Er richtete durch Münchow ein Gesuch um Beförderung an den König. Zum wenigsten wollte er den *Pour le mérite*. Graf Münchow hatte vor Beendigung der Katastrierung kein Interesse an v. Thiles Weggang und bat den König, jenen durch die Anwartschaft auf einen Finanzratsposten ein wenig aufzumuntern, da er vorläufig noch in Schlesien gebraucht werde. Der König lehnte ab, doch werde er ihn schon zufriedenstellen³⁾. Der Minister hatte allen Grund, den fleißigen Arbeiter noch bei sich zu behalten. Selbst, wenn die preußische Arbeit auf eine ziemlich oberflächliche Nachprüfung der Befunds- und Rektifikationstabellen beschränkt blieb, gab es noch genug Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen.

Für eine Arbeit, die sich so stark auf die österreichischen Akten gründete, war es von Wichtigkeit, sich der Befundstabellen in möglichster Vollständigkeit zu versichern. Dies gelang nicht überall. An vielen Stellen waren die früheren Arbeiten nur mit vieler

¹⁾ Bresl. Staatsarch. Rep. 199 IX. 1. vol. 3, S. 258. ²⁾ Ebda. 4. vol. 1, v. 6. II. 1743. S. auch Acta Bor. VI. 2, S. 465. ³⁾ Ebda. 4. vol. 1.

Mühe und nur unter Mitwirkung der Landräte¹⁾ aufzufinden. Im Kreise Namslau waren sie 1740 außer Landes gebracht worden, ebenso in Brieg, Ohlau und Falkenberg²⁾. Zum Teil befanden sie sich in den Händen von Privatpersonen. Die Akten der drei letztgenannten Kreise konnten bis zur Beendigung der Klassifikation nicht herbeigeschafft werden. Diesem Mangel suchte man vergeblich durch Berufung von Mitgliedern der früheren Rektifikationskommission abzuhelpfen. So blieben sie unbearbeitet. Für diese Kreise wurde schließlich ein vorläufiges Kataster nach den Angaben der alten Indiktion willkürlich zusammengestellt³⁾, was der Qualität der preußischen Arbeit nicht gerade förderlich sein konnte.

Zu diesen Schwierigkeiten kamen solche der Grenzregulierung. Noch Anfang Februar 1743 war die Reiser Kommission in Ungewißheit darüber, welche Grenzdörfer noch zu ihrem Bereich gehörten oder nicht. Ähnlich lagen die Verhältnisse in der Grafschaft Glatz⁴⁾. Auch im Innern herrschte oft Unsicherheit über die Kreisgrenzen, besonders in Oberschlesien, was mancherlei Verzögerungen hervorrief.

Bei städtischen Ackerstücken war es häufig nicht leicht, zu entscheiden, ob sie zur Kontribution oder zur Akzise zu ziehen seien. Auch hatten manche Bauern städtische Grundstücke im Besitz⁵⁾.

In den meisten Fällen verstanden es Graf Münchow und die Hauptkommission, eine zeitsparende Lösung zu finden. Sie standen ja unter dem Druck des dem König gegebenen Versprechens, Anfang 1743 fertig zu sein. Deshalb machten sie auch, entgegen der früheren österreichischen Arbeitsweise, mit alten Zöpfen, die sie nur aushalten konnten, kurzen Prozeß. Der Frh. v. Caniz behauptete z. B. die Steuerfreiheit seiner Besitzung Großburg, Kreis Strehlen, weil sie seinerzeit verschenkt worden sei, bevor Schlesien zu Böhmen kam. Er sei also extraterritorial und mithin steuerfrei. Friedrich der Große wies ihn auf Münchows Vorschlag ab⁶⁾. In

¹⁾ D. Augner, Handschr. S. 123, weist darauf hin, wie wertvoll es in diesem Falle war, daß die Landräte dem heimischen Adel entstammten. ²⁾ Bresl. Staatsarch. Rep. 199 IX. 1. vol. 1, S. 315. ³⁾ Ebda. vol. 2, S. 207. ⁴⁾ Ebda. vol. 3, S. 447. ⁵⁾ Im Kreise Neumarkt hatte beispielsweise die Hauptkommission Stücke der letztgenannten Art zum Kataster gezogen. Die Breslauer Kammer hingegen war der Ansicht, sie müßten der Akzise unterworfen werden, denn sobald sie wieder einmal städtische Besitzer bekämen, würden sie zu Unrecht der Kontribution unterliegen. Graf Münchow schloß sich dieser Ansicht an; das Kataster mußte wieder geändert werden, was mancherlei Weitläufigkeiten verursachte. Ebda. S. 319 und 353. ⁶⁾ Bresl. Staatsarch. Rep. 199 IX. 1. vol. 2, S. 45.

gleicher Weise wurden die Glogauer Landräte zurückgewiesen, als sie um Steuerfreiheit für die Rittergüter baten¹⁾.

Auf heftigeren Widerstand stieß die Tätigkeit der Kommissionen bei der Geistlichkeit. Instruktionsgemäß sollten die Besitzungen der Pfarrer sowohl nach dem alten Akziseertrage angeschlagen, als auch nach den allgemeinen Grundsätzen katastriert werden, um zu sehen, was rentabler sei. Ebenso wurden zur Feststellung der Steuerleistung der ehemals privilegierten Güter, wie auch der bischöflichen Tafelgüter die bisherigen Akzisrechnungen und sonstige Unterlagen benötigt. So gab es z. B. Matrikeln darüber, was die Pfarrer ihren Amtsnachfolgern an Aussaat, Vieh und dergleichen zu übergeben hatten.

Zuerst weigerte sich die Saganer Geistlichkeit, ihre Belege der Kommission vorzuweisen. Sie begründete ihre Haltung damit, daß nachdem die Akzise auf dem Lande nunmehr aufgehoben sei, ihre frühere Steuerfreiheit wieder zu Recht bestehe. Demgegenüber konnten die preußischen Beamten darauf hinweisen, daß auch vor Einführung der österreichischen Akzise keine völlige Steuerfreiheit der Geistlichen bestanden habe. Man erinnerte an den Kolowratschen Vergleich von 1504 und die Fürstentagsbeschlüsse von 1550, 1553/54, 1558, in denen die Heranziehung der Geistlichen zu Steuern grundsätzlich ausgesprochen war²⁾.

Ähnlich widerspenstig verhielten sich Geistliche und Klöster in anderen Kreisen³⁾. Verschärft wurde der Konflikt dadurch, daß der bischöfliche Kommissar Siebert den Pfarrern verbot, ohne Erlaubnis des Bischofs irgendwelche Angaben zu machen⁴⁾.

Angeichts der Methode der preußischen Kommissionen, die, wie gezeigt, in den meisten Fällen auf ein Überprüfen der vorhandenen älteren Unterlagen durch eine Art von Kreuzverhör hinauslief, bedeutete deren Fehlen eine unliebsame Unterbrechung der Katasteraufnahme. Man hätte auf das zeitraubende Verfahren der genauen Lokaluntersuchungen zurückgreifen müssen, das man doch möglichst vermeiden wollte. Auf das Drängen Münchows kam schließlich am 17. Dezember 1742 eine Kurrende des Kardinals Sinzendorf an seine Geistlichen auf dem platten Lande heraus, den Kommissionen auf ihr Verlangen das Material auszuhändigen⁵⁾.

Der Widerstand der bischöflichen Beamten dauerte hingegen fort⁶⁾ und erschwerte an vielen Stellen die Kommissionsarbeiten.

¹⁾ Acta Bor. VI, 2, 429.

²⁾ Bresl. Staatsarch. Rep. 199 IX. 1. vol. 2, S. 17 ff., 67 ff.

³⁾ Ebda. unterm 13. Oktober 1742.

⁴⁾ Ebda. vol. 1,

S. 307. ⁵⁾ Ebda. Rep. 199 IX. 1. vol. 1.

⁶⁾ Ebda. vol. 2, S. 25; 99.

Auch die Stifter und Klöster blieben hartnäckig. Vorstellungen, die beim Kardinal erhoben wurden, waren zunächst wirkungslos. Die Breslauer Kammer schlug vor, es mit List zu versuchen, und dem Bischof zu schreiben, man brauche die Unterlagen auch von den steuerfreien Gütern, weil das ganze Land aufgenommen und beschrieben werden solle. So werde der Kardinal alles angeben, in dem Glauben, steuerfrei zu bleiben. Die eigentliche Absicht, die Heranziehung auch des Bischofs zur Steuer, solle nicht zu zeitig bekannt gemacht und dem Kardinal Singendorff für seine Person steuerliche Sonderbehandlung zugebilligt werden¹⁾.

Es bedurfte gleichwohl noch eines königlichen Schreibens an den Kardinal, um diesen zu veranlassen, gegen die Widerstrebenden einzuschreiten. Auch die Angaben über die Einkünfte der Klostergeistlichkeit mußte man sich durch die Drohung mit dem Unwillen des Königs verschaffen, indem man sie auf die im Frühjahr 1743 bevorstehende Reise des Königs nach Schlesien hinwies²⁾.

Hemmend auf den Gang der Klassifikationsarbeiten wirkten auch gewisse Reibereien zwischen der Hauptkommission und den Kammern, die sich ja instruktionsgemäß über alle wichtigeren Fragen verständigen sollten. So kam es z. B. zu Differenzen wegen der Katastrierung der städtischen Grundstücke. Häufig wurden auch Anfragen der einen Behörde von der andern über Gebühr verzögert, was zu Mißhelligkeiten führte. Schließlich setzte sich v. Thille über die Kammer einfach hinweg und entschied Dinge, die er ihr eigentlich mitzuteilen hatte, selbständig und ohne auf sie Rücksicht zu nehmen. Auf die Vorstellungen der Kammer antwortete er in „arrogantem Ton“³⁾. Graf Münchow zog später aus diesen Vorkommnissen die Konsequenz, die Hauptkommission nicht neben, sondern unter die Kammer zu stellen, allerdings erst nach v. Thilles Weggang. Münchows Verdienst war es, daß trotz dieser Reibereien die Arbeit ihren gleichmäßigen Fortgang nahm.

Eine Sonderstellung im Kataster mußte ähnlich wie den drei genannten Kreisen Brieg, Ohlau und Falkenberg auch der Grafschaft Glatz eingeräumt werden. Auch hier waren die Hindernisse

¹⁾ Bresl. Staatsarch. Rep. 199 IX. 1. vol. 3, S. 25; 43; 74; 199. — Dem Grafen v. Singendorff wurde am 17. März 1743 ein Steuernachlaß von 20 000 Rtl. auf Lebenszeit gewährt. Dies geschah auf Graf Münchows Vorschlag hin, welcher der Ansicht war, der Kardinal könne wegen seines hohen Alters doch nicht mehr lange leben († 1747) und seine Befriedigung werde sehr zur Beruhigung und guten Führung der Katholiken im Lande beitragen. Ebda. S. 117.

²⁾ Ebda. vol. 2, 43.

³⁾ Ebda vol. 3, S. 301; 335.

bedeutend, z. T. fehlten die österreichischen Akten, auch blieb die endgültige Festsetzung der Grenze längere Zeit ungewiß. Auch die eigentümliche Steuerverfassung der Grafschaft hatte teil an der Verzögerung der Aufnahme. Diese Besonderheit erklärte sich daraus, daß das Land zeitweise mit Böhmen verbunden gewesen war und durch einen besonderen Landeshauptmann verwaltet wurde, der seine Ordres direkt von der böhmischen Kanzlei erhielt.

Es wurde hier ursprünglich eine Abgabe von der Hufe erhoben. Im Jahre 1660 war die Besteuerung „nach Angeseßenseiten“ eingeführt worden. So mußten die Dominien auf eine Ansässigkeit 27 Rtl. 12 Gr. $1\frac{3}{5}$ Sl. steuern, die Freirichter- und Freibauerngüter 43:15:1 $\frac{3}{5}$, die übrigen Angeseßenen 45:1:2 $\frac{2}{5}$ ¹⁾).

Erst im Juni 1743 hören wir von der bevorstehenden Abreise der preussischen Kommissare nach Glatz. Herr v. Thile begab sich selbst dahin, um die Schwierigkeiten zu studieren. Er meldete dem Grafen Münchow, die Glatzische Kommission werde nicht vor Anfang August 1743 fertig sein.

Es sei gleich bemerkt, daß das neue Kataster in der Grafschaft nicht eingeführt wurde, weil v. Thile festgestellt hatte, daß sie einen Steuerausfall von 19350 Tl. gegenüber dem aufgestellten Etat haben würde, wenn sie nach denselben Prinzipien wie Niederschlesien katastriert würde. Es wurde daher die alte Art der Besteuerung nach der Ansässigkeit beibehalten. Sie blieb noch bis zum Jahre 1781 bestehen²⁾. Dieser längst veraltete Modus hatte die übermäßige Belastung der Bauern und kleineren Besitzer zur Folge. So wurde ihnen bereits am 2. März 1744 eine beträchtliche Summe erlassen¹⁾. Den entstehenden Fehlbetrag suchte man dadurch auszugleichen, daß die Pfarreien und einige Güter der Jesuiten, die bis dahin steuerfrei geblieben waren, mit zur Besteuerung herangezogen wurden.

Die größten Schwierigkeiten ergaben sich bei der Feststellung des Nahrungsgeldes, das die kleinen Leute und Handwerker an Stelle der Kontribution oder neben ihr zu zahlen hatten. Hier traten die Landräte, als Kenner der örtlichen Verhältnisse, mehr in Aktion als sonst bei der Klassifikation³⁾. Anfänglich hatte die Klassifikationskommission für jedes Dorf einen gleich hohen Be-

¹⁾ Bresl. Staatsarch. Rep. 14. VI. 1 m.

²⁾ D. Rugner, S. 26 Anm. 4.

³⁾ Die Nahrungssteuer ist daher bereits von D. Rugner, Handschr. S. 136 ff., ausführlich beschrieben worden, der unsere Darstellung z. T. folgt. Von älteren Darstellungen ist Zimmermann zu nennen.

trag ausgeworfen. Später hatte man diese Bestimmung dahin geändert, daß jedes Handwerk den gleichen Betrag zahlen sollte. Dabei wurde natürlicherweise die Verschiedenheit der Verdienstmöglichkeiten nicht berücksichtigt. Die Landräte traten daher im Juni 1744 für eine Abstufung des Nahrungsgeldes ein. Es wurden feste Sätze aufgestellt und in das Kataster übernommen¹⁾.

Da es jedoch nicht gelang, die vorhandenen Ungerechtigkeiten bei der Verteilung der Nahrungsgeldsteuer zu überwinden, kam es soweit, daß z. B. ein „leerer“ Häusler²⁾, der zugleich Handwerker war, an Kontribution und Nahrungsgeld mehr zu zahlen hatte als ein solcher, der etwas Vieh und Acker besaß³⁾. Die Jahre 1746/47 führten deshalb zu einer Neuaufnahme der Nahrungsgeldrollen, die indessen auch nicht befriedigte, sodaß Münchows Nachfolger in den fünfziger Jahren gezwungen wurden, sich erneut damit zu befassen⁴⁾.

Die Festsetzung des Nahrungsgeldes geschah in der Weise, daß die Dorfschulzen und Gerichte im Herbst jeden Jahres eine Designation einreichten, in der alle Nahrungsgeldpflichtigen aufgeführt waren⁵⁾. Sie mußte vom Ortspfarrrer bescheinigt werden. Der Landrat setzte dann im Einvernehmen mit den Scholzen und Gerichten die Höhe des Steuerbetrages für den einzelnen fest.

In Oberschlesien waren die landwirtschaftlichen Verhältnisse nicht so günstig wie in Niederschlesien. Das ergab eine vierzehntägige Studienreise, die v. Thiele dorthin unternahm. Er selbst bereiste mit dem Kriegsrat von Pful das rechte Oderufer; das linke sollte der Kriegsrat v. Massow studieren. Die Initiative zur Reise ging von v. Thiele aus. Graf Münchow gab nur seine Zustimmung⁶⁾.

Die Studien erstreckten sich auf die wirtschaftliche Lage des Landes, soweit sie für die Katastrierung von Bedeutung war. Die

¹⁾ Aufgeführt bei Stenzel, Script. rer. Sil. V, S. 383.

²⁾ der weder Vieh

noch Acker besaß.

³⁾ Bresl. Staatsarch. Rep. 199 IX. 1. vol. 7.

⁴⁾ Ebda.

vol. 11 u. 12. — Auch war die Zahl der Handwerker und Häusler schwankend, was die Balancierung des Etats erschwerte. Viele von ihnen, besonders im Gebirge, waren während des 2. schles. Krieges ausgeplündert und vertrieben worden. (Ebda. vol. 7 v. 14. VI. 1746.) Die Klagen der Landräte über d. schlechten Lebensbedingungen der Landhandwerker sind häufig. Letztere neigten leicht dazu, auszureißen, um der Steuerexekution zu entgehen. (Vol. 4, S. 81.) Oft wußten auch die Landräte nicht die Begriffe Häusler und Gärtner von einander zu unterscheiden, und brachten die Leute in falsche Nahrungsgeldklassen hinein. (Vol. 7 v. 13. II. 1747.)

⁵⁾ Die Darstellung von Zatzewski ist an dieser Stelle unrichtig, wenn er von „Thiele und drei Steuerräten“ spricht. Vielleicht hat er als Dritten den Geh. Kriegsrat Lautensack im Auge, der aber im Auftrage des Königs reiste.

wesentlich geringere finanzielle Tragsfähigkeit Oberschlesiens im Verhältnis zu Niederschlesien stellte sich bald heraus. Thile fand eine besonders hohe Zahl von wüsten Stellen, in manchen Dörfern nicht die Hälfte der ursprünglich angesetzten Wirte¹⁾. So bestätigte er das Urteil des Kabinettssekretärs des Königs, Geh. Kriegsrat Lautensack, in seiner Denkschrift über den Zustand Oberschlesiens vom 30. Oktober 1742: „Wenn die obereschlesiſchen Untertanen nicht von Juni 1743 an eine halbjährige Remission erhalten, werden sich die leeren Häuser in den Städten und die Wüstungen auf den Dörfern in großer Zahl vermehren, zumal die meisten Grundobrigkeiten, selbst arm und verschuldet, ihren Untertanen nicht helfen können“²⁾.

Gemäß den Ergebnissen der Studienreise wurden die nach Oberschlesien zu entsendenden Unterkommissionen instruiert; z. B. hatten sie darauf zu sehen, daß die für die Ertragsberechnung verwendeten Getreidepreise im Oberschlesiſchen nach besonderen, niedrigeren Sätzen angeschlagen würden u. dgl. Im Juli 1743 nahm die Klassifikation ihren Anfang³⁾, nachdem schon im April des Jahres die obereschlesiſchen Landräte Auftrag erhalten hatten, die Befundstabellen herbeizuschaffen⁴⁾. Bereits am 18. August waren 522 Dörfer aufgenommen. Diese Tatsache zeigt, daß die Fertigkeit der Kommissare im Klassifizieren sich beträchtlich gesteigert hatte; zugleich bestätigt sie die frühere Feststellung, daß sich die Katastrierung auf eine ziemlich oberflächliche Nachprüfung der österreichischen Tabellen beschränkte. Sonst wären so rasche Ergebnisse niemals zu erzielen gewesen.

Der Gesamteinertrag ergab schließlich für Niederschlesien 5087480 Tl. schles., für Oberschlesien 1256812 Tl.⁵⁾. Der schlesiſche Generaletat für die Zeit vom 1. Juni 1743 bis Ende Mai 1744 setzte auf Grund des Ertrages folgende Steuerbeträge in Rechnung: für das Breslauer Departement mit Glaz 1041514 Tl. schles. 2 Sgr. 2 Hl., für Glogau 634509 Tl. 14 Sgr., zusammen 1676023 Tl. 16 Sgr. 3 Hl.⁶⁾.

Auch ist Steuerrat und Kriegsrat nicht dasselbe. Alle sind Kriegsrate, der eine aber Domänenrat, der andere Steuerrat. Letzterer hat nur mit der städtischen Steuer, der Akzise, zu tun (bis 1766).

¹⁾ Bresl. Staatsarch. Rep. 199 IX. 1. vol. 3, S. 3 ff., 185 ff. ²⁾ Acta Bor. VI. 2, S. 508 ff. ³⁾ Bis zu ihrer Fertigstellung im folgenden Jahre wurde das Land nach der alten Indiktion besteuert (Rep. 199 IX. 1. vol. 3, S. 53 ff.), doch sah sich der König schon Anfang März 1743 genötigt, Oberschlesien einen Steuernachlaß von 100000 Tl. zu bewilligen. Ebda. vol. 2, S. 235. ⁴⁾ Ebda. S. 301. ⁵⁾ Jazdzewski S. 80: 1736 betrug die Grundsteuertapitalsumme für Oberschles. nur 1132509 Tl. ⁶⁾ Rep. 199 IX. 1. vol. 2, S. 12 u. 37; vol. 3, S. 377; vol. 4, S. 223.

Die Steuersumme wurde nach einem bestimmten Divisor auf die einzelnen Steuerpflichtigen verteilt. Ursprünglich sollten die geistlichen Güter 65 %, die weltlichen 28 % ihres katastrierten Ertrages als Steuer abführen. Da hierdurch das vorgeschriebene Etatsquantum nicht erreicht worden wäre, schlug v. Thile 66 und 29 % vor. Der Kardinal sollte 33½ % versteuern¹⁾.

Graf Münchow war sich klar darüber, daß die hohe Besteuerung der Geistlichkeit für diese nicht tragbar sei und notwendig Steuer- ausfälle zur Folge haben mußte. Deshalb schlug er dem Könige am 11. Juni 1743 vor, die Geistlichen auf 50 und die Weltlichen auf 25 % zu ermäßigen. Dadurch wären dem jährlichen Steuer- quantum 290737 Tl. 12 Sgr. entfallen. Friedrich stimmte wohl prinzipiell der Erleichterung der Geistlichen zu, wollte aber keine Verminderung des Etatsquantums dulden. Er schrieb: „200000 Rthlr. ab zu Sezen mus man Sich nicht im Sinn kommen lassen, ich fordere keine extraordinaires. Die Geistlichen mus man wohl was Soulagiren aber alles Was er bei dem Etat verspart kömt seiner Suma zu Hülfe“²⁾.

Schließlich genehmigte der König am 25. Juli 1743 von Hunds- feld bei Breslau aus, die Ermäßigung der Geistlichen auf den weltlichen Fuß von 28⅓ %³⁾. Das fehlende Quantum sollte aus sonstigen Überschüssen gedeckt werden. Der Ausfall erwies sich jedoch als zu groß. Da die Ermäßigung schon am 1. Juni 1743 in Kraft treten sollte, entschied man sich nach längerem Her und Hin für die folgenden Sätze:

Der Bischof versteuerte 33⅓ % des Katasterertrages, doch wurde dem Kardinal Sinzendorff auf Lebzeiten ein Betrag von ca. 19 % abgeschrieben⁴⁾.

Die geistlichen Stifte zahlten 65%. Auf ihre beweglichen Klagen über die große Steuerlast wurde ihnen Bescheid, daß der Etat für 1743/44 nicht mehr geändert werden könne; sie sollten aber vom 1. Juni 1744 an ermäßigt werden⁵⁾. Das geschah auch durch die Herabsetzung auf 50 %⁵⁾.

Die Pfarrer und Schulmeister wurden gleichfalls mit 65 %.

¹⁾ Bresl. Staatsarch. Rep. 199 IX. 1. vol. 3, S. 3 ff., 185 ff.

Jatrzewski S. 80.

²⁾ Ebda. vol. 3, S. 3 ff., 185 ff.

³⁾ Ebda. 1. vol. 12.

⁵⁾ Eine Ausnahme bildete das Stift Czarnowanz, dem der Nachweis gelungen war, daß es seit 1309 durch landesherrliches Privileg von allen Steuern befreit und auch unter österreichischer Herrschaft nur zur Landakzise und Türkensteuer heran- gezogen worden sei. Das Stift steuerte deshalb nur nach dem Divisor für die weltlichen Güter. (Ebda. vol. 12.)

angesezt. In Wirklichkeit zahlten sie bereits vom 1. Juni 1743 ab nur $28\frac{1}{3}\%$. Den Rest von $36\frac{2}{3}\%$ mußte die Obersteuerrasse aus dem Plus der Akzise zuschießen¹⁾.

65 % des Ertrages mußten auch die ritterlichen Kommenden abgeben²⁾; sie wurden aber später auf $40\frac{2}{3}\%$ herabgesezt³⁾.

Die Bauern und kleinen Ackerleute schließlich versteuerten 34 % des im Kataster angegebenen Ertrages.

Im Laufe des April 1743 gingen die Klassifikationsarbeiten ihrem Ende zu⁴⁾. Die Kataster wurden nochmals auf Rechenfehler und sonstige Irrtümer durchgesehen und dann eingebunden. Die Hauptkommission berechnete noch die auf die einzelnen Kreise entfallenden Steuerkontingente und instruierte die Landräte über deren Verteilung auf die Gemeinden. Für Oberschlesien und die noch nicht klassifizierten Kreise Mittelschlesiens wurde der Etat nach der bisherigen Indiktion aufgestellt, wie sie im Etatjahr 1742/43 gehandhabt worden war.

Den Abschluß bildete ein kgl. Patent vom 23. April 1743⁵⁾. Es hob den großen Fortschritt hervor, den die geleistete Arbeit gegenüber dem alten vielfältigen Steuerwesen bedeutete und verhieß Steuererleichterungen in ruhigeren Zeiten. Auch enthielt es das Versprechen, daß an den Steuerfällen des Katasters nichts weiter geändert werden sollte.

III. Die Revision des Katasters 1743—1744.

Der Geheime Rat von Thile war mit seinem Werk sehr zufrieden und behauptete, „über die Art und Weise, nach welcher nunmehr die Steuern aufgebracht werden, wird sich mit Fug und Recht niemand beschweren können. Ein jeder durchgehends ist nach seinen Angaben und untersuchten Einkünften klassifiziert und zur Anlage gebracht worden“⁶⁾. Er vergaß auch nicht, den Grafen Münchow immer wieder an die in Aussicht gestellte Beförderung zu erinnern. Wohl war er überzeugt, daß trotz der Vortrefflichkeit des Katasters noch manche Klagen einlaufen würden, doch legte er ihnen keine Bedeutung bei und glaubte, daß sie innerhalb weniger Monate abzustellen seien. Darin sollte er sich getäuscht haben.

¹⁾ Bresl. Staatsarch. Rep. 199 IX. 1. vol. 6, S. 155. ²⁾ mit Ausnahme der Kommende Gröbzig, die zu Lebzeiten ihres Kommandeurs, v. Schaffgotsch, nur $28\frac{1}{3}\%$ zu zahlen brauchte. (Ebda. vol. 12.) ³⁾ Ebda. vol. 12. ⁴⁾ abgesehen von Oberschlesien und Glatz. ⁵⁾ Korns Ediktensammlung Bd. III, S. 53—61. Über seine Entstehung s. Acta Bor. VI. 2, 466. ⁶⁾ Bresl. Staatsarch. Rep. 199 IX. 1. vol. 3, S. 3 ff.

Das Patent vom 23. April 1743 bedeutet nicht nur den Abschluß der bisherigen Arbeiten, sondern den Anfang einer neuen Phase, der Revision, die ihrerseits wiederum auf die Notwendigkeit weiterer Arbeiten hinführte. Es bestimmte, daß die Hauptkommission noch ein Jahr bestehen bleiben solle, um die hie und da noch verbliebenen Beschwerden zu untersuchen und versprach unfehlbare Beseitigung aller Steuerbeschwerden im Laufe des künftigen Jahres. Das Patent zeigt, wie sich der Optimismus von Thiles über den Erfolg der Klassifikation durchgesetzt hatte. Dieser war fest überzeugt, er werde in 6—8 Monaten alle Klagen so weit abgestellt haben, daß es den Kammern ein leichtes sein solle, künftig noch einlaufende Beschwerden auf Grund der Steuerakten ihrer Berechtigung zu entkleiden¹⁾.

Die Hauptkommission hatte schon Ende April 1743 Vorschläge an den Provinzialminister eingereicht, wie den Klagen der Steuerzahler zu begegnen sei. Die eigentliche Revisionsarbeit begann jedoch erst im September, da man vorher noch mit der Fertigstellung des Katasters, besonders in Oberschlesien, beschäftigt war. Am 8. November 1743 war die Instruktion für das Revisionswerk fertiggestellt²⁾. Dem Geh. Rat v. Thile wurden sechs Unterkommissare beigegeben: v. Massow, v. Pfuel, v. Jagow, Soja, Grube und v. Zedlig. Letzterer wurde im Oktober 1743 durch den Sohn des Geh. Rats v. Ziegler, der Thiles Mitarbeiter gewesen war, ersetzt. Zwei der Kommissare, v. Massow und v. Jagow, sollten in Glogau arbeiten, die übrigen in Breslau bleiben. Zu ihnen traten als Hilfskräfte wiederum Sekretäre, Kalkulatoren und Kopisten. Die Diäten blieben die gleichen, wie sie die Hauptkommission bisher bezogen hatte. Sie wurden bis Ende März bewilligt und aus eingehenden Steuerresten³⁾ und dem Verkauf einiger Güter gedeckt.

Die Steuerbeschwerden mußten bis spätestens Ende November 1743 durch den Landrat der Kammer eingereicht werden, die sie an die Revisionskommission weiterzugeben hatte. An vier Tagen der Woche fanden auf der Kammer Konferenzen mit den Kommissaren statt. In Sachen, die ohne Änderung des Generaletats abgemacht werden konnten, erhielten die Landräte sofort Bescheid. Änderungen des Etats, die sich aus der Revision etwa ergaben, fanden erst im neuen Etatsjahr Berücksichtigung. Die Ausfertigungen der Konferenzbeschlüsse mußten von dem Kommissionsleiter (v. Thile,

¹⁾ Bresl. Staatsarch. Rep. 199. IX. 1. vol. 3, S. 258.
²⁾ Ebda. vol. 4, S. 121.

³⁾ Vgl. S. 46 Anm. 1.

v. Massow) und dem betreffenden Kammerdirektor revidiert werden. Das Konzept, von Kommission und Kammer unterzeichnet, mußte von der Glogauer Zweigkommission auch v. Thile vorgelegt werden. Die abgeschlossenen Ergebnisse der Revisionsarbeit hoffte man bereits zur Aufstellung des Etats von 1744/45 verwenden zu können.

Beschwerden sollten nur in vier Fällen angenommen werden: 1. bei Schreibfehlern im Kataster, wenn irrtümlich ein zu geringer oder zu hoher Steuerbetrag angesetzt worden war; 2. Rechenfehler sollten wohl verbessert werden, aber ihre Berichtigung erst im kommenden Etatsjahr berücksichtigt werden. Zur Deckung der dabei entstehenden Steuerausfälle wurde hauptsächlich der Nahrungsgeldfonds bestimmt; 3. in Fällen, in denen die Klassifikationskommission unter zwei gleichartigen Besitzungen eine höher angeschlagen hatte; 4. falls der Steuerpflichtige beweisen konnte, daß ihn die österreichischen Befundstabellen unrichtig eingeschätzt hatten.

Auch die Landräte wurden zur Mitarbeit an der Revision herangezogen¹⁾. Sie hatten unbegründete Klagen, die ein Zwanzigstel des Steuerbetrages nicht erreichten, von vornherein zurückzuweisen. Zur Beruhigung der Steuerzahler wurde diesen gestattet, Einsicht in die vorhandenen österreichischen und preußischen Klassifikationsakten zu nehmen oder gegen Erstattung der Kopialgebühren Abschriften davon einzufordern²⁾.

Zur gleichen Zeit wurde eine Anzahl Punkte aufgestellt, nach denen sich die Lokalkommission zu richten hatte, falls eine Untersuchung der Liegenschaften durch Inaugenscheinnahme für gut befunden wurde³⁾. Unter Zuziehung vereidigter Taxatoren sollte in jedem Felde⁴⁾ eine Hufe begangen und taxiert werden. Die Lokalrevision kam jedoch nur für den Fall in Frage, daß der Steuerzahler sich durch die Angaben der Befundstabellen geschädigt glaubte. Sie ging zu Lasten des Petenten, ein Umstand, der viele abschreckte, sie vornehmen zu lassen. Wir haben bereits v. Thiles Abneigung gegen solche Untersuchungen kennen gelernt, und auch jetzt wieder erklärte er⁵⁾, daß er Klagen gegen die Befundstabellen nicht annehmen könne, weil sie eine Lokalrevision erforderlich machen würden. Er verlangte geradezu vom Grafen Münchow, daß die Möglichkeit solcher Revisionen aus der Instruktion für die Revisionskommission gestrichen werde⁶⁾.

Aus dieser abweisenden Haltung der Hauptkommission, die doch

¹⁾ Bresl. Staatsarch. Rep. 199 IX. I. vol. 4 und 5. ²⁾ Ebda. vol. 5, S. 277. ³⁾ Ebda. vol. 4, S. 131. ⁴⁾ Winterfeld, Sommerfeld, Brache.

⁵⁾ Am 9. Januar 1744. Rep. 199 IX. I. vol. 5, S. 277 ff. ⁶⁾ Ebda. S. 197.

das Revisionswerk völlig in Händen hatte, ergibt sich schon, daß es auf eine lediglich formale Nachprüfung des Katasters hinauslief¹⁾. Die Sabotierung der Untersuchungen durch v. Thile verhinderte jede gründlichere Arbeit. Die einzigen sachlichen Gesichtspunkte, die bei der Revision eine Rolle spielten, waren die erwähnte Ermäßigung der geistlichen Steuern und des Nahrungsgeldes²⁾, wodurch aber der prinzipielle Aufbau des Katasters auch nicht geändert wurde.

Bald nach dem Erlaß des Aprilpatentes begann die Papierflut der Prägravationsklagen, und der Leiter der Hauptkommission konnte sich im August 1743 beklagen, daß seine Arbeit dadurch immer schwieriger werde. Zudem drängte Graf Münchow auf möglichsste Genauigkeit bei der Revision³⁾. Er sah die Dinge als Provinzialminister von einem umfassenderen Standpunkt als der Geheimrat Thile. Deshalb wünschte er, daß wenigstens probeweise einige Lokalrevisionen vorgenommen würden⁴⁾. Thile gab anfangs nach, verlangte aber bald darauf, daß bei den Revisionen an Ort und Stelle nicht von den Angaben der Befundstabellen abgegangen werden dürfe, um die Einheitlichkeit des Katasterwerks nicht zu gefährden. So schrieb er am 7. Dezember 1743 an Münchow mit bezug auf die Glogauischen Bezirkskommissare: „Wenn sie sich etwa bemühen wollten, die Principia zu verlassen und die Decisionen auf die Local-Revisiones gründen wollen, so gebe ich die gute Ordnung des Glogauischen Departements verloren“⁵⁾. Trotzdem er in diesem Punkte nicht mit v. Thile übereinstimmte, mußte sich der Minister der Notwendigkeit fügen, bis zum Frühjahr fertig zu sein. So kam die für die Verbesserung des Katasters wenig bedeutungsvolle Revision im Februar 1744 zum Abschluß.

Graf Münchow hatte nun kein Interesse mehr daran, v. Thile zu halten. Schon im Januar 1744 hatte er an den König geschrieben, Thile bitte ihn unaufhörlich, ihm den Titel Geh. Finanzrat zu erwirken. Friedrich antwortete eigenhändig: „ich glaube das so baldt ein vernünftiger Mensch nach Schlesien kömt So frigt er doch den Titel Naren im Kopf. Fr.“⁶⁾. Im März 1744 wurde v. Thile seiner Tätigkeit als Hauptkommissar enthoben. Als ihm nicht gleich die erhoffte Beförderung zuteil wurde, muß er wohl in einem Gesuch zu weit gegangen sein, daß er sich dadurch die Ungnade des Königs zuzog. Er wurde am 5. August 1744 kurzer-

1) Wie auch die Acta Bor. bemerken VI. 2, 467.

2) S. auch Acta

Bor. VI. 2, 467.

3) Bresl. Staatsarch. Rep. 199 IX. 1. vol. 3, S. 379.

4) Ebda. vol. 4, S. 387.

5) Ebda. vol. 5, S. 29.

6) Ebda. IV. vol. 1 am 22. Januar 1744.

hand entlassen. Im Februar 1745 erhielt er auf ein demütiges Gesuch hin seine frühere Stelle bei der kurmärkischen Kammer zurück. Dabei ließ ihm der König mitteilen, er wolle von ihm glauben, „er werde sich instündig behutsamer, gelassener und modester bezeigen und seiner Ambition gehörige Grenzen setzen“. 1750 schied v. Thile aus dem Staatsdienst aus und wurde Hofmarschall des Markgrafen Karl von Schwedt¹⁾).

Nach der Auflösung der Revisionskommission blieb die Regelung des Prägravationswesens den Kammern überlassen; doch wurde der Kriegsrat v. Cronhelm, der sich freiwillig erboten hatte, besonders damit beauftragt. Er hatte gegen 1 Rtl. täglich die noch einlaufenden Gravamina zu bearbeiten, die Kataster danach zu berichtigen und zweimal wöchentlich Vortrag zu halten²⁾).

Hatte Graf Münchow gehofft, das Kataster werde sich im Frühjahr 1744 in schönster Ordnung befinden, so sollte er seine Hoffnung bald getäuscht sehen. Der Strom der Steuerbeschwerden floss nach v. Thiles Fortgang ruhig weiter. Nun ihr Hauptgegner nicht mehr da war, kam es immer häufiger zu Lokaluntersuchungen, die oft genug überraschende Ergebnisse zeigten³⁾. Dem Kalkulator Sandtmann, der im Glogauischen Departement häufig mit solchen Revisionen beauftragt wurde⁴⁾, kamen dabei auch Zweifel an der Richtigkeit der Befundstabellen. Mehrfach kam er zu dem Ergebnis, daß alle Rubriken der Befundstabellen falsche Angaben enthielten⁵⁾. Dergleichen Anzweiflungen wies jedoch die Kammer mit dem Hinweis auf die Sorgfältigkeit der österreichischen Arbeit zurück⁶⁾. Im Herbst 1746 waren die Klagen der Steuerzahler so wenig gehoben wie im Frühjahr 1744, da die Revision beendet sein sollte. Diese Tatsache und ein gewisser Druck von seiten des Königs⁷⁾ veranlaßte den Minister und die Kammern, einen neuen Anlauf zur endgültigen Bewältigung des Problems zu nehmen.

¹⁾ Vgl. Acta Bor. VI. 2, S. 845; ferner die Einleitung bei v. Thile, Nachricht von der Churmärk. Contributions- u. Schloßeinrichtung. Halle. Leipzig. 1728. ²⁾ Bresl. Staatsarch. Rep. 199 IX. 4. vol. 1. ³⁾ Dem Guhrau'schen Stadtdorfe Jestersheim mußte z. B. im August 1744 beinahe die Hälfte der gesamten Ausfaat abgeschrieben werden auf Grund einer Lokalrevision, die der Landrat v. Stojch und der Kommissar v. Cronhelm vorgenommen hatten. Ebda. vol. 6, S. 287.

⁴⁾ Vgl. auch Acta Bor. VI. 2, S. 467. ⁵⁾ z. B. in dem Falle des Buschvorwerks unterhalb der Schneefoppe. Ebda. vol. 7 v. 20. X. 1746. ⁶⁾ Ebda. vol. 7 v. 22. X. 1746. ⁷⁾ Eine eigenhändige Niederschrift Münchows vom 4. Oktober 1747 läßt erkennen, daß Friedrich sehr ungehalten war über das lange Sichhingziehen der Fertigstellung des Katasters. Rep. 199 IX. 1. vol. 8.

IV. Die Rectifikation. 1746—1748.

Der Kriegs- und Domänenrat Grube, der auch an der Revision des Katasters mitgearbeitet hatte, hatte einen Plan entworfen, wie das Werk am geschwindesten zu einem endgültigen Abschluß zu bringen sei. Die Breslauer Kammer reichte diese Vorschläge am 14. Oktober 1746 an den Minister ein und empfahl, „wegen der Akkuratess des Verfahrens“, eine besondere Instruktion ausarbeiten zu lassen. Graf Münchow stimmte zu und Grube wurde damit beauftragt¹⁾. Noch im Dezember des Jahres wurde die Instruktion den beiden Kammern zur Durchführung zugestellt.

Die Oberaufsicht über die Rectifikationsarbeit erhielt im Breslauer Departement der Kriegsrat Soja, in Glogau der uns schon bekannte Behmer. Beide blieben aber ihren Kammern unterstellt und versahen nebenher ihre sonstige Ratsstätigkeit²⁾. Dies geschah, um Rangstreitigkeiten auszuschließen, wie sie zwischen v. Thile und den Kammern gang und gäbe gewesen waren. Als Kommissare wurden auch Kammersekretäre, Akziseeinnehmer und ältere Kalkulatoren verwendet. Jeder von ihnen erhielt einen Kalkulator und einen Kopisten zu seiner Unterstützung³⁾.

Die Grubesche Instruktion setzte nun als Grundlagen für die Rectifikation wieder die alten österreichischen Steuerakten und die Klassifikationsprotokolle fest⁴⁾. Besonders die ersteren wurden „zum unabänderlichen Hauptgrunde“ bestimmt. Dieses ängstliche Festhalten an den veralteten Angaben aus der Zeit der früheren Herrschaft, zeigt in entscheidender Weise den nur formalen Charakter auch der Rectifikation⁵⁾. Die weiteren Bestimmungen der Instruktion erstreckten sich nur auf technische Einzelheiten, wie etwa die, daß das Guts- und Rustikalland, das von der Hauptkommission in einzelnen Fällen zusammengelegt worden war, wieder getrennt veranschlagt werden solle u. ä. Grundsätzliche Änderungen gegenüber den früheren Arbeiten finden sich nicht darin. Hervorzuheben wäre, daß die der Steuerberechnung zugrunde liegenden Getreidepreise eine nochmalige Durcharbeitung erfordern⁵⁾.

Auf Grund der österreichischen Tabellen und der preussischen Klassifikationsakten wurde der Ertrag jedes Ortes und Kreises unter

¹⁾ Bresl. Staatsarch. Rep. 199 IX. 1. vol. 7.

²⁾ Ebda. 14. X. 1746.

³⁾ Im § 4 der Instruktion heißt es „... und müssen rectificantes so wenig selbst ihnen anmaßen von diesen Fundamentalprinzipien und besonders denen Befundstabellen im allergeringsten abzugehen.“

⁴⁾ Vgl. auch Acta Bor. VI. 2, S. 467.

⁵⁾ Sie wurden auch im wesentlichen so festgesetzt, wie es Stenzel in Script. rer. Sil. V, S. 357 angibt.

Berücksichtigung der neuen Getreidepreise noch einmal berechnet und mit den Ergebnissen der Klassifikation verglichen. Die vorgenannten Änderungen wurden protokollarisch begründet und in gedruckten Anschlagsformularen derselben Art, wie sie schon bei der Klassifikation benutzt worden waren, niedergelegt¹⁾. Nachforschungen an Ort und Stelle fanden nur vereinzelt statt. Die ganze, in der Hauptsache rechnerische Arbeit, sollte innerhalb eines Jahres fertiggestellt werden. Den beteiligten Beamten wurde nach vollbrachter Arbeit Beförderung in Aussicht gestellt.

Die Arbeit erwies sich als zeitraubend und schritt nur langsam vorwärts, sodaß die Breslauer Kammer ihre Kommissare durch Androhung der Herabsetzung ihrer Diäten zu größerem Fleiß zu ermuntern suchte²⁾. Gleichwohl wurde das Glogauer Departement erst im Mai 1748 fertig, das Breslauer sogar erst Ende September 1748³⁾.

Im September 1748 weilte der König in Breslau. Bei dieser Gelegenheit trug ihm Graf Münchow vor, daß nunmehr die Rektifikation beendet und alles in Ordnung sei. Ähnlich wie im April 1743 brachte er ein Edikt in Vorschlag, welches das nunmehr rektifizierte Kataster zur endgültigen Steuergrundlage erklären sollte. Das Edikt erschien am 10. September 1748 in Neiße⁴⁾. Es wiederholte die schon früher abgegebene Versicherung, daß von nun an und zu ewigen Zeiten keine weitere Abänderung der Kataster stattfinden solle. Noch weniger sollten die Steuerdivisoren, wie sie seit dem 1. Juli 1748 bestanden, geändert werden. Auch sollten die Mehrerträge des Bodens, die von Meliorationen herrührten, nicht besteuert werden.

Trotz dieser Verheißungen war das Kataster mit der Beendigung der zwei Jahre währenden Rektifikationsarbeiten immer noch nicht fertiggestellt. Wohl waren formale Irrtümer wie Schreib- und Rechenfehler so ziemlich beseitigt. Es zeigte sich aber, daß es mit der Verteilung der Steuer auf die einzelnen Steuerpflichtigen noch sehr im argen lag. Deshalb kündigte bereits das Edikt von 1748 an, daß von allen Dörfern möglichst bald genaue Steuer-Individualanlagen gemacht werden sollten.

¹⁾ Ein Beispiel eines solchen Rektifikationsanschlages gibt Gertrud Dyhrenfurt, Ein schlesisches Dorf und Rittergut (Schmollers staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen) Leipzig 1906. S. 40. ²⁾ Bresl. Staatsarch. Rep. 199 IX. 1. vol. 8 u. 4. vol. 2. ³⁾ Ebda. I. vol. 8. ⁴⁾ Korns Ediktensammlung Bd. III, S. 211 ff. und Acta Borr. VI. 2, S. 467 f.

V. Die Subrepartition. 1748—1750.

Die in praktischer Hinsicht so bedeutungsvolle Frage der Verteilung der Steuerbeträge des Katasters auf die Steuerzahler hatte bis dahin noch keine endgültige Lösung erfahren¹⁾. Zwar war nach Beendigung der Klassifikationsarbeiten ein Versuch dazu unternommen worden. Die Verteilung wurde in die Hände der Landräte gelegt. Thile befaßte sich im April und Mai 1743 mit der Belehrung der Landräte über die vorzunehmende Individualrepartition²⁾.

Im folgenden Jahre erwies sich eine schriftliche Instruktion für die Landräte als notwendig. Es wurden ihnen gedruckte Formulare³⁾ an die Hand gegeben, nach denen sie die Verteilung vornehmen und die sie alsdann der Kammer zur Nachprüfung unterbreiten sollten. Die Gehilfen des Landrats bei dieser Arbeit waren die Marschkommissare und die Kreisdeputierten⁴⁾.

Bemerkenswert ist, daß hierbei der Plan auftauchte, das Steuerquantum eines jeden Dorfes nicht im Verhältnis der Angaben des Katasters, sondern der wirklich bei jedem Untertanen vorhandenen Steuerwerte umzulegen. Der Unterschied zwischen dem auf den Befundstabellen gegründeten Kataster und den wirklichen Zuständen wurde also durchaus als der Regulierung bedürftig empfunden. Bezeichnenderweise lehnten beide Kammern dieses Projekt mit der bürokratischen Begründung ab, es müßte dann die ganze Einteilung des Katasters geändert werden, sobald sich die Nutzungen vermehrten oder verminderten⁵⁾.

Daß die Mitarbeit der Landräte am Kontributionswesen nicht voll befriedigte, zeigt eine Beschwerde der Glogauer Kammer an Graf Münchow, in der es heißt, daß die Landräte „sich das Catastrum nicht bekannt machen, auch nicht einmal wissen, wie sie solches anfangen sollen, da ihnen die Classifications-Principia und Regulae directivae größtenteils ganz unbekannt, und wenn ihnen auch solche bekannt gemacht würden, selbige sie doch sehr schwer oder garnicht fassen dörrften“⁶⁾.

Aber selbst wenn die Verteilung der Kreissteuersumme auf die Herrschaften und Gemeinden das Richtige traf, so war damit erst

¹⁾ Für die Darstellung der Subrepartition konnte ich außer den angezogenen Akten den dritten noch ungedruckten Teil der Arbeit von D. Ruhnert heranziehen.

²⁾ Bresl. Staatsarch. Rep. 199 IX. 1. vol. 2, S. 381. ³⁾ Vgl. Ebda. vol. 6, S. 220 ff. und als Beispiel etwa Rep. 201 a. Kat.-Arch. B. 75. ⁴⁾ D. Ruhnert II, S. 31.

⁵⁾ Bresl. Staatsarch. Rep. 199 IX. 1. vol. 6, S. 243. ⁶⁾ Ebda. vol. 7.

den Gutsherren, nicht aber den Mitgliedern der Gemeinden geholfen. Die weitere Verteilung innerhalb des Dorfes sollte nach der Hufenzahl geschehen, da sie aber im wesentlichen der Willkür des Schulzen und der Gerichte überlassen war, konnten Ungerechtigkeiten nicht ausbleiben.

Das alles drängte auf eine Revision des Verteilungsschlüssels hin. Sie wurde in die Hände der Kreissteuereinnehmer gelegt¹⁾. Wo in den Tabellen bei den kleinen Ackerleuten nur das Gesamtquantum angegeben war, blieb seine Verteilung auch weiterhin der Gemeinde vorbehalten. Konnte sich diese — unter Mitwirkung des Schulzen und des Dorfgerichts — nicht einigen, so sollte der Kreissteuereinnehmer die Verteilung vornehmen.

Die Verteilung stieß vor allem auf die eben erwähnte große Schwierigkeit, daß in den österreichischen Akten und der darauf fußenden preußischen Bekenntnis-Spezifikation die Erträge der Einzelmitglieder einer Bevölkerungsgruppe (Bauern, Gärtner, Häusler usw.) nicht gesondert aufgeführt waren. Mitunter war auch der Gesamtertrag sämtlicher Untertanen angegeben. In den seltenen Fällen, wo die Erträge der einzelnen Stellen angegeben waren, hatten die österreichischen Revisoren bei der Anfertigung der Befundstabellen meist einen allgemeinen Steuerzuschlag für eine Gruppe oder das ganze Dorf gemacht. So blieb auch hier die Schwierigkeit, diesen Zuschlag in befriedigender Weise zu repartieren²⁾.

Wie mit dem Quantum der Aussaat, so wurde es auch mit dem Viehertrag gehalten. Die Gesamtzahl an Vieh, welche der Gemeinde im Kataster zugeschrieben war, wurde im Verhältnis des tatsächlichen Viehstandes des einzelnen Besitzers und unter Berücksichtigung der Größe des Besitztums umgelegt. Als Stichtag für die Berechnung des wirklichen Bestandes galt der Johannestag³⁾. Im Gebirge, wo wegen des häufigen Abwanderns der kleinen Leute der Viehstand oft wechselte, durfte die Gemeinde die Verteilung des Viehs selbst vornehmen³⁾.

Der Kreissteuereinnehmer sollte die Subrepartition so viel als möglich bei sich zu Hause bearbeiten und nur, wenn unbedingt nötig, an Ort und Stelle. Für die Reise dahin und zurück mußten ihm die Gemeinden unentgeltlich Fuhrwerk zur Verfügung stellen und pro Tag 16 Groschen Diäten zahlen³⁾. Die Ergebnisse legte er in Subrepartitionstabellen nach vorgegedrucktem Muster nieder⁴⁾.

¹⁾ Bresl. Staatsarch. Rep. 199 IX. 1. vol. 9.
vol. 9.

²⁾ Ebda. vol. 8.

³⁾ Ebda.

⁴⁾ Ebda. Rep. 201 a. Rat.-Arch. B 75.

Daß dieses Verteilungssystem Bestechungen freie Hand bot, ist offenbar.

Die Arbeit an der Subrepartition wurde im Dezember 1748 in Angriff genommen¹⁾. Graf Münchow ließ sich fortlaufend Bericht erstatten und drängte auf rasche Fertigstellung. Den Steuereinnehmern wurde befohlen, in jeder Woche eine bestimmte Anzahl Dörfer zu bearbeiten. Für jedes in einer Woche zu wenig fertiggestellte Dorf wurde ihnen 1 Rtl. Strafe angedroht. Das erhöhte ihren Eifer ungemein. Wir hören, daß sie oft ihre Verwandten zu Hilfe nahmen, um nur rechtzeitig fertig zu werden¹⁾.

Da manche der Steuereinnahmer nicht rasch genug vom Fleck kamen, wurden zwölf Kalkulatoren angestellt, die sie anzulernen hatten, und die darauf als selbständige Kommissare weiter arbeiten sollten²⁾. Durch großen Arbeitseifer zeichneten sich besonders die Kalkulatoren John (Breslau) und Sandtmann (Glogau) aus. Sie erhielten ein Geschenk von je 100 Rtl. Einige der Steuereinnahmer, welche die gesamte Subrepartition ihres Kreises ohne fremde Hilfe zustande gebracht hatten, bekamen je 20 Rtl.³⁾.

Im Dezember 1749 befahl der Minister, daß die Subrepartition — koste es was es wolle — Ende Mai 1750 fertig sein müsse. Seiner Energie gelang es schließlich, die Arbeit im Herbst 1750 zu Ende zu bringen und damit das Katasterwerk abzuschließen⁴⁾.

Bereits am 1. Juni 1750 sollten die Steuern nach der neuen Verteilungsart eingefordert werden⁵⁾; doch stand diese Vorschrift zunächst nur auf dem Papier. Die Gemeinde Kostenthal, Kr. Kosel, zog beispielsweise noch 1772 die Steuern in alter Weise, nach der Hufenzahl, ein⁶⁾. Vielfach lag das auch an der Säumigkeit oder dem Widerstreben der Landräte, die besonders im Glogauer Departement mit den Großgrundbesitzern ihres Kreises auf gutem Fuße standen und gern ein Auge zudrückten, wenn ihre Freunde sich durch die neue Verteilung geschädigt glaubten.

¹⁾ D. Ruzner, Handschr. S. 130.

²⁾ Sie erhielten 1 Rtl. Diäten täglich, zu deren Bezahlung wieder die alten Steuerreste von 1741—1742 herhalten mußten. Bresl. Staatsarch. Rep. 199 IX. 4. vol. 2.

³⁾ Ebd. Rep. 199 IX. 1. vol. 10.

⁴⁾ Ebd.

⁵⁾ Der Etat der Kontribution für ganz Schlessien betrug in Talern schles. 1744: 3265000; 1747—1748: 3318316; 1750—1751: 3406375. (Nach Leopold von Ranke, Zwölf Bücher preussischer Geschichte. Leipzig 1879². S. 564.)

⁶⁾ Vgl. D. Ruzner, Handschr. S. 130, Anm. 1. — Die Herrschaft Bonahel, Kr. Grünberg, hielt die ihr zugesandte Subrepartition vor ihren Bauern geheim und zog die Steuern weiterhin nach einer 1743 zwischen ihr und der Gemeinde abgemachten Repartition ein.

Die kleinen Ackerleute mußten nämlich das Steuerquantum, das sie nach der Klassifikation weniger zahlten als zu österreichischer Zeit, als Hilfssteuer an die Herrschaft abführen. Wurde die Steuer nicht nach Hufen verteilt, so war der Anteil der kleinen Leute größer als vorher, also das Hilfsgeld für die Herrschaft geringer. Ferner waren diese Hilfsgelder nach dem herrschaftlichen Divisor entrichtet worden. Nach der Subrepartition hatten die Leute an die Gemeinde zu steuern, also nach einem höheren Divisor. Der Gutsherrschaft wurde der entsprechende Betrag nicht mehr in die Hand gegeben, sondern gutgeschrieben. Durch diesen Ausfall an Hilfssteuergeldern erklärt sich ohne weiteres die Abneigung der Herrschaften gegen die Neueinführung. Oft hörten die Bauern eines Dorfes erst bei Gelegenheit eines Prozesses, den sie anderer Dinge wegen führten, von der neuen Steuerverteilung¹⁾. Allmählich erst setzte sich diese Verteilungsart durch und hat dann bis in das 19. Jahrhundert hinein Geltung behalten.

VI. Ergebnisse. Die agrargeschichtliche Bedeutung des Katasters.

Versuchen wir rückschauend die Ergebnisse unserer Darstellung zu gewinnen. —

Wir konnten feststellen, daß in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts die alte Indiktion so unerträglich wurde, daß man ernsthaft an ihre Reform zu denken begann. Die ersten wirklich modernen Vorschläge, wie sie im 18. Jahrhundert tatsächlich durchgeführt worden sind, fallen bereits in diese Zeit.

Bei der preußischen Katastrierung lassen sich genau begrenzte Gruppen der Tätigkeit erweisen, wie sie sich bei dem Versuche, das Werk zum Abschluß zu bringen, ergaben: die Klassifikation, Revision, Rektifikation und Subrepartition. Das Kataster kam erst 1750 zum Abschluß, nicht schon 1748²⁾.

Gegenüber der Ansicht von Roser³⁾, die österreichischen Vorarbeiten von 1721—38 hätten keinen wesentlichen Teil der preußischen Arbeit gebildet, ist vielmehr darauf hinzuweisen, daß sich die preußische Klassifikation so stark auf die österreichischen Vorlagen gründet, daß sie kein eigentlich originales Werk darstellt, sondern nur eine mitunter recht oberflächliche Nachprüfung der früher gemachten Angaben. Untersuchungen an Ort und Stelle wurden sogar nach Möglichkeit vermieden. Selbst die Idee und der Organisationsplan des Ganzen

¹⁾ Ruzner, Handshr. S. 130.

²⁾ Das hat auch D. Ruzner, Teil II, S. 3 bereits beachtet.

³⁾ Geschichte Friedr. d. Gr. 4.—5. Aufl. Bd. II. (1913), S. 124.

gehen zum guten Teil auf das österreichische Vorbild zurück¹⁾. Unsere Darstellung hofft den Beweis für diese Behauptungen erbracht zu haben²⁾. Es sei hier nur noch ein Urteil v. Thiles angeführt: „Wenn die schlesische Klassifikation nicht auf die normalen Indiktions-Rektifikationsoperationen hätte gegründet werden können, so würde solche in zwanzig Jahren und ohne mehr als fünfzig Kameralisten nicht zustande gebracht worden sein“³⁾. Die späteren Phasen der Revision, Rektifikation und Subrepartition bedeuten weder methodisch, noch in Anbetracht ihrer Ergebnisse etwas Neues gegenüber der Klassifikation. Sie tragen nur formal rechnerischen Charakter.

Wir dürfen deshalb die Stellung nicht überschätzen, die das preußische Kataster in der schlesischen Agrargeschichte einnimmt. In der Literatur sind die statistischen Angaben des Katasters nicht immer mit der nötigen kritischen Sorgfalt behandelt worden⁴⁾. Es ist das Verdienst von Johannes Ziefursch, zuerst mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen zu haben, daß sich schon aus der gesamten Art der Anlage des Katasters seine Unzuverlässigkeit für den Historiker in vieler Hinsicht mit Notwendigkeit ergebe⁵⁾. Die Bedeutung des Katasters geht aus seiner Geschichte hervor. Durch letztere werden die von Ziefursch vertretenen Ansichten durchaus bestätigt.

Es sind z. B. die Angaben des Katasters über das Quantum der Ausfaat unzuverlässig, weil sie diejenigen der österreichischen Befundstabellen zumeist einfach wiederholen. Die Veränderungen während zwanzig Jahren sind also nicht berücksichtigt, von der möglichen Unrichtigkeit der Befundstabellen abgesehen. Man erhält aus dem Kataster allenfalls Vergleichswerte, wenn man noch andere Angaben zu Hilfe nimmt; doch sind auch dann nur Schlüsse zu ziehen möglich auf die Gesamtheit des Domanial- oder bäuerlichen Besitzes, bzw. der Feldflur der kleinen Aderteute. Ein Rückschluß auf einzelne Bauern- u. dgl. Stellen ist nicht möglich, weil die Subrepartition des Ertrages und der Steuer innerhalb der Ge-

¹⁾ Vgl. die Denkschrift S. 12, Anm. 1. ²⁾ Eine Übersicht über die in der Literatur aufgetretenen Ansichten gibt Croon, S. 333 Anm. 1. Unverständlich erscheint, wie H. Hübnert (S. 72) aus dem Aufsatz von Croon herauslesen konnte, der österreichische Steuerreformversuch von 1721—1724 sei „kümmerlich“ gewesen. Croon beklagt doch gerade, daß z. B. Nachsaher und Sinke den Wert der von den österreichischen Behörden geleisteten Arbeit nicht hoch genug eingeschätzt hätten.
³⁾ Bresl. Staatsarch. Rep. 199 IX. 1. vol. 4. ⁴⁾ Vgl. P. Boehnisch, Die geschichtliche Entwicklung der ländlichen Verhältnisse in Mittelschlesien. Diss. Jena. 1894. S. 46 ff. ⁵⁾ Ziefursch, Hundert Jahre . . . S. 396.

meinden schematisch vorging und nicht den tatsächlichen Verhältnissen entsprach. Die Angaben über die Aussaatmengen der einzelnen Getreidearten sind unbrauchbar, weil sie gleichfalls nicht auf dem Boden der Wirklichkeit stehen, sondern auf einem recht gekünstelten Verteilungssystem beruhen¹⁾. Immerhin lassen sich Annäherungswerte gewinnen für die Größe etwa der Pfarr- und Schulmeisterstellen, die im Kataster getrennt aufgeführt werden, und das Größenverhältnis von ritterlichem, bäuerlichem Besitz und dem der kleinen Ackerleute²⁾ zu einander.

Die Angaben über die Kopffzahl der Freibauern, Gärtner, Handwerker, über vorhandene industrielle Anlagen wird man, ohne weitere Vergleichswerte an der Hand zu haben, nicht als zuverlässig ansprechen dürfen³⁾.

Für die Preise der landwirtschaftlichen Produkte bieten die festen Sätze des Katasters nur ungefähre Durchschnittswerte, die besser nur zum Vergleich heranzuziehen sind⁴⁾. Die Angaben über den Viehstand sind durchaus unzuverlässig, weil sie schematisch die Befundstabellen ohne Rücksicht auf den wirklichen Bestand zur Zeit der Klassifikation wiederholen. Sie enthalten allenfalls den „möglichen“, nicht den wirklichen Viehbestand.

Wenn v. Thile behauptete, das Kataster beruhe auf den „wahren Erträgen“, so wird die Darstellung bereits gezeigt haben, wie unrichtig diese Behauptung war. Davon abgesehen müßte jedoch eine gleichmäßige Grundsteuerveranlagung ermöglichen, für das ganze veranlagte Gebiet einen und denselben Multiplikator des Grundsteuerreinertrages als Wertmesser anzunehmen. Aber auch für diesen Rückschluß auf den damaligen Wert der Güter versagt das Kataster

¹⁾ Für die ganze Provinz war die strenge Dreifelderwirtschaft zur Voraussetzung genommen, bei der die Anteile von Winterfaat, Sommerfaat und Brache von gleicher Größe sind. Brachte nun der Boden das $5\frac{1}{2}$ —6fache der Aussaat wieder ein, so wurde die Winterfaat zur Hälfte mit Weizen, zur Hälfte mit Roggen angenommen, die Sommerfaat $\frac{1}{2}$ zu Gerste, $\frac{1}{2}$ zu Hafer. Beim $4\frac{1}{2}$ — $5\frac{1}{4}$ fachen Körnerertrag fingierte man: Winterfaat $\frac{1}{3}$ Weizen, $\frac{2}{3}$ Roggen, Sommerfaat: $\frac{2}{6}$ Gerste, $\frac{2}{6}$ Hafer ußf. Die Angaben des Katasters über den Anbau der einzelnen Getreidearten sind also reine Fiktionen. Vgl. Jatzewski, S. 72 ff. ²⁾ Über die Berechnung der Größe einer Besizung aus dem Quantum der Aussaat vgl. Ziekursch, Hundert Jahre . . . S. 66 Anm. 3. Wenn dieser den Angaben über die Zahl der Hufen größere Glaubwürdigkeit beilegt, so spricht die Art der Anlage des Katasters nicht dagegen. Die Kommissare stützen sich auf die vorhandenen Hufenregister. ³⁾ Auch hierauf weist Ziekursch hin, ebda. S. 399. ⁴⁾ Etwa mit den Angaben in den Wirtschaftsberichten des Provinzialministers an den König.

Friedrichs des Großen, wie J. Ziefursch durch eine Gegenüberstellung von Katasterwert und Kaufpreis bereits gezeigt hat¹⁾.

Eine gewisse Bedeutung kommt dem Kataster für die Familienforschung zu. Hier sind es besonders die Spezifikationstabellen und die Subrepartitionslisten, welche in Frage kommen, da sie die Namen aller ländlichen Steuerzahler, auch der kleinen Ackerleute, Einlieger und Hausweiber aufführen. Der Agrarhistoriker jedoch wird in den meisten Fällen das Kataster nur mit Vorsicht als Quelle zu benutzen haben, besonders wo es sich um statistische Angaben handelt.

Mit allem dem ist nicht gesagt, daß das Kataster Friedrichs des Großen, vom steuertechnischen Standpunkt seiner Zeit gesehen, schlecht oder unbrauchbar gewesen wäre. Im Zusammenhang mit den österreichischen Vorarbeiten betrachtet, stellt sich das Ganze als eine durchaus bedeutungsvolle Leistung dar, besonders wenn man an die alte Indiktion und das vielfältige Steuerwesen vor dem Jahre 1740 denkt.

Dafür spricht, daß das berühmteste Katasterwerk jener Zeit, das Mailänder Steuerekataster, in ähnlicher Weise entstanden ist. Auch hier gingen z. B. Lokalrevisionen mit Protokollierung der Aussagen von Ortszeugen über Wert und Bodenbeschaffenheit des Grundbesitzers Hand in Hand. Das Mailänder Werk unterscheidet sich nur durch den großen Vorzug, auf topographischen Gluraufnahmen basiert zu sein. Dafür bedurfte es aber auch ca. vierzig Jahre zu seiner Fertigstellung²⁾.

Die Bedeutung der preußischen Arbeit liegt vor allem darin, daß sie es verstand, die Folgerungen zu ziehen, welche die österreichische Herrschaft nicht zu ziehen gewagt hatte — und die ermittelten Angaben unnachlässiglich zur Grundlage der Besteuerung machte. Davor war man in der österreichischen Zeit aus Furcht vor Opposition immer wieder zurückgeschreckt. Auch trug der schlechtere, weniger geschulte und disziplinierte österreichische Beamtenapparat Schuld daran. Wir haben ja gesehen, wie Graf Münchow seine Leute verschiedentlich mit größter Strenge zur Arbeit anzuhalten wußte.

So wird man dem Urteil von Gustav Croon³⁾ beipflichten dürfen: „Das preußische Reformwerk war dem österreichischen so weit überlegen, wie es die preußischen Berufsbeamten den vorwiegend ständischen Kommissionen waren.“

¹⁾ Ziefursch, 100 Jahre . . . S. 396 ff. — Das Ergebnis bleibt gleich unbefriedigend, wenn man in gleicher Weise die Angaben eines räumlich enger begrenzten Gebietes, z. B. Kreis Neumarkt, gegenüberstellt, dessen landwirtschaftliche Bodenverhältnisse ziemlich einheitlich sind.

²⁾ Graf Joh. Rinald Carli, Mailands Steuerverfassung. Aus dem Italienischen überseht von Witosch. Wien 1818. S. 49 f., 106.

³⁾ Croon, a. a. O. S. 344.

III.

Die Verfassung und Verwaltung des Gesamtstaats Schlesiens in der Zeit des Dreißigjährigen Krieges¹⁾.

Von

Hans Hübner.

Das Verfassungsleben der deutschen Länder zeigt im Laufe des 17. Jahrhunderts fast überall das gleiche Bild: die Staatsgewalt in jedem einzelnen Territorium ist geteilt zwischen dem Landesherrn und den Ständen. Die Macht der Stände ist nirgends genau abgegrenzt, sie schwankt je nach der Bedeutung des einzelnen Landes und der Stärke des Fürsten. Zwischen Ständen und Fürsten besteht ein bald in der Stille, bald offen geführter Kampf um die Macht. Die mächtigste Waffe der Stände ist der Geldsäckel. Denn die Fürsten sind stets geldbedürftig; die Einnahmen aus ihren Domänen und Regalien reichen nicht aus, um die Bedürfnisse der äußeren und inneren Politik, die Baulust und Prunkliebe der Fürsten gleichmäßig zu befriedigen.

¹⁾ Dieser Aufsatz ist ein Auszug aus meiner 1922 erschienenen, nur in fünf Schreibmaschinenexemplaren hergestellten Frankfurter Dissertation. Er soll einen Versuch zur Fortsetzung des Werkes von F. Ruchstahl (Die Organisation der Gesamtstaatsverfassung Schlesiens vor dem 30 jährigen Kriege, Leipzig 1894) bilden und die Zeit der Regierung der Kaiser Ferdinand II. und III. umfassen. Gleichzeitig gibt er eine Ergänzung zu R. G. Rries' „Entwicklung der Verfassung in Schlesiens“, Breslau 1842. Die wichtigste Quelle der vorliegenden Arbeit sind die Acta publica, Verhandlungen der Fürsten und Stände. Im Bresl. Staatsarchiv sind außerdem noch herangezogen worden: Rep. 13, I. 65. e, f; II. 12, II. 420, II. 4. w—x; III. 1. a, III. 1. g, III. 6. a—l, III. 23. m; VI. 60. h, VI. 230. An gedruckter Literatur sind zu erwähnen: Die Privilegienfassungen von Arnold und Brachvogel (1736 und 1731), Friedenberg, Tractatus de Silesiae iuribus (1738 ff.), Lucae, Schlesiens Fürstenthrone (1685), Ludovici, De sacro Fisci jure (1724), Lünig, Collectio (1730), Weingarten, Codex (1720) und Vindemia (1692); aus neuerer Zeit: die Werke von Gindely, Grünhagen, Hurter, Ritter und Winter, Codex dipl. Sil. XI, XIX, XXI, XXVII, Sänge in den Acta Borussia VI, 1; Kern, Der neue Grenzzoll in Schlesiens (1892); Ziegler, Gegenreformation (1888).

Um 1600 hatten in fast allen Ländern die Landstände ihre größte Machtstellung errungen. Auch in den österreichischen Erbländern war ihnen das dank Rudolfs II. und Matthias' Schwäche gelungen. Dies war für die Habsburger um so gefährlicher, als ihre Lande überwiegend protestantisch waren und allen gegenreformatorischen Bestrebungen den heftigsten Widerstand entgegensetzten. Wie die böhmischen Stände, so hatten auch die schlesischen von dem schwachen Rudolf II. wichtige Rechte ertrotzt, besonders die Genehmigung zu ihrer Union mit den andern böhmischen Erbländern vom 25. Juni 1609 und das Privileg, daß nur ein weltlicher Fürst Oberlandeshauptmann sein dürfe.

Der Gipfelpunkt der Macht der schlesischen Stände liegt in der kurzen Zeit der Herrschaft des Winterkönigs. Daß der Fürstentag den Schritt seiner Gesandten, die ohne Ermächtigung sich an der Wahl des Pfalzgrafen beteiligt hatten, genehmigte, war ein revolutionärer Akt. Zwar hatten die Schlesier das Recht, an der Wahl teilzunehmen, aber da Ferdinand II. bereits 1617 rechtmäßig zum König von Böhmen gewählt war, und ein Grund, ihn abzusetzen, nicht vorlag, war die Neuwahl Friedrichs V. durchaus unrechtmäßig.

Friedrich V., ganz von den Ständen abhängig, mußte ihnen naturgemäß alle Privilegien bestätigen und überdies Zugeständnisse machen, die ihnen die Macht völlig in die Hand spielte: wichtige Teile der Souveränität gingen auf sie über, indem sie das Recht erhielten, Gesandte abzuschicken und Bündnisse zu schließen, Beamte für die schlesische Kanzlei in Prag zu ernennen und eine eigene Münze für den Gesamtstaat zu errichten; die Kriegshoheit wurde ihnen durch Bestätigung ihrer eigenmächtig aufgestellten Defensionsordnung gewährleistet, und über das gesamte Finanzwesen, soweit es nicht schon bisher in ihrer Hand war, beanspruchten sie ein Aufsichtsrecht.

Diese Machtsfülle dauerte jedoch nicht lange. Nach der Schlacht am Weißen Berge hatte Schlesien es nur dem Kurfürsten von Sachsen zu verdanken, daß es nicht das traurige Los Böhmens teilte. Er war vom Kaiser beauftragt worden, den Frieden zu vermitteln, und hatte dabei den sich Unterwerfenden all ihren Besitz und ihre früheren Rechte zugesichert, ausgenommen davon war nur der schon vorher geächtete Markgraf Johann Georg von Jägerndorf. Der „Dresdener Akord“ vom 18. Februar 1621 wird nun die Rechtsgrundlage für die weiteren Beziehungen des Kaisers zu den schlesischen Ständen. Nur die seit 1618 ohne kaiserliche Genehmigung

getanen Schritte werden annulliert, darunter auch die Bündnisse mit Böhmen, Ungarn und Mähren, im übrigen aber die Privilegien Schlesiens bestätigt, einschließlich des Majestätsbriefes.

So hat sich in der Verfassung Schlesiens zunächst nichts geändert gegenüber dem Zustande von 1618. Die Verfassung bietet also 1621 folgendes Aussehen:

Das Gesamtherzogtum Schlesien zerfällt in eine Anzahl kleinerer Fürstentümer. Im Besitze von Piasten befinden sich Liegnitz-Goldberg, Brieg, Wohlau und Teschen. In Ols-Bernstadt herrschen Nachkommen Georg Podiebrads, in Neiße-Grottkau der Bischof von Breslau, in Troppau Herzog Karl v. Lichtenstein, der 1622 auch mit Jägerndorf belehnt wird. Die Herzogtümer Breslau (ohne die Stadt), Schweidnitz-Jauer, Glogau, Oppeln-Katibor, Münsterberg und Sagan gehören der Krone Böhmen als „Erbfürstentümer“. Fürstliche Rechte ohne den fürstlichen Titel genießen die (28) Freien Standesherrschaften (Status minores); sie sind vom König unmittelbar abhängig, jedoch nur vier sind im Fürstentag vertreten: Pleß, Milititz, Trachenberg und Wartenberg.

Schlesien galt als ein „der Krone Böhmen inkorporiertes“ Land. Aus der ursprünglichen Personalunion der beiden Länder hatte sich eine engere Zusammengehörigkeit herausgebildet: der König von Böhmen war Oberlehnsherr der schlesischen Fürsten; er ließ seine Regierungsgeschäfte durch die in Prag befindliche Böhmisches Kanzlei führen; auch war das Prager Appellationsgericht oberste Instanz für alle schlesischen Gerichte, die nicht das Privileg der Inappellabilität besaßen.

Mit dem Deutschen Reich war Schlesien rechtlich nicht verbunden. Nur die Herzöge von Ols besaßen den Titel von Reichsfürsten, aber ohne Sitz im Reichstag. Die Piasten, als von königlichem Geblüt, dünkten sich vornehmer als jene, beanspruchten den Vortritt vor allen Reichsfürsten und widerstanden hartnäckig dem Versuch, sie in den Reichsfürstenstand zu erheben¹⁾. Ihre Hoheit war jedoch längst stark eingeschränkt. Die Rechtstitel der Krone bestanden zunächst nur in der Lehenshoheit. Da sie nicht scharf abgegrenzt waren, schwankten sie nach dem Stande der Macht des Königs. Dieser beanspruchte die Regalien, die Kriegshoheit und die auswärtige Politik für sich. Als der Fürstentag 1620 Gesandte an den polnischen Reichstag schickte, bestritt man ihm das Recht dazu in

¹⁾ Vgl. Czeplos Denkschrift bei König, Europäische Staats-Consilia II, S. 1437.

Warschau¹⁾: ein Beweis, wie sehr man sich außerhalb gewöhnt hatte, den König als alleinigen Souverän anzusehen. Einen Schutz bot nur die Vereinigung der Stände, der Fürstentag (meist „Fürsten und Stände“ genannt, welche Bezeichnung im folgenden stets mit „F. und St.“ wiedergegeben wird). Auf seine Verfassung braucht hier nicht näher eingegangen werden, da sie schon bei Nachsicht eine eingehende Behandlung gefunden hat. Wollte der Kaiser Verfassungsänderungen unternehmen, so mußte er es zunächst versuchen, den Fürstentag umzugestalten. Diese Absicht bestand wohl in Wien, aber der Dresdener Afford hand vorläufig dem Kaiser die Hände.

Unmittelbar nach der Schlacht am Weißen Berge ließ Ferdinand von einzelnen Räten Gutachten darüber abfassen, in welcher Weise von nun an die Verfassung der einzelnen Erbländer einzurichten sei²⁾. Die Schlesien betreffende Denkschrift (*Acta Publica* V, S. 9 ff.) wird meist Otto v. Rostitz zugeschrieben. Innere Gründe sprechen aber eher für Karl Hannibal v. Dohna³⁾. So belehrend diese Denkschrift für Geist und Stimmung in Wien ist, ihre Bedeutung darf doch nicht überschätzt werden. Denn — das muß betont werden — ihre Ratschläge sind zum größten Teil nicht befolgt worden. Dies erklärt sich daraus, daß die noch im Dezember 1620 abgefaßte Denkschrift eine Bestrafung Schlesiens voraussetzt, wie sie bald dem unglücklichen Böhmen zuteil wurde. Aber ganz ohne Wirkung ist sie nicht geblieben: Sie verlangt (*Acta publica* V, S. 15), daß ein Vorschlag in die Böhmisches Landsordnung gebracht werde. Tatsächlich findet er sich in der erst sechs Jahre später erschienenen „Verneuerten Lands-Ordnung des Erbkönigreichs Böhmen“ fast wörtlich wieder. Ob der Verfasser der Landsordnung derselbe wie der der Denkschrift ist oder ob er sie nur benutzt hat, bleibt noch zu untersuchen.

Von einem gleichmäßigen Vorgehen gegen die schlesische Verfassung im Sinne der Denkschrift ist zunächst nicht die Rede. Die eigentlichen Angriffe beginnen erst 1626–1627, in demselben Jahr, als die Landsordnungen für Böhmen und Mähren erschienen. Die politische Macht des Kaisers war durch Wallensteins Hervortreten so gewachsen, daß sie nun auch im Innern verstärkt sichtbar wurde. Die bisherige Forschung war zu leicht geneigt, die späteren Verhältnisse auf die vorhergehenden Jahre zu übertragen. Wuttke verlegt den Anfang dieser Bestrebungen sogar noch früher, in die Regierungszeit Rudolfs II. Doch konnte damals davon noch nicht die Rede sein.

¹⁾ *Acta Publica* III, hrsg. von Palm, S. 307.
des 30-jährigen Krieges, S. 179.

²⁾ M. Ritter, *Geschichte*
³⁾ Näher ausgeführt in meiner Dissert.

Naturgemäß suchte sich der Kaiser größeren Einfluß auf dem Fürstentag zu verschaffen. Aber 1613, als Troppau an Karl v. Sichtenstein übertragen wurde, spielte dieser Gedanke noch nicht mit. Das beweist uns die Denkschrift des damaligen Vizekanzlers Schönaich, in der dieser die Belehnung Karls v. Sichtenstein vorschlägt¹⁾; die Frage des Fürstentages wird gar nicht darin erwähnt.

Wie es dem Kaiser allmählich gelungen ist, sich in der ersten (Fürsten-) Kurie der F. und St. Einfluß und Stimmenmehrheit zu verschaffen, hat Grünhagen ausführlich behandelt. Verfassungswidrig war an diesem Vorgehen nur die Kaiserliche Resolution²⁾, die dem Thronfolger zwei Stimmen in der ersten Kurie zugestand; denn bisher hatte jeder Fürst nur eine Stimme gehabt, und auch, als 1622 Jägerndorf an Herzog Karl v. Troppau verliehen wurde, war dieser Brauch beobachtet worden. Aber diese Resolution fällt erst in das Jahr 1628; bis 1626 war, wie schon betont, das Vorgehen des Kaisers loyal gewesen. Die 1625 auf Betreiben des Kaisers erfolgte Wahl des Prinzen Karl Ferdinand von Polen verstieß zwar gegen das schlesische Indigenatsprivileg, berührte aber nicht die Zusammensetzung des Fürstentags, da dadurch keine neue katholische Stimme geschaffen wurde.

Noch konnte bis 1627 die Kollektivstimme der Standesherrn einen Ausgleich zwischen Katholiken und Protestanten in der ersten Kurie der F. und St. herstellen; aber sie wurde von dem gefürchteten Dohna beherrscht, der, damals Präsident der Kammer und Oberst aller schlesischen Truppen, sich in dieser Zeit als Leiter der Gegenreformation den Namen „Seligmacher“ erwarb. Dohnas Unduldsamkeit war um so widerwärtiger, als er selbst religiös indifferent war; es mag hier an die Tatsache erinnert werden, daß von dem alten und weitverbreiteten Geschlecht der Dohna niemals einer in den geistlichen Stand übergetreten ist³⁾. Dohnas Triebfeder war der Ehrgeiz. Ihm winkte damals der Fürstenhut. Schon 1625 hatte ihm der Kaiser das Herzogtum Opperl=Katibor verpfändet, aber hernach wieder zurückgekauft. Dann machte sich Dohna Hoffnung auf das Fürstentum Breslau. Wuttke (II, 23) hat die Absicht einer Standeserhöhung bezweifelt, aber ohne ersichtlichen Grund; warum sollte Ferdinand II., der sonst verschwenderisch mit Gnadenbeweisen umging und so zahlreiche Generale und Günstlinge zu Grafen und

¹⁾ Des Herzogtums Troppau Stellung zu Mähren, von B. Dudif. Prag 1857, S. 141 ff. ²⁾ Lünig, Collectio S. 135. ³⁾ Nach Ersch-Gruber. Vgl. Acta publica VII. 131. Zeitschr. f. Gesch. Schles. XVI, 37 u. XXIX, 287.

Fürsten gemacht hatte, gerade bei Dohna, seiner treuesten Stütze in Schlesien, eine Ausnahme machen? Weshalb die Belohnung unterblieben ist, steht dahin. Dohna selbst hat behauptet, er habe sie ausgeschlagen, wahrscheinlich ist sie aber durch die Feindschaft Wallensteins vereitelt worden¹⁾.

Wie das Vorgehen gegen den Fürstentag bis 1627 sich noch in den Grenzen der Verfassung hielt, so können wir auch die Verwaltungsmaßnahmen dieser Jahre nicht als ungesetzlich ansehen. Wenn auch seit 1623 das Münzrecht der Fürsten unterdrückt wurde²⁾, so wurde es doch nicht gänzlich abgeschafft, und die Zollerhöhung 1623—1624 mochte als ein dem Kaiser aus seinen Regalien zustehendes Recht angesehen werden. Der eigentliche Angriff erfolgte erst 1627. Jetzt beginnt Dohnas Gegenreformation, jetzt wird erst die katholische Stimmenmehrheit in der Fürstenkurie durchgesetzt; bald wird auch versucht, den Oberhauptmann seiner Stimme im Fürstentag zu berauben, allerdings ohne Erfolg³⁾. Aber der Druck auf die dritte (Städte-) Kurie⁴⁾ und die unrechtmäßige Einsetzung katholischer Landeshauptleute in den Erbfürstentümern⁵⁾ machen jetzt wirklich den Fürstentag vom Kaiser abhängig. Die Umwandlung des Oberamts (1629) stellt die F. und St. unter die Aufsicht einer kaiserlichen Behörde. Jetzt schert man sich nicht mehr um Privilegien und Rechte. Verfassungsverletzungen aller Art sind an der Tagesordnung: das Land ist ein Spielball in der Hand Dohnas, die Gärung kaum verhüllt⁶⁾.

Dennoch erfolgte der Abfall von vier schlesischen Ständen (Stadt Breslau, die Herzöge von Liegnitz, Brieg und Ols) beim Einbrechen des sächsisch-schwedischen Heeres 1632 nicht leichtem Herzens. Bei der neuen „Konjunktion“ mit Sachsen konnte nicht, wie 1619, ein früher vom Kaiser bestätigtes Bündnis als Rechtsgrundlage dienen. Zwar trat der Kurfürst von Sachsen als Garant des Dresdener Affordes auf, aber die vier Stände betonten ausdrücklich, daß sie das Bündnis nur zur Wahrung ihrer Rechte eingingen und in der Voraussetzung, daß die Pflichten gegen den Kaiser nicht verletzt würden. Jedoch waren die folgenden Schritte der vier Stände durchaus ungesetzlich: sie ließen eigne Münzen prägen; sie beriefen einen eigenen Oberhauptmann; dieser schrieb eigenmächtig

¹⁾ Acta publica VII, 137.

²⁾ Kaiserliche Münzordnung von 1623 bei Weingarten, Codex S. 87 ff. u. Friedensburg, S. 54.

³⁾ Acta publica VI, 248.

⁴⁾ „Silesiaca“ (Breslau 1898) S. 235 ff.

⁵⁾ Croon, Die landständ. Verf. von

Schweidnitz-Jauer, S. 65.

⁶⁾ Budisch, Religionsakten Cap. 14, Membr. 10.

einen Fürstentag aus, der trotz der Abmahnung des Kaisers zustande kam¹⁾. Dann wurden dem Kurfürsten alle Zoll- und Biergefälle überlassen und neue Steuern ausgeschrieben.

Der Kaiser beeilte sich, alle diese Eingriffe als ungesetzlich hinzustellen. Er untersagte alle weiteren Zusammentünfte der Protestanten, verbot ihre Steuern und ließ durch den treugebliebenen alten Oberlandeshauptmann einen Fürstentag nach Jägerndorf ausschreiben und die dort (Februar 1635) zusammengekommenen F. und St. über Steuern und Einquartierung beraten²⁾. Unnachgiebig beharrte er auf seinem Standpunkt, als es zu Friedensverhandlungen mit Sachsen kam.

Im Prager Frieden (1635) vom Kurfürsten von Sachsen im Stich gelassen, war Schlesien ganz dem Kaiser ausgeliefert und wartete auf eine Strafe, ähnlich wie sie 1621 in Böhmen erfolgt war. Der Kaiser konnte durch die Rebellion der vier Stände alle Privilegien als verwirkt ansehen und hätte damit einen Rechtsboden für alle Reformen gehabt. Eine der böhmischen Landordnung ähnliche hätte jetzt die schlesische Verfassung umgestalten können; aber nichts dergleichen geschah. Bestraft wurde nur die Stadt Breslau, die die Landeshauptmannschaft über das Fürstentum Breslau verlor. Beim Regierungswechsel 1637 gab es ebensowenig eine Veränderung. Nur wurden die religiösen Privilegien Schlesiens nicht wieder bestätigt, und eigentlich erst dadurch ist der berühmte Majestätsbrief in Schlesien kraftlos geworden.

So besaß am Ende des Krieges der Fürstentag dieselbe Verfassung wie am Anfang — wenigstens äußerlich. In seiner Zusammensetzung hatte sich freilich vieles geändert. In der ersten (Fürsten-)Kurie war die Majorität jetzt katholisch, in der zweiten waren Schweidnitz-Jauer, Oppeln-Ratibor, Sagan und (seit 1654) Münsterberg ausgeschieden, so behielt nur Glogau eine protestantische Stimme; für das Fürstentum Breslau gab sie jetzt ein vom Kaiser eingesetzter Landeshauptmann ab.

So war es dem Kaiser gelungen, ohne durchgreifende Reformen den Fürstentag unter seinen Einfluß zu bringen. Nur in einem wagte der sonst nachgiebige Fürstentag noch zu widersprechen: im Steuerwesen. Dieses bildete nach wie vor den Hauptberatungsgegenstand. Aber nicht den einzigen; das bekannte Pamphlet „Loci communes schlesischer Gravaminum“ behauptet, der Kaiser

¹⁾ Budisch, Religionsakten Cap. 13, Membr. 22. ²⁾ Von diesem Fürstentage ist wenig bekannt. Einiges im Bresl. Staatsarch. Rep. 13. II. 4. x, fol. 124.

hätte verboten, auf Fürstentagen anderes als Steuerfragen zu behandeln, und Palm¹⁾ stützt sich darauf. Aber die kaiserliche Resolution über die neue Verfassung des Oberamts²⁾ enthält nichts davon, auch haben F. und St. gerade in dieser Zeit sehr viel zu beraten gehabt, was nicht das Steuerwesen betraf; schon aus inneren Gründen ist ein solches Verbot unwahrscheinlich. Schönwälder³⁾ behauptet, die Oberamtsinstruktion von 1640 enthalte das Verbot. Sie stammt übrigens aus dem Jahre 1639 und enthält in der That kein Wort davon. Erst im Jahre 1726 wurde das Verbot ausgesprochen⁴⁾.

Die F. und St. hatten nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die dringende Aufgabe, über die innere Verwaltung, die Polizei und die Heilung der Kriegsschäden zu beraten. Aber hier versagten sie meistens. Über den gelegentlichen Erlaß einer Gesindeordnung⁵⁾, einiger Patente gegen das Umgreifen einer Seuche, Luxusverbote und Ansetzen eines Bußtages ging die Sorge der F. und St. nicht hinaus. Gegen die unendliche Kriegsnot fanden sie nur endlose Klagen und halfen hie und da einem besonders mitgenommenen Stand mit einem „Subsidium caritativum“, das aber nur selten in Bargeld, meistens dagegen in Erlaß von Steuern und Steuerresten bestand. Um so kläglich war es, daß man sich aufs eingehendste über Titel- und Rangfragen stritt und immer wieder die kaiserliche Entscheidung darüber anrief. Im letzten Drittel des Krieges gewöhnten sich die F. und St. erst daran, den Kaiser als dauernden Schiedsrichter in allen Streitfragen anzusehen. Nur wo die F. und St. versagten, mußte der Kaiser auch in inneren Fragen die Initiative ergreifen. Ein Beispiel bietet das Moratorium, über das die F. und St. jahrelang vergeblich berieten; als 1636 endlich ein Entwurf zustande kam, erwies er sich als so unbrauchbar, daß der Kaiser einen anderen verkündigte, ohne die F. und St. zu befragen. Dieses Moratorium vom 1. Februar 1638 ist bis 1650 verlängert worden.

Da eine häufige Einmischung des Kaisers in die inneren Angelegenheiten immer nötiger wurde, bedurfte er eines Organs zur Beaufsichtigung und Durchführung seiner Pläne. Dies ist der Hauptgrund zu der Umwandlung des Oberamtes, die 1628 begann. Dem Oberhauptmann wurden nun ein Kanzler und drei Räte

¹⁾ Zeitschr. f. Gesch. Schles. III, 231.

²⁾ Budisch, Religionsakten Cap. 12,

Membr. 1.

³⁾ Die Pfaffen zum Briege III, 100.

⁴⁾ Waltherr, Silesia

diplom. II, 64.

⁵⁾ Brachvogel, Privilegia S. 110 u. 123.

(einer vom Adel und zwei Juristen) beigegeben und ein Sekretär, zwei Konzipisten und drei Kanzelisten untergeordnet. Die Bezahlung erfolgt jetzt aus den kaiserlichen Einnahmen, seit Leopold I. aus dem Salzmonopol, während sie früher von den F. und St. bestritten worden war. Dem Oberhauptmann wurde 1629 die Aufsicht über das in Schlesien stehende Militär abgenommen, mit Ausnahme der Werbungen.

Eine eigentliche Bestimmung, die den Oberhauptmann an die Beschlüsse seiner Oberamtsräte band, ist nicht ergangen, wenn das auch seine Auffassung wie die der F. und St. war. Der eigentliche Fortschritt lag nicht in der Umwandlung in ein Kollegium, sondern darin, daß der Oberhauptmann „allein auf den König seinen Respekt haben sollte“ und nicht mehr gleichzeitig Beamter der F. und St. war. Der Oberhauptmann blieb Vollstrecker der Fürstentagsbeschlüsse; aber da er verpflichtet war, darüber nach Wien zu berichten, kamen fortan nur die dem Kaiser genehmen Beschlüsse zur Ausführung. Das Oberamt sollte jetzt die kaiserliche Zentralbehörde für Schlesien werden; dem Oberhauptmann wurden kaum mehr als repräsentative Pflichten belassen. Eine Instruktion für das Oberamt wurde erst 1639 erlassen. Der eben neu eingesetzte Oberhauptmann, Herzog Karl Eusebius von Troppau-Jägerndorf, fand sie bei seinem Amtsantritt zu seinem Erstaunen vor. Er war so empört über die Instruktion, daß er seinen Unwillen laut aussprach, sie offen sabotierte und schließlich dem Kaiser Anlaß zum Einschreiten gab. Da Herzog Karl Eusebius sich nicht fügen wollte, resignierte er, und erst unter seinem Nachfolger trat die Instruktion wirklich in Kraft. Sie nahm ihm mit Ausnahme der Kriangsangelegenheiten keine seiner bisherigen Pflichten. Daß der Oberhauptmann jetzt verpflichtet war, in Breslau zu residieren und nur zweimal vier Wochen Urlaub erhielt, beweist, daß der Kaiser nicht die Absicht hatte, dem Oberhauptmann nur den Namen der Macht zu belassen, denn sonst hätte man ihn sicher nicht so fest an das Amt gekettet. Offenbar wies Ferdinand III. dem Oberhauptmann größere Pflichten und damit auch größere Rechte zu, als Ferdinand II. beabsichtigt hatte.

Wie der Oberhauptmann, so erhielten jetzt auch seine Räte und Untergebenen bis ins Kleinste geregelte Vorschriften. 1640 erfolgte dann eine Abgrenzung der Kompetenzen, zunächst gegen die Breslauer Rentkammer, der nur noch die Finanzangelegenheiten vorbehalten blieben, wogegen das Oberamt in allen politischen und Justizangelegenheiten maßgebend blieb. In *causis mixtis* schickten beide Behörden eine gemeinsame Kommission; diese wuchs später zu einer

Art von Verwaltungsgericht (*judicium in causis commissariorum delegatorum*) aus¹⁾).

Zunächst hat der Geschäftsgang des neuen Oberamtes ziemlich schlecht funktioniert. Die F. und St. klagen bald über schleppende Justiz, über hohe Sporteln und über Unterschleife der Beamten. Ihre Beschwerden veranlassen den Kaiser zu Nachträgen zu der Instruktion von 1639. Der letzte erscheint 1657; damit gewinnt das Oberamt die endgültige Gestalt, die es bis 1740 beibehalten hat. Es ist jetzt eine dem Prager Appellationsgericht und der Mährischen Landeshauptmannschaft gleich geordnete, ihnen ähnlich eingerichtete Behörde, die das Land für den Kaiser verwaltet und die Vermittlung mit dem Fürstentag hat. Durch Verordnung von 1644 erhält es das Recht der Inappellabilität²⁾ und wird damit den beiden anderen hohen Gerichten (dem Oberrecht und dem Prager Appellationshof) gleichgestellt.

Im übrigen hat die Kriegezeit dem Gerichtswesen keine durchgreifende Änderung gebracht. Wohl wird das Oberrecht eine Zeitlang beschränkt und das Prager Appellationsgericht 1628 reformiert (die neue Instruktion erfolgt erst 1644)³⁾. Doch wurde damit nichts Neues geschaffen, und die übrigen Versuche, die schlesische Gerichtsverfassung zu durchbrechen, waren nicht von Dauer. Die Deklarations- und Exekutions-Kommissionen in Oberschlesien von 1626 wurden 1630 wieder aufgehoben, und die böhmischen Königsrichter, die 1629 in Schweidnitz-Jauer eingesetzt wurden, konnten sich nicht lange halten⁴⁾. Nur das Breslauer Hofgericht erlitt eine durchgreifende Umgestaltung⁵⁾.

Auf einem Gebiete vornehmlich hat sich der Dualismus in der schlesischen Staatsverfassung bis 1740 erhalten: im Finanzwesen.

Der König hatte seine eigene Finanzverwaltung: Die Breslauer Rentkammer mit den ihr unterstellten Behörden.

Die F. und St. sammelten ihre Einkünfte in dem Generalsteueramt, über das dem König kein Aufsichtsrecht zustand.

Die ordentlichen Einnahmen des Königs bestanden aus den Domanialeinkünften seiner Erbfürstentümer und in den Erträgen der Regalien (Berg-, Münz-, Zoll- und Salzregal); da sie den Bedarf der Krone nicht deckten, trat sie an die F. und St. mit der

¹⁾ Darüber Hinzé, *Acta Borussica* VI, 1, S. 538.

(S. 253—254) hier spätere Zustände auf das 16. Jahrhundert.

²⁾ Nachsahl überträgt

³⁾ Weingarten, *Bindemia* II, S. 238 ff.; *Codex*, S. 240 ff.

⁴⁾ Croon, S. 83.

⁵⁾ Zeitschr. f. Gesch. Schles. VII, 102 ff.

Forderung nach Steuern heran. Eine Pflicht des Landes, Steuern zu zahlen, bestand nicht, doch wurden seit 1546 jährlich Steuern bewilligt. Die Gründe für die Steuerforderung mußten von der Krone jedesmal angegeben werden; darin war sie sehr erfinderisch. Bei der Viehsteuer von 1631 berief man sich auf das Beispiel von Spanien und Italien, ja sogar auf die Kaiser Justinian und Karl den Großen. Seit 1618 wurden fast alle Steuern durch den Krieg verschlungen. Bei jeder Bewilligung erklärten die Stände, daß keinerlei Pflicht zu irgend welchen Leistungen für sie bestände, und ließen sich darüber einen Revers des Kaisers ausstellen. An den Forderungen der Krone machten sie oft beträchtliche Abstriche.

Neben den Geldsteuern wurden in der Zeit des Krieges auch häufig Naturalabgaben bewilligt, meistens Getreide, gelegentlich auch Tuch und Leinwand¹⁾. Von den Steuern befreit waren nur die Bergstädte wegen ihrer Armut. Alle Versuche der Geistlichkeit, Steuerfreiheit zu erlangen, wurden von den F. und St. erfolgreich zurückgewiesen.

In der Art der ständischen Steuerbewilligung und -erhebung hatte sich während des Krieges nichts geändert. Das ständische Generalsteueramt erhielt zwar 1620 einen neuen Beamten, den Steuerdirektor, doch wurde sein Posten schon 1626 wieder gestrichen. Die Pflichten des Landeszahlmeisteramtes wurden 1618 auf die Kriegskommissare übertragen, die von den F. und St. ernannt wurden, sobald es Einquartierung im Lande gab. Diese vier Kommissare hatten die Aufsicht über Verpflegung und Besoldung (soweit sie von den F. und St. bewilligt war). Ihnen zur Seite stand als Unterbeamter der „Musterschreiber“. Munition und Kriegsmaterial wurden in dem Breslauer Zeughaus aufbewahrt, das ein von den F. und St. angestellter Zeugwärter verwaltete. 1649 wurde er entlassen und der Inhalt des Zeughauses meistbietend versteigert.

Die Kontrolle über das Generalsteueramt wurde durch Kommissionen der F. und St. jährlich einmal ausgeübt. Die Erhebung der Steuern blieb den Einzelständen überlassen. Sobald sie vom Generalsteueramt in die Rentkammer überführt waren, stand die Verfügung darüber nur der Krone zu. Die F. und St. behielten sich gelegentlich ein Aufsichtsrecht über die Verausgabung des bewilligten Geldes vor, so bei der Viehsteuer von 1631. Erst 1655 gestand die Krone den F. und St. ein dauerndes Mitaufsichtsrecht

¹⁾ 3. B. Acta publica VI, 236.

zu. Umgekehrt hatte die Krone kein Aufsichtsrecht über das Generalsteueramt. Da jedoch Geldausgaben aus diesem einzig und allein auf Oberamtsanweisung geschehen durften, brachte der Kaiser durch die Umwandlung des Oberamts 1629 auch die Landeskasse in seine Abhängigkeit.

Für die Hauptsteuer, die Kontribution oder Schatzungssteuer, war bis 1740 noch immer die Schätzung von 1527 maßgebend. Vor 1618 hatte die Steuer selten mehr als $1\frac{1}{2}\%$ der Schätzung betragen. Aber schon 1620 wurden 12% erhoben, und man stieg bis auf 16% im Jahre 1624. Dabei ist zu berücksichtigen, daß außer den allgemeinen Landessteuern auch die einzelnen Fürstentümer für sich noch erhebliche Steuern beanspruchten. Es wird uns selten berichtet, wie hoch diese stiegen. Um so interessanter sind die Berichte einzelner Stände von 1638. So heißt es z. B. in der Beschwerde der Olsnischen Ritterschaft: „Nebens den Ordinar Contributionibus, Kayserlichen Stäuern und allgemeinen Landes-Anlagen sind auch die extraordinar Contributiones zur Bezahlung der hoch drangfälligen Landes- und Kriege-Schulden fort und fort continuiert, derogestalt, daß derer Ao. 1632 dreizehn, Ao. 1633 auch dreizehn, Ao. 1634 sieben . . . und oft darunter zu 3% bis 12% angelegt worden.“ Dabei wurde dieses Fürstentum „nicht allein in Privat-Discursen gleichsamb vor ein Rosen-Garten und irdisches Paradies, sondern auch wohl dergleichen unnachbarlich neidige Recommendationes gar an den Kayserl. Hoff getragen, gehalten. Durch die Continuation der unaufhörlichen Contributionen und Kriege-Beschwerden ist das Land gleichsamb lento igne gebraten worden.“ Gleichzeitig berechnet das Fürstentum Diegnitz seine Ausgaben in den Jahren 1621—1637 auf 26 Tonnen Goldes, (jede = 100 000 fl.), außerdem „sind darinnen zu dreien Mahlen beide die Kayf. und dann des Feindes Armeen ehliche Zeit gegeneinander gelegen.“

Nun war aber die Veranlagung so ungerecht und ungleichmäßig, daß sie dringend einer Reform bedurfte. Dieses Werk wurde oft versucht, aber nie durchgeführt¹⁾.

Die Verwüstungen des Krieges brachten allenthalben Ausfälle am Steuerkapital, sogenannte Non Entia²⁾. Nur in den seltensten Fällen wurden diese bei der Veranlagung abgeschrieben. Immerhin sank die Veranlagung von 8,12 Mill. Thl. im Jahre 1622 auf

¹⁾ Der Hauptversuch ist behandelt in meinem Aufsatz „Die Grundsteuerreform von 1637—39“ in Zeitschr. f. Gesch. Schles. 56. ²⁾ Vgl. meinen Aufsatz in Zeitschr. 56, S. 63.

7,21 Mill. Thl. im Jahre 1648. Die Abschreibung der Non Entia geschah durch die F. und St. Seit 1639 griff der Kaiser hier eigenmächtig ein und änderte die Indiktion, ohne sich um den Widerspruch der F. und St. zu kümmern.

Neben der direkten Kontributionssteuer wurden im Laufe des Krieges von den F. und St. auch zahlreiche indirekte erhoben. Die Krone stand ihnen zunächst mißtrauisch gegenüber, da sie dabei nicht berechnen konnte, welche Einnahmen den F. und St. daraus erwuchsen. Als aber durch die Umwandlung des Oberamts die Aufsicht der Krone über das Generalsteueramt hergestellt war, ging die Krone selbst zur Forderung indirekter Steuern über. Das Ungeheuerliche dabei war, daß nicht so sehr die Luxuswaren besteuert wurden — die waren schon durch den Grenzzoll genug verteuert — sondern sogar die notwendigsten Lebensmittel und 1649 alle Schuhwaren.

Die im Laufe des Krieges erhobenen indirekten Steuern waren folgende:

Kopfsteuer in den Jahren 1619, 20, 27, 28, 34, 36, 45, 61. Mahlsteuer: 1619, 20, 21, 27, 31, 34. Getreideabgaben: 1619, 20, 21, 31, 34, 39, 46—48. Viehsteuer: 1619—21, 26—28, 31. Steuer auf Niederländer, Schotten, Faktoren und Juden: 1619—20. Steuer auf Münzen: 1619, 22. Steuer auf Röte: 1623—24. Steuer auf Spezies-Münzen: 1621—23. Fleischsteuer: 1631, 34, 46—51. Steuer auf ausgeliehenes Geld: 1620—24, 31. Steuer auf Wein und Branntwein: 1624, 27, 28, 36, 37. Biersteuer: 1634, 37, 40. Rauchfangsteuer: 1626—28, 31, 34, 39. Auf Handel und Kaufleute: 1620, 21, 34. Auf Fischerei und Waldbnutzungen: 1634, 39, 46—48. Auf Wiesen, Mietzinsen, Torzölle, Apotheken, Spezereien, Kirchkästen: 1634. Auf Eichelmästung, Eisenhämmer, Kalkgruben: 1639. Auf Wolle, Käse: 1646—48. Auf Tabak: 1657—63.

Die Steuern waren also teils direkt, teils indirekt, teils eine Mischung von beiden. Ein bloßer Blick auf die Jahreszahlen zeigt, wie plan- und ziellos experimentiert wurde. Keine dieser Steuern hat sich später erhalten. Die Erträge der Steuern waren teilweise gering: so brachte die Branntweinaufzise von 1636/37 gar nichts ein, die Fleischsteuer von 1634 nur 611 Thl., die Mietzinssteuer von 1634 gar nur 48 Thl. Am ertragreichsten war die Viehsteuer von 1631 mit 225 000 fl., aber gerade sie empörte das Land am meisten und trug mit zu dem Abfall Schlesiens 1632 bei. Die F. und St. scheuten sich nicht, in ihrer Verteidigungsschrift den Kaiser wegen dieser Steuer mit Nero und Domitian zu vergleichen.

Wie falsch man am Kaiserhofe damals die Lage beurteilte,

geht daraus hervor, daß man sich infolge des guten Ertrags der Viehsteuer zu einer Abschaffung aller direkten Steuern entschließen wollte. Darauf kam man aber nach 1635 nicht wieder zurück.

Mit den Steuern wuchsen auch die Schulden. Sie stiegen 1618—1624 von 202 758 Thl. auf 4 541 175 Thl., also auf das 22fache. 1624 wurden sie auf die Hälfte reduziert, 1626 nahm man eine neue Reduktion vor. Gleichzeitig wurde eine Landesschuldenkasse errichtet. Am Kriegsende betrugen die Landesschulden wieder $4\frac{1}{2}$ Mill. Thl.

Zusammenfassend sei bemerkt, daß der Kaiser in Schlesiens wie in den anderen Erbländern nicht versucht hat, den Ständen ihre Steuerhoheit zu entreißen. Keiner der Vorschläge der Nostitzschen Denkschrift ist ausgeführt worden. Nur die Aufsicht der Krone über das ständische Steueramt wurde vermehrt und auf die Steuerbewilligung ein größerer Druck ausgeübt.

Die königlichen Behörden (die Rentkammer und die ihnen unterstellten Ämter) unterschieden sich von den ständischen vor allem durch ihre straffere Organisation. Die Rentkammer konzentrierte nicht nur in sich den gesamten Finanzdienst, soweit er von der Krone abhing, sondern sie hatte auch die Rechtsprechung in Finanzangelegenheiten. Seit Dohnas Tode (1633) ging freilich die Bedeutung ihres Präsidenten zugunsten des Oberamts zurück. Dohnas Nachfolger, Christoph Frh. v. Schellendorf (1635—1648) und Christoph Ferdinand v. Lobkowitz (seit 1648) erreichten nicht die Bedeutung ihres Vorgängers. Seit 1629 trat dem Kammerpräsidenten noch ein adliger Kammerdirektor als Stellvertreter zur Seite. Am Ende des Krieges umfaßte die Rentkammer 30 Beamte. Zu den hervorragendsten Einnahmen der Kammer gehörte der Grenzzoll. Seit 1623 wurde er vom König eigenmächtig erhöht; schon 1624 erschien eine umgearbeitete Zollordnung, und 1638 ein neues Zollmandat, das dann bis 1718 in Kraft blieb. Der Steigerung der Zölle stand aber keine Vermehrung der Zolleinnahmen gegenüber: 1629 betrugen die Zölle 72 842 fl.; 1650: 58 229 fl., also eine Verminderung um 20 %, die sich aus der Verarmung des Landes durch den Krieg erklärt.

Die Domanialeinkünfte des Königs waren unbedeutend. Die Lehngelder betrugen 1650: 2269 fl., Strafgehalte 1591 fl., dagegen kamen aus verpfändeten Gütern 28 363 fl. ein. Die Einkünfte der Domänen gingen größtenteils für die Beamtenbesoldung darauf.

Die Münze wurde wesentlich als gute Einnahmequelle betrachtet. Zwar hatten auch die F. und St. das Recht zur Münzprägung, aber

da sie 1623 dabei einen Fehlbetrag von 140 000 Thl. erlitten, wandten sie sich an den Kaiser um Abhilfe, der jetzt die Prägung durch die Stände unterdrückte, um sie selbst gewinnbringend auszuüben. Der Überschuß aus der Münze betrug 1624—1625: 39 872 fl., ging aber zurück bis auf 750 fl. im Jahre 1650. Erst in den 40er Jahren begannen einzelne Fürsten wieder zu prägen. Da sie nicht nur das Recht der Prägung, sondern auch der Währungsbestimmung in Anspruch nahmen¹⁾, kann man dem Kaiser nicht mehr als eine Art Aufsichtsrecht über die Währung zusprechen.

Gering waren die Einnahmen aus dem Bergregal. In den Rentamtsrechnungen dieser Zeit finden wir keinerlei Angaben über Einnahmen aus dem Bergwerkszehnten. Das Salzmonopol der Krone bezog sich zunächst nur auf das Baisalz, das aus Südf Frankreich bezogene Seesalz. 1628 wurden alle Salzöfuren Schlesiens verstaatlicht und ein Einfuhrzoll auf Salz gelegt. 1646 wurde ein neuer Aufschlag auf das Salz gelegt, der den Preis des Scheffels Salz von 14 Gr. auf 30—40 Gr. erhöhte. Die Einnahmen des Salzamtes betrugen 1626: 22 500 fl.; seit 1646 wurden sie unter den Einnahmen des Grenzzollamtes verrechnet. 1683 wurde der Zoll auf Salz ganz aufgehoben. Die wichtigste indirekte Steuer, deren Erhebung dem Kaiser zustand, war das Biergeld, welches in das der Kammer unterstellte Biergeldamt abgeführt wurde. Die Steuer betrug im Anfang des Krieges 6 Gr. vom Faß. Sie wurde mit Bewilligung der Stände mehrfach erhöht, 1637 jedoch ganz erlassen und erst 1639 wieder gefordert, und zwar mit 1 Thl. 18 Gr. vom Faß. Jedoch wurde von dem zum Hausgebrauch gebrauten Bier nur 1 Thl. erhoben. Der Einnahmemodus änderte sich insofern, als von 1640 an die Erhebung des „neuen Biergroßschens“ dem Generalsteueramt überlassen wurde, während das alte Biergeld in Höhe von 18 Gr. die königlichen Biergeldeinnehmer weiter erhoben. Die Einnahmen aus dem Biergeld betrugen 1650 für die Kammer 103 050 fl.

Über die Einnahme aus den von den Juden erhobenen Steuern liegen Nachrichten nicht vor. Jedoch klagten die F. und St. wiederholt über ihre Saumseligkeit und baten wiederholt den Kaiser, „die Juden ganz aus dem Lande abzuschaffen, damit das Landt von diesen Sanguisugis (Blutsaugern), welche vieler ehrlichen Leuthe

¹⁾ Ich folge hier der Ansicht von Friedensburg (S. 258) gegen Nachsahl (S. 267).

sauren Schweiß an sich gezogen und sie in Armuth und Bettel-
stab gesetzt, purgirt und gesäubert, oder, so es ihn zu halten nicht
möglich, dennoch ihren Wucher-Partiken begegnet werde.“

Die Staatsverwaltung Schlesiens hat noch weniger Verän-
derungen erlitten als die Verfassung. Sie ist auch bis 1740 kaum
verändert worden. Verfassung und Verwaltung erstarrten in ihren
alten Formen. Von dem steten Fortschreiten im benachbarten Preußen
hat Schlesien nichts verspürt. Erst die Besitzergreifung durch Friedrich
den Großen hat die alte Verfassung und Verwaltung des Landes
gründlich geändert. Wenn Schlesien bis 1740 eine gewisse Blüte
aufwies, so ist dies trotz der österreichischen Verwaltung erreicht
worden.

IV.

Zur Geschichte des hausindustriellen Leinengewerbes in Schlesien. Der Weberzins.

Von
Victor Boewe.

Die schlesische Webernot, deren erschütternde Bilder fast ein Jahrhundert hindurch die Aufmerksamkeit der Welt auf sich gezogen haben¹⁾, hat der Nationalökonom Lujo Brentano aus dem grundherrlichen Charakter des schlesischen hausindustriellen Leinengewerbes erklärt²⁾: an ihm seien alle auf die Hebung des Gewerbes gerichteten Bemühungen des 18. Jahrhunderts gescheitert. An Brentanos Ausführungen übte C. Grünhagen kurze aber heftige Kritik³⁾, deren Ziel hauptsächlich eine Zurückweisung der angeblichen Angriffe auf Friedrich den Großen war; in seiner Antwort an Grünhagen⁴⁾ hat daher Brentano mit Recht die Entwicklung des Leinengewerbes selbst in seinen Beziehungen zur Grundherrschaft wieder in den Mittelpunkt der Diskussion gestellt. Weit ausholend und auch die österreichisch-böhmischen Verhältnisse zur Erläuterung heranziehend, zeigt er hier, daß die große Mehrzahl der schlesischen Weber einem Grundherrschaft untertan war. Diese Auffassung wird jetzt auch durch die Forschungen J. Ziefurfs bestätigt⁵⁾, aus denen sich erst ein klares Bild der

¹⁾ Vgl. A. Zimmermann, Blüte und Verfall des Leinengewerbes in Schlesien (1885); S. Fehner, Wirtschaftsgegeschichte der preuß. Provinz Schlesien . . 1741—1806 (1907); J. Ziefurf, 100 Jahre schlesischer Agrargeschichte. Vom Hubertusbürger Frieden bis zum Abschluß der Bauernbefreiung (1915); F. B. Grünfeld, Streits in d. schlesischen Leinen- u. Baumwollindustrie. Ein sozial-histor. Beitrag zur Gesch. d. schlesischen Weberelends. Greifswald. Dissert. (1920). ²⁾ Über den grundherrl. Charakter des hausindustriellen Leinengewerbes in Schlesien. Zeitschr. f. Social- und Wirtschaftsgegeschichte 1 (1893), 318—340. ³⁾ Über den angeblich grundherrl. Charakter des hausindustriellen Leinengewerbes in Schlesien und die Webernöthe. Ebda. 2, 241—261. ⁴⁾ L. Brentano, Über den Einfluß der Grundherrlichkeit und Friedrichs des Großen auf das schlesische Leinengewerbe. Ebda. 2, 295—376. Dazu: A. Kern, Noch einiges zur Geschichte der Weber in Schlesien. Ebda. 3, 476—480. ⁵⁾ Vgl. Ziefurf a. a. O. S. 104 f. Siehe auch F. Ruchpahl, Die Organisation der Gesamtstaatsverwaltung Schlesiens vor dem

verwickelten Rechts- und Besitzverhältnisse der schlesischen Landbevölkerung und des Umfangs der dem Grundherrn schuldigen Leistungen hat gewinnen lassen. Stimmt Ziefursch hierin mit Brentano überein, so modifiziert er doch dessen Urteil über die Wirkung der Abhängigkeit, indem er die aus der rückständigen Betriebsform selbst sich ergebenden Hemmungen und Schäden stärker in Anschlag bringt: es leuchte wohl ein, „daß eine derartige Belastung mit dem Grundherrn schuldigen Leistungen zu der Notlage der Weber im 18. Jahrhundert viel beigetragen hat, wenn man dieser Belastung den lächerlich geringen Verdienst eines Webers infolge seiner Abhängigkeit vom Garn- und Leinwandhändler und infolge des Fehlens einer die Preisbildung für Leinwand zugunsten des Webers beeinflussenden Zunftorganisation gegenüberstellt“¹⁾.

In der Frage nach dem grundherrlichen Charakter der Leinenindustrie spielt der „Weberzins“ eine gewisse Rolle, eine regelmäßige Abgabe, die von den Gutsherren für die Befugnis zum Betriebe des Gewerbes erhoben wurde. Da Grünhagen die Ansicht vertritt, daß die Landweber nicht hörig oder dienstpflichtig waren, so sieht er auch in dem Weberzins nichts anderes als ein Schutzgeld, das die Grundherrschaft auch von den ihr dienstlich nicht verpflichteten Ortswohnern als Beitrag zu den Kosten der Patrimonialgerichtsbarkeit erhob. Seine Ausführungen und Brentanos gründen sich vornehmlich nur auf das gedruckte Material namentlich der Ediktensammlungen, sie dürfen daher eine Ergänzung aus archivalischen Quellen beanspruchen. Diese kann jetzt aus Akten der Liegnitzer Regierung geboten werden, die vor kurzem ins Breslauer Staatsarchiv gelangten²⁾.

30 jähr. Kriege (1894), S. 59 Anm.: „daher gab es in Schlesien späterhin nur noch erbuntertänige Bauern“ (im weiteren Sinne des Wortes unter Einschluß der Gärtner und Häusler), „keineswegs aber einen Stand „freier Bauern“ in demjenigen Sinne, wie es in den altdeutschen Territorien sich verhielt.“ Siehe ferner A. Kern a. a. D. S. 476: „Daran, daß die Masse erbuntertänig war, ist gar nicht mehr zu zweifeln.“

¹⁾ a. a. D. S. 112. Vgl. auch H. Roemer, Die Baumwollspinnerei in Schlesien bis zum preußischen Zollgesetz von 1818 (1914), S. 1: Brentano habe „durch die geistreiche Hypothese, daß die Ursache der Not des Leinengewerbes in seiner feudalen Grundlage beruhe“, eine Lösung des Problems der großen Notstände und des Zusammenbruchs des Leinengewerbes anzubahnen versucht. „Auch die Polemik Grünhagens und Sombarts gegen Brentano führte zu keinem endgültigen Resultate, da es nicht gelang, in genügender Menge und mit hinreichender Sicherheit Beweismaterial herbeizuschaffen.“ Sombarts Kritik der Brentanoschen Ausführungen siehe im Jahrb. f. Nat.Ökon. u. Statist. 3. F. VI. 756—66.

²⁾ Bresl. Staatsarch. Rep. 201^b acc. 23/24 Nr. 70. Auch die weiteren hier zitierten Akten beruhen im Breslauer Staatsarchiv.

I.

Die gesetzmäßige Möglichkeit der Entstehung einer großen hausgewerblichen Leinenindustrie in den Fürstentümern Schweidnitz und Jauer ist durch den Vertrag zwischen Land und Städten von Schweidnitz-Jauer vom 14. Dezember 1545 gegeben worden, der den Landständen die Ansetzung von Grobschmieden und Leinwebern auch innerhalb der städtischen Bannmeilen ohne besondere Privilegien gestattete¹⁾. Der auf dem platten Lande in Böhmen, Mähren und Schlesien sich weiterhin ungehemmt entwickelnde Gewerbebetrieb gab den Grundherren reiche Möglichkeiten, aus der Erlaubnis zur Ausübung des Gewerbes und aus dieser selbst sich Einnahmequellen zu verschaffen, sie betrachteten sich als die Inhaber der Gewerbeberechtigungen, über die sie ganz nach Gutdünken verfügen konnten²⁾. In Österreich wurden diese Einnahmen der Grundherren aus der Verleihung von Gewerbeberechtigungen durch die Reformgesetzgebung des 18. Jahrhunderts grotzenteils beseitigt, während man in dem an Preußen gekommenen Schlesien nur zögernd und ohne rechten Erfolg dem Mißbrauch entgentrat und sich zu einer generellen Reform des Gewerbewesens auf dem platten Lande noch nicht entschließen konnte.

Das Edikt „wegen Loslassung der Untertanen“ vom 10. Dezember 1748³⁾ verfügte, daß die auswärts dienenden Untertanen alljährlich ein Schutgeld zu zahlen hatten, eine Verordnung vom 4. Dezember 1750⁴⁾ erläuterte und ergänzte diese Bestimmung dahin, daß dieses Schutgeld keineswegs „von denen im Dorfe dienenden Untertanen oder gar von fremden Webern, Fabrikanten und Hausgenossen, so im Dorfe sich aufhalten und sonst keine Untertanen sind“, gefordert werden dürfe. Die unklare Formulierung dieser Verordnung führte infolge der vielfachen Bedeutung des Wortes Schutgeld⁵⁾ zu einer Umgehung dieser Verordnung. Wie sich dieser Tatbestand in der Anschauung eines sachkundigen preußischen Verwaltungsbeamten darstellte, geht aus einem Berichte des Kammer-

¹⁾ Vgl. G. Croon, Zunftzwang und Industrie im Kreise Reichenbach. Zeitschrift d. Vereins f. Gesch. Schlesiens 43, 102. Brentano kennt den Vertrag noch nicht und erwähnt S. 315 nur das Abkommen der Gläzer Ritterschaft mit den Städten von 1590.

²⁾ Vgl. auch Kern a. a. D. S. 477: „Daß die Dominien das Recht hatten, von untertänigen Handwerkern eine Gewerbeabgabe zu erheben, kann als sicher angenommen werden, oft wurde sie nicht als fester Kanon erhoben, sondern dergestalt, daß das Dominium für seinen Bedarf einen fixierten niedrigeren Satz bezahlte . . .“

³⁾ Kornische Ediktensammlung 3, 231.

⁴⁾ Edda. 3, 995.

⁵⁾ Vgl. Ziefursch a. a. D. S. 111.

vizepräsidenten v. Bismarck vom 16. Oktober 1808 hervor¹⁾: „Die Gutsherren nahmen Handwerker in den Dörfern auf, soviel sich deren meldeten, auch solche, wozu sie das Recht nicht reluiert hatten, um nur denselben einen Zins auferlegen und dadurch ihre Renten vermehren zu können. Mancher forderte von jedem Handwerker jährlich 1 Rt., auch mehr und weniger. Schon im Jahre 1750 wurde dieser Mißbrauch, den des König Friedrich II. Majestät besonders der Leinwandfabrik nachteilig erachtete, untersagt²⁾ und den Domänen verboten, einen Weberzins zu fordern, demungeachtet haben sich die Gebirgsgutsherrschaften unter immerwährenden Kämpfen im Besitze dieses eigentlich dem Staate allein gebührenden Besteuerungsrechts zu konservieren gewußt“.

Der starke Aufschwung der schlesischen Landwirtschaft seit dem Ende des siebenjährigen Krieges und die damit verknüpfte erhöhte Pflege auch der gewerblichen Betriebe durch den grundbesitzenden Adel³⁾ bedeutete zugleich eine wesentliche Vermehrung der Dienste und Pflichten des Landvolks. Für die Weber kam noch die Stodung des Absatzes und ihre Übervorteilung durch den Handel hinzu, die ihre Lage immer mehr verschlechterte. Es war begreiflich, daß gerade sie an den Aufständen im letzten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts hervorragenden Anteil hatten, „die Beamten, welche die Dörfer besuchten, fanden nicht Worte genug, das Elend zu schildern“⁴⁾. Trotz aller Anläufe und Versuche ist es damals zu einer Reform der grundherrlich-bäuerlichen Verhältnisse und des ländlichen Gewerbewesens nicht gekommen. Unter den Lasten, die die Weber zu tragen hatten, war der Weberzins nur eine von vielen; daß daher zu Beginn des neuen Jahrhunderts an seine Abschaffung gedacht wurde, war eine im wesentlichen fiskalische Maßregel, die damit begründet wurde, daß er der Ausfluß eines dem Staate, nicht den Grundherren zustehenden Besteuerungsrechtes sei.

Am 21. Januar 1803 teilte der Staatsminister Graf Hoym der Breslauer Ariege- und Domänenkammer mit, es sei ihm angezeigt

¹⁾ Rep. 199. Suppl. D 258.

²⁾ Daß das Edikt von 1750 auch den Weberzins treffen sollte, wird hier, so viel auch ich sehe, zum ersten Male erwähnt, in den langwierigen Verhandlungen der schlesischen Kammern über den Weberzins in den Jahren 1803—06 (vgl. unten) wird das Edikt nicht angeführt. A. Kern hat a. a. O. S. 478 Zweifel geäußert, ob sich die Verordnung von 1750 überhaupt auf den Weberzins bezieht, Ziefursch a. a. O. S. 111 hat zuerst auf die Äußerung v. Bismarcks hingewiesen, die die Zweifel Kerns widerlege.

³⁾ Über den Aufschwung des Landhandwerks auf Kosten der Städte in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts vgl. Ziefursch, Das Ergebnis der friederizianischen Städteverwaltung und die Städteordnung Steins (1908) S. 20 ff.

⁴⁾ Zimmermann a. a. O. S. 221.

worden, daß die Grundherrschaften von Waldburg, Tannhausen und Charlottenbrunn von denjenigen ihrer Untertanen, die auf eigenem Grund und Boden Bleichen angelegt hätten, einen Wasserzins und überdies noch von jedem Weberstuhle sich monatlich 1 gr. entrichten ließen. Da dergleichen Bedrückung der Leinwandfabrikanten, auf deren Soulagement von Seiten des Staates alles mögliche angewendet werde, nicht geduldet werden dürfe, so sollte die Kammer die Sache untersuchen und schleunigst Bericht erstatten.

Die Breslauer Kammer wandte sich ihrerseits am 31. Mai 1803 an die Glogauer Kriegs- und Domänenkammer mit dem Ersuchen um ihre Äußerung, berichtete zugleich ausführlich über den Erfolg ihrer bisherigen Feststellungen. Bereits im Jahre 1785 hätten die Bleicher auf den Gütern der dem Grafen Hochberg gehörigen Herrschaft Fürstenstein über den ihnen aufgelegten Bleichzins geklagt, seien aber damals abgewiesen worden¹⁾. Dieser werde mit 4 Denaren von jedem gebleichten Schoß Leinwand erhoben. Auf den gräflich Schaffgotschischen Gütern werde er mit 1 Sgr. pro Schoß berechnet, auf den gräflich Pücklerschen Gütern zu Tannhausen und Charlottenbrunn sei er nicht üblich. Wenn die Berechtigung zur Erhebung des Bleichzinses aus der Verwendung des Wassers hergeleitet werde, so sei darauf hinzuweisen, daß das zum Bleichen verwandte Wasser nicht anders als das zur Reinigung der Wäsche benutzte Wasser in Anspruch genommen werde, von irgend einer Beschädigung oder einem Verderben der Fischerei könne nicht die Rede sein, das beweise auch das Vorkommen der Forellen in den Gebirgsbächen. Der Weberstuhlzins betrage von einem Meisterstuhle gewöhnlich 12 Sgr., von einem Gesindestuhle 6 Sgr., doch seien die Sätze oft höher. Er sei noch unverkennbarer eine bloße Gewerbeabgabe, die weder aus dem Untertanenverhältnis noch aus gerichtsherrlichen Rechten fließe. Das Recht, das Gewerbe zu besteuern, gehöre aber zu dem eigentlichen Besteuerungsrechte im engeren Sinne und sei nach dem Allgemeinen Landrecht ein Regal, das ausschließlich dem Staate gehöre. Nach dem Allgemeinen Landrecht solle jedermann gegen den Fiskus in den im Jahre 1740 ruhig besessenen Rechten geschützt werden, dieses Recht aber dürfe nicht zum Nachteil eines anderen gebraucht werden. Wenn also Weber

¹⁾ Hoym hatte in dieser Sache am 3. März 1785 an die Breslauer Kammer geschrieben, „an eine Minderung des Bleicherzinses sei nicht zu denken, wohl aber den Supplicanten dadurch zu helfen, daß den Kaufleuten verboten wird, denen Bleichern keine Materialien als Seife, Pottasche u. in solutam des Bleicherlohns anzuschmieren.“ Vgl. Kern a. a. O. S. 479.

und Bleicher gegen die Grundherrschaften klagten, könne der bloße Besitz von 1740 diese nicht schützen. Die Beschwerden der Weber und Bleicher gehörten lediglich zum Rechtsweg und es komme darauf an, wie weit die Herrschaften durch Kaufbriefe usw. das Recht zur Erhebung der Abgabe beweisen könnten. Diese sei eine lästige Besteuerung der Industrie einer für Schlesiens Totalgewerbe so wichtigen Volksklasse, sei auch dort eingeführt, wo sie früher nicht bestand. Es werde daher durch ein allgemeines Gesetz ausdrücklich zu bestimmen sein, daß keine Grundherrschaft sich anmaßen dürfe, außer den eigentlichen Grundzinsen und sonstigen Dominialabgaben insbesondere noch von dem Gewerbe der Stellenbesitzer oder Einlieger Abgaben zu erheben. Ausnahmen dürften nur für die Orte gestattet werden, hinsichtlich derer die Grundherrschaften schon vor dem Jahre 1740 das Besteuerungsrecht rechtmäßig ausgeübt hätten.

Zeigte Ton und Inhalt des Schreibens der Breslauer Kammer, daß, soweit es an ihr lag, es ihr ernstlich um die Abstellung eines Mißstandes zu tun war, so war die Antwort der Glogauer Kammer wesentlich zurückhaltender, es war auch mehr als ein Jahr erforderlich, um eine Antwort zu finden¹⁾. Ihr sei, so meldete sie am 24. August 1804, von einer derartigen Domanialabgabe nichts bekannt, übrigens habe sie „das diesfällige Sentiment der Sache völlig angemessen gefunden“. Bezeichnender Weise fügte sie hinzu, die Breslauer Schwesterbehörde werde es gewiß so einzurichten wissen, „daß den Dominiis nicht zu nahe getreten oder den Untertanen Veranlassung zu Differenzen oder Prozessen mit den Herrschaften gegeben, vielmehr quoad praeteritum überall der dermalige status soviel es möglich konserviert werde“. Der Staatsminister Graf Hoyer neigte mehr der Stellungnahme der Glogauer Kammer zu. Er erklärte sich am 18. Oktober 1804 zwar gleichfalls mit dem Sentiment der Breslauer Kammer einverstanden, ersuchte aber zugleich, „das diesfällige Circulare mit aller Circumspection, sodaß zugleich jeder etwanigen Mißdeutung desselben, wozu die Dominia so gern geneigt sind, begegnet wird, zu entwerfen“ und ihm zur Approbation und Mitzeichnung vorzulegen.

Es verging fast ein Jahr bis die Breslauer Kammer dieser Weisung nachkam. Am 16. September 1805 legte sie den Entwurf

¹⁾ Ein Ersuchen um Beantwortung des Schreibens vom 31. Mai 1803 hatte die Breslauer Kammer bereits am 13. Februar 1804 nach Glogau gerichtet. An der Spitze der Glogauer Kammer stand damals der spätere Generalzivilkommissar von Schlesien v. Massow, der „Anhänger des alten Schlenbrians“, wie der Freiherr vom Stein ihn genannt hat. Vgl. Ziefursch a. a. O. S. 280 f.

des Zirkulars mit der Bitte um Begutachtung der Glogauer Behörde vor. „Die Sache ist freilich etwas lange verzögert worden“, bemerkte sie in ihrem Begleitschreiben, „wir glauben jedoch dadurch nichts verloren zu haben, indem diese Festsetzung bei aller Circumspection dennoch den Grundherrschaften, die in diesem so bedrängten Jahre zu so vorzüglicher Sorge für ihre Unterthanen aufgefordert und sogar befehligt worden, nicht ganz willkommen gewesen sein würde“. Der Entwurf des Zirkulars, der sich in Umfang und Wortlaut der früheren Äußerung der Breslauer Kammer eng anschloß, schien aber der Glogauer Kammer, wie diese am 18. Oktober zurückmeldete, zu weitläufig und deshalb zur Veröffentlichung noch nicht geeignet. Selbst die bisherige Verzögerung war ihr noch nicht ausreichend, sie stellte daher anheim, „ob die Publication dieses Circularii jetzt de tempore oder es nicht gerathener sein dürfte, dessen Emanation noch etwa ein Jahr Anstand zu geben, indem wir besorgen, daß der Inhalt desselben Mißvergnügen bei den Dominiis, bei den Webern und Bleichern aber eine Sensation machen dürfte, die zur jetzigen Zeit allgemeiner Noth und Unzufriedenheit des gemeinen Mannes schlimme Folgen herbeiführen könnte“¹⁾.

Gegen eine weitere Verschiebung der Publikation hatte die Breslauer Kammer, wie aus ihrer Antwort vom 29. Oktober hervorging, nichts einzuwenden, sie äußerte sich aber etwas gereizt darüber, daß der Entwurf nicht den vollen Beifall der Glogauer Behörde gefunden hatte. Sie wollte es dieser daher überlassen, eine kürzere und zweckmäßigere Form für das Zirkular zu finden, das sie dann zugleich mit dem eigenen Entwurfe dem Etatsminister vorlegen wollte. In Glogau lehnte man in einem erst am 21. Februar 1806 ergangenen Schreiben die Ausarbeitung eines neuen Entwurfs ab, da es dessen nicht bedürfe, zugleich sprach die Kammer ihr Bedauern darüber aus, daß die Breslauer Behörde ihr letztes Schreiben zu mißdeuten scheine: „Unsere freimütige Meinung ist nichts weniger als unbescheidener Tadel, sondern wir glauben sie als ein collegialisches, mit Gründen unterstütztes Votum geltend machen zu dürfen“. Der Ansicht der Glogauer Kammer, daß der Entwurf des Zirkulars zu weitläufig sei, war auch der Etatsminister Graf Hoyer, auf seine Veranlassung wurde es daher gekürzt und nunmehr wurde endlich unterm 25. April 1806 der Erlaß zur Publikation an die Land- und Steuerräte gegeben²⁾, nachdem seit den ersten Schritten in dieser Angelegenheit drei Jahre verfloßen waren.

¹⁾ Über die damals herrschende Besorgnis vor Agrarrevolten siehe Ziefursch a. a. O. S. 275 ff. ²⁾ Das Zirkular selbst (Korns Neue Edictensammlung

II.

Wenige Monate später brach das alte Preußen zusammen, aber unmittelbar darauf eröffnete das Edikt vom 9. Oktober 1807 über die Aufhebung der Erbuntertänigkeit die denkwürdige Ära der Reform. Der grundbesitzende Adel entfaltete sofort eine lebhafteste Tätigkeit, um die Zurücknahme oder Abänderung des Edikts zu erreichen. In den Konferenzen, die hierzu im engeren Kreise des Adels, aber auch unter Teilnahme der Behörden einberufen wurden, kam auch die Frage der Gewerbezinßen zur Erörterung, sie spielten gerade in den Sitzen der Weberindustrie, in den Gebirgskreisen, in denen die Erträge der Landwirtschaft nur gering sein konnten, neben den Loslassungsgeldern eine erhebliche Rolle unter den Einnahmen der Grundherrschaften. Man vertrat daher auf Seiten des Grundbesitzes den Standpunkt¹⁾, daß die Gewerbezinßen kein Ausfluß der jetzt aufgehobenen persönlichen Untertänigkeit seien und daß das Oktoberedikt somit keine Handhabe biete, den Anspruch auf die Gewerbezinßen in Zweifel zu ziehen. Immerhin erinnerte man sich, wohl unter dem Einfluß des Kammerpräsidenten v. Bismarck daß das Recht der Gewerbebesteuerung nur dem Staate zustehen und daß dieses durch die Verordnung vom 4. Dezember 1750 und das ganz vor kurzem ergangene Zirkular vom 25. April 1806 die Erhebung des Bleich- und des Weberzinßes verboten oder an bestimmte Voraussetzungen geknüpft hatte. Aber man wies darauf hin, daß diese Steuer besonders in den Gebirgsdörfern den Domänen eine bedeutende Einnahme verschaffte und trug daher darauf an, „ob nicht den Gutsherren da wo diese Abgabe nach der seitherigen Verfassung oder durch den Besitz des Rechts im Jahre 1740 wohl hergebracht ist, deren fernere Erhebung zu verstatten sei“.

In der Tat hat der Grundbesitz, der jetzt schon, um den Reformeifer der Regierung zu zügeln, mit gewaltigen Entschädigungs-

9, 391) trägt das Datum des 16. September 1805. Es setzt fest, „daß keine Grundherrschaft sich anmaßen soll, außer den eigentlichen Grundzinßen und sonstigen ex nexu subditelae oder ex jurisdictione ihr zustehenden Dominal-Abgaben, insbesondere noch von dem Gewerbe der Stellenbesitzer oder Einlieger Abgaben zu erheben und solchergestalt ein blos dem Landesherrn zustehendes Gewerbe-Besteuerungsrecht sich zuzueignen, ausgenommen von denjenigen einzelnen Arten von Gewerben in Rücksicht derer eine Grundherrschaft schon im Jahre 1740 dieses Besteuerungsrecht rechtmäßig ausgeübt hat.“

¹⁾ Vgl. das Protokoll über die Konferenz der Deputierten der schlesischen Landstände in Gegenwart des Kammervizepräsidenten von Bismarck vom 1./3. September 1808. Rep. 199. Suppl. D 258.

forderungen auf den Plan trat, auch weiterhin sich um das Zirkular von 1806 nicht allzuviel bekümmert¹⁾. Ja ein Reskript vom 15. März 1809 rief zwar jenes Zirkular von 1806 wieder ins Gedächtnis zurück, erklärte aber im Sinne des obigen Konferenzvotums, daß dieser ganze Gegenstand auf die Erbuntertänigkeit nicht die entfernteste Beziehung habe²⁾ und gab damit den Grundbesitzern Recht, die alle Einwirkung des Oktoberedikts auf die Frage der Gewerbezinßen bestritten.

Neue Gefahr drohte, als das Gewerbebesteueredikt vom 2. November 1810 erschien, das nach Wortlaut und Sinn den Angehörigen des preußischen Staates „vollkommene Gewerbefreiheit“ gewähren wollte; die Möglichkeit der weiteren Erhebung des Weberzinßes schien nunmehr endgültig abgeschnitten zu sein. Sofort erhob sich in den Kreisen des Adels scharfer Widerspruch, der schnell zu Erfolgen führte. Während in Berlin die Notablen versammelt waren, die die Opposition gegen die Reformgesetzgebung Hardenbergs betrieben³⁾, erging unterm 5. März 1811 aus den Ministerien des Innern und der Finanzen eine Deklaration des § 30 des Gewerbebesteuerediktes⁴⁾, die ganz im Sinne der Wünsche des Grundbesitzes

¹⁾ Trotz des Zirkulars ersuchte z. B. das gräflich Althannsche Gerichtsamt zu Mittelwalde im September 1808 den Landrat v. Frobel, die Althannschen Untertanen zur Zahlung des Weberzinßes anzuhalten. Der Landrat v. Frobel wurde daraufhin allerdings aus Breslau angewiesen, die Herrschaft auf den Rechtsweg zu verweisen und im übrigen streng auf die Befolgung des Zirkulars zu halten, „wie schon durch die Verordnung vom 4. Dezember 1750 diesem zur Ungebühr angemessenen Besteuerungsrecht der Grundherrschaften Schranken gesetzt worden.“

²⁾ Es hieß in dem Reskript: „Was den Handwerkerzins anbelangt, welchen die Gutsbesitzer besonders in den Gebirgsgegenden von den auf ihren Gütern angezogenen Handwerkern seither erhoben haben, so ist zwar die Berechtigung hierzu als ein in staatswirtschaftlicher Rücksicht durchaus verwerfliches Besteuerungsrecht im allgemeinen niemals anerkannt und namentlich die Erhebung des Weberzinßes schon durch die Zirkularverordnung vom 4. Dezember 1750 ausdrücklich untersagt worden. Da jedoch dieser ganze Gegenstand auf die Erbuntertänigkeit nicht die geringste Beziehung hat, so muß es vor der Hand bei dem Kammerzirkular vom 25. April 1806 dahin sein Bewenden haben, daß keine Grundherrschaft berechtigt ist, Gewerbesteuer zu erheben, wenn sie die Befugnisse dazu nicht durch gültige Privilegien oder durch den ungestörten Besitz seit dem Jahre 1740 darzutun im Stande ist“. Vgl. Brentano a. a. O. S. 329.

³⁾ Vgl. W. Steffens, Hardenberg und die ständische Opposition 1810/11. Leipzig 1907. ⁴⁾ Gesetzsammlung für die Kgl. Preuß. Staaten 1810. S. 86: Alle bisherigen Abgaben von den Gewerben, insofern sie die Berechtigung zum Betriebe desselben betreffen . . . sie mögen alljährlich oder ein Mal für alle Mal an unsere Kassen, Kammereien oder an Grundherren entrichtet werden, hören mit Einführung der Gewerbesteuer auf.

gehalten war. Sie besagte, daß „die Dominialabgaben gewerbetreibender Gutsuntertanen in Schlesien an ihre Guts herrschaften durch die Einführung der neuen Gewerbesteuer verfassung keineswegs aufgehoben sind, da dergleichen Abgaben ungeachtet der von dem Gewerbe hergenommenen Benennung derselben doch nicht von dem Betriebe eines Gewerbes entrichtet werden, sondern eigentlich Grundzins und Schutzgeld, mithin von landesherrlichen Steuergesällen ganz verschieden sind“.

Diese Deklaration hatte auf lange Jahre hinaus eine Rechtsunsicherheit eigentümlichster Art bei den Provinzial- und den Zentralbehörden zur Folge. Das Glogauer Oberlandesgericht entschied, die Deklaration beruhe auf einem faktischen Irrtum¹⁾, die Breslauer Regierung vertrat in einem Berichte vom 29. August 1811 den Standpunkt, die Frage, ob der Zins zu entrichten sei, sei durch den § 30 des Gewerbesteueredikts negativ entschieden, der Rechtsweg sei den Dominien um so mehr eingeschränkt, „da hier weder von einem Schutzgeld noch von einer auf Grundstücke radicirten Abgabe vom Gewerbe die Rede ist“. Andererseits berichtete das Polizeidepartement der Liegnitzer Regierung am 5. Juni 1811, es habe, seit es die Deklaration erhalten, mehrere dergleichen Beschwerden zurückgewiesen und die Leute zur Zahlung des Zinses angehalten, in einem Schreiben an die Breslauer Regierung vom 23. Mai 1815 wiederholte das Departement diese Aussage.

Wenige Jahre später teilte die Reichenbacher Regierung, unterm 10. März 1817, nach Liegnitz mit, daß die Landräte ihres Bezirks ihr die weitere Erhebung des Weberzinses durch die Grundherren bestätigten. Ihrerseits finde sie die Erhebung um so tadelnswerter, da sie durch die Verfügung vom 16. September 1805 ausdrücklich verboten sei. Hatte nun früher das Polizeidepartement der Liegnitzer Regierung sich für die Gültigkeit der ministeriellen Deklaration von 1811 ausgesprochen, so antwortete in ganz entgegengesetztem

¹⁾ Am 28. Februar 1827 schrieb der Glogauer Oberlandesgerichtsrat Michaelis der Liegnitzer Regierung, das dortige Oberlandesgericht habe der Deklaration vom 5. März 1811 alle Gesetzeskraft abgesprochen, weil sie den § 30 des Gewerbesteuerediktes nicht deklarieren sondern ihn aufhebe; zu deren Rechtsbeständigkeit würde also eine landesherrliche Sanction nötig sein, die bisher nicht beigebracht sei. Hardenberg selbst hat auch den Standpunkt vertreten, daß ein Ministerialreskript eine Gesetzesänderung nicht in sich schließen dürfe, da nach dem Allgemeinen Landrecht Gesetze nur durch den Gesetzgeber geändert oder authentisch erläutert werden könnten. Vgl. E. Hubrich, Die Entwicklung der Gesetzgebung in Preußen (1918), S. 37.

Sinne jetzt die 1. Abteilung der Liegnitzer Regierung nach Reichenbach, es seien neuere Verfügungen, die das Zirkular von 1805 wieder aufgehoben hätten, von ihr nicht erlassen worden, vielmehr sei durch die neuere Gesetzgebung, insbesondere durch das Gewerbesteueredikt vom 2. November 1810 jenes Zirkular von 1805 bestätigt worden.

Diese Unsicherheit, ja Gegenfäglichkeit in der Verwaltungspraxis der schlesischen Provinzialbehörden wurde durch das Verhalten der Berliner Zentralbehörden herbeigeführt, die eine endgültige Lösung der schwierigen Frage der schlesischen Gewerbeabgaben immer und immer wieder verschoben. Ein Schreiben der Generalverwaltung für Gewerbe und Handel an die Liegnitzer Regierung vom 3. Dezember 1817 gab denn auch offen zu, daß „diese ganze Angelegenheit mehr aus Besorgnis großer Entschädigungssummen als aus inneren Gründen bis jetzt liegen geblieben sei“¹⁾. Endgültig ist die Berechtigung zur Erhebung dominialer Gewerbeabgaben erst durch den § 3 des Gesetzes vom 2. März 1850²⁾ beseitigt worden.

* *

Lujo Brentano hat einem Wiederabdruck seiner Aufsätze³⁾ eine Widmung an seinen Fachgenossen G. F. Anapp vorausgeschickt, in der es heißt: „... Die Aufsätze über die schlesische Leinenindustrie zeigen, daß dieselbe Reaktion wie auf agrarischem Gebiete nach den Befreiungskriegen auch auf dem Gebiete dieses Gewerbes sich fühlbar machte. Die Reaktion war auf beiden Gebieten vielmehr der Ausfluß der nach den Befreiungskriegen obsiegenden Tendenzen, alles, was von der alten Feudalverfassung noch vorhanden war, zu erhalten und das, was ins Wanken gekommen, ja schon beseitigt war, womöglich wieder herzustellen ...“

¹⁾ Vgl. die Darlegung der weiteren Entwicklung seit 1810, die Brentano S. 332 ff. auf Grund eines ihm zur Verfügung gestellten Auszuges aus den Akten des Geheimen Staatsarchivs gibt. Eine erschöpfende Behandlung wäre nur im Rahmen einer Gesamtdarstellung der preussischen Gewerbepolitik des 19. Jahrhunderts möglich. ²⁾ Gesetz betr. die Ablösung der Reallasten und die Regulierung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse. § 3: Es werden ferner folgende Berechtigungen, soweit sie noch bestehen, ohne Entschädigung aufgehoben: ... 10) die aus den früheren gutsherrlichen, schutzherrlichen und grundherrlichen Rechten abgeleiteten und hergebrachten Abgaben und Leistungen, welche, ohne zum öffentlichen Steuereinkommen zu gehören, die Natur der Steuern haben ... ³⁾ In: Gesammelte Aufsätze. Bd. 1: Stuttgart 1899. Die beiden Arbeiten sind hier unter dem Titel zusammengefaßt: Die feudale Grundlage der schlesischen Leinenindustrie.

Gegen diese Auffassung Brentanos wird man Einwände erheben können. Die Arbeit der Reformer schuf auf politischem Gebiete, in der Sphäre des öffentlichen Lebens und der Verwaltung, ein neues Preußen oder stellte wenigstens ein Programm für ein solches auf. So verhängnisvoll auch die Rückschläge waren, die bald nach den Freiheitskriegen und dann noch einmal in den 50er Jahren eintraten, die Fundamente waren doch nicht mehr zu beseitigen, auf denen sich der preußisch-deutsche Staat und Staatsgedanke des 19. Jahrhunderts erhob. Ganz anders im Gebiete des wirtschaftlichen Lebens. Erst etwa von 1840 ab verwuchsen die neu gewonnenen westlichen Provinzen immer enger mit dem altpreußischen Kernlande und erzwangen die Anerkennung der gleichberechtigten Interessen und Bedürfnisse eines wirtschaftlich vorgeschrittenen Bürgertums großen Stils, das dem alten Staate fast völlig gefehlt hatte, das Zeitalter des Kapitalismus brach für den Gesamtstaat recht eigentlich jetzt erst an. Soweit man von einem Kapitalismus in früherer Zeit schon reden kann, war gerade in Schlesien der grundbesitzende Adel, namentlich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, der stärkste Träger desselben, aber auch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vertrat er, freilich unter sehr viel schwierigeren Verhältnissen, gegenüber dem immer noch schwachen und rückständigen Bürgertum diese Tradition. Grade die magna charta des neuen Preußens der Reformer, das Oktoberedikt von 1807, so sehr es die politische und soziale Vorherrschaft des Adels einschränkte, hat ihm doch auf wirtschaftlichem Gebiete vielfach eine größere Bewegungsfreiheit gegeben, und wenn die Regierung weiterhin die in dem Grundbesitz verkörperte stärkste wirtschaftliche Kraft des Landes zu erhalten suchte, so wird man das nicht ohne weiteres als Ausfluß reaktionärer Tendenzen bezeichnen können. Freilich, auf die Dauer ließ sich wirtschaftliche und politische Entwicklung nicht von einander trennen, war die eine nicht auf Kosten der anderen zu begünstigen. Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hat sich dann der volle Ausgleich zwischen den Kräften der Wirtschaft und denen der Politik in Preußen-Deutschland angebahnt.

V.

Das Handschriftenverzeichnis der Augustiner-Propstei Grünberg (i. Schles.) vom Jahre 1423.

Von

Karl Heinrich Rother.

Am 29. Januar 1423 urkunden Herzog Heinrich (IX.) der Ältere und Herzog Heinrich (X.) der Jüngere von Glogau, daß sie zum eignen und ihrer Brüder Seelenheile, auch wegen ihrer verstorbenen Mutter Katharina, das Patronatsrecht über die Pfarrkirche in Grünberg nach dem Tode des Pfarrers Georg Kredwitz dem Stifte der Augustiner-Chorherren zu Sagan übergeben, und versprechen gleichzeitig, dem Stifte auch die Patronatsrechte über alle in der Kirche vorhandenen Altäre zu verschaffen. Der Abt hingegen solle acht Brüder in Grünberg für den Gottesdienst anstellen¹⁾. Die von den Herzögen vom Breslauer Bischof Konrad erbetene Bestätigung wurde am 5. Februar erteilt²⁾ — die Zustimmung von Papst Martin V. erfolgte am 2. April 1427³⁾ — und dadurch kam die Grünberger Pfarrkirche mit allen Rechten und Einkünften in die Verwaltung der Saganer Chorherren.

Der erste vom Bischof 1423 investierte Augustinerpropst war Johannes von Haynau, der — wie wir aus der Saganer Klosterchronik wissen, — bereits nach fünfjähriger Wirksamkeit vom Abte Heinrich Leslaw zurückgerufen, als Gegner des Abtes im Verein mit Johannes Grunenberg, Johannes Rucheler und Matthias Strelyn auftrat, im Gegensatz zu diesen mit Johannes Hesse begnadigt wurde⁴⁾. Als Johannes von Haynau sein Amt antrat, wurde in der Grünberger Pfarrkirche eine Anzahl von Handschriften

¹⁾ Stenzel, Script. rer. Siles. I, 288. ²⁾ Abdruck der Urkunde bei Effner, Geschichte der kath. Pfarrei Grünberg (1852), S. 37. ³⁾ Heinrich, Geschichte d. Fürstentums Sagan (1911), S. 500. — H. Schmidt, Gesch. d. Stadt Grünberg (1922), S. 71. ⁴⁾ Stenzel a. a. O., S. 291. — In den aus der Saganer Stiftsbibliothek stammenden Handschriften der St.- u. U.-B. Breslau begegnet uns sein Name nur einmal, und zwar in der Handschrift I F 552 Bl. 109: Expliciunt exposiciones epistolarum dominicalium domini lectoris Johannis Merkelin ordinis heremitarum sanctissimi patris Augustini scripte et finite per fratrem

gefunden und über diese ein genaues Verzeichnis aufgestellt, das sich in der aus Grünberg stammenden Handschrift I Q 132 (f. u.) — sie kam wie alle übrigen Grünberger Manuskripte später an das Saganer Augustinerkloster und aus diesem durch die Säkularisation 1811 an die Breslauer Staats- und Universitätsbibliothek — erhalten hat. Der Wortlaut dieses bisher ungedruckten Verzeichnisses, das seiner Form nach mehr einer Handschriftenbeschreibung sich nähert und das zu den wenigen erhaltenen Handschriftenverzeichnissen schlesiſcher Klosterbibliotheken gehört, ist folgender:

Anno domini M^oCDXXIII dominica qua cantatur Esto michi frater Johannes de Hanouia fuit investitus ad ecclesiam Grunen-bergensis oppidi, ubi inter cetera derelicta invenit istos libros:

1. Hic libellus presens intitulatur communiter de profectionibus religiosorum et creditur compositus per quendam fratrem devotum ordinis minorum. [geſtrichen: predicatorum.]

Habetur et hic pulcher dyalogus qui dicitur esse magistri Gwidonis, commendacio et utilitas passionis Christi et quedam epistola beati Bernhardi de regimine familie.

2. Est hic aliud volumen quasi in quantitate presentis libelli in quo habentur sermones de tempore per totum annum et de sanctis mixti et quadragesimale licet breve insertum. Incipit illud volumen ‚vigilare quia nescitis‘. De introitibus missarum per totam quadragesimam et de decem preceptis tractatum satis longum fortasse magistri Henrici de Urimaria ibidem.

3. Invenit autem 3^o totum corpus biblie sed in tres partes sive in tria volumina dispartitum: libri namque veteris testamenti in duobus libris sive voluminibus, nova vero lex in uno volumine continetur.

4. Repertus est ibi liber in totis arcubus cuius principium est feria secunda post penthecosten, ubi invenies que sequuntur: paucos, forte tres, sermones de penthecoste, pulchram omeliam de ewangelio suscitati Lazari fratris Marie. Item moralia Lire super omnes 4 ewangelistas. Item omelias sive postillas super lecciones que in missis leguntur per XL^{am}. Item sermones de mortuis, quorum primus incipit „beati mortui“, alius „audivi vocem“ alius „isti omnes iuxta fidem defuncti sunt“, alius „beata ergo et salubris“, alius „nolimus vos ignorare de dormientibus“ qui est satis longus, alius „deus eos qui dormierunt per Jesum“. Item sermones qui possunt fieri in obitu bonorum prelatorum, abbatum vel episcoporum, quorum unus incipit „Ysaac mortuus est senex“, alius „mortuus est pater illius et qui non est mortuus“. Item sermo qui potest fieri in exequiis prin-

Thomam de Wunschelburg existens tunc predicator ordinarius cum fratre Johanne de Haynoia sub abbate Ludolfo de Eymbeck anno . . . millesimo CCCC^o 19 . . . In dem Totenbuch der Saganer Augustiner (IV oct. 136) wird er unter dem 19. April (die Jahreszahlen fehlen durchweg) als fr. Johannes de Haynoia canonicus et predicator huius loci erwähnt.

cipis et incipit „mortuus est David“ et plures alii sermones sunt ibi, qui possunt fieri in exequiis aliarum personarum diversarum et durant usque papirum vacantem.

5. Inventus est ibi quintus liber qui est pergameneus satis latus in coopertorio ligatus, in cuius principio ponitur de Maria patrona nostra et sacratissima virgine oracio pulcherrima que incipit „ara dei porta spei, virgo mater“. Ibi modicum invenies de flebotomia in primo folio. Item de decem preceptis. Materiam eciam ibi habes cuiusdam tabule. Item de passione domini quam quidam beatum Anshelmum dicunt scripsisse licet ab aliis hoc negetur. Item pulcrum libellum qui vocatur Scala fidei et incipit „cum intrasset Jesus Jerusalem“, qui satis longus est et totus de materia fidei, pulchros in se sermones comprehendens. Item sermonem de corpore Christi et alium de passione eius, qui durat in finem libri.

6. Sextus liber est Sighardus de sanctis, incipiens „ambulans Jesus iuxta mare“, in cuius libri fine ponitur historia passionis dominice et quidam sermones de dedicacione ecclesie.

7. Septimus est liber epistolarum duorum precipuorum rhetorum scilicet Petri de Vineis et Petri Blesensis qui continet eciam quedam alia.

8. Octavus liber incipit „credo in unum deum“, continens que sequuntur: exposicionem symboli quod canitur in missa, exposicionem super ‚Ave Maria‘, decem precepta, aliam exposicionem symboli et quedam de sacramentis; brevem licet communem, optimam tamen exposicionem oracionis dominice; quedam de peccatis alienis, pauca de eucaristia, quasdam auctoritates sanctorum, quosdam sermones beati Bernhardi, quorum primus est de adventu domini; quedam excerpta sermonum beati Bernhardi super cantica; tractatum de VII viciis se sub virtutibus occultantibus; optimum tractatum de profectibus religiosorum, cui tractatui premittitur registrum eiusdem; tractatum Chrysostomi de compunccione, qui incipit ‚cum te intueor beate Demetri‘; tractatulum Chrysostomi ‚nemo leditur, nisi a se ipo‘; item alium de reparacione lapsi eiusdem beati Johannis; in fine ponuntur pauca de institutione monachorum.

9.¹⁾ Nonus incipit ‚a veritate quidem auditum avertentes‘, qui totus autem est quasi poeticus et fabulis plenus, continens inter cetera eciam Pamphilum ponentem multas truphas de amore hovizancium.

10. Decimus incipit epistola scripta a fratre Augustino, continens postillas canonicarum epistolarum eiusdem scil. Augustinus de Ancona, et postillas epistolarum beati Pauli editas per magistrum Ny(colaum) de Lira; post postillas illas ponuntur quedam de beata virgine, videlicet de eius conceptione et annunciacione; item quedam de divisione bible, deinde ponuntur ibi quidam ricmi tangentes (!) quasdam certas

¹⁾ Die folgenden Zeilen: Nonus liber rubra pelle tectus incipiens feria secunda continet ista: in principio ponuntur pauci sermones de tempore, deinde moralia Lire super quatuor evangelistas, postea unum satis longum quadragesimale postillans epistolas sive lecciones XL^e, sind geſtrichen; ſie beziehen ſich auf die bereits unter Nr. 4 beſchriebene Handſchrift.

materias biblie satis devote et registrum quoddam maximam partem ewangeliorum comprehendens.

11. Undecimus liber est liber sentenciarum licet in papiro tamen satis bonus.

12. Duodecimus liber est liber decretalium vetus valde.

13. Nota eciam inter alios libros inventa esse dicta Lire super aliquos libros biblie scilicet unus continens glozam super Genezim et sequentes usque ad librum Ruth inclusive.

14. Alius super libros Regum, Paralipomenon, Hesdram, Neemiam, Thobiam, Judith et Hesther.

15. Alius super Job, Apocal. Prov. Ecclesiastem et super cantica.

16. Alius super librum sapiencie, Ecclesiasticum et super 12 minores prophetas.

17. In alio libro dicta eiusdem magistri Nycolai de Lira super canonicas epistolas, super actus apostolorum et valde longa passio domini nostri et tractatus magistri H(enrici) de Hassia de contractibus; post quem ponitur unum bonum notabile de conpaternitate spirituali in eodem libro in fine.

18. De bello trajano (!), ubi invenies alphabeta diversorum ydeomatum.

19^{us} continet postillas ewangeliorum de sanctis per totum annum et unum commune sanctorum eciam postillarum et super cantica canonicorum et pulchram exhortacionem, sed brevis est, de contemptu mundi, epistolam Augustini ad comitem et quedam alia.

20^{us} habet in principio quadragesimale Jacobi de Voragine; ibi eciam historia ewangelica, omelie beati, Remigii super ewangelia dominicalia a festo trinitatis usque ad primam dominicam adventus; item tractatus de tribus regibus non multum autenticus; item duo sollempnes sermones ad clerum; item pulchra et devota et magistralis postilla leccionis que legitur de dominica incipientis ‚dominus possidet me‘; item plures sermones super ‚misere (!) mei deus‘; ultimo est ibi expositio symboli quod in principio decretalium scribitur prout ipsam exposuit magister Conradus Soltow nacione Saxo Pragensis studens.

21. Liber iste 21^{us} in principio sui continet plures sermones beati Bernhardi tam de tempore quam de sanctis, incipientes in adventu; post quos sermones sequitur sermo unus qui incipit ‚Maria optimam partem elegit‘ magistri Johannis Hubener habitus ad clerum in festo assumptionis et movetur hinc questio, an virgo beata ante sanctificata sit quam nata; sermo de Symone et Juda, sermo ad universitatem Pragensem; item sermo de benedicta trinitate et alii ad clerum quos vel saltem eorum aliquos magister Hubener fecit; hincinde meditationes Bernhardi que incipiunt ‚multi multa sciunt‘; Bernhardus super ‚missus est angelus‘; item de creacione angelorum, de casu dyaboli, de formatione primi hominis et de Antichristo que videntur capta ex compendio theologie veritatis; item Hugo de domo consciencie; item tractatus beati Thome de Aquino de humanitate Christi; post hunc tractatum sequuntur quedam que videntur pro faciendis collacionibus vel exhortacionibus ad fratres valere; hic sequuntur quedam notabilia

circa decretum; postremo docentur inveniri auctoritates biblie in biblia, que in decreto et decretalibus allegantur.

22^{us} continet postillas magistri Mathie de Legnicz super dominicales epistolas per totum annum, post quas babes tractatum super Ave Maria et paucos sermones et brevem tractatum de penitencia qui incipit „auditu auris audiivi te“.

23^{us} Nicolicius de tempore habens qualibet die dominica duos sermones, unum de epistola, alterum de ewangelio per totum annum.

24^{us} Passionale papireum in latitudine et in quantitate presentis libelli.

25^{us} Est compendium theologicæ veritatis quod composuit Albertus Magnus Ratisbonensis episcopus, ut puto, potius quam beatus Thomas de Aquino, ut quidam dicunt.

26^{us} est Apocalipsis quam dominus Georgius ultimus plebanus exposuit satis late et in volumine textum cum glosa sed theutonice.

27^{us} est commune sanctorum pergameneum satis exile et parvum.

28^{us} multa continet: primo librum, qui dicitur recreacio anime et multos sermones tam de tempore quam de sanctis, plures tamen de tempore, tractatum qui hic nominatur acta Christi et precipue sermones super ewangelia dominicalia.

29^{us} est continens sermones Florentini de sanctis et multos sermones de sanctis et de tempore aliorum.

30^{us} continet sermones breves tam de sanctis quam de tempore et amicum de tempore; in huius libelli principio ponitur computus cirometralis et in fine auctoritates philozophicales.

Es folgt nun ein Nachtrag von anderer Hand:

31^{us} continet arengas super ewangelia quadragesimalia.

32^{us} est super sententias et est pergameneus in coopertorio.

33^{us} est passionale pergameneum.

Diesem für manche Handschriften recht ausführlichen Verzeichnis lag zugrunde eine etwas ältere Aufzählung von 21 Werken, die auf dem letzten Pergamentblatt derselben Handschrift sich befindet und sich fast durchweg mit der bloßen Aufführung von Titeln begnügt.

Primus liber decretales. (XII)¹⁾. 2^{us} prima pars biblie (IIa). 3^{us} in quo continentur sermones de sanctis et sunt sermones beati Bernhardi qui incipiunt se sic: hodie fratres adventus initium celebramus (XXI). 4^{us} sunt postille super epistolas per annum de tempore (XXII). 5^{us} una glosa super quinque libros Moysi Genes. Exod. Lev. Num. Dewter. Josue. Judic. et librum Ruth (XIII). 6^{us} super librum Regum Paral. Hesdr. Neem. Thob. Judith Hesther (XIV). 7^{us} liber: glosa super Job, Prov. Salom. Eccles. Cantica. 8^{us} liber super librum sapiencie, Ecclesiasticum et super minores prophetas (XVI). 9^{us} liber in quo continentur canonice epistole Augustini de Anchona et alia ibi posita (X). 10^{us} liber novum testamentum (IIIc). 11^{us} in quo continentur sermones de tempore super ewangelia (XXIII). 12^{us} liber

1) Die römischen, von mir hinzugefügten, Ziffern weisen auf die Nummer des vorangehenden Verzeichnisses hin.

niger qui se sic incipit: a veritate quidem auditum avertentes, in quo multa bona continentur (IX). 13^{us} apocalipsis teutonicus (XXVI). 14^{us} questiones sententiarum in uno libro qui habet coopertorium. 15^{us} liber in quo continentur decem precepta et reportata super passionem domini et alia quam plurima. Liber cum coopertorio (V). 16^{us} Liber sententiarum (XI). 17^{us} Gesta sanctorum trium regum in coopertorio (XX?). 18^{us} liber est unum passionale de sanctis et iterum unum passionale (XXXIII). 19^{us} est Petrus Blesensis quem habuit prepositus Lubicensis (VII). 20^{us} liber est iste qui intitulatur profectus religiosorum (I). 21^{us} est unus parvus liber qui intitulatur liber summa viciorum. (Nr.?)

Gegenüber der summarischen Art, mit welcher in dem älteren Katalog die Bücher verzeichnet sind, ist der Verfasser des Verzeichnisses mit der Bestandsaufnahme von 1423 bemüht, von äußeren Merkmalen der Handschriften anzugeben den Stoff (Papier oder Pergament, Nr. 5. 10. 24. 27. 32. 33), das Format (in quantitate presentis libri Nr. 2, 24), das Alter (Nr. 11), den Einband (in coopertorio ligatus, gemeint ist hier stets ein Holzband mit Leder überzogen, Nr. 5 u. 32, rubra pelle tectus Nr. 9)¹⁾, auch leere unbeschriebene Blätter (Nr. 4). Von den Verfassern, die in Nr. 7 einer Werthschätzung unterzogen werden, werden Zweifel an ihrer Autorschaft geäußert (Nr. 1, 2, 5, 26), die Abhandlungen werden häufig durch ihr Incipit bestimmt (Nr. 2, 4, 5, 6, 8, 20, 21, 22), der Inhalt wird mit einem Werturteil belegt (Nr. 1, 4, 5, 8, 10, 11, 19, 20, 21), die Länge der Traktate wird angegeben (Nr. 2, 4, 8, 17, 19, 27, 30), auch der Zweck, dem sie dienen (Nr. 4, 21); sogar der Inhalt der Vorjahblätter ist wiedergegeben (Nr. 5, 30). Die Angabe besonderer Signaturen erübrigte sich, da die Nummern des Verzeichnisses in die betreffenden Handschriften, meist auf den vorderen Innendeckel oder auf den oberen Rand des ersten Blattes eingetragen wurden.

Läßt sich nun der Verfasser dieses Katalogs ermitteln? Es liegt zunächst nahe, an den Propst Johannes von Haynau selbst zu denken, dem die Sorge für die neue Niederlassung oblag und der den Katalog zusammenstellen ließ, um vielleicht einen Anhalt für neu anzuschaffende Werke zu bekommen. Aber ein Verfolgen der von gleichmäßiger Ruhe getragenen Schrift, die trotz kräftiger Grundstriche eines zierlichen Charakters nicht entbehrt, und die die Ober- und Unterlängen kaum wesentlich über das mittlere Zeilen-System hinausführt, weist uns eine andere Spur. Von der gleichen

¹⁾ Über coopertorium vgl. auch Wattenbach, Schriftwesen im M.A.³, S. 394, 397.

Hand wie unser Katalog ist einmal der erste Teil der Saganer Klosterchronik, der sogenannte *Catalogus abbatum Saganensium* (IV Q 211 bis S. 106, in dem Drucke *Script. rer. Siles. I*, S. 178—248) geschrieben, der bekanntlich von dem gelehrten Abt Rudolf (1394 bis 1422) verfaßt, aber nicht niedergeschrieben wurde, da Rudolf eine so unleserliche Handschrift hatte, daß er seine zahlreichen Werke durch Brüder, die mit seiner Schrift vertraut waren, ins Reine schreiben ließ¹). Der Hand des Katalogschreibers begegnen wir ferner in der Niederschrift einer Predigt des Abtes Rudolf *de passione Christi* (Anf. *Sicut flos egreditur . . . Brevis in volatilibus apis . . .*), die Rudolf 1414 gehalten hat (I F 336 Bl. 181 ff.), einer weiteren Predigt Rudolfs (Anf. *Venit Jesus in partes Cesaree . . . Quamvis omne verbum dei et quodvis ewangelium . . .*) in I F 635 Bl. 1 ff., in der Abschrift der *descriptio terrae sanctae* des Burchardus de Monte Sion in I F 221 Bl. 230 ff. mit dem Schreibervermerk: *non scribam plura, quia me tenet altera cura. Finitum anno domini 1407 in crastino sancti Francisci confessoris* und in I F 117 Bl. 1—37a mit der *historia orientalis seu Hierosolymitana* des Jacobus de Vitriaco. Durchweg von dieser Hand stammt auch die Sammelhandschrift I Oct. 18, beginnend mit einer *summa virtutum*; hier wird zwar der Name des Schreibers wie stets bisher verschwiegen, aber doch wenigstens der Zusatz gemacht Bl. 284 *scripsi in Grunenberg anno 1423 post quasimodogeniti* und Bl. 297b *scripsi anno domini 1427 feria secunda infra octavas Magdalene*²). Nur einmal scheint der Schleier, der über dem Namen unseres Schreibers liegt, gelüftet werden zu können. In dem durchweg von seiner Hand geschriebenen Foliobande I F 53 mit Psalmenerklärungen des Abtes Rudolf (Bl. 1—97b eine *Expositio triplex* des Ps. 86, Bl. 98—188: *Expositio Psalmi 138 per 65 sermones*, Bl. 189:

¹) *Script. rer. Siles. I*, 259.

²) Das vordere und hintere Pergament-Schutzblatt dieser Handschrift ist mit folgender (bisher ungedruckten) Grabchrift für Abt Rudolf ausgefüllt:

Pausat sub saxo reverendus germine taxo
 Abbas Ludolfus virtutum clave fultus
 Vir cunctis gratus vir scriptis illuminatus
 Simplex et rectus castum servans sibi pectum
 Claustri zelator fratrum quoque fidus amator
 Quem deus electis commissis undique rectis
 Coniugat superis ne vexant (!) fulgura mortis.
 Annis millenis quadringentisque vigenis
 Adiunctis binis erat ipsius ultima finis
 Septembrisque dies veneris duodena Kalendis.

Die Anspielung auf den Taxusbaum (nach Stenzel) auch in den von dem Breslauer Suffragan Thiemann verfaßten Versen. (*Script. rer. Siles. I*, 265.)

Expositio Psalmi 71 und Bl. 199—242: Expositio Psalmi 67)¹⁾ findet sich am Schluß des ersten Stückes Bl. 97 der Vermerk: Scripsit presens hoc negocium originaliter reverendus Pater dominus Ludolfus abbas canonicorum regularium in Sagano Wratislaviensis dyocesis et finivit anno domini M^oCDIII in crastino sancti Viti (dann durchgestrichen Qui venerabilis pater qualis et quantus fuerit aliquantulum ex eodem presenti scripto conici vel haberi poterit). Ingrossavit autem idem opusculum frater Henricus Sommyrveld post hoc anno domini M^oCDVI finiens illud feria tertia post festum benedictae trinitatis. Wenn wir nun in dem ‚ingrossator‘, das heißt dem die Erklärungen Ludolfs in erweiterter Form wiedergebenden Augustiner Heinrich Sommerfeld — er wird in dem Saganer Totenbuch (IV Oct. 36) am 22. Februar als sacerdos et canonicus huius loci erwähnt²⁾ — zugleich den Schreiber erblicken dürfen, eine Ansicht, die an Sicherheit dadurch gewinnt, daß auch die Bl. 243^b—244 nachgetragenen gesta sub abbate Ludolfo (die Jahre 1413 und 1414 betreffend)³⁾, von der Hand unseres Schreibers, dem ja das Interesse an historischen Aufzeichnungen als Schreiber der Klosterchronik nahe lag, aufgezeichnet sind: dann ist für uns der Name des Katalogverfassers gewonnen. Heinrich Sommerfeld, der nach dem Tode Ludolfs mit Johannes von Hagnau nach Grünberg übergesiedelt sein kann, wird in einer Urkunde vom 11. September 1430 über ein in Grünberg abgehaltenes Kapitel⁴⁾ als ‚senior‘ erwähnt, eine Würde, zu der ihn seine gelehrten Neigungen, die ihn zu Abt Ludolf in ein besonders nahes Verhältnis gebracht haben mögen, gewiß befähigten. Seiner wissenschaftlichen Tätigkeit, die er bei der Abfassung des Katalogs entfaltete, vermögen wir dadurch nachzugehen, daß ein Teil der beschriebenen Handschriften sich noch heute in dem Bestande der Staats- und Universitätsbibliothek zu Breslau nachweisen läßt.

Die Handschrift I Q 132 (Papier, 180 Bl., 21 : 14½ cm) aus dem Anfang des 15. Jahrhunderts, die in den vier dem ursprünglichen Kern vorgehefteten Blättern auf S. 3^b—4^b das Hand-

¹⁾ Diese Psalmenerklärung Ludolfs, der bekanntlich einen Traktat de longaevo scismate (gedruckt von Loserth im Archiv f. österr. Gesch. Bd. 60 (1880) S. 353 ff.) schrieb, gewinnt dadurch ein über theologische Interessen hinausgehenden Wert, als darin — eine bisher unbeachtete Tatsache — in den Kapiteln 98—126 über das Schisma zwischen Urban VI. und Robert von Genf (Clemens VII.) gehandelt wird.

²⁾ Leider führt das Totenbuch durchweg keine Todesjahre.

³⁾ Gedruckt nach dieser Hs. in Script. rer. Siles. I, 266 Anm. 1.

⁴⁾ Gedruckt ebda. I, 292 Anm. 1.

schriftenverzeichnis vom Jahre 1423 enthält, ist ein mit braunem einfach ornamentiertem Leder bezogener Holzband mit Beschlag und Schließe. An erster Stelle steht des David de Augusta formula noviciorum tr. 1—3, die in der Handschrift Bl. 139 als Bonaventura tractatus de septem profectibus religiosorum erscheint und die von einem Schreiber Conrad niedergeschrieben wurde¹⁾. Die Zweifel an der Verfasserschaft des nun folgenden dialogus de ratione et anima (in Wirklichkeit: Bonaventura, soliloquium, opp. ed. Quaracchi VIII, 28) fand Heinrich Sommerfeld bereits in der Schlußschrift (Bl. 174) vor: Expliciunt dicta Guidonis, ut quidam volunt. Mit den beiden folgenden Stücken, deren Titel gleichfalls der Handschrift selbst entnommen sind, ist der Inhalt völlig erschöpft. Es fehlen nur die auf den vorgehefteten Blättern geschriebenen drei lateinischen Compositionen auf fünfzeiligem Notenschema und ein drei Strophen zählendes Weihnachtslied (Bl. 1^b und 2), gleichfalls mit Noten und folgendem deutschen Refrain:

Eya, Eya, Eya libes Kindelin
du zalt uns genedig syn
tu uns dyne hulpe scheyn
daz wir ewig bey dir seyn.

Die Handschrift trägt am oberen Rand von Bl. 5 den Vermerk: 1 Grunenberg (also die Nummer unseres Kataloges) und von einer Hand des 18. Jahrhunderts hinzugefügt: Canonorum Regularium in Sagano ad D. V. Catalogo inscriptus²⁾. Die Notiz auf Bl. 1^b: Liber iste spectat ad Nicolaum Menczelini cognominatum magistri de Reychenbach (wohl Reichenbach bei Sagan) oreitur pro eo in cuius usus devenerit. Amen läßt uns den Vorbesitzer erkennen. 1409 war nach einem Notariatsinstrumente vom 12. April ein Nikolaus Reichenbach³⁾ Prediger in Frenstadt, wo der letzte Pfarrer von Grünberg Georg Aredwiz Pfarrer war, bevor er diese Stelle mit der Grünberger vertauschte⁴⁾; Aredwiz kann die Handschrift also von Nikolaus Reichenbach erworben und nach Grünberg gebracht haben.

¹⁾ Bl. 140: Nomen scriptoris cognoscere si tibi queris, / Hec in versiculo sequenti statim habebis. / Con caput est illi, ra venter, cauda sibi dus mit dem Zusatz: Hic miser est et erit qui propter ventris amorem / ac pro vestitu studii vult perdere amorem. ²⁾ Diesen oder einen ähnlichen Vermerk tragen alle nachwärts erwähnten Handschriften.

³⁾ Cod. dipl. Siles. 24, S. 168. Ein Nicolaus de Reichenbach wird in Leipzig im Wintersemester 1409 immatrikuliert. (Cod. dipl. Saxon. XVI, 31.) ⁴⁾ Vgl. D. Wolff, Gesch. d. Stadt Grünberg in Niederschlesien (1848) S. 215; M. Effner, Gesch. d. kathol. Pfarrei Grünberg (1852) S. 25.

Durch die Signierung 2 gru(nenberg) auf dem Innendeckel, wo auch tschechische Gebete stehen, würde die Handschrift I Q 303, ein in glattes Leder gebundener Quartband (in quantitate presentis, d. i. I Q 132, libelli!) von 243 Bl. schon genügend mit der im Katalog nächstfolgenden identifiziert sein, wenn nicht überdies der Inhalt (Epistel- und Evangelienpredigten de tempore et sanctis gemischt, ein quadragesimale et compendium iuxta introitus misse und des Henricus de Frimaria tractatus de decem preceptis) dafür sprechen würde. Verschwiegen hat uns hier Heinrich Sommerfeld nur, daß von mehreren Predigten (so Bl. 31, 60, 113, 117b, 119b) ein Magister Henricus als Verfasser genannt wird, vielleicht weil ihm — wie bislang auch uns — über diesen Verfasser nichts näheres bekannt war.

Von dem nun folgenden dreibändigen Bibelcorpus in Folio hat sich wenigstens noch ein Band in I F 9 (Papier, 29 : 21 cm, Anfang des 15. Jahrhunderts) erhalten mit Pentat. Reges I—IV, Proverb., Judic. Ruth, Esther und Judith. Auf dem vorderen Deckel (ein mit glattem Leder bezogener Holzband) steht innen am oberen Rand 3a gru und darüber „grunenberg“.

Mit einer Predigt am Montag nach Pfingsten (Anf. Sic deus dilexit mundum . . . Hoc ewangelium sic introducitur . . .) beginnt die in mit glattem braunrotem Leder bezogene Holzdeckel gebundene Handschrift I F 628 (Papier, 247 Bl., 29½ : 21½ cm) aus dem Anfang des 15. Jahrhunderts. Auf zwei weitere Pfingstpredigten folgt Bl. 7 die von Sommerfeld als „schön“ hervorgehobene omelia suscitati Lazari (Anf. Erat quidam langwens Lazarus . . . Augustinus in sermone quodam de Lazaro dicit . . .), die auch wohl allgemein dem damaligen Zeitgeschmack entsprochen haben muß, da sie sich z. B. auch an erster Stelle in der aus Sagan stammenden Handschrift I F 590 findet. An die Moralia Lire super ewangelia (so auch der Titel in der Handschrift Bl. 16) schließt sich eine Sammlung von Fastenpredigten an (Anf. Dicit dominus convertimini ad me . . . Ad evidenciam istius epistole est sciendum . . .), die Bl. 213 mit dem Vermerk: Scriptum et finitum per manus Sigismundi Gleibicz (Gleiwitz) post festum Dorothee feria sexta und den Schreiberverse: Si modo sum degens / non debet spernere me gens / Christus pauper erat / qui nunc super omnia regnat schließt¹⁾. Von den nun folgenden Totenpredigten hat

¹⁾ Über ähnliche Angaben und Klagen über die Lage des Schreibers vgl. Jos. Klapper, Alttschechische Schreiberverse (Mitteil. d. Schles. Gesch. f. Volkskde XIX, S. 23).

Sommerfeld die ersten neun so genau angegeben, daß hier nichts hinzuzufügen ist. Die noch übrigen — etwa noch zwanzig — ebenso genau mit ihrem Anfang zu bestimmen, hat es Sommerfeld — und wir können ihn verstehen — an Geduld gefehlt; handelt es sich doch darin um die verschiedenartigsten Personen: honesta mulier, monialis, pulchra puella, nobilis vir, sapiens vir, iuvenis u. dgl. Die sieben unbeschriebenen Blätter am Schlusse der Handschrift sind von Sommerfeld mit den Worten (sermones) . . . qui durant usque papirum vacantem angedeutet. Was unter dem Ausdruck 'liber in totis arcubus' zu verstehen ist, zeigt uns die Tatsache, daß die Handschrift, aus drei ursprünglich selbständigen Teilen bestehend, in fast jeder Lage (arcus)¹⁾ ein besonderes Wasserzeichen trägt; Heinrich Sommerfeld hat also die verschiedenartigen Lagen, die z. T. auch an Größe etwas abweichen, bezeichnen wollen. Außer der Zählung auf dem Innendeckel: 4 gru führt die Handschrift auf Bl. 1 (und ähnlich Bl. 63) den wohl aus dem Anfang des 16. Jahrhunderts stammenden Vermerk: Liber iste ex voluntate testatoris pertinet in preposituram Grunenbergensem²⁾.

Der Breslauer Altphilologe Friedrich Haase veröffentlichte 1863 in dem 5. Buche seiner Miscellanea philologica einen Marienhymnus von 28 Strophen, der dann in den *Analecta hymnica* (ed. Dreves XXXII, S. 17) nach Haases Druck und nur noch nach einer Pariser Handschrift aus dem Anfang des 15. Jahrhunderts (Nr. 11343) collationiert, wieder abgedruckt ist. Der Hymnus beginnt:

Ara dei, porta spei, virgo mater unica,
per te rei, cordis mei, candidetur tunica

Ve cunctarum feminarum tollens tua gloria. . .

und ergibt mit den Anfangsbuchstaben jeden Verses das Akrostichon: 'Ave maria, gratia plena'. . . Haase verdankte, wie er selbst in der Einleitung bemerkt, den Fund dieses Hymnus seinem Freunde Adolf Friedrich Stenzler, der als erster Rustos der Breslauer Universitätsbibliothek in den sechziger Jahren die durch die ganze

¹⁾ Nach Wattenbach a. a. O. S. 210 bedeutet arcus ursprünglich nur: zwei Blatt. Die weiteren von ihm angeführten Beispiele lassen durchweg die Deutung arcus = Lage, Bogen zu. ²⁾ Ob wirklich ein Testament über Bücher — es kann sich hier nur um ein solches des Pfarrers Kreckwitz handeln — vorgelegen hat? Der späten Hand traue ich trotz ähnlicher Angaben in IV F 102 und IV F 42 nicht. Denn von derselben Hand steht in I Q 441 Bl. 49: Pro predicatore almanorum isti sermones assignati sunt anno 1421 und in I Q 443 Bl. 9: Liber domus Grunenbergensis pertinet ad predicatorem ordinarium almanorum alias theutonicorum . . . anno Christi 1425, und beide Handschriften sind nachweislich erst Ende der dreißiger Jahre geschrieben!

Bibliothek zerstreuten Wiegendrucke zusammenbrachte, näher untersuchte und verzeichnete¹⁾ und dabei ein um 1400 beschriebenes Pergament-Folioblatt, in zwei Teile zerschnitten, als Deckelbefelegung eines ‚volumen vetustum‘ fand²⁾. Daß es sich hier um ein Stück der einstmaligen in dem Grünberger Katalog als Nr. 5 verzeichneten Pergament-Handschrift handelt, geht mit Sicherheit aus der Tatsache hervor, daß die zweite Seite, wie Haase weiter bemerkt, elf rubrizierte Kapitelverzeichnisse einer Schrift enthält *de sanguinis minuendi salubritate et de diebus, quibus phlebotomia uti conveniat*, was zu der Angabe Heinrich Sommerfelds nach der Erwähnung des genannten Hymnus: *ibi modicum invenies de flebotomia in primo folio*³⁾ trefflich paßt. Unsere Handschrift wurde also, wie dies gar manchmal geschah als das gedruckte Buch den Wert des geschriebenen herabminderte, in Stücke geschnitten und als Deckelbefelegung oder Falzstreifen neu zu bindender Werke verwendet.

Der Verlust der nächstfolgenden Handschrift mit den Heiligenpredigten eines Sigwardus ist gegenüber der gleichfalls verschollenen Nr. 8, die, soweit man das aus der Beschreibung des Sommerfeld ersehen kann, kaum einen bisher unbekannten Traktat enthalten haben mag, um so mehr zu bedauern, als in den gedruckten Handschriftentatalogen eine Predigtsammlung eines Sigwardus — etwa des durch seine „Chronik“ bekannten Bischofs Sigard von Cremona? — nicht festgestellt werden konnte.

In der Nr. 7 des Kataloges begegnen wir einer Handschrift, die für schlesische Geschichte wertvolle Aufzeichnungen bietet, dem sogen. Grünberger Formelbuche, IV F 102 Papier, 242 Bl., 29 : 20 cm, 15¹ Jahrhdt., Neuband), dessen reicher Inhalt bereits von Konrad Wutke „Über schlesische Formelbücher des Mittelalters“ (1919) S. 14 ff. beschrieben worden ist⁴⁾. Die Handschrift enthält zunächst gegen hundert Briefe, die *acta tempore Friderici II. imperatoris* betreffend, zum größten Teil der Sammlung des Petrus de Vinea⁵⁾

¹⁾ Vgl. Miltau, Die königliche und Universitätsbibliothek zu Breslau (1911) S. 88.

²⁾ Die Angabe ist so ungenau, daß es mir nicht gelungen ist, das Perg.-Blatt wiederzufinden, obwohl die zahlreichen aus dem Saganer Augustinerstift stammenden Wiegendrucke daraufhin durchsucht worden sind.

³⁾ Es kann sich nur um das Vorzugsblatt handeln. Der ältere Katalog läßt die Handschrift (Nr. 15) mit dem ersten Stück, den *decem precepta*, beginnen.

⁴⁾ Ich wiederhole hier den Inhalt um des vollständigen Bildes der erhaltenen Grünberger Handschriften willen mit Ergänzungen aus der handschriftlichen Beschreibung, die Prof. Günther (†) für die Neubearbeitung des Breslauer Handschriftentatalogs hergestellt hat.

⁵⁾ Die darunter befindlichen Silesiaca gedruckt bei Stenzel, *Script. rer. Siles.* II (1839), S. 469.

entnommen. Es folgen Bl. 49—128 131 Briefe des Petrus Blesensis, dann nach zehn Breslauer Notariatsurkunden das Formelbuch des Bischofs Wenzel von Breslau (1382—1417), dann eine Formelsammlung von 132 Stücken, nach Wutke ganz oder doch überwiegend entnommen der *summa de litteris missilibus* des Petrus de Hallis (gedruckt Österr. Geschichtsquellen II, Bd. VI) und der Formelsammlung des Nikolaus von Habelschwerdt¹⁾. Bl. 162 beginnen 25 Urkundenformulare aus der Kanzlei Karl IV., meist Schreiben Karls IV. selbst; Bl. 164^b ein Schreiben des Cola di Rienzo und Bl. 167 die Antwort des Johannes von Neumarkt (für die Briefe des Cola di Rienzo im 3. Teil der Ausgabe von Burdach und Piur benutzt); Bl. 169—170 sieben weitere Formeln (vier davon auch in der sogen. oberösterreichischen Formelsammlung²⁾); Bl. 170—170^b sechs Formeln aus der Kanzlei des Bischofs Wenzel von Breslau; Bl. 171—173 vier Urkunden, nach Wutke „Zu Formeln umgearbeitete Besitzurkunden des Herzogs Ladyslaus von Oppeln“ (1356—1401); Bl. 174^b ein Stück aus Petrus de Vineia; Bl. 176—189^b *somnium Pharaonis* des Johannes Lemovicensis; Bl. 190—190^b acht Bettellieder Prager Studenten, von denen nur das erste an den König von Böhmen, die übrigen an ungenannte Personen gerichtet sind und von denen das vierte Stück als Reimgedicht auf den Frühling (Anf. Frigoris serenitas, yemps sive austeritas . . .) inhaltlich abweicht³⁾; Bl. 190^b ein Reimgedicht über die Planeten und Bl. 191 ein solches de dignitate sacerdotum; Bl. 191^b—206 Muster zu verschiedenartigen Briefen z. T. mit Beziehungen auf Böhmen und Prag, darunter Bl. 205 des König Wenzeslaus von Böhmen Bitte an den Papst um Trennung seiner Ehe und Antwort des Papstes Gregor XII.; Bl. 206 der vielfach, doch fälschlich, dem Heinrich von Langenstein zugeschriebene Luziferbrief mit einer (bisher unbekannten?) Antwort; Bl. 206^b eine *series litterarum editarum per dominum Petrum de Prece* und zwar Bl. 209^b das Manifest Konradins an die deutschen Fürsten (Sept. 1267)⁴⁾; Bl. 210 die sogen. *adhortatio ad Henricum illustrem Landgravium Thuringiae de casu regis Conradini* des Petrus de Prece⁵⁾; Bl. 213 ein Brief Karls I. von Anjou und Bl. 215 ein solcher des Pedro IV. von Arragonien. Die Handschrift endet Bl. 215—242 mit Briefen des

¹⁾ Die Regesten dieser Stücke bei Wutke a. a. O., S. 118—163. ²⁾ Ebenda S. 164—166. ³⁾ Die ersten drei Stücke sind nach unserer Handschrift abgedruckt von Palm, *Abhdl. d. schles. Ges. für vaterl. Kultur* 1862, II, S. 81.

⁴⁾ Böhmer-Föder, *Reg. imp. V* Nr. 4835.

⁵⁾ Zuletzt gedruckt bei G. Del Re, *Cronisti Neopolitani II* (1868) 683.

Petrus Blesensis, wohl als Ergänzung der Sammlung Bl. 49 ff. Der ältere Katalog hat bei der Aufzählung der Briefsammlung des Petrus Blesensis den Zusatz: (liber) quem habuit prepositus Lubicensis; dazu stimmt die Angabe auf dem Voratzblatte von IV F 102, von einer Hand aus der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts: Iste lieber (!) est prepositure canonicorum regularium in Grunenberg et acomodatus reverendo in Christo patri et domino domino Conrado episcopo Lubuczensi, tempore quo erat prepositus ecclesie antedictae. Die Handschrift war also vor 1423 an Konrad Aron, den Lebußer Dompropst und späteren Bischof daselbst (1440 bis 1443), ausgeliehen worden. Wutke (a. a. O. S. 16) schließt aus der Bl. 134 von einer Hand des beginnenden 16. Jahrhunderts geschriebenen Bemerkung: Formulare istud pertinet ad domum fratrum in Grunenberg in testamento datum pro fratribus ibidem perpetuis temporibus nullo modo alienandum sub anathemate etc. daß diese Handschrift einst persönlicher Besitz des letzten Pfarrers von Grünberg Georg von Kredwiz gewesen, der als Notar der Herzogin Katharina sachliches Interesse für ein derartiges Formelbuch besitzen konnte.

Mit dem Grünberger Formelbuche ward der bisher rein theologische Inhalt der Handschriften — schließlich die natürliche Folge des Zweckes, dem die Bibliothek an der Pfarrei dienen sollte — durchbrochen worden. Überwiegt in dem Formelbuche, das seinem Eigentümer eine Unterrichtsammlung für die Erledigung des Geschäftsganges in weltlichen und geistlichen Kanzleien bot, der praktische Zweck, so kommt in der Handschrift Nr. 9 (IV F 42, Papier, 30 : 20½ cm, 195 Bl., von mehreren Händen Anfang des 15. Jahrhunderts geschrieben) die Vorliebe für schönwissenschaftliche Bestrebungen, wie sie im Humanismus sich verkörperten, zum Ausdruck. Schon der äußere Einband der Handschrift weicht von den übrigen ab; es ist ein Erzeugnis der Lederschnittkunst, der heute erneute und vertiefte Aufmerksamkeit geschenkt wird. In das schwarz-braune Leder, — ein liber niger wird die Handschrift in dem älteren Katalog genannt — das durch ein breites Linienband sowohl auf dem Vorder- wie auf dem Hinterdeckel in ein rechteckiges Mittelfeld und einen Rahmen ringsum zerlegt wird, sind in der Mitte vorn in sechs, hinten in zwei Kreisen groteske Tiergestalten eingeschnitten, während der Randsaum mit tiefeingeschnittenen Blättern einer Anthusranke geziert ist. Der Hintergrund ist fein gepunzt. Was den Inhalt betrifft, so begnügt sich Heinrich Sommerfeld — aus Mangel an Interesse oder an Verständnis? — im Gegensatz zu

den sonst genauen Aufzählungen theologischer Traktate mit der Angabe: *liber totus quasi poeticus et fabulis plenus* und führt nur das Gedicht ‚Pamphilus‘ namentlich an. Das erste Stück, dessen Inzipit er beifügt, sind moralisierende Glossen zu Ovids *Metamorphosen*, die hier¹⁾ wie mehrfach auch sonst dem englischen Dominikaner Thomas Wallens zugeschrieben werden, nach Hauréau (*Mém. de L'Acad. des Inscript.* XXX pt. II, pg. 45) aber den Franzosen Petrus Berchorius (Prior von St. Eloi bei Paris, † 1312) zum Verfasser haben. Dann folgt Bl. 80 Ps. Cyrills *Apologeticus*, geschrieben per manus Jo. Goldkauff de Austria; Bl. 116^b Seneca de *quatuor virtutibus* (Verf. ist Martinus Dumiensis), dann die einem französischen Original nachgedichtete Fabel über die Krähe und den Habicht, die Hilfe in den *Jahresber. d. schles. Ges. für vaterl. Kultur* 1913 Abt. IV S. 14 zum ersten Male nach dieser Handschrift abgedruckt hat; Bl. 120 zwei Hymnen des Prudentius und Fortunatus; Bl. 123 ein *dialogus animae et rationis* eines unbekannten Verfassers (Anf. *cogor adversum te*)²⁾, Bl. 126—137 ein ‚Catho magistri Ruperti de Rogco quem composuit filio suo Johanni‘, eine Bearbeitung der Cato-Distichen in der Art, daß in der Regel vor jedem ursprünglichen Verse ein auf ihn gereimter Hexameter eingeschaltet ist und darauf eine Prosaumschreibung³⁾ folgt. Es schließen sich zwei Stücke an, die auch in einer Handschrift, die einst der humanistisch fein gebildete und bücherliebende Breslauer Bischof Johannes Roth († 1506) besaß⁴⁾, auf einander folgen: ein Gedicht *de arte amandi* des königlichen Kaplan Andreas —, fast allgemein nur unter dem Namen seines Freundes ‚Gualterius‘ zitiert, und lateinische Verse über Pamphilus und Galatea⁵⁾. Den Schluß bildet eine *historia Alexandri Magni* und eine Umarbeitung des lateinischen Cato in leoninischen Hexametern mit Prosaerklärungen⁶⁾. — Auf dem Innendeckel der Handschrift steht 9 grünenberg und Bl. 1 von derselben späten Hand, die den Eintrag in das Grünberger Formelbuch gemacht hat: *In Grunenberg per*

¹⁾ Die Schlußschrift Bl. 78 lautet: *Hoc autem opus fr. Thomas Gavois Anglicus, ordinis fratrum predicatorum in provincia Anglica . . . fecit . . .*

²⁾ Gleichfalls anonym in I Q 73, einem Sammelbande (1471—73) des Saganer Kantors Michael Tschner. ³⁾ Vgl. die Hs. 945 Nr. 2 der Berliner Staatsbibliothek. (Roje, XIII, 3, S. 1160.) ⁴⁾ Vgl. Rother, *Schlesische Geschichtsblätter* 1923, S. 15 ff.

⁵⁾ Am besten orientiert über das Werk: Jos. de Morawski, *Pamphile et Galatée*. Paris 1917. ⁶⁾ Der Anfang stimmt überein mit einer Probe, die Hoffmann von Fallersleben nach einer Vinzer Handschrift in seinen *Grundrissen* 2. Teil (1837), S. 105 veröffentlicht hat.

testamentum legatus est perpetue per venerabilem virum, qui multos libros eiusdem atestavit iuxta ultimam voluntatem eius. Oremus semper pro anima eius. Die Handschrift besaß also nach Meinung dieses Schreibers gleichfalls Georg Aredwiz.

Die Bezeichnung 11 gru auf dem inneren Vorderdeckel von I F 169 (Papier, I + 313 Bl., 30 : 21½ cm) beweist, daß diese Anfang des 15. Jahrhunderts per manus Johannis niedergeschriebenen vier Bücher Sentenzen des Petrus Lombardus, denen noch (Bl. 290 bis 309b) von anderer Hand die Konfordanzen des Kardinals Mathaeus de Aquasparta folgen, ehemals nach Grünberg gehörten.

Die nachfolgende Handschrift, ein liber vetus valde, war mit den Dekretalen Gregor IX. das einzige Werk kirchenrechtlichen Inhalts in der Grünberger Sammlung.

Zu den theologischen Handschriften gehören wieder die vier, heut unter der Signatur I F 35 vereinigten Foliobände der Bibelpostille des Nicolaus von Lyra aus dem Anfang des 15. Jahrhunderts, deren Inhalt im einzelnen der Aufzählung im Grünberger Katalog entspricht und die sich durch die Eintragungen 13 gru, 14 gru, 15 gru und 16 gru als ehemaligen Bestand der Grünberger Propstei ausweisen.

Auch die Handschrift I F 74 (Papier, 282 Bl., 29 : 21 cm, 15. Jhdt.) ist durch die Zählung 17 gru auf dem Innendeckel hinreichend identifiziert und der Inhaltsangabe des Heinrich Sommerfeld ist nichts hinzuzufügen außer der Tatsache, daß die von ihm als valde longa bezeichnete passio, die hier anonym erscheint, sich in der aus der Saganer Augustinerbibliothek stammenden Handschrift I F 590 als ein Werk des Nikolaus Hirschberg ergibt, der 1389 baccalaureus der Artistenfakultät in Prag wurde (Mon. hist. univers. Pragens. I 264). — In der Handschrift Nr. 18 vermute ich die Schrift des Dictys Cretensis de bello Troiano, die ebenso wie die beiden folgenden als verloren betrachtet werden muß.

Die Handschrift I F 628 (Papier, 313 Bl., 30 : 20½ cm, von verschiedenen Händen Ende des vierzehnten¹⁾ und Anfang des fünfzehnten Jahrhunderts geschrieben) hat durch den Neuband aus jüngster Zeit die alte Grünberger Zählung verloren. Aus den zahlreichen theologischen Stücken, die mit dem von Heinrich Sommerfeld angeführten Inhalt selbst in ganz kurzen Abhandlungen übereinstimmen, sollen an dieser Stelle nur die Predigten des Magister

¹⁾ (Ps.) Bernhardi meditationes (Bl. 121 ff.) schrieb 1394 Nicolaus de Neuburg in castro Boleslaviensi (Jungbunzlau in Böhmen).

Johannes Hubener (Bl. 58—112) hervorgehoben werden, da sie, bisher unbekannt, einen Schlesiener betreffen, der im Kampfe gegen Hus und seine Anhänger eine, wenn auch nur vorübergehende Rolle gespielt hat. In der Prager Matritel wird ein Johannes Hubener erwähnt, der 1381 Baccalareus wurde, 1385 den Lizentiatengrad erreichte, 1387 und 1398 als magister de natione Polonorum als Examinator erwähnt und 1403 von der Artistenfakultät zum disputator de quolibet¹⁾ erwählt wird. Als im Jahre 1403, zur Widerlegung von Hus, die bereits auf dem Londoner Konzil 1382 verurteilten 24 Leitsätze des Wyclif herangezogen wurden, suchte Magister Johannes Hubener noch weitere 21 aus den Schriften Wyclifs hervor, die er dem Prager Domkapitel vorlegte²⁾. Die Anhänger von Wyclif und Hus suchten in einer am 28. Mai 1403 einberufenen allgemeinen Versammlung zu beweisen, daß die Lehrsätze in der von Hubener gegebenen Fassung keineswegs von Wyclif seien, und Hus fragte die Versammlung (in bezug auf Hubener), ob nicht Lehrverfälscher strafbarer seien als Safranverfälscher³⁾. Die 45 Artikel wurden aber verurteilt. Die Gegenschrift des Stanislaus von Znaim (epistola ad Magistrum Johannem Hubener) ist erhalten und neuerdings von Jan Sedlak gedruckt worden⁴⁾. Es mag der Spezialforschung überlassen bleiben, wie weit die in unserer Handschrift wohl noch zu Hubeners Lebzeiten oder bald nach seinem Tode niedergeschriebenen Traktate in den Kampf gegen die Lehre der Hussiten eingreifen. Ich begnüge mich, um der Möglichkeit Raum zu geben, diese oder andere Abhandlungen von Hubener aus schlesischen oder böhmischen Handschriften festzustellen, mit den hierzu notwendigen Angaben⁵⁾:

Bl. 58^b sermo Magistri Johannis Hubeneri de assumptione virginis gloriose. Anfang: Maria optimam partem elegit Luc. X. Reverendi patres et domini. Quam suavis solempnis et gaudiosa sit hodierna diei festivitas . . . Ende Bl. 64 gracie sue munera largiatur Jesus Christus . . . Amen. Es folgt dann die quaestio: Utrum virgo beata ante sanctificata quam nata sit.

Bl. 66. De sanctis Apostolis Symone et Juda. Anf.: Dii fortes terre vehementer levati sunt. Ps. 46. R. p. et d. Quoniam sanctorum

¹⁾ Über diese vornehmste Art der Disputation vgl. Kaufmann, Geschichte der Universitäten II, 381. ²⁾ Palacky, Geschichte von Böhmen III., S. 195/6.

³⁾ Zwei Tage zuvor waren Safranverfälscher in Prag zum Tode verurteilt worden.

⁴⁾ J. Sedlak, M. Jan Hus. 1915. S. 94*—98*. ⁵⁾ Die Autorschaft Hubeners ergibt sich — obwohl nicht alle Stücke seinen Namen in der Handschrift selbst tragen und darum wohl von Sommerfeld angezweifelt wurden — aus der inneren, gleichmäßigen Struktur.

apostolorum Symonis et Jude hodie celebramus natale . . . Ende Bl. 70^b festiva gaudia pervenire mereamur prestante domino Jesu Christo . . . Amen.

Bl. 70^b. Sermo magistri Johannis Hubener ad universitatem Pragensem. Anf.: Porro si in digito dei eicio demonia . . . Luc. XI. R. p. et magistri. Sicut clarum est cotidiana docente experientia . . . Ende Bl. 76^b semper videre faciem domini virtutum cui gloria in secula. Amen.

Bl. 76^b. Sermo ad clerum. Anf.: Homo quidam fecit cenam magnam. Luc. 14. R. p. m. et d. Cum secundum apostolum gaudium future beatitudinis sit ineffabile . . . Ende Bl. 77^b extra quod non est gaudium quod nobis prestare dignetur dominus . . . Amen.

Bl. 77^b. Sermo de nativitate. Anf.: Verbum caro factum est. Hoc breve verbum de verbo abbreviato ad litteram intellegitur . . . Ende Bl. 80 hauriet salutem a domino, quod nobis prestare dignetur . . . Amen.

Bl. 80^b. De triplici adventu. Anf.: Veniet desideratus cunctis gentibus. Luc. 9. R. p. m. et d. Locuturus caritati vestre verbum breve de adventu . . . Ende Bl. 93^b implebo domum istam gloria, quam nobis concedat . . . Amen.

Bl. 94. De predicatoribus ad clerum. Anf.: Misit illos predicare . . . Luc. 9. R. p. m. et d. Doctrina veluti nostis tradit apostolica . . . Ende Bl. 96^b honorificetur deus per Jesum Christum . . . Amen.

Bl. 97. Ad clerum contra clericos. Anf.: Adolescens tibi dico Luc. 5. R. p. m. et d. Considerans me in medio magistrorum collegio constipatum . . . Ende Bl. 99^b in paradiso, in quam nos perducatur dominus . . . Amen¹⁾.

Bl. 108. De sancto Joh. Baptista. Anf.: Quis putas, puer iste erit. Luc. 1. R. p. m. et d. Sacra sicut nostis sancti ewangelii testatur historia . . . Ende Bl. 112 in presenti per gratiam in futuro per gloriam quam nobis concedat . . . Amen.

Johannes Hubener muß — etwa nach dem Verlassen von Prag 1409? — zu den Saganer Augustinern in nähere Beziehungen getreten sein. In dem Totenbuch des Klosters wird seiner an zwei Stellen gedacht: im Monat Mai wird vermerkt: Mgr. Joh. Hubener, Nicolaus pater et Kunigunde mater eius, Barbara Michil Hermannynne et Salome cognate sue . . . quorum anniversarius primus peragitur feria sexta ante penthecosten i. de mane cum missa et de vespere cum vigiliis trium lectionum; bei Erwähnung dieses ersten Anniversars auf einem Schaltblatt zum September wird der

¹⁾ Der Bl. 100—108 folgende sermo de conceptione ist nach Amploian. Q 150 ein Traktat des Wiener Theologieprofessors Heinrich von Dyta. Am Rande macht Sommerfeld den Vermerk: de conceptione beate virginis plura habentur in libro 22 huius domus. Sommerfeld kannte also den Inhalt der Grünberger Handschriften recht gründlich!

Zusatz gemacht: et procurat coquinarius illo die conventum pytan-
cia spirituali. Anniversarius autem secundus erit dominica prima
post anniversarios ultimos Johannis de Budesin omni forma et
modo sicut de Melczer et Budesin scriptum est. Et tunc pro-
curabitur conventus a procuratore refectione singulari. Dedit
enim conventui florenos exprimens in suo testamento. Hübener
ist vor 1414 gestorben. Denn in diesem Jahre bekennt der Rat
von Freistadt¹⁾, daß Kunigunde Hübnerynne 1 Mt. böhm. Groschen
poln. Zahl und 1 Stein Anschlitt und einen Weißbraten auf Niclos
Flewters Fleischbank gegen das Glogauer Tor dem Saganer Abte
zu einem ewigen Seelgeräte des Magisters Johannes Hübner und
der Hübnerschen Eltern aufgelassen hat.

Die lebhaften geistigen Beziehungen, die Schlesien mit Böhmen
und besonders mit der Prager Universität verbanden, kommen auch
in der folgenden Handschrift (Nr. 22), einer Abschrift der im
Osten weitverbreiteten Predigtwerke des Prager Theologieprofessors
Matthias von Viegniß²⁾ zum Ausdruck. Und es ist gewiß kein
Zufall, daß das im Katalog unter Nr. 24 genannte passionale,
identisch mit der Hs. IV Q 168, nur, soweit ich sehen kann, in zwei
Prager Handschriften wiederkehrt, in einer der Prager Universitäts-
bibliothek³⁾, in einer andern, 1382 geschriebenen, der Bibliothek des
Prager Metropolitankapitels⁴⁾. Als Verfasser nennt sich im Vor-
wort (Anf.: Quoniam indiscreta divisio sententiam lacerat . . .)
ein Hermannus clericus; das eigentliche Passionale ist in sehr
starker Abhängigkeit von der legenda aurea des Jacobus de Vo-
ragine, nur sind die im Osten besonders verehrten Heiligen, St. Hedwig,
Udalbert, Wenzeslaus, Stanislaus u. a., eingefügt. IV Q 168 (Papier,
211 Bl., 22 : 14 $\frac{1}{2}$ cm, 14./15. Jahrhundert, Neuband) trägt auf Bl. 9
(dem ursprünglichen Kern der Handschrift) am oberen Rand die Zahl
24, am unteren Rand den, übrigens öfters wiederkehrenden⁵⁾, Ver-
merk: Iste liber pertinet ad predicatorum in Grunenberg. Dieselbe
Besitzeintragung wie in Nr. 1 des Kataloges steht auf Bl. 8b: Iste
liber spectat ad Nicolaum Menczelini de Reychenbach cogno-
minatus magistri. Oretur pro eo in cuius usus devenerit.

¹⁾ Heinrich, Gesch. d. Fürstentums Sagan, S. 496, gibt in seinem Regest
fälschlich den Rat von Sagan an. ²⁾ Über M. v. V. vgl. Franz in „Der
Katholik“ 78. I (1898), S. 1, und Zeitschr. für Kirchengesch. 22 (1901), S. 466.

³⁾ Truhlár, Catalogus codicum manu scriptorum lat. Univ. Pragenses. Nr. 439
fol. 42b. ⁴⁾ Podlaha, Soupis rukopisů Knihovny metropolitáni Kapitoly
Pražské No. 923 fol. 32a. ⁵⁾ So z. B. Bl. 14 Passionale sanctorum hoc
pertinet in Grunenberg ad canonicos regulares in parochia degentes.

Weder von seiten der Theologen noch der Sprachforscher ist bislang nähere Beachtung geschenkt worden der Handschrift I F 85, obwohl ihr Inhalt reizvoll genug für beide wäre. Es handelt sich um eine deutsche Übertragung der Apokalypse und einem deutschen Kommentar dazu, denen sich (Bl. 254 b) eine deutsche Evangelienharmonie anschließt. Die Handschrift (Papier, 317 Bl., 30½ : 22 cm) ist Anfang des 15. Jahrhunderts von einer Hand geschrieben, und sie wurde, wie die Angaben auf dem Vorsatzblatte und Bl. 1 bezeugen, im Jahre 1683 in den Bibliothekskatalog der Saganer Augustiner eingetragen. Sie muß gegen Ende des 15. oder Anfang des 16. Jahrhunderts neu gebunden worden sein, denn heut geht dem handschriftlichen Teil der Wiegendruck Martinus Polonus, Margarita decreti (Hain 10835) o. D. u. J. voraus. Der Text der Apokalypse im Mittelfelde jedes Blattes ist von einem oft in mehreren Kolonnen geschriebenen ausführlichen Kommentar umrahmt und für letzteren sind aus Platzmangel auch zahlreiche Schaltblätter eingefügt. Es ist mir kein Zweifel, daß in dieser Handschrift jener Band vor uns liegt, den Heinrich Sommerfeld in seinem Katalog (Nr. 26) mit den Worten charakterisiert: 26^{us} est Apocalipsis quam dominus Georgius ultimus plebanus exposuit satis late et in volumine textum cum glosa sed theutonice. Wenn Wilh. Walthers in seinem umfangreichen Werke „Die deutsche Bibelübersetzung des Mittelalters“ (1889) Sp. 720 klagt, daß nur von sehr wenigen Bibelübersetzern die Namen erhalten sind, so sind wir hier in der glücklichen Lage, den Übersetzer (und Verfasser der Glosse?) zu kennen, den letzten Pfarrer von Grünberg: Georg Kredwiz¹⁾. Die Angaben Sommerfelds treffen sämtlich bei I F 85 zu; die ostmitteldeutsche Mundart steht ebenso wie das Alter der Schrift in keinem Widerspruch; ein ehemaliger Grünberger Besitzvermerk ist beim Umbinden verloren gegangen, vielleicht auch im Mutterkloster Sagan, wohin ja der gesamte Bücherbestand von der Präpositur Grünberg nach der Reformation gelangte, mit Absicht nicht mehr aufgenommen worden. Und in Sagan sowohl wie in Grünberg herrschte reges Interesse für deutsche Texte. Schon von Abt Nikolaus II. (1390) heißt es²⁾:

¹⁾ In der Prager Matrifel wird 1387 ein Georgius Krafowecz als Baccalaureus erwähnt. Georg Kredwiz ist in den Jahren 1398—1408 als Pfarrer von Freystadt urkundlich nachweisbar; er war gleichzeitig Notar der Herzogin Katharina, die das Patronatsrecht über Freystadt und Grünberg besaß, wodurch im Jahre 1408 der Tausch der Pfarreien zwischen Peter Gunzel in Grünberg und Georg Kredwiz in Freystadt erleichtert wurde. S. o. S. 110. Anm. 4.

²⁾ Script. rer. Sil. I (1835), S. 199.

sermones latinos et theutonicos fecit coram episcopis et clericis, coram domino imperatore, ducibus principibus civibus, et rusticis. Nach Grünberg gehörte laut Eintragung am oberen Rand von Bl. 1a (von einer Hand des 15. Jahrhunderts): Liber iste theutonicus assignatus est ex testamento pro fratribus in Grunenbergauch die Handschrift I F 564 mit einem Ende des 14. Jahrhunderts in ostmitteldeutscher Sprache geschriebenen Predigtwerk zur Auslegung der Evangelien und Episteln vom 11.—24. Sonntag nach Trinitas, dem sich dann die deutsche Übersetzung der cantica canticorum, die ‚Beichte‘ des Matthäus von Kratau und eine deutsche Passion anschließen. Auf dem Innendeckel dieser Handschrift steht die Eintragung (14. Jhdt.): Fride und gnade Jesu Christi, irlwchtunge des heiligen geistis, beschirmunge des heilighn crewczis sei mit uns allen amen, und die gleiche Eintragung steht an derselben Stelle in der Saganer Handschrift I F 536, die von diesem deutschen Predigtwerke den ersten Teil¹⁾ von Advent bis Ostersonnabend enthält — also auch Grünberger Besitz — und die vor allem durch die beiden Verteidigungsschriften eines unbekannten Verfassers über seine Verdeutschung der Bibel von besonderer Wichtigkeit ist²⁾. Das Verlangen nach deutschen Texten scheint also Ende des 14. und Anfang des 15. Jahrhunderts in Niederschlesien stärker gewesen zu sein als die Furcht vor dem Edikte Karl IV. vom 17. Juni 1369 gegen die deutschen Bücher³⁾, stärker auch als die Rücksicht auf die Tätigkeit der Inquisition, die im letzten Drittel des 14. Jahrhunderts in Ausführung jenes Ediktes eine rege Tätigkeit entfaltete. Auch Kredwiz verschweigt in der Handschrift seinen Namen und will als Aleriker keineswegs mit kirchlichen Anschauungen in Widerspruch geraten. Trägt sein Kommentar schon dadurch ein kirchlich-theologisches Gepräge, daß er, trotz allen redlichen Bemühungen sich von der Überlast gelehrter Zitate frei zu halten, sich doch vereinzelt auf Autoritäten wie Ambrosius, Augustin, Bernhard, Gregor, Nikolaus von Lyra⁴⁾ beruft, so tritt seine religiöse Stellung deutlich in den Schlußworten seines Kommentars hervor (Bl. 253b): No ab ich icht in desim buche unrecht adir nicht so gar egintlich alz ich solde vordawczet hette, aws unwissinheyt adir vorgessinheit adir nicht vornemunge, so undirgebe ich mich der stroffunge der

1) Das Mittelstück ist bisher nicht aufgetaucht. 2) Veröffentlicht und erläutert von Jos. Klapper, Im Kampf um die deutsche Bibel. Zwei Traktate des 14. Jahrhunderts. Breslau 1922. 3) Vgl. Walthers a. a. O. Sp. 590 u. 741; Klapper a. a. O. S. 42. 4) Nicol. v. Lyra verfaßte einen Kommentar zur Apokalypse im Jahre 1329.

meistir der heiligen schrift und allir andir vornunftegen mensschen, den do gebort dy unwissindin czu strofin und dy irrinden wedir czu brengen an den weig der gerechtekeyt¹⁾. Eine Kritik der Übersetzung wie des Kommentars liegt uns hier ferne; es muß einer Spezialuntersuchung vorbehalten bleiben, wie viel von der Angabe im Katalog ‚Apocalipsis quam exposuit Georgius ultimus plebanus‘ für eine selbständige Arbeit des Georg von Aredwiz übrig bleibt, ob und welche Vorlagen er benützt hat, wie weit er eigenes Wissen mit den Schätzen vorausgehender Bibelerklärer vermengt hat. Der Sprachforscher wird die Frage seiner stilistischen Gewandtheit, den Wortschatz, die Formenbildung, die Übersetzungstechnik näher beleuchten müssen. Hier mag zum Schluß nur eine kurze Probe gegeben werden zum Vergleich mit den Stellen, die Walthers a. a. O. Sp. 283 u. 551. als Beispiele der verschiedenen Übersetzungszweige gewählt hat.

Offenbar. Joh. 1. Dy heymeliche offinbarunge Jesu Cristi dy got der herre gegeben hat im offinbar czu machen seynen knechten, dy schire geschihin müssen, und hat bedawtit sendinde durch seinen engil seinen knechte Johanni, der do geczawgnis gegeben hat deme worte gotis, und das geczawgnis Jesu Cristi in allim deme daz her geschin hat. Selig ist der der do hort dy wort desir weissagungen und heilt daz das dorynne geschreiben ist, wenne dy czeit noen ist.

Der Anfang der Glosse lautet: Das erste capittel dis buchis ist ag eine vorrede und eyn anhebin dis gantzyn buchis und wirt geteilt in drey teil. Das erste teil sagit von czweirley lobe dis buchis, wenne czu dem erstin, so wirts gelobit deshalbin der is geoffinbarit hat und daz ist Christus unsir herre. Nu ist czu wissen daz Johanni dese offinbarunge geschehen . . .

Bl. 254^b beginnt die Evangelienharmonie mit den Worten: Hie heben sich an die ewangelia noch allir ordenunge also sye geschen sein unde czu deme erstin von der gotheit des heilandis

¹⁾ Ähnlich lautet auch die Schlußschrift zur Evangelienharmonie Bl. 316^b: Wenne mans so gar eigentlich noch allin wortin alz daz latin lawtit nicht wol kan vordawtczschin und ab ich icht dorynne vordawczet hette, daz ich nicht recht hette vornomen, adir den synnen hette vorkorczet, adir icht czu vil dorczu gelegit, so undirgebe ich mich der strofunge der meistir der heilgin schrift und andir schriftgelertin, clugin und wolweysin, und ab sich iemandis des icht mochte gebessirn, der spreche ein pater noster gote czu lobe, ein ave maria seiner heilgin gebenedeytin mutir czu erin und im selbir und desym vordawtczer czu holfe und czu troste.

wie her in der ewekeit von dem vatr geborn ist unde dy menschheit in sich genomen hat und das geczawgnis Johannis seines vorlofirs alz geschrebin ist in deme ewangelio Johannis an deme erstin capittil . . . In deme begynnen was das wort . . .

Mit den im Jahre 1423 ausgezeichneten Handschriften, von denen, wie wir sahen, immerhin noch 15 heute erhalten sind, ward der Grundstock gelegt zu einer — wie Besitznotizen in zahlreichen späteren Handschriften und Wiegendruken bezeugen — aufblühenden Bibliothek der Propstei Grünberg, in der im 15. Jahrhundert Männer wie Bernhard Fabri, Andreas Ritter, Martin Rintenberg, Johannes Neuwälder umfangreiche Predigtwerke verfaßten und schrieben, und die in den letzten Jahrzehnten des 15. Jahrhunderts vor allem durch Propst Sigismund Schöntnecht reiche Förderung erfuhr.

VI.

Die Aussetzungsurkunde von Nieder-Frauenwaldau, Kreis Trebnitz, zu Neumarkter Recht.

Ein Beitrag zur Urkundenfälschung im Mittelalter.

Von
Erich Randt.

Die von Tzschoppe und Stenzel mehrfach¹⁾ als Beispiel für die Anlage deutscher Dörfer nach dem Neumarkter Muster angeführte Lokationsurkunde (s. Abdruck unten S. 135 f.) von Nieder-Frauenwaldau, Kr. Trebnitz, dd. Trebnitz 1340, März 28²⁾ und von Hänsler³⁾ abgedruckte Urkunde ist bisher auf ihre Echtheit nicht angezweifelt worden.

Diese unter dem Namen der Hedwig, der Tochter Heinrichs IV. von Glogau⁴⁾ und achten Äbtissin des Zisterzienserinnenklosters zu Trebnitz, unter dem obigen Datum ausgefertigte Urkunde erzählt, daß dem Peter Sedlik mit Einwilligung des Konvents von dem Klosterwalde, Bukcovina⁵⁾ genannt, 40 Hufen zur Aussetzung nach

¹⁾ Urkundensammlung zur Geschichte des Ursprungs der Städte und der Einführung und Verbreitung deutscher Kolonisten und Rechte in Schlesien und der Ober-Lausitz, Hamburg 1832, S. 96, 130, 150, 152, 161. ²⁾ Bresl. Staatsarch., Rep. 125, Zisterzienserinnenkloster Trebnitz Nr. 177. ³⁾ Urkundensammlung zur Geschichte des Fürstentums Dels, Breslau 1883, S. 156. Angeführt u. a. bei Heyne, Geschichte des Bistums Breslau I, 929 und mehrfach bei Hänsler, Geschichte des Fürstentums Dels, Breslau 1883.

⁴⁾ Grotefend, Stammtafeln der Schlef. Fürsten II, 20. Sie war Äbtissin vom Jahre 1331—1348. ⁵⁾ Über den Erwerb von Frauenwaldau durch das Kloster Trebnitz im Jahre 1250 s. Schlef. Reg. 715. — Ober-Frauenwaldau war schon vor 1297 zu deutschem Recht ausgesetzt, da nach der bei Hänsler (Urkundensammlung, S. 139) abgedruckten Urkunde vom 13. April 1297 der Schulze Hermann von seiner dortigen Scholtisei eine Hufe verkaufte (vgl. auch Reg. 2464). Unter „silva Bukcovina“ muß also der Wald von Nieder-Frauenwaldau, vielleicht mit Einschluß von Bukowinle, verstanden werden. Das polnische buk = Rotbuche hat dem Wald und dem darin gerodeten Ort den Namen gegeben. Die Trebnitzer Nonnen aber wandelten diese slavische Bezeichnung (Bukowicz, Bukowiec, Buccovici u. ä.) in der zweiten Hälfte des 14. Jahrh. in ihren Urkunden in das deutsche Browinwalde, Frauwinfelde, Frauenwalde um, obwohl die dortige Stiftspfarrei daneben noch um die Mitte des 17. Jahrh. mit dem alten Namen Bukowice bezeichnet wird (vgl. Quellen u. Darstellungen z. schlef. Gesch. III, 127).

deutschem, Neumarkter Recht, — soweit das ohne Benachteiligung der umliegenden Güter geschehen konnte —, für 35 Mark königl. Groschen verkauft waren. Da indessen die seinerzeit hierüber ausgestellte Kaufurkunde, deren Datum nicht genannt wird, und die Peter Sedlit dem Kloster zur Aufbewahrung übergeben hatte, dort verloren gegangen sei, habe die Äbtissin Hedwig nach dem Befund der darüber im „registrum“ des Klosters gemachten Eintragung eine dem verlorenen Kaufbrief inhaltlich genau entsprechende Urkunde unter ihrem und des Konvents Siegel ausfertigen und dem Peter Sedlit aushändigen lassen.

In dieser Neuausfertigung erhalten dieser und seine Erben und Nachfolger als Schulzen des anzulegenden Dorfes 4 Freihufen, das Recht, einen Kretscham, eine Mühle mit dazugehöriger Fischerei, eine Fleisch-, Brot- und Schuhbank anzulegen, den 3. Pfennig vom Gericht und freie Hutung für 150 Schafe auf den Gütern des Dorfes mit eigenem Hirten, wofür sie dem Kloster wie dessen andere Schulzen dienen sollen. Die übrigen Dorfbewohner sollen nach 12 Freijahren von jeder der anderen auszufehenden Hufen dem Kloster jährlich 1 Vierdung Silber und 1 Malter Getreide (7 Scheffel Weizen und 5 Scheffel Hafer) zu Martini entrichten. Alle Bienenstände (*reservacula vel czenycze*¹⁾ *apum*) aber, gleichgültig, ob sie sich auf den Schulzen- oder Bauernhufen befinden, behält das Kloster sich ausdrücklich vor.

Die Bedingungen dieser Neuausfertigung der Frauenwaldbauer Urkunde entsprechen dem gewöhnlichen Inhalt der Verträge zwischen dem Grundherrschaften und dem Unternehmer oder Anleger eines Dorfes. Der Schulze erhält, wie das bei Dorfanlagen jener Zeit üblich war²⁾, für seine Mühewaltung bei der Besetzung der ihm übergebenen Anzahl Bauernhufen die 10. Hufe frei von Zehnt und Zins, also hier 4 Freihufen; und ebenso entsprechen die ihm verliehenen Nutzungsrechte, wie die ihm auferlegte Lehndienstpflicht, den auch sonst allgemein üblichen Abmachungen.

Auch die bäuerlichen Verpflichtungen sind die üblichen. Da die Kolonisten hier einen Wald roden mußten, ihre Äcker für lange Zeit aber noch nicht voll ertragsfähig waren, erhalten sie 12 Freijahre von Zins und Zehnt, nach deren Ablauf sie den gewöhnlichen Grundzins von 1 Vierdung jährlich von der Hufe zahlen und statt des Zehnten, — wie das seit der Mitte des 13. Jahrhunderts üblich

¹⁾ Wohl verderbt aus *pszczelnik*, *pszczolnik* = Bienenstand. ²⁾ Vgl. Tzschoppe und Stenzel, Urkundenammlung, S. 150 ff.

war —, 1 Malter Getreide entrichten sollen¹⁾. Ungewöhnlich ist indessen die Bestimmung über die Bienenbauten des zu rodenden Waldes, wenn es in der Urkunde heißt, „quod schultetus sepedictus, qui est vel qui pro tempore fuerit, similiter et rustici ibidem nullum penitus respectum habebunt ad mellificia infra terminos dictorum bonorum, sive sint in mansis schultecie, sive in mansis rusticorum, ubicunque existant reservacula vel czenycze apum, ea omnia et singula nobis et nostre domui ex certa nostra sciencia volumus esse salva propter cereum indeficiens sancti Bartholomei.“ Also weder der jeweilige Schulze noch die Bauern sollen auf den Bienenenertrag innerhalb der Dorfgrenzen, wo immer hier die Bienenstände sich befinden, ein Anrecht haben, vielmehr sollen diese dem Kloster wegen der ewigen Wachsterze des heiligen Bartholomäus vorbehalten sein.

Die Honigwirtschaft war im Mittelalter durch den Honigzins besteuert, der besonders häufig bekanntlich an Klöster gegeben werden mußte. Die Zeidler (mellifices, apifices) waren Bauern, Fischer oder Kossäten, die neben ihren sonstigen Geschäften die wilde Bienenwirtschaft trieben, wo immer sie in einem benachbarten Walde Bienen halten konnten. Der Zeidelzins, den sie für die Ausübung der in den Urkunden häufig als Herrenrecht²⁾ genannten Zeidelei zu entrichten hatten, wurde nach dem Umfang ihres Besitzes nach Urnen³⁾ oder Eimern bemessen.

So war das auch in den Dörfern des Klosters Trebnitz sonst üblich. Die hospites hatten nach der Urkunde von 1204⁴⁾ dem Kloster neben den anderen Abgaben eine Urne Honig nach dem Maße des heiligen Adalbert zu leisten, wenn sie 4 oder mehr Ochsen oder auch 2 Ochsen und 1 Pferd hatten, die Hälfte aber, falls sie nur 2 Ochsen oder 1 Pferd hatten⁵⁾. Und in der Urkunde vom

¹⁾ Vgl. Tzschoppe u. Stenzel, Urkundensammlung, S. 155 ff. ²⁾ Ebda., S. 62.

³⁾ Die Urne (urna = Topf), das gewöhnliche Maß für flüssige Gegenstände, war der Größe nach sehr verschieden; es gab Marktturnen, bischöfliche und erzbischöfliche (sancti Adalberti). Nach Regest Nr. 141 wurden im Jahre 1211 sechzig bischöfliche Urnen gleich 80 Marktturnen gesetzt. Das Urbar des Klosters Trebnitz von 1410 berechnet die Leistung des Honigs nach Eimern und veranschlagt einen Eimer Honig auf 1 Bierdung. — Vgl. auch Häusler, Urkundensammlung 3. Gesch. d. Fürstentums Dels, S. 23, Anm. 6.

⁴⁾ Schles. Reg. 94. Abdruck bei Häusler, Urkundensammlung, S. 23 ff.

⁵⁾ Häusler, Gesch. d. Fürstentums Dels, S. 50 f., berechnet nach der obigen Urkunde die Leistungen von 17 hospites in Trebnitz auf etwa 12 Urnen Honig, zu Redissen von 5 hospites auf etwa 3 Urnen, zu Raschen von 14 hospites auf etwa 10 Urnen, zu Bruckotzschine von 12 hospites auf etwa 9 Urnen, zu Pflaumenendorf von 7 „narochnici“ auf

Jahre 1224¹⁾ verleiht Herzog Heinrich beim Eintritt seiner Tochter Gertrud in das Kloster Trebnitz diesem 60 dannize²⁾ Honig vom Stan zu Militſch und bestimmt, daß die Zeidler zu Groß- und Klein-Lahſe, Perſchnitz, Klein Graben, Seſſowo und Meſchütz 8 dannize Honig dem Kloster geben ſollten, wenn ſie 4 Ochſen haben, und 2 dannize, wenn ſie nur 2 Ochſen halten.

Auch zahlreiche ſpättere Urkunden über die Ausſetzung von Dörfern zu deutſchem Recht zeigen, daß es allgemein üblich war, den Koloniſten die Zeidlerei, wo ſie angängig war, mitzuverleihen. In der Ausſetzungsurkunde von Dammraſch, Kr. Oppeln (vom 1. März 1309³⁾), zu deutſchem Recht wird beſtimmt, daß die Bienenbauten in dem herzoglichen Walde dem Schulzen und den Bauern gehören ſollen, wofür der Schulz jährlich an den Herzog von Oppeln 40 Poſow⁴⁾ Honig oder für das Poſow je einen Bierdung abzuführen hatte. Deſgleichen überließ derſelbe Herzog von Oppeln in der Ausſetzungsurkunde gleichen Datums von Falkowitz, Kr. Oppeln⁵⁾, den Schulzen und den Bauern zwei mellificia im herzoglichen Walde, wofür die Schulzen jährlich an den Herzog 40 Urnen Honig oder ſtatt jeder Urne einen Bierdung Silber abzugeben hatten.

Ebenſo bedingt in der Urkunde vom 24. März 1333⁶⁾ das Kloster Czarnowanz ſich aus, daß die Schulzen des wüſten Dorfes Briniſe, Kr. Oppeln, mit den von ihnen daſelbſt angeſetzten Einwohnern im erſten Jahre 20, im zweiten 30, im dritten und dann weiter 40 poſowones Honig Oppelner Maß nebst einem halben Stein Wachs jährlich an das Stift zinſen ſollen.

Maſſenhaf⁷⁾ laſſen ſich auch ſonſt allenthalben ſolche Honigzinſe belegen, die beweifen, daß die von den Slaven ſeit alter Zeit ausgeübte Zeidlerei da, wo ſie überhaupt betrieben werden konnte, auch in den Koloniſtendörfern nach deutſchem Recht den Schulzen und Bauern mitverleihen wurde.

etwa 4 Urnen, zu Rozerowo von 3 hospites auf etwa 2 Urnen, zu Zantirovo von 1 hospes auf 1 Urne, zu Groß-Märtinau von 6 hospites auf 4 Urnen usw.

¹⁾ Schlef. Reg. 277; Abdruck bei Häusler, Urkundenſammlung usw. S. 61.

²⁾ danniza von dan, der Zins, abzuleiten; danniczg = zinspflichtig; es iſt alſo, urnas zu ergänzen, wie aus Reg. 765 (1251, Apr. 26) erhellt, wo die Äbtiffin Gertrud u. a. auf dieſe dem Kloster aus der Schenkung ihres Vaters Hg Heinrichs zuſtehende Abgabe von 60 Urnen Honig verzichtet. ³⁾ Schlef. Reg. 3844

⁴⁾ Nach Cod. dipl. Sil. I, 179, iſt ein poſow (tſcheſiſch okow) gleich einer halben Urne; im Urbar von Schlawentzütz vom Jahre 1576 = $\frac{1}{6}$ Tonne = 6 Mäſel.

⁵⁾ Schlef. Reg. 3043. ⁶⁾ Schlef. Reg. 5213 und Cod. dipl. Sil. I, 33. ⁷⁾ Vgl. nur die zahlreichen Hinweiſe unter mellis urne im Sachregiſter des Liber fundationis episcopatus Vratislaviensis. Cod. dipl. Sil. XIV, 177.

Nach dem Gesagten muß es uns also als eine Ausnahme erscheinen, wenn das Kloster Trebnitz bei der Aussetzung von Nieder-Frauenwaldbau zu deutschem Recht sich die Bienenwirtschaft dort im Gegensatz zu den betreffenden Bestimmungen bei seinen anderen Klosterdörfern vorbehält.

Aber die Urkunde ist ja nicht das für den Lokator von Nieder-Frauenwaldbau ausgefertigte Original. Vielmehr wird uns in dieser Neuausfertigung erzählt, daß der ursprüngliche Kaufbrief, den die Äbtissin Hedwig dem Peter Sedlit über den zu rodenden Klosterwald ausgestellt, und den dieser dem Kloster zur Aufbewahrung übergeben hatte, dort verloren gegangen wäre, und daß deshalb die Ausstellung einer neuen Urkunde durch die Äbtissin Hedwig nach dem Inhalt der im „registrum“ des Klosters darüber gemachten Eintragung für Peter Sedlit erfolgt sei, die nach der ausdrücklichen Erwähnung mit dem Siegel der Äbtissin Hedwig und mit dem des Konvents bekräftigt wurde.

Es war im Mittelalter durchaus üblich, daß Private ihre Urkunden in den Archiven geistlicher Körperschaften hinterlegten. Aus dem von Wattenbach herausgegebenen Urkundenbuch des Klosters Czarnowanz¹⁾ ersehen wir, daß eine ganze Anzahl der aus diesem Kloster stammenden Urkunden ohne alle Beziehungen zu dem Güterbesitz des Klosters ist, und ebenso enthielt das Archiv der Zisterzienserinnen in Trebnitz eine große Zahl von Originalurkunden, die entweder keinerlei Beziehungen zu dem Stift verraten oder von diesem selbst für andere ausgestellt waren²⁾. Um so erklärlicher aber ist es, wenn also auch das Trebnitzer Klosterarchiv von seiner Umgebung als locus credibile, als sicherer Bewahrungsort für Besitztitel jeder Art angesehen wurde, daß auch Peter Sedlit als Schulze des Klosters seine von diesem stammende Besitzurkunde dort hinterlegte.

Wie kam es aber, daß in diesem sorgsamem Archiv das Dokument verloren gehen konnte? Wir erfahren aus der Erzählung nicht, wann und von wem dieser Verlust bemerkt wurde, und ebensowenig, daß Peter Sedlit um eine Aushändigung seiner Urkunde gebeten hätte. Man sollte annehmen, daß die Schilderung des Anlasses für die Neuausfertigung unserer Urkunde der Beteiligung des nächsten Interessenten an diesem Vorgang hätte Erwähnung tun müssen. Aber es heißt nur, daß man im Kloster den Kaufbrief nicht finden konnte und deshalb seine Eintragung im Register des Stifts nachsuchte.

¹⁾ Cod. dipl. Sil. I.
Zisterzienserinnen zu Trebnitz.

²⁾ Bresl. Staatsarch., Rep. 125 Urkunden der

Was wir unter diesem „registrum“, das hier für Trebnitz zum erstenmal erwähnt wird, zu verstehen haben, ist nicht ersichtlich, und es ist bedauerlich, daß wir bei dessen ausdrücklicher Erwähnung nicht mehr als die bloße Bezeichnung erfahren. Enthielt es Kopien der vom Kloster ausgehenden Urkunden oder war es ein Verzeichnis, auch des Urkundeneingangs desselben?

Wir müssen annehmen, daß die Trebnitzer Nonnen auch hier dem Beispiel anderer Zisterzienserklöster gefolgt sind. In Leubus hatte man etwa um 1260 ein Kopialbuch anlegen lassen, das die Privilegien des Klosters abschriftlich enthielt und in das in der Hauptsache wohl die dem Kloster günstigen Dokumente Aufnahme fanden¹⁾. Und das aus dem 13. Jahrhundert stammende, von Mitgliedern des Klosters abgefaßte sogenannte Gründungsbuch von Heinrichau²⁾ bezweckt im wesentlichen die Verzeichnung aller Schenkungen der Erbgüter und Rechte usw. des Stifts zum Nachweis des Rechtsgrundes, unter dem das Kloster seine Güter besaß.

Die Anlegung solcher Gründungsbücher war durch die Ordensvorschriften geboten, und mit Bezug darauf heißt es im Eingang zum Heinrichauer Liber foundationis³⁾: . . . „prudenter decretum est, libellorum conscriptione ea memorie posterorum commendare.“ Von Grüssau aber wissen wir, daß die dortigen Zisterzienser erst zu Beginn des 15. Jahrhunderts zur Anlegung eines Kopialbuchs schritten⁴⁾.

Also an der Glaubwürdigkeit der in der Urkunde behaupteten Tatsache, daß die Trebnitzer Nonnen ebenfalls ein solches „registrum“ im Gebrauch hatten, haben wir keinen Anlaß zu zweifeln. Vielmehr müssen wir aus der Mactheit dieser Erwähnung schließen, daß zum Zeitpunkt der Entstehung unserer Urkunde dessen Gebrauch schon seit längerer Zeit dort so eingebürgert und allgemein vertraut war, daß es bei dieser Erwähnung keines erläuternden Zusatzes bedurfte. Hinsichtlich seines Inhalts aber werden wir annehmen müssen, daß

¹⁾ Vgl. Doeber, Über Schles. Klosterarchioe in Zeitschr. d. Vereins f. Gesch. Schles. Bd. 13, S. 469 ff.

²⁾ Liber foundationis claustris s. Mariae virginis in Heinrichow, ed. G. A. Stenzel, Breslau 1854. Vgl. auch Schulte, Das Heinrichauer Gründungsbuch nach seiner Bedeutung für die Geschichte des Urkundenwesens in Schlesien, i. Zeitschr. d. Vereins f. Gesch. u. Alt. Schles., Bd. 34, S. 343 ff.

³⁾ a. a. D. S. 1. — Über die Entstehung solcher Diplomataria oder Kopialbücher in den Zisterzienserklöstern lese man die bei Wolff, Chronik des Klosters Pforta, Bd. I, S. 4 f., auszugsweise in deutscher Übersetzung abgedruckte Vorrede zu einem solchen Kopialbuch von Pforta aus der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts, die bei den gleichen Ursachen auch als Vorrede zu anderen Kopialbüchern gelten könnte.

⁴⁾ Doeber, a. a. D. S. 474.

nach dem Vorbild der in den genannten Zisterzienserklöstern bereits bestehenden Einrichtung auch das Trebnitzer „registrum“, ein solches Gründungsbuch¹⁾, ein Verzeichnis aller für das Kloster günstigen Dokumente gewesen sein wird²⁾. Wir wissen durch Schultes³⁾ scharfsinnige Forschungen über die Entwicklung des Urkundenwesens in Schlesien, daß, da sich hier wie in Polen bis in den Anfang des 13. Jahrhunderts Rechtsakte mündlich vor dem Herzog oder seinem Stellvertreter vollzogen und also auch für die Klöster in jener Zeit keine Gründungsurkunden ausgestellt wurden, diese frühzeitig veranlaßt wurden, ihren Besitz und ihre Rechtstitel in solchen Gründungsbüchern zur Übersicht und zum Zwecke der Verwaltung aufzuzeichnen. Gleichwohl aber haben wir allen Anlaß zu zweifeln, ob die echte Aussetzungsurkunde von Nieder-Frauenwaldau in diesem Gründungsbuch vermerkt war.

Sehen wir uns die Zeugenreihe unserer Neuausfertigung näher an, so verdichten sich unsere Zweifel. Es heißt da: „Presentibus domina Alba celleraria, Viragine priorissa, Katharina subpriorissa, Anca infirmaria, fratre Martino cellerario, fratre Petro magistro vinee, Valdcone schulteto de Zawona, Jeschco[ne] advocato de Trebnitz, Hancone Goswini.“

Dabei fällt uns zunächst die domina Alba auf, die hier vor der uns auch sonst aus Urkunden jener Zeit bekannten⁴⁾ Priorin Virago in der Zeugenreihe den Vortritt hat. Das Amt der Kellermeisterin, das sie bekleidet, gibt zu dieser Bevorzugung keinen Anlaß, also muß es wohl ihre durch die Benennung domina angedeutete hohe Geburt gewesen sein, die der Kellermeisterin den Rang vor der Priorin verschaffte. Aber wir suchen vergeblich; die hochgeborene Alba erscheint uns sonst in keiner anderen Urkunde, obwohl wir doch gerade über die Trebnitzer Nonnen gut unterrichtet sind⁵⁾. Man könnte annehmen, daß hier ein Schreibfehler „Alba“ statt „Anna“⁶⁾ vorliegt, da eine Kellermeisterin Anna uns sowohl in der Urkunde vom 30. Dezember 1338⁴⁾ wie in der vom 2. Dezember 1341⁴⁾

¹⁾ Vgl. Schulte, Kostenblut. Zeitschr. d. Vereins f. Gesch. Schlef. Bd. 47, S. 220 ff. ²⁾ Doebner, a. a. O. S. 475, ist der Ansicht, daß alle diese Kopialbücher, einmal angelegt, keine regelmäßige Fortsetzung erfuhren, sondern es der Zukunft überlassen blieb, daß „meist nach Jahrhunderten eine ordnende Hand das aufgehäuften Material bearbeitete“.

³⁾ Schulte a. a. O. S. 217 ff. ⁴⁾ Vgl. die Urff. vom 30. Dez. 1338 (Reg. 6190) u. vom 2. Dez. 1341 bei Häusler, Urkundenammlung usw. S. 158. ⁵⁾ Vgl. das Ämterverzeichnis derselben bei Häusler, Gesch. d. Fürstent. Dels, S. 325 ff. ⁶⁾ Eine domina „Ofca“ als Trebnitzer Nonne ist nicht nachweisbar. Hggin. Euphemia war von vor 1338 bis 1366 die Gattin Hgg. Konrads I. v. Dels (Grotef. V, 25).

begegnet, die beide zweifellos echt sind. Aber diese Anna war nicht von so hoher Geburt, daß sie — wie die angezogenen Urkunden zeigen — vor der Priorin rangieren konnte. War also die domina Alba wirklich Trebnitzer Nonne, so kann sie es nur ganz kurze Zeit gewesen sein, und die dort als Kellnermeisterin fungierende Anna hätte ihr Amt vorübergehend abtreten müssen. Aber, so sehr wir auch suchen, dieser Alba vermögen wir nicht auf die Spur zu kommen.

Unbekannt als Unterpriorin ist uns sonst auch die uns hier als solche bezeugende Katharina¹⁾ und als Siedenmeisterin finden wir in den beiden Urkunden vom 30. Dezember 1338 und vom 2. Dezember 1341 Dobroska, die also auch vorübergehend ihr Amt an die hier als infirmaria genannte Anca abgetreten haben mußte.

Br. Martin und Br. Peter dagegen sind für diese Zeit in ihren Ämtern auch sonst in Urkunden bezeugt, desgleichen Baldo als Schulze von Schawoine, Kreis Trebnitz. Der hier genannte Trebnitzer Erbvogt Jescho aber kaufte nach der hierüber von der Äbtissin Hedwig eigens ausgestellten Urkunde vom 2. Dezember 1341 seine halbe Vogtei in Trebnitz erst an diesem Tage von Wernher²⁾, dem einen der beiden Brüder, die bisher dort die Vogtei besaßen. Wenn Jescho aber bereits im März 1340 in der Zeugenreihe als Vogt von Trebnitz genannt wird, liegt also eine offenbare Unrichtigkeit vor, oder aber wir müßten uns zu der wenig wahrscheinlichen Annahme entschließen, daß nur die Auflassung dieses Kaufes sich um 1³/₄ Jahre verzögert hatte.

Der letzte Name schließlich in unserer Zeugenreihe, Hanco Goswini, ist in den Trebnitzer Urkunden nur durch diese eine Erwähnung belegt, und wird, da er hier ohne Berufsbezeichnung gegeben ist, sich unter dem bloßen Hanco oder Johann schwerlich sonst identifizieren lassen.

Als Ergebnis dieser Untersuchung der Zeugnennamen finden wir also Widersprüche, die sich gegenüber den gleichzeitigen Zeugnennamen in anderen Trebnitzer Urkunden nicht anders erklären lassen, als daß unsere Urkunde erst zu einer späteren Zeit geschrieben sein kann, und daß man bei der Niederschrift der Zeugenreihe in der Auswahl der rechten Namen bzw. der Amtsbezeichnungen nicht sorgfältig genug war und darum Fehler machte. Es erhellt weiter

¹⁾ In der Urk. v. 30. Dez. 1338 ist Talsa u. bei der allerdings erst am 23. März 1355 erfolgten nächsten urkundlichen Erwähnung Margareth v. Pannwitz als Unterpriorin genannt.

²⁾ Bis zum 2. Dez. 1341 besaßen die Trebnitzer Erbvogtei die Gebrüder Wernher u. Gregor, die an diesem Tage erst jeder eine halbe Vogtei verkauften, und zwar Wernher an Jesco u. Gregor an Hermann. Vgl. Häusler, Urkundensammlung usw., S. 157.

daraus, daß die ursprüngliche Aussetzungsurkunde von Nieder-Frauenwaldbau nach dem Original im Register des Klosters nicht vermerkt gewesen sein kann, denn sonst wären diese Widersprüche in der Zeugenreihe unerklärlich. Und wir müssen der Erzählung in der Neuausfertigung, daß dieses von Peter Sedlit dem Kloster zur Aufbewahrung übergebene Original dort verloren gegangen war, aus demselben Grunde Glauben schenken.

Sei es nun, daß das Kloster nur ein neues besiegeltes Zeugnis für seine Rechtstitel auf Nieder-Frauenwaldbau haben wollte, oder sei es, daß die Äbtissin in dieser neuen Urkunde die Ansprüche ihres Klosters verbessert wissen wollte — wie uns die Bestimmung über die Bienenwirtschaft vermuten läßt — in jedem Falle muß es als wünschenswert erschienen sein, dieser Neuausfertigung das ehrwürdige Gepräge des Alters zu verleihen. Denn was hätte sonst für ein Grund bestanden, diese neue Lokationsurkunde unter dem Namen der längst verstorbenen Äbtissin Hedwig und nach der Erzählung im Text unter ihrem Siegel ausgehen zu lassen, wenn sie dadurch den Nachlebenden nicht um so glaubwürdiger erscheinen sollte. Die Äbtissin Hedwig, die Ausstellerin der rechten Aussetzungsurkunde von Nieder-Frauenwaldbau, mußte es sein, von der Peter Sedlit, der Lokator, seine mit der späteren Eintragung im Klosterregister gleichlautende neue Urkunde entgegennahm. Wenn aber dieser selbst mit seinem neuen Rechtsdokument zufrieden war, wer anders von den Nachlebenden konnte es wagen, daran zu deuteln.

Aber der bestellte Schreiber dieser neuen Urkunde hatte nicht die Fähigkeit, den Duktus der Schrift seiner Zeit zu verleugnen, die nach dem Vergleich mit zahlreichen, dem Ausgang des 14. Jahrhunderts angehörenden Urkunden des Zisterzienserinnenklosters Trebnitz¹⁾ deutlich deren Charakter zeigt. Und über die Schwierigkeit, daß ein Siegelstempel der verstorbenen Äbtissin Hedwig nicht mehr vorhanden war, half man sich in naiver Weise hinweg, indem man einfach das Siegel der zurzeit regierenden Äbtissin Katharina (II.) an der neuen Urkunde neben dem unveränderten Konventsiegel²⁾ befestigte.

Beide Äbtissinnensiegel haben die gleiche spitze Form mit der Mutter Gottes und dem Christuskind in der Siegelfläche, so daß dem flüchtigen Beschauer trotz der sonst vorhandenen Ab-

¹⁾ Bresl. Staatsarch., Rep. 125. ²⁾ Das runde Konventsiegel zeigt sowohl zur Zeit der Hedwig, wie der Katharinas (II.) im Bilde Maria mit dem Kinde, dem, eine knieende Gestalt, wohl die heil. Hedwig, die Kirche Trebnitz überreicht. Umschrift † S. COVENTVS . D. TREBNICZ .

weichungen derselben kaum ein Verdacht kommen konnte. So hat denn auch der Breslauer Rat, der am 28. April 1514 auf Wunsch des Klosters Trebnitz ein Vidimus¹⁾ dieser Urkunde ausstellte, sich täuschen lassen, was uns bei dem Fehlen des Vergleichsmaterials und angesichts der Druckstelle in der Legende beim Namen der Äbtissin nicht verwunderlich zu erscheinen braucht. Aber auch Heyne²⁾ und Tzschoppe und Stenzel³⁾ haben das Siegel für das der Äbtissin Hedwig gehalten, und selbst Häusler⁴⁾, den dessen Legende stutzig machte und der doch genug Vergleichsmaterial zur Hand hatte, begnügt sich bei der Siegelbeschreibung mit einem sic!

Die Umschrift dieses sonst wohl erhaltenen Siegels, in der der Name der Äbtissin, wie erwähnt, absichtlich durch Eindrücken unleserlich gemacht werden sollte, läßt sich indessen mit Sicherheit als † S.' SORORIS · KATHER · ABBE · D.' TREBNICZ · lesen, während die Legende im Siegel der Hedwig † S.' SORORIS · HEDWIG' · ABBE · D' TREBNICZ · lautet⁵⁾.

Auch sonst sind bei näherem Vergleich die Siegel der beiden Äbtissinnen sehr verschieden.

Auf Hedwig, die geborene Herzogin von Glogau⁶⁾ und die achte Äbtissin von Trebnitz, folgten im Jahre 1348 Agnes, Herzogin von Cosel und Beuthen⁷⁾, die im Jahre 1362⁸⁾ starb. Ihre Nachfolgerin war deren Schwester Katharina (I.), die als 10. Äbtissin dem Kloster Trebnitz bis zum 7. Februar 1372 vorstand⁹⁾. Die ihr folgende 11. Äbtissin war die Herzogin Katharina (II.), die Tochter des Herzogs Ludwigs I. von Lüben und Brieg¹⁰⁾, die für die nächsten drei Jahrzehnte (bis 1404) das Kloster als Äbtissin regierte.

Ihrer Zeit entstammt — wie der Schriftvergleich ergab — unsere Urkunde, deren Siegel ebenfalls mit denen der sämtlichen zum Vergleich herangezogenen Urkunden genau übereinstimmt. Die Jungfrau Maria mit dem Christuskinde auf dem Arm erscheint hier überall in einem breiten, sehr reich geschnitzten, gotischen Gestühl, während das viel schmalere gotische Gestühl im Siegel der Hedwig nur in einfachen Linien und mehr umrißartig geschnitten ist¹¹⁾.

Kommen wir zum Schluß. Die hier vorliegende offenbare

¹⁾ Bresl. Staatsarch. Rep. 125, Nr. 681. ²⁾ Heyne, Gesch. d. Bist. Breslau I, 929. ³⁾ S. oben S. 125 Anm. 1. ⁴⁾ Urkundensammlung zur Gesch.

d. Fürstent. Dels, S. 156. ⁵⁾ Vgl. die Siegelbeschreibung im Cod. dipl. Sil. XXX, Nr. 6190. ⁶⁾ Grotefend, Stammtafeln II, Nr. 20. — Sie starb am

8. Juli 1348. ⁷⁾ Ebenda V, 27. ⁸⁾ Nekrolog. Lubense bei Wattenbach, S. 42. ⁹⁾ Häusler, Gesch. d. Fürstent. Dels, S. 320. ¹⁰⁾ Grotefend,

Stammtafeln IX, S. 47, Nr. 14. ¹¹⁾ Bresl. Staatsarch. Rep. 125, Nr. 176.

Fälschung ist in ihrer Art nichts Besonderes. Häusler¹⁾ hat nachgewiesen, daß die Äbtissin Katharina zum Besten ihres Klosters auch sonst vor Urkundenfälschungen nicht zurückschreckte, wenn es an den gewünschten Beweisen für Rechtsansprüche derselben mangelte. So wies das Kloster am 12. März 1398 vor dem Hofgericht in Breslau seine Gerichtsbarkeit über Kottwitz, Kreis Trebnitz, nach, wahrscheinlich durch Vorlegung der zweifellos gefälschten Urkunde Herzog Heinrichs I. vom 10. Juni 1208²⁾, die dann später von König Wenzel unterm 8. August 1404 wörtlich transsumiert und bestätigt wurde. Und weitere Beispiele aus den letzten Regierungsjahren dieser Äbtissin sind dafür vorhanden, daß das Kloster kurz vorher fabriizierte, aber in frühere Zeit zurückdatierte Urkunden sich durch Notare vidimieren, bzw. vom Könige bestätigen ließ³⁾.

Sei es nun, daß die Trebnitzer Nonnen in vielen solcher Fälle ein wirkliches Anrecht auf das beurkundete Objekt hatten, ihr Zeugnis dafür aber verloren gegangen oder nicht mehr beweiskräftig war, so stellten sie bona fide diese Urkunden neu her und griffen, wo sie kein anderes Beglaubigungsmittel zur Hand hatten, zum Siegel der eigenen Äbtissin.

Sie stehen damit nicht vereinzelt da. Neuausfertigungen von Urkunden durch den gleichen Aussteller oder einen seiner späteren Nachfolger auch mit Zusätzen in der Weise, als ob diese bereits in der alten Urkunde gestanden hätten, waren im Mittelalter nichts Seltenes⁴⁾. Solche Zusätze aber zum Erwerb von Rechten, die der früheren Urkunde fehlten, dürfen uns nicht dahin führen, den ganzen Inhalt der neuen Urkunde als Fälschung zu verdächtigen, wenn keine gewichtigen Gründe dafür vorhanden sind.

Anhang.

[In nomine domini amen. Nos Hedwigis miseratione diuina abbatissa Trebnicensis, Cisterciensis ordinis, dyocesis Wratislaviensis, notum facimus vniuersis presentibus et futuris, quibus presens scriptum nosse fuerit oportunum, quod de communi conuentus nostri consilio atque consensu, prouida deliberacione inter nos prehabita, cupientes condicionem nostre domus effici

¹⁾ Gesch. d. Fürstent. Dels, S. 320 f. ²⁾ Abdruck bei Häusler, Urkunden-sammlung, S. 43. Vgl. auch Schlef. Reg. 128. ³⁾ Vgl. Cod. dipl. Sil. VII,

Regg. 106, 123, 124, 125, 128, 272, 285, 505; vgl. ferner die zahlreichen von Schulte angeführten Trebnitzer Fälschungen in Zeitschrift Bd. 47, 227 ff. u. Bd. 48, S. 309 ff. ⁴⁾ Vgl. Oswald Redlich, Die Privaturkunde des Mittelalters, München u. Berlin 1911, S. 145 ff.

meliorem, quadraginta mansos nostre silwe, que Bukcovina dicitur in wlgari, si ibi fieri et in mensura haberi possunt absque preiudicio aliorum bonorum nostrorum circumiacencium, prouido viro Petro dicto Sedlik pro triginta quinque marcis grossorum regalium venditam in registro nostro invenimus; quia literam super eadem vendicione et empcione nobis per eundem Petrum Sedlik ad reseruandam (!) traditam, quam ꝑcum inuenire nequiuimus, sibi presentem scribi et dari mandauimus iuxta tenorem literę amisse, secundum quod in registro continebatur, quos quidem mansos ipse Petrus Sedlik iure theuthonico collocabit eo videlicet iure, quo ciues Nouifori pociuntur, taliter tamen, quod idem Sedlik quatuor mansos liberos, tabernam, molendinum cum piscina et piscibus, macellum carniū, scampnum panum et sutorum, terciū denarium de iudicio prouenientem, centum et quinquaginta oues depascendas in bonis memoratis proprio cum pastore, hec omnia libera ipse Petrus Sedlik et sui heredes atque legitimi successores perpetuis temporibus possidebunt; seruiet enim nobis idem Petrus et sui successores sicut alii schulteti nostri seruire nobis consueuerunt, incole vero eiusdem ville duodecim annis libertatem obtinebunt, qua cessante nobis et nostre domui vnum fertonem argenti et vnam malderatam annonarum, videlicet septem mensuras siliginis et quinque auene, de quolibet manso singulis annis omni festo beati Martini episcopi dare et soluere tenebuntur omni sine contradiccione, tali condicione lucide adiecta, quod schultetus sepedictus, qui est uel qui pro tempore fuerit, similiter et rustici ibidem nullum penitus respectum habebunt ad mellificia infra terminos dictorum bonorum, siue sint in mansis schultecie siue in mansis rusticorum, vbicunque existant reseruacula uel czenycke apum, ea omnia et singula nobis et nostre domui ex certa nostra sciencia wolumus esse salua propter cereum indeficiens sancti Bartholomei. Nos vero dictam vendicionem atque empcionem, prout in registro invenimus esse veram, hanc quoque gratam et ratam habentes ipsam presentis scripti patrocinio et sigilorum nostri et conuentus munimine fecimus roborari. Actum Trebnicz quinto kalendas aprilis anno domini millesimo trecentesimo quadragesimo. Presentibus domina Alba celleraria, Viragine priorissa, Katherina subpriorissa, Anca infirmaria, fratre Martino cellerario, fratre Petro magistro vinee, Valdcone schulteto de Zawona, Jeschco[ne] aduocato de Trebnicz, Hancone Goswini et aliis multis.

VII.

Das Chronicon Polono-Silesiacum.

Von

Ernst Maetschke.

Die älteste schlesische Geschichtsquelle, die *Chronica Polonorum*, wie sie Sommersberg (*Siles. rer. script.* I, 1—13), Stenzel (*Script. rer. Siles.* I, 1—32) und Ewiflinski (*Monum. Polon. hist.* III, 578—656), oder besser das *Chronicon Polono-Silesiacum*, wie sie Arndt (*Monum. German. hist.* XIX, 553—570) nennt, ist im Gegensatz zur *Cronica principum Polonie*, der W. Schulte in Bd. I der *Darst. u. Quell. z. schles. Geschichte* eine eingehende Untersuchung gewidmet hat, nicht allzu häufig in der Literatur behandelt worden. Die Urhandschrift ist wohl verloren, doch haben sich 3 Abschriften erhalten, die Rhedigerana im Breslauer Stadtarchiv (I) vom Jahre 1359, welche Stenzel für seinen Abdruck benutzte, die Fürstensteiner Handschrift (II), auch aus dem 14. Jahrhundert, die Arndt für seine Ausgabe hinzuzog, und die Königsberger Handschrift (III) aus dem 15. Jahrhundert, die Ewiflinski seiner Ausgabe zugrunde legte.

Daß die Königsberger Handschrift, obwohl die späteste, der Urhandschrift am nächsten steht, wie Smolka¹⁾ behauptet, erscheint zum mindesten sehr zweifelhaft. Der zum Teil bessere Text läßt sich einerseits daraus erklären, daß der Abschreiber besser Latein konnte, bzw. eine Abschrift des Radlubek zur Einsicht und zum Vergleich hatte, auch hat er noch eine ältere, dem *Chronicon* unbekannte Chronik benutzt, die drei Stellen aber, die die Königsberger im Gegensatz zu den beiden andern Handschriften hat, dürften, wenn das Smolka auch nicht Wort haben will²⁾, sich doch als Interpolationen des deutsch-feindlich gesinnten Abschreibers erweisen, denn die erste sucht die Nachricht, daß Otto III., den Herzog Mesiko zum Lehnsmanne Deutschlands machte³⁾, zu vertuschen, die zweite ver-

¹⁾ *Zeitschr. d. Vereins f. Gesch. u. Altert. Schles.* XII, 454 ff. ²⁾ *Ebda.* S. 462. „Als spätere Interpolationen des ursprünglichen Textes des Chr. Pol. Sil. sind diese Stellen keineswegs anzusehen.“ ³⁾ Vgl. unten S. 144.

herrlicht Kasimir I., der mit göttlicher Hilfe das polnische Reich vor überlegenen Gegnern rettete, die dritte will zeigen, wie Peter Wlast, der treue Diener seines Herrn, durch die Hinterlist und den Ehrgeiz der deutschen Gemahlin Wladislaws II., einer Babenbergerin, Agnes, genannt „Schlange“ (ymmo verius anguis), geblendet worden ist, worauf sich ganz Polen erhoben und sie und ihren schwachen Gemahl vertrieben hat¹⁾.

Der Königsberger Handschrift stand endlich eine verloren gegangene nahe, die, wie Schulte glaubhaft macht, von dem Verfasser der Cronica princ. Polon. benutzt worden ist²⁾.

Es entsteht nun die Frage: Können wir aus den drei Abschriften irgendwelche Schlüsse auf die Urhandschrift und ihren Verfasser ziehen, auf die Zeit, wann er begonnen oder das Werk abgeschlossen hat? Stenzel, Lorenz, Zeisberg und Schulte nahmen an, daß der Verfasser Ende des 13. oder Anfang des 14. Jahrhunderts sein Werk beendet hat. Stenzel macht auch auf eine Eigentümlichkeit des Werkes aufmerksam, daß nämlich die Geschichte der Piasten bald nach der Erwähnung vom Tode Heinrichs II. in der Schlacht bei Wahlstatt (1241) noch einmal von Wladislaw II. an in verkürzter Form wiederholt wird, das aber „könnte leicht dem Abschreiber zur Last fallen“³⁾. Schulte vermutet ferner, daß das Werk in Leubus entstanden sei⁴⁾. Bei näherem Zusehen ergibt sich, daß die Wiederholung einen bestimmten Zweck hat. Der Verfasser hat nämlich aus dem Vorhergehenden unter Hinzufügung einiger Zusätze nur ausgezogen, was auf Schlesien Bezug hat, so daß der von Urndt gewählte Name Chronicon Polono-Silesiacum im eigentlichen Sinne zutrifft, da sich die allgemein polnische Geschichte zu einer rein schlesischen verengt. Ist nun dieser Auszug von dem Verfasser der vorangehenden polnischen Chronik selbst gemacht worden? Einige gröbere Mißverständnisse, die dem ersten Verfasser nicht gut unterlaufen konnten, sprechen dagegen. So wird in der ersten Fassung von Boleslaw dem Langen gesagt, daß er mit einem gewaltigen Heere seines Schwagers, des Kaisers, nachdem er von seinem Sohne Jaroslaw und seinem Bruder Mesko von Ratibor vertrieben worden war, zurückkehrte zur Burg Lähn und Liegnitz⁵⁾ erbaute (cum valido exercitu rediit ad castrum Len et Legnicz edificavit⁶⁾). Der

¹⁾ Zeitschr. d. Vereins f. Gesch. Schlef. XII, 460 u. M. Pol. III, 617, 622, 628 u. 631. ²⁾ Darst. u. Quell. I, 165 ff. ³⁾ Script. rer. Siles. I. Vorrede IX.

⁴⁾ Zeitschrift „Oberschlesien“ IV, 632. ⁵⁾ Der Verf. meint offenbar die Burg und nicht die Stadt Liegnitz. ⁶⁾ M. Pol. III, 637. Script. rer. Siles. I, 17. M. Germ. SS. XIX, 563.

Auszug macht daraus: der Kaiser schickte ihn mit großem Aufwand von (Kriegs)gerät und Truppen zurück, um seine Herrschaft wieder zu gewinnen; dieser kam und erbaute die Burgen Lähn und Liegnitz (*imperator cum magno apparatu rerum et exercitus illum ad propria requirenda remisit, et veniens edificavit castra Len et Legnicz*)¹⁾, was kaum richtig ist, da die Burg Blan (Lähn) schon in der Schutzhurkunde Innozenz' IV. für das Breslauer Bistum vom Jahre 1155 erwähnt wird. Bald darauf findet sich ein weiterer Fehler in dem Auszug. In der ersten Fassung wird in unklarer Ausdrucksweise gesagt, daß nun Kasimir II., der Bruder Wladislaws II. und Oheim Mesikos I. von Ratibor, sich einmischte und letzterem das Land Ratibor und Jaroslaw, der zum Bischof ordiniert war, das Neiße Territorium anwies; vom Vater gewann er (nämlich Jaroslaw) auf Lebenszeit das Herzogtum Oppeln²⁾. Das wird in dem Auszuge so geändert, daß von Kasimir gar nicht gesprochen wird. Boleslaws Gegner bitten um Frieden, und Mesiko wurde allein mit dem Ratiborer Territorium abgespeist, Jaroslaw erhält das Oppelner Herzogtum auf Lebenszeit und, als er dann zum Bischof ordiniert war, erlangte er für sich und den heiligen Johannes (das ist das Breslauer Bistum) die Neiße Provinz³⁾. Hierdurch werden die Erwerbungen Jaroslaws zeitlich verschoben. Wir können also daraus den Schluß ziehen, daß der Auszug von einem andern als der erste Teil angefertigt worden ist, dieser andere stellte sich nun die neue Aufgabe, nur das, was die schlesi'schen Papiere anging, aus dem Vorhergehenden zusammenzustellen, wobei ihm einige Flüchtigkeiten untergelaufen sind, und dann setzte er etwas ungeordnet das Ganze für seine Zeit fort. Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß dieser Fortsetzer ein Leubuser Mönch war. Besonders gut ist er mit den Begräbnisstätten der fürstlichen Personen in Leubus und Trebnitz bekannt, die Stelle, wo er über die Gründung von Leubus spricht, macht den Eindruck, als ob ihm der Leubuser Stiftungsbrief von 1175 bekannt war, wenigstens klingt der etwas ungewöhnliche Ausdruck *Tunc Boleslaus in situ castri Lubes*

¹⁾ M. Pol. III, 646. Script. rer. Siles. I, 24. M. Germ. SS. XIX, 566.

²⁾ Quod videns Casimirus se interposuit et fratri Boleslai Mesiconi terram Ratiborgensem consignavit... et Jeroslao episcopo ordinato territorium Nisense, a patre obtinuit ac tempore vite sue ducatum Opolie... M. Pol. III, 637. Script. rer. Siles. I, 17. M. Germ. SS. XIX, 563.

³⁾ Adversarii ejus... treugas expetunt... et... Mesico, frater ejus, ratus de solo Ratiburgensi territorio Jeroslaus Opoliensem ducatum tempore vite sue adeptus et deinde episcopus ordinatus a patre Nysensem provinciam sibi et sancto Johanni asscutus M. Pol. III, 646. Script. rer. Siles. I, 24. M. Germ. SS. XIX, 566.

coenobium Cysterciensis ordinis construxit, ad quod fratres de clauistro Portam supra Salam . . . advexit an die Stelle im Stiftungsbriefe „Igitur . . . sanctos dei monachos adductos de Portensi cenobio, quod est in Theotonia super Salam, collocavi in locum, qui dicitur Lubens et est in antiqui castris sinu ziemlich stark an, so daß sie wohl dem Fortsetzer zur Vorlage gedient haben kann. Endlich scheint auch die deutliche Abneigung gegen Herzog Boleslaw II. von Liegnitz, den unruhigen Nachbar des Klosters, und im Gegensatz dazu die Vorliebe für Heinrich den Bärtigen, die heilige Hedwig und Heinrich II. nach Leubus zu weisen. Der Verfasser des ersten Theils der Chronik hat noch weniger Spuren zurückgelassen, doch scheint auch er ein Leubuser Mönch gewesen zu sein, worauf auch seine Abneigung gegen Boleslaw II. und wohl auch gegen Bischof Jaroslaw, wie Schulte vermutet¹⁾, hinweisen. Eine Merkwürdigkeit, auf die Stenzel aufmerksam macht, bedarf auch noch einer Erklärung, daß der erste Verfasser nichts von der Heiligpredung der Herzogin Hedwig erzählt, welche doch bereits im Jahre 1267 erfolgte²⁾. Ein Grund dafür ist nicht erkennbar, doch kann sich das so erklären, daß der erste Verfasser mit seiner Arbeit nicht bis zum Jahre 1267 gekommen ist, denn niedergeschrieben hat er die Ereignisse seiner Zeit erst nach dem Jahre 1267, da er die Herzogin Hedwig stets als sancta oder beata bezeichnet. Auf die Nachricht von dem Tode Heinrichs II. in der Schlacht bei Wahlstatt (1241) folgen nämlich nur noch zwei kurze Absätze: im ersten wird die verderbliche Rolle, die Boleslaw II., der Kahle, nach seines Bruders Tode gespielt hat, gekennzeichnet, im zweiten das Schicksal Arakaus bis zum Tode Vestkos 1285 geschildert. Den ersten Absatz hat jedenfalls der Fortsetzer schon vorgefunden, da der Anfang dort Cumque tempestate semota³⁾ in seiner Zusammenfassung in dem Satze cum hac tempestate submota⁴⁾ anklingt. Danach wäre der erste Teil zwischen 1267 und 1285 geschrieben worden. Für die Fortsetzung wird am Ende des 13. Jahrhunderts, wie schon Stenzel und Schulte annahmen⁵⁾, festzuhalten sein. Dafür spricht die Schlußbemerkung, daß man über die Wittresse des 1278 verstorbenen Boleslaw noch viel rede⁶⁾, endlich eine bissige Bemerkung

¹⁾ Oberjchlef. IV, 629. ²⁾ Script. rer. Siles. I, Vorrede IX. ³⁾ M. Pol. III 643. Script. rer. Siles. I, 22. M. Germ. SS. XIX, 565. ⁴⁾ M. Pol. III, 651. In Script. rer. Siles. I, 28 lautet die Stelle: Cumque hac tempestate recesserunt. M. Germ. SS. XIX, 568. ⁵⁾ Script. rer. Siles. I, Vorrede VIII. ⁶⁾ Ebd. 32. M. Pol. III, 656. M. Germ. SS. XIX, 570.

über die Söhne Peregrins von Wisenburg, Gebhard und Timo¹⁾, von denen ersterer als Zeuge in einer Urkunde, die etwa ins Jahr 1289 zu setzen ist, letzterer 1268 als Zeuge erwähnt, wohl schon Anfang 1279 tot war²⁾, erwähnt wird.

Größere Schwierigkeiten als diese Feststellungen macht uns die Frage, ob der, oder, wie ich annehme, die beiden Verfasser Deutsche oder Polen gewesen sind. Dies um so mehr, als Stenzel behauptet: „Unstreitig war er ein Deutscher“³⁾, während Schulte ihn als Gegner der Deutschen ansieht, weil 1. die gelegentlichen Angaben über die deutsche Besiedlung dem deutschen Wesen nicht günstig genannt werden können, 2. die Schilderung der Schlacht bei Hundsfeld zwar dem Radlubek entlehnt ist, aber eine gegen die Deutschen gehässige Gestalt angenommen hat, 3. ebenso ungünstig für die Deutschen die Erzählung von Boleslaws dreimaligem Überfall Breslaus mit einem Haufen räuberischer Deutschen ist⁴⁾. Es ist klar: einer der beiden kann nur Recht haben, auch wird durch die Annahme von zwei Verfassern die Frage, freilich nur scheinbar, noch verwickelter. Vielleicht können wir am schnellsten zur Klarheit kommen, wenn wir zunächst einmal feststellen: Welches Ziel hat sich der erste Verfasser gesteckt, wie denkt er über die Ausführung seiner Aufgabe? Darüber spricht er sich nun in der Vorrede oder Einleitung zu seinem Werk mit voller Deutlichkeit folgendermaßen aus:

„Zweierlei Ziele — das ist die Meinung vieler — haben gewisse Geschichtsschreiber oder Kompilatoren im Auge:

Sie wollen nämlich entweder ihr literarisches Wissen zeigen, oder ihre eigene Nation oder ihr Land hervorheben und andere Nationen und Länder herabsetzen. Die erste Gruppe richtet ihr Augenmerk auf einen gewichtigen Stil, um den Schülern wie Ungebildeten zu imponieren, und strebt danach, daß die späteren Geschlechter mehr sie selbst als ihre Volksgenossen im Gedächtnis behalten, doch scheint es so, als ob sie nur Worte und Thaten zur Nachahmung für Idealisten aufgezeichnet hat. Die andere Gruppe richtet wieder ihr Augenmerk nur darauf, das, was ihre Nation jemals Erfolgreiches geleistet, mit glänzenden Worten zu verherrlichen, aber mit Stillschweigen zu übergehen oder zu vertuschen, was

¹⁾ M. Pol. III, 648. Script. rer. Siles. I, 26. M. Germ. SS. XIX, 567 occiso . . . fideli . . . Peregrino de Wysenburg, patre Gebhardi et Tymonis, qui patris imitatores non fuerant. ²⁾ Reg. Nr. 2057, 1230, 1594, 1589.

³⁾ Script. rer. Siles. I, Vorrede VI. Woher Arndt die Nachricht hat, daß Stenzel der Meinung war, der Verfasser sei ein Pole gewesen (M. Germ. XIX, 553), konnte ich nicht feststellen. ⁴⁾ Darst. u. Quell. I, 51 ff. Ich habe oben die wichtigsten Einwürfe Schultes numeriert und ihre Reihenfolge verändert, indem ich 2. vor 3. gesetzt habe, weil der 3. Vorwurf den nach meiner Meinung 2. Verfasser trifft.

ihr mißglückte, oder was verabscheuungswürdig war, dagegen das eifrig aufzusuchen, was zur Herabsetzung des andern Volkes dienen kann, und zwar nicht aus Wahrheitsliebe, sondern aus Haß, und so wird sie zur Sklavin ihrer eigenen Scheelsucht oder der ihrer Volksgenossen. Daher habe ich mich in der Absicht, nur die Genealogie ihrer Fürsten darzustellen, bemüht, aus den Chroniken der Lechen oder Polen — Lechen wurden die Polen genannt, weil sie in Kriegen weniger ihre Kräfte als Lug und Trug anwendeten — zur Kenntniss schlichter Leute nur das auszu ziehen, was nach dem Urtheil oder der Aussage mehrerer glaubwürdig war, und in einfachem Stil kurz der Reihe nach zu erzählen“¹⁾).

Wir sehen schon aus diesen wenigen Worten, ein Dummkopf kann dieser Mann nicht gewesen sein, denn er erkennt mit klarem Blick die Schwächen der polnischen Geschichtsschreibung seiner Zeit: auf der einen Seite den literarischen Ehrgeiz, der die Chronisten dazu verführte, der gefälligen Form die Wahrheit und Genauigkeit zu opfern, auf der andern ihre nationalistische oder chauvinistische Einstellung, Schwächen, die vielfach selbst von neueren Forschern nicht klar genug erkannt worden sind. Daß er dabei die polnische Geschichtsschreibung im Auge gehabt hat, zeigt nicht bloß der Zusammenhang, sondern auch die hier angefügte Charakteristik der Lechen (*Lechitae*, wie er sie mit Vorliebe nennt)²⁾. Es fällt uns schwer zu glauben, daß das ein Pole geschrieben haben sollte. Ja, aber nach Schulte sind die Angaben über die deutsche Besiedlung äußerst dürftig und dem deutschen Wesen nicht einmal günstig. Fragen wir uns zunächst: Wann wird der Schriftsteller, der sich vorgenommen hat, nur die Genealogie der Landesfürsten darzustellen, auf Ereignisse wie die deutsche Kolonisation eingehen? Doch nur dann, wenn die Fürsten diese begünstigten oder zu verhindern suchten. Das ist nun der Fall. Die Chronik schildert uns den Gegensatz in der Familie der schlesischen Piasten zwischen dem deutschfeindlichen Konrad und dem deutschfreundlichen Heinrich I., dem Bärtigen, sie weist ferner abschließend auf die bedeutende Siedlungstätigkeit Heinrichs III. von Breslau hin, der dem Sohne „das ganz vorzüglich besiedelte Breslauer Land“ hinterließ, um das denselben „wegen seines Reichthums infolge dieser Besiedlung“ der Oheim Boleslaws II. von Liegnitz beneidete³⁾. Wenn das, wie ja

¹⁾ Script. rer. Siles. I, 1/2. M. Pol. hist. III, 604/05. M. Germ. SS. XIX, 555.

²⁾ Cronica Lechitarum nennt der Abschreiber von II das ganze Werk. Script. rer. Siles. I, 32.

³⁾ Henricus IV. adhuc puer Wratislaviensis terre per optime locate gubernacula suscepit . . . cui propter terram opulentam, quam pater pueri bene locaverat, Boleslaus Legnicensis invidens M. Pol. III, 655.

auch Schulte annimmt, ein Leubuser Mönch schrieb, dann war es um so höher einzuschätzen, denn wie B. Seidel in seiner eingehenden Untersuchung über die Leubuser Wirtschaft nachweist, sahen die Mönche entsprechend ihren Ordenssätzen während des ganzen 13. Jahrhunderts als ihre Hauptaufgabe die Anlegung von Wirtschaftshöfen (nicht Bauerndörfern) an, die sie mit Hilfe ihrer Laienbrüder und der Arbeiter der benachbarten polnischen Dörfer bewirtschafteten¹⁾. Selbst nach dem Mongoleneinfall „war man in Leubus noch entschlossen, die Höfewirtschaft . . . aufrecht zu erhalten und nur bei zwingender Notwendigkeit die in Aussicht genommene Kolonisation wirklich auszuführen. Diese Notwendigkeit stellte sich am Anfang des 14. Jahrhunderts ein“²⁾. So können die älteren Klosterbrüder, und zu ihnen werden wir wohl unsere beiden Verfasser rechnen müssen, kaum ein Verständnis für die große Bedeutung der deutschen Kolonisation, da sich das zur Zeit der Abfassung der Chronik im Kloster erst anbahnte, besessen haben. Etwas anders liegt die Sache bei der Erklärung des Namens Hundsfield (bei Breslau). Hier ändert der Chronist die bei Radlubez gegebene Namenserklärung³⁾, daß auf dem Schlachtfeld die zahlreich zusammengeströmten Hunde wild geworden und die Menschen nicht herangelassen hätten, dahin, daß die Polen die Deutschen Hunde genannt hätten⁴⁾. Kann aber der Chronist, der den polnischen Chronisten den Vorwurf macht, daß sie von ihrem Volke nur Gutes, von den Gegnern nur Schlechtes berichten, die den Deutschen ungünstige Erklärung nicht vielleicht nur deshalb gewählt haben, um zu zeigen: Seht, so ungerecht und einseitig sind die Polen? Um endlich den Ausdruck „Räuber“ für die Deutschen, mit denen Boleslaw II. von Liegnitz, als er dreimal die neue deutsche Stadt Breslau überfiel und das Land grausam verwüstete, zu erklären, braucht man nur einen Blick auf die Landkarte zu werfen. Auf dem Anmarsch von Liegnitz nach Breslau durchzogen die Haufen das Leubuser Wirtschaftsgebiet, und wie die Mannen Boleslaws, dieses „ganz gewalttätigen“⁵⁾ Fürsten auf den Klostergrütern gehaust haben, verrät uns eine Urkunde vom Jahre 1267, wo Boleslaw das Kloster für die Schäden zur Zeit seiner puericia entschädigt⁶⁾. Kann man es da dem Leubuser Mönch verdenken, daß er auch seine Volksgenossen „Räuber“ nennt, wenn er sich vorgenommen hat, auch die Schwächen eines Volkes zu geißeln?

¹⁾ Darst. u. Quell. 17, 142.

²⁾ Ebd. 149.

³⁾ Mon. Pol. II, 349.

⁴⁾ Script. rer. Siles. I, 14. M. Germ. SS. XIX, 561.

⁵⁾ Totus violentus

M. Pol. III, 656. M. Germ. SS. XIX, 570.

⁶⁾ Reg. Nr. 1246, vgl. auch Nr. 776.

Mag man nun diese Gegengründe gelten lassen oder nicht, zum mindesten wird man zugeben müssen, daß die Beweise Schultes für die Polenfreundlichkeit der Chronik nicht genügend sind, besonders wenn man noch die Stelle der Chronik berücksichtigt, die meldet, daß Kaiser Otto III. Mesiko I. seine Krone aufsetzte und ihn so zum Lehnsmanne des deutschen Reiches machte¹⁾. Daß eine solche Nachricht ein Pole nicht ohne Einschränkung überliefert hätte, zeigt uns einerseits der Umstand, daß schon Semler in einer Veröffentlichung der Jablonowski'schen Gesellschaft aus ihr den Schluß zieht, daß der Chronist ein Deutscher war²⁾, andererseits die ungeschickte Interpolation der Königsberger Handschrift, die diese peinliche Stelle wegläßt, sich aber trotzdem verrät, indem sie erzählt, Mesiko sei, weil er den sechs Meilen langen Weg vom Kastell Ostrow bis nach Gnesen zum Grabe Adalberts, den Otto III. barfuß zurückzulegen gelobt hatte, mit Purpurtüchern hatte belegen lassen, vom Kaiser der Lehnsoberrhoheit für sich und seine Nachfolger wieder ledig gesprochen worden³⁾.

Daß die Chronik „willkürliche Kombinationen und sagenhafte Zutaten in reichlichem Maße“ enthält, wie Schulte sagt, ist wohl auch etwas übertrieben. Gewiß, daß der erste Polenherzog Mesiko die polnischen Bistümer gegründet hat, daß Peter Wlast steinerne Kirchen erbaut hat, daß Herzog Boleslaw der Lange nach seiner Vertreibung durch Bruder und Sohn unter dem Kaiser in der Lombardei Krieg geführt hat, ist anderweitig nicht bezeugt, kann vielleicht auch poetisch ausgeschmückt sein, dafür spricht das Weiterspinnen der Nachricht in I, daß Peter Wlast sieben Klöster⁴⁾ und siebenzig steinerne Kirchen errichtet hat, und der Kampf Boleslaws des Langen mit dem Riesen⁵⁾, beides wohl biblische Reminiscenzen; aus der Sentimentalität der Zeit erklärt sich wohl auch der Irrtum des Fortsetzers, daß nämlich Heinrich der Bärtige das Kloster Trebnitz für seine Tochter Gertrud,

¹⁾ Otto III. . . . eum (Mesiconem) . . . coronavit suo dyademate et sic imperii feudalem fecit. M. Pol. III, 617. M. Germ. SS. XIX, 558.

²⁾ Non solent Polonici scriptores talia scribere. Acta societ. Jablonowianae Leipzig 1772, S. 48. ³⁾ De quo castro (scil. Ostrow) cum (scil. Mesico) videret, quod imperator nudipes processisset Gnezdnam propter votum, quod voverat, ire ad sepulcrum beati Adalberti, inquit: non convenit ut pedes imperatoris terram attingant et] mandavit prosterni per totam viam purpuras diversas . . . VI miliaria . . . Et imperator itaque voto peracto faciens eum liberum ab imperio et omnes successores. M. P. III, 617/18. ⁴⁾ So in II. Petrus . . . septem cenobia et septuaginta lapideas construxit ecclesias. M. P. III, 631. Script. rer. Siles. I, 15. M. Germ. SS. XIX, 561.

⁵⁾ qui (Boleslaus Altus) cum imperatore pergens Mediolanum ibique quendam virum giganteum prosternens. M. P. III, 636/37. Script. rer. Siles. I, 17.

die zurückgebliebene Braut des Pfalzgrafen bei Rhein, die unverehelicht bleiben wollte, gegründet habe¹⁾, obwohl das Kloster schon 1202 gegründet worden war²⁾, der Pfalzgraf Otto von Wittelsbach, der Bräutigam, aber erst 1208 getötet wurde. Ein andres Versehen — die Erbauung von Lahn und Liegnitz — das Schulte noch anmerkt, fällt auch dem Fortsetzer als Flüchtigkeitsfehler zur Last³⁾.

Endlich scheint auch Schultes Vorwurf, die Nachricht von der Schenkung des Neißer Landes durch Jaroslaw an das Bistum sei eine grobe Fälschung, trotzdem er zu seiner Begründung eine längere Abhandlung geschrieben hat⁴⁾, doch nicht so fest begründet, als er es darstellt. Ich bin natürlich nicht imstande, im Rahmen dieses Aufsatzes auf alle Einzelheiten in dieser 117 Seiten langen Abhandlung einzugehen, sondern muß mich darauf beschränken, in großen Zügen festzustellen, daß seine Beweisführung auch hier nicht zwingend ist. Er entwickelt etwa folgende Gedanken: Bis jetzt habe man, wenn man im Anschluß an die Stelle in dem *Chronicon Polono-Silesiacum* von der Jaroslaw'schen Schenkung des Neißer Landes sprach, immer das spätere ganze „Fürstentum“ Neiße, also das Territorium Neiße und die Kastellanei Ottmachau im Auge gehabt, obwohl in den päpstlichen Schutzbefehlungen von 1155 und 1245 die Kastellanei Ottmachau schon als Besitztum der Breslauer Kirche bezeichnet werde⁵⁾ und zahlreiche Urkunden von bischöflicher wie weltlicher Seite dies bestätigten. Im Gegensatz dazu dürfe man für die ältere Zeit nur von einer Kastellanei Ottmachau reden, zu der von der Gründung des Bistums an das ganze spätere Neißer Territorium gehört habe, denn weder vor der deutschen Besiedlung, noch zunächst nach ihrem Eintritt machten die Urkunden einen Unterschied zwischen einem Neißer und einem Ottmachauer Distrikt, sondern bezeichneten besonders in dem großen Kirchenstreit zwischen Herzog Heinrich IV. von Breslau und Bischof Thomas II. (1276—1288) das

¹⁾ Que (scil. Gertrudis, abbatissa Trebnicensis) cum desponsata fuisset palatino Reni, qui occidit Philippum, regem Alemannie, propter quem et ipse postmodum peremptus est, et ideo alteri nubere nolle, instructu beate Hedwigis pater nobile cenobium Trebnicense construxit filie. M. P. III, 647. Script. rer. Siles. I, 25. M. Germ. SS. XIX, 566. ²⁾ Reg. Nr. 81. ³⁾ Siehe ob. S. 139. ⁴⁾ W. Schulte, Bischof Jaroslaw und die Schenkung des Neißer Landes in der Zeitschr. Obereschlesien IV, Jahrg. 1905/06, S. 229—264, 301—327, 398—420, 527—542, 617—632. Ich zitiere im folgenden nach dieser und nicht nach dem weniger bekannten Sonderabdruck der Abhandlung. Die beiden Stellen über die Schenkung habe ich oben S. 139 schon angeführt und besprochen. ⁵⁾ Regg. Nr. 40 u. 637.

ganze Kirchenland einschließlich des Neißer Landes häufig nur als die Ottmachauer Kastellanei. Erst der schnelle Aufschwung der Stadt Neiße gegenüber dem nur zwölf Kilometer entfernten Ottmachau führte schließlich dazu, daß das ganze Gebiet das Neiße Land genannt wurde. Da in dem ganzen Kirchenstreit zwischen Herzog Heinrich IV. und Bischof Thomas II. die Jaroslawsche Schenkung nie erwähnt werde, im Gegenteil Thomas betone, daß die fünf- undsechzig Dörfer auf dem rechten Neißeufer, die ein Baronengericht Heinrich zugesprochen hatte, und um die der Streit hauptsächlich ging, im Gebiet der Ottmachauer Kastellanei gelegen seien, so gehe daraus hervor, daß Jaroslaw das Land nicht geschenkt habe, ja nicht hätte



Das Neiße Land um 1300. Skizze nach Cod. dipl. Silesiae XIV. (Karte A.)

Die Skizze zeigt auch sehr anschaulich die Zerlegung der ursprünglich nur polnisch-rechtlichen Ottmachauer Kastellanei durch die Umlegung zu deutschem Recht auf dem linken Neißeufer.

schenken können, weil es ja schon seit der Begründung des Breslauer Bistums zur Ottmachauer Kastellanei gehört habe.

In seiner Beweisführung macht Schulte, genau genommen, denselben Fehler, den er Grünhagen und zum Teil auch Stenzel vorwirft: er nimmt auch das spätere Fürstentum Neiße als etwas von Anfang an Fertiges an, bloß daß er es Kastellanei Ottmachau nennt. Wir müssen, um einen solchen Fehler zu vermeiden, die drei ursprünglichen Gebiete, aus denen sich das Fürstentum Neiße später zusammensetzte, auseinanderhalten. Der älteste Teil war die Ottmachauer Kastellanei, die schon 1155 und 1245 in den päpstlichen Bestätigungsurkunden als Eigentum des Bistums bezeichnet wird¹⁾, zu ihr gehört auf dem rechten Neißeufer das engere Weichbild der späteren deutschen Stadt Neiße mit Alt-Neiße, Neunz und der Feldmark von Konradsdorf. Das weitere Weichbild von dem deutschen Neiße oder der Vogteibezirk wurde durch den Fluß in zwei Teile geteilt, einen kleineren und weniger wertvollen auf dem linken Ufer, der sich um die Ottmachauer Kastellanei im Osten, Norden und Westen herumlegte, und einen größeren auf dem rechten Ufer, in diesem Teil lagen die fünfundsechzig Dörfer, die, weil im Grenzwaldgebiet (der Preseka) gelegen, von Herzog Heinrich als Eigentum beansprucht und von dem Baronengericht ihm zugesprochen worden waren.

Schulte scheint nun zu meinen, daß der Fälscher der Jaroslawschen Schenkung mit dieser das ganze weitere Weichbild von Neiße, also links und rechts der Neiße, gemeint habe. Einen so scharfsinnigen Forscher wie Schulte mußte natürlich diese Unklarheit beunruhigen, und er half sich nun damit, daß er theoretisch wohl das Recht des Herzogs auf den Grenzwald anerkannte, aber praktisch sein Recht doch als zweifelhaft hinstellte, wenn er sagte, daß es ein kluger Schachzug Heinrichs war, seine Ansprüche damit zu rechtfertigen²⁾. Zu diesem Widerspruch gelangte er dadurch, daß er die Äußerungen Thomas' II., das strittige Gebiet gehöre zur Ottmachauer Kastellanei überschätzte, wie wir noch sehen werden. Etwas machte ihm dabei Schwierigkeiten: die Barone sprachen dem Herzog wohl die fünfundsechzig deutschen Dörfer, aber nicht die schon vorhandenen deutschen Städte Freiwalldau, Ziegenhals, Weidenau und Patyschau zu. Durch eine Untersuchung der herzoglichen Rechte (jura ducalia) glaubte er diesen Widerspruch beseitigen zu können, indem er feststellte, daß bei Städtegründungen der Herzog seine Zustimmung geben mußte;

¹⁾ Regg. Nr. 40 u. 637.

²⁾ Oberschles. IV, 619.

da nun das für die genannten Städte der Bischof durch Privilegien hätte nachweisen können, ließen sie ihm die Barone. Bei Dorfgründungen dagegen war nach Schulte die Genehmigung des Herzogs nicht nötig¹⁾. Er hat auch insofern recht, als bei den massenhaften Neugründungen deutscher Dörfer, besonders unter Heinrich III., in den Urkunden meist davon nicht gesprochen wird, daß aber dem Herzog doch das Recht zustand, zeigen andere Urkunden²⁾. Zum mindesten wird man den Herzog, wenn er Besitzer des Grund und Bodens war, haben um Genehmigung zur Anlage eines deutschen Dorfes fragen müssen. Wie wenig sich in dieser Beziehung der Bischof Thomas I. sicher fühlte, zeigt uns eine Urkunde vom 21. Oktober 1249, in der der Bischof seinem Ritter Smilo mit einem Walde in der Gegend von Alt- oder Neuwalde — also im Gebiet der fünfundsechzig strittigen Dörfer belehnt, damit ihn dieser nach deutschem Recht besiedele: Sollten aber er oder seine Nachkommen in den Dienst des Herzogs treten, so sollen sie das Land verlieren³⁾. Wir sehen, der Bischof fühlt sich bezüglich seines Besitztitels nicht sicher und zwar in erster Linie gegenüber dem Herzog. Weniger verständlich ist eine Bestimmung des Bischofs Thomas I. in einer Urkunde über die Aussetzung von Sörgsdorf zu deutschem Recht vom 6. Dezember 1248⁴⁾. Er stellt nämlich dort die Bedingung, daß auf den Waldhufen keine Deutschen, sondern Polen oder andere angesetzt werden. Was kann diese Bestimmung für einen Zweck haben? Deutschfeindlich war Thomas I., so viel wir wissen, nicht. Eine Erklärung gibt uns eine andre Beobachtung. Im Gebiet der fünfundsechzig Grenzwalddörfer, die das Baronengericht dem Herzog zugesprochen hatte, befanden sich zwei, Maasdorf (Nadithdorf) und Raindorf (Kyaw), die davon ausgenommen waren und auch später innerhalb des Reißer Distrikts eine Enklave der Ottmachauer

¹⁾ Oberschl. IV, S. 417. ²⁾ Regg. Nr. 861, 1002 u. 1729. Die letzte freilich scheint vom Kanzler des Herzogs erst, um den herzoglichen Standpunkt zu betonen, ad hoc entsprechend der herrschenden Rechtsauffassung verfaßt worden zu sein. ³⁾ In donacione tamen predicta hanc condicionem facimus, quod si dictus Smil vel sui heredes contempnentes seruire episcopo Wratislaviensi vel alii persone seruerint, eodem patrimonio careant ipso facto nec ad aliud aliquem habeant respectum; nec possint alienare quocunque titulo alienacionis nec in aliam transferre personam nisi cum licencia episcopi petita pariter et obtenta. Oberschl. IV, 419; Reg. Nr. 705. ⁴⁾ Volumus eciam quod in eadem silva non locentur Teutunici, sed Poloni iure teutonico vel alii. Jahresh. d. Schles. Gesellsch. 1844, 98 u. Oberschl. IV, 415 Anm. 1. Schulte nimmt an, es handle sich um die Anlage von Wildschütz, doch scheint Sörgsdorf gemeint zu sein.

Rastellanei bildeten¹⁾. Sie waren von Polen bewohnt und sichtlich deshalb nicht dem Herzog zugesprochen worden. Wofern in einem Dorfe die Mehrzahl der Einwohner polnisch war, dann galt es also wohl nach der Ansicht der Barone als zur Ottmachauer Rastellanei gehörig. Deshalb sorgte Thomas I. dafür, daß links der Biele auch in der Grenzwaldbzone Slawen angesiedelt wurden und sicherte dadurch dem Bistum dieses Gebiet²⁾.

Wenn also Thomas II. in dem Streit um die fünfundsechzig Dörfer nie auf die Jaroslawsche Schenkung hinweist, so erklärt sich das sehr einfach daraus, daß das Grenzwaldgebiet nicht zur Schenkung gehörte. Ja, aber der Bischof betont in zahlreichen Urkunden, die Schulte zitiert, daß einzelne von den fünfundsechzig strittigen Dörfern zum uralten Besitz der Ottmachauer Rastellanei gehörten. Da auch der Herzog von dem Gebiet bei Altewalde behauptet, daß es sein Grund und Boden sei³⁾, steht hier Aussage gegen Aussage. Aber nun noch etwas Merkwürdiges: In mehreren Briefen, die Thomas an die befreundeten Kardinäle und Kleriker nach Rom schreibt, spricht er immer nur von der Ottmachauer Rastellanei, diesem uralten Besitz der Breslauer Kirche⁴⁾, und sagt auch, daß die fünfundsechzig strittigen Dörfer in dieser lägen⁵⁾, in Schriftstücken dagegen die für den Herzog bestimmt sind, oder vor seine Augen kommen könnten, spricht er vom Neißer und Ottmachauer Territorium⁶⁾. Wenn wir nun berücksichtigen, daß die päpstliche Bestätigung des Breslauer Bistums von 1245 wohl in der päpstlichen Kanzlei inseriert war, und darin stand ja, daß die Ottmachauer Rastellanei das Eigentum der Kirche sei, ließ sich da der zweifelhafte Besitztitel der fünfundsechzig Grenzwalddörfer besser sichern, als wenn von ihnen behauptet wurde, sie gehörten zur Ottmachauer Rastellanei, zumal der päpstliche Legat Philipp von Fermo, der in Lindewiese, einem der strittigen Dörfer, den für Thomas günstigen Schiedspruch

¹⁾ Die kleine Dorfflur beider spricht dafür, daß sie beide ursprünglich polnisch waren. Naasdorf wurde nach Cod. dipl. Sil. XIV, 34 Anm. 419 erst 1358 zu deutschem Recht umgelegt.

²⁾ Wir sehen, wie sachlich die Barone urteilten, die Städte sprachen sie dem Herzog, weil da Privilegien des Bischofs vorhanden waren, ebenso wenig zu wie die Walddorfsdörfer mit polnischer Bevölkerung im Ottmachauer Rastellaneibezirk.

³⁾ Stenzel, Bistumsurf. S. 110. ⁴⁾ Ebd. S. 89, 96, 97, 166, 217. An seinen Notar am päpstlichen Hofe, Peter Stein, schreibt er aber, der Herzog habe im Neißer Territorium bei Altewalde eine Burg gebaut. Ebd. S. 114.

⁵⁾ Ebd. S. 96, 97. ⁶⁾ Ebd. S. 77, 103/105, 174, 189 ff., 197, 241/42. Nur in einem Briefe an das Breslauer Domkapitel schreibt er, daß Lindewiese im Ottmachauer Territorium liege und erwähnt Neiße nicht. Ebd. S. 101.

im Jahre 1282 gefällt hatte, sich bei seiner Durchreise durch das Gebiet selbst davon überzeugt hatte, daß dort der Bischof Herr war.

Eine Nachricht vom Jahre 1239, wenn auch erst in einer späteren Abschrift erhalten, scheint aber doch keinen Unterschied zwischen dem Ottmachauer und Neiße Gebiet zu machen. Bischof Thomas I. verleiht da dem Propst der Kreuziger vom Orden des heiligen Grabes von Niechow das Marienhospital in Neiße und fügt hinzu: *Specialiter etiam hoc exprimimus et volumus obseruari, ut cum terra Nisensis circa ipsum hospitale specialis sit mense Wratislaviensis episcopatus, non liceat dicto preposito . . . terras vel aliquos redditus de districtu ejus castellanie Otmuchoviensis pro dicto hospitali aliquatenus recipere sine episcopi et capituli Wratislaviensis permissione¹⁾*. Also, da das Neiße Land um das Hospital das besondere Eigentum des bischöflichen Tisches ist, soll der Propst Land und Einkünfte von dem Distrikt dieser Ottmachauer Kastellanei ohne Genehmigung des Bischofs und des Domkapitels für das Kloster nicht annehmen dürfen. Hier sieht es nach dem Wortlaut tatsächlich so aus, als ob das Neiße Land schon 1239 als ein integrierender Bestandteil der Ottmachauer Kastellanei bald nach der Gründung der deutschen Stadt angesehen wurde. Wenn wir uns aber vergegenwärtigen, daß das Hospital in der Altstadt, das heißt, der alten polnischen Ansiedlung lag, die schon vor der deutschen Stadt vorhanden war und 1239 wahrscheinlich noch nicht eingemeindet war, sondern noch zur Kastellanei Ottmachau, wie alle polnischen Dörfer, gehörte, so verliert auch diese Urkunde ihre scheinbare Beweiskraft.

Man wird nun fragen: Wo lag denn da die eventuelle Jaroslaw'sche Schenkung? Sie kann nur der auf dem linken Neißeufer gelegene Teil des Neiße Weichbilds oder Vogteibezirks gewesen sein, der sich im Osten, Norden und Westen, wie oben erwähnt²⁾, rings um die Ottmachauer Kastellanei herumzog. Es war also ein *circuitus*, ein *ujazd*³⁾, den Boleslaw der Lange seinem Sohne Jaroslaw zur Abrundung der Ottmachauer Kastellanei schenkte. Nun verstehen wir auch die eigentümliche Form dieses nördlichen Teils des Neiße Weichbildes und erkennen den Grund, weshalb das Weichbild in den Grenzwald hinein ausgedehnt wurde. Als

¹⁾ Reg. Nr. 527 u. Oberschl. IV, 315. ²⁾ S. 147. ³⁾ Unter einem *circuitus* (slaw. gewöhnlich *ujazd*) verstand man die Erweiterung eines Grundbesitzes, besonders bei religiösen Stiftungen durch den Herzog, indem dieser noch den Umkreis eines Ortes, wenn er unbewohnt war, seiner Stiftung hinzufügte. Näheres bei Schulte, *Ujazd und Lgota*, Zeitschr. d. Ver. f. Gesch. Schl. 25, 211 ff.

Bischof Lorenz, der zweite Nachfolger von Jaroslaw, sich entschloß, nach dem Vorbilde Heinrichs des Bärtigen um Löwenberg und Goldberg, Deutsche anzusiedeln, war das zunächst ein gewagtes Experiment. Die für polnische Verhältnisse gut besiedelte Ottmachauer Kastellanei auf dem linken Neißeufer hatte dafür gar nicht genug verfügbares unbebautes Land, auch bot sie feste und sichere, wenn auch bescheidene Einnahmen. So empfahl sich für dieses Experiment das aus Wald und Heide bestehende schwachbevölkerte Gebiet des circuitus, nur die Hauptstadt des Weichbildes Neiße wurde zum Teil auf Ottmachauer Kastellaneigebiet angelegt und mit ihrer näheren Umgebung aus dem Kastellaneibezirk herausgenommen. Der Versuch glückte, aber nun zeigte sich, daß die Hauptstadt, am Südostende des neuen Weichbilds gelegen, sich nur dann gut entwickeln konnte, wenn sie in die Mitte rückte, das heißt, wenn das Weichbild auf dem rechten Neißeufer in den Grenzwald vorgeschoben wurde. Daß diese Entwicklung erst unter Bischof Thomas I. zum Abschluß gelangte, verrät uns die Bestimmung im Schiedsspruch des Legaten Philipp von Fermo in Lindewiese 1282, daß alle Dörfer, Besitzungen usw., die die Kirche seit 40 Jahren besaßen, ihr zurückzugeben sind¹⁾.

Fragen wir uns nun noch: Warum nannte nun aber der Verfasser des *Chronicon Polono-Silesiacum* die Jaroslaw'sche Schenkung nicht circuitus Otmuchow? Als er, wie wir oben gesehen haben, zwischen 1267 und 1285 seine Auszeichnungen machte, bestand schon das territorium Nissense und der Ausdruck circuitus Otmuchow wäre irreführend gewesen.

Da meine Kritik der bestehenden Anschauungen mich mehrfach nötigte, vom geraden Wege abzulenken, will ich die Ergebnisse meiner Untersuchung nochmals in wenigen Sätzen kurz zusammenfassen:

1. Das *Chronicon Polono-Silesiacum* hat seine Verengung von einer allgemein polnischen zu einer engeren schlesischen Geschichte dadurch erhalten, daß ein Fortsetzer aus dem letzten Teile die Schlesien und seine Fürsten betreffenden Nachrichten herausgezogen und von Wladislaw II. an nochmals erzählt hat.
2. Der 1. Verfasser hat die Nachrichten seiner eigenen Zeit nicht vor 1267, wahrscheinlich aber erst 1285 niedergeschrieben.

Der Fortsetzer schrieb um 1300.

¹⁾ Stenzel, *Bistumsurf.* S. 78, § 4. Die Aussetzung der Dörfer zu deutschem Recht im Grenzwaldbgebiet, soweit es zum Neiße Distrikt gehörte, würde also frühestens 1242 begonnen haben.

3. Das Chronicon scheint in Leubus entstanden zu sein.
 4. Die Königsberger Handschrift ist nicht die älteste, sondern ihre Zusätze sind polnisch-chauvinistische Interpolationen mit Benutzung einer dem Verfasser und Fortsetzer des Chronicon nicht bekannten Quelle.
 5. Die Gründe, daß der Verfasser ein Pole war, sind nicht zwingend, dagegen spricht sehr viel dafür, daß er ein Deutscher war.
 6. Irrtümer sind dem 1. Verfasser, der ein historischer Kopf war, wie seinem Fortsetzer zum Teil unter dem Einfluß der romantischen Zeitströmung untergelaufen.
 7. Der Beweis, daß die Jaroslawische Schenkung des Neißer Landes eine Fälschung sei, ist von Schulte nicht erbracht.
 8. Die Jaroslawische Schenkung kann nur der auf dem linken Neißeufer gelegene Teil des Neißer Weichbildes gewesen sein.
 9. Seine Form spricht dafür, daß es ein circuitus war, den Boleslaw der Lange seinem Sohne Jaroslaw und dieser dem Breslauer Bistum schenkte.
 10. Der Verfasser des Chronicon konnte diesen circuitus, als er schrieb, nur als terra Nisensis bezeichnen, wenn er verstanden werden wollte.
-

VIII.

Urkunden zur Geschichte von Boltzenhain und seines Weichbildes.

Von
August Müller.

In der Bergstadt Graupen (Bezirk Tepliz, Nordböhmen) fanden sich folgende Urkunden, die für die Stadt Boltzenhain von großem Werte sind. Von ihnen betrifft die erste die Neuerrichtung der dortigen Spitalskirche (1298) und die letzte die Wiederverleihung und Bestätigung des Wochenmarktes und zweier Jahrmärkte (1532). Die Urkunden sind im Original erhalten und werden hier wortgetreu nebst kurzer Beschreibung wiedergegeben¹⁾.

1298 Mai 27, Breslau. — In nomine domini amen. Nos Johannes, dei gracia Episcopus Wratislaviensis, singulis et vniuersis, ad quos presens scriptum peruenerit, cupimus esse notum et publice protestamur, quod quia illustris princeps dominus noster Bolko, dei gracia dux Slesie, vna et nos cum magistro Wernero et ejus marita legitima Adilheide posuimus primos lapides fundamenti ecclesie lapidee hospitalis apud ciuitatem Hayn constructi, Nos de pio mandato et affectuosa petitione predicti domini nostri Bol. et speciali gracia, qua sincero cordis affectu ad iam dicti hospitalis commodum intendimus et perfectum aspiramus, eidem hujusmodi libertatis perpetuo concedimus prerogativam et largimur, ut eiusdem rectores seu prouisoires habere possint suum proprium sacerdotem vel plures, prout possibilitatis eorum videbitur competere facultati, qui ibidem missarum solempnia frequenter celebrent et Christifideles ad deuocionem prouocent et ad salutem animarum feliciter informēt, accedente tamen ad hoc consensu et perfecta voluntate domini Reinkonis ibidem plebani, qui sponte et libere renunciavit juri suo, quod videbatur habere ex ordinacione, quam primitus fecerat cum rectoribus hospitalis, cum adhuc rudis et lignea esset ecclesia, in qua tunc temporis tenebatur in septimana tantum duas celebrare missas, pro quo annuatim percepturus erat vnam marcam vsualis peccunie. Nos igitur hiis scriptis, domino Reinkone annuente, prefatam ordinacionem et literam domini nostri super eo concessam, scilicet ducis Bol. de pio mandato suo reuocamus irreuocabiliter et cassamus addicientes eciam, vt si quis huius litere seriem ausus fuerit violare seu aliququaliter defraudare, se nouerit excommunicacionem in-

¹⁾ Steige, Boltzenhainische Denkwürdigkeiten (1795) bringt von ihnen nur die erste und zwar in deutscher Übersetzung (S. 46).

cidisse, quam excommunicacionem presentibus scriptis ex nunc prout ex tunc ferimus in eundem. Ad maiorem autem horum euidenciam et perpetuam firmitatem dominus noster Bolko et nos vna cum domino Reinkone presentem literam sigillorum nostrorum appensione fecimus roborari. Datum Wratislavie sexto kalendas Junii anno domini M^oCC^oLXXX^o octauo.

Orig. Perg. Format $21\frac{1}{2} \times 16\frac{1}{2}$ cm. Siegel fehlen. Am Bug ein Perg.-Preßel erhalten. Auf der Reversseite Signatur: 8. — Von moderner Hand verzeichnet: Koch. — Die Urkunde ist etwas abgegriffen, sonst gut erhalten. Vgl. Schles. Reg. Nr. 2509 u. 2807.

1348 Mai 8, Schweidnitz. — Wir Bolke von gotis gnaden, Herzoge von Slesien, herre von Fürstinberg vnde zur Swydnitz, bekennen in desim brife, das herr Heynrich vom Swyne vor uns quam vnde bekannte, das her rechtlich vorkauft habe Cunczen Rorich vnde Hertil, vonte, burgern zum Hayne, dy Erbevontie halp zum Hayne vnde eyne vnde zwengzt brotbente vnde sine mol zu Walchenymsdorf¹⁾. Des habe wir angesehen des vorbenannten herrn Heynrich dinst vom Swyne vnde gunnen hm, das man die vorbenante Erbevontie halp, die brotbente vnde di mol von hm haben sal vnde von sinen erben vnde nochkomeligen. Des gebe wir desin brif zu eyne bekentnisse mit vnsem fleyh ingesegil vorsegilt, der do gegeben ist zur Swydnitz an sente Stenczlaus taß noch gotis geburt tusint jar drihundirt jar in dem acht vnde virzgeesten jare.

Orig. Perg. Form. 27×9 cm. Siegel fehlt. Revers: „Möhle vnd bruthbende“ von einer Hand des 16. Jhrdts. Signatur Nr. 11. Von moderner Hand: Koch.

1387 Nov. 16, Schweidnitz. — Wir Agnes von gots gnaden, herzoginne von Slesien, frouwe von Fürstinberg, zur Sweidnitz vnd zum Jauwor, bekennen offinlich mit diesim brieft, daz für vns komen ist vnser getruwer Conrad von Ezirnen zu Thomasdorff geseßen bey gutir vornunft vnd gesundem leibe vnd hat mit woluorbedachtim mute recht vnd redelichen vorkowft vnd in vnssre hende willeclich offgelaßin vnßen getruwen, den ratmannen zum Haine, die do hczund seint adir zukomftlich ratmannen werden, in der stat namen doselbinst nūnendehalbe marg geldes jarliches czinßes in dem dorffe zu Wirchandisdorff²⁾ dez weichbildes zum Haine mit allem sulchem rechten, nuzze, genieße, fruchtbarkeit vnd herschaft vnd in allir der mazze, als er die selbir gehabt hat vnd besessen. Auch ist doselbinst für vns geweest Herman von Ezirnen, etwenn Franczen son von Ezirnen, vnd hat auch dieselben nūnendehalbe marg geldes jarliches czinßes in dem dorffe zu Wirchandisdorff, die im furmals gelegen vnd vorschreiben woren, in vnssre hende willclich offgelaßin. Dieselben nūnendehalbe marg geldes jarliches czinßes in dem dorffe zu Wirchandisdorff haben wir auch von furstlichir mechte den obgenannten ratmannen zum Haine, die do hczund seint adir zukomftiglich ratmannen geforen werden, in der stat namen doselbinst mit allen sulchen rechten vnd in allir der mazze vnd meynunge, alß oben geschriben

¹⁾ Walchenymsdorf = Klein-Waltersdorf?

²⁾ Würgsdorf, Kreis Vollenhain. Vgl. Reg. 2241.

steet, gelegin vnd gelangit, eineclich, gemachsam vnd vngehendirt zu haben vnd zu besiczin, doch in sulchir meynunge, daz dieselben ratmannen zum Haine, die do hezund seint adir zutomftidich geforen werden doselbinst, den vorgeantten czins geben sullen zu eynem ewegen zelegerethe mit namen eyn schoß alle jar zu den kerczen, die man pflagit zu burnen doselbinst zum Hause in der kirchen bey dem grabe an dem guten freitag¹⁾ vnd ouch sundirlich drey fierdung den, die den Saltir²⁾ pflegen zu derselben czeit doselbinst bey dem grabe zu lezen, vnd die obrigen lebendehalbe mark sullen sie ouch alle jar geben armen lüthen zu schuwen vnd zu gewande. Mit vrfund diß briefs vorsiglet mit vnsem anhangenden ingesigle geben zur Sweidnicz noch Crists gebort dreyzehnhundert jar dornoch in dem sechsendachzegisten Jare am Sunobunde für Sant Elizabethen tag. Deß seint gerzeuge vnssre getruwen Gotsche Schoff, Herman vun Czirnen, Vlrich Schoff, Conrad von Czirnen, her Conrad der priester vnd Busse, gebruder von Owluf, vnd her Johannes Kolmas, vnser lantschreiber.

Orig. Perg. Gut erhalten. Form. 34 × 16½ cm. Siegel fehlt. Revers: newunde halbe mark. — Lebensbriefß vber die pawern. (Hand des 16. Jahrhds.) Sign. Nr. 6. Von moderner Hand: Koch.

1404 Sept. 16, Schweidniz. — Wir Jan von Leuchtinburg, Cruschina genant, von koniglicher mechte zu Behemen hauptman in den ffürstenthumen Swendnicz vnd Jauwor, bekennen vnd thun kunt offintlich mit desim brife allen den, dy en sehen, horen adir lesin, das vor vns komen synt dy irbaren Heynrich Molberg vnd Michel von Senfredaw wolgesund leybes vnd synnen vnd haben mit wolvorbedochtem mute vnd mit Rate ir fründe recht vnd redelich zu eyne ewigen zelegerethe gegeben, vorreicht vnd in vnser hende wyllentlich ufgelassin den sychen yn dem spytale vor Bolkenhayn der stad vnd den ratmanne, dy do itzunt seynt adir hernochir yn zukunfftigen czenten werden, also vorweisen des selbin spytale, czwihu hufin aders vnder dem pfluge gelegin in dem dorffe zu Wyrchensdorff³⁾ des weyßbildis Hayn, dy sy wedir herrn Mikeln Ffrysen gekauft haben, vnd wenden an dy stroffe vnd synt etwen Opeczen Jencz geweest, dem got gnade, vnd eyn garthen an der leyngruben gelegin mit allir der selben czwihuen hufin vnd garthen czugehorunge, is sey an wesin adir an wesewachs, an holcz vnd an poschen adir woran das sey, vil adir wenig, cleyn adir gros, benant adir vbenant, tegns vsgenomen noch vsgesundirt, alß dy selbin czwihu hufin aders vnd der garthe yn allen seyn regnen vnd grenzen von aldirs gelegin synt, vnd legin mit allen sulchen rechten, nutze, gnieße, fruchtberkent, freyheiten vnd herschaften vnd yn allir maze vnd wenße, alß das allis Heynrich Molberg vnd Michel von Senfredaw selbir gehabit han vnd besessen. Auch habe wir angesehen den gebrechin vnd kummir der selben sichen yn dem spytale vorm Hayn vnd haben en von sundirlichen geheys vnd gebotis wegen des allirdurchleuchtigisten herrn und ffürsten konig Wenzlawe, des Romischen vnd Bemischen konigis, denselben sychen dy vorgeschrebin czwihu hufen vnd gefreyet vnd freyen nu vnd ewedlich von vns vnd allen vnssen nachtomelingen vnd allirmeniglich an allis wedir-

¹⁾ = Würzburg, Nr. Bolkenhain.

²⁾ Freitag vor Ostern.

³⁾ = Psalter.

rufin vnd sagen se auch frey vnd ledig von des vorgenanten des konigs vnd vnssen wegin allir beswerung, dy do itzunt weren adir hernocher entstheen mochten. Ezu sulcher gobe, vorrenchung vnd ufflassunge haben wir von koniglicher gewalt vnssen willen vnd gunst gegeben vnd haben den vorgenanten sichen ym spytale vorm Hagn der stad vnd ratmannen, dy do itzunt synt adir hernocher yn zutunftigen zeyten werden, also vorwersen, dy egenanten czw hu hufin zu Wyrchensdorff vnd den garthen mit allin sulchin rechtin, yn allir maze vnd meynunge, alz obene geschriben sthet, gelegin vnd gelangit, lenhen vnd langen ewelich mit craft diez brifes gemachsam vnd vngehindert zu haben, zu besizen, zu vorkauffin, zu vorsetzzen adir zu vorwechseln vnd erin nutz und fromen, alz en das allirfuglichste wirt seyn, zu wendin. Mit irtunde diez brifis vorsegilt mit vnsses herren, des vorgenanten des konigs, anhangenden Ingefegele, des wir von syntwegin alz eyn hauptman in den obgenanten ffurstenthumen obir lehen vnd zachen gebruchen; geschen vnd gegeben zur Sweydnitz noch Cristis geburt vierczenhundert jar dornoch yn dem vierdin jare am nesthen dinstage noch des heyligen Creuze tage, als derhont wart. Dobey synt gewest Bernhard Wyltbart, Heynze vom Czeyssberge, Possold von Seysfredaw, Cuneman von Seydlitz, Blich Schof vnd her Seydil von Volkenhain, lantschreyber, der desin briff hatte in bevelunge.

Orig. Perg. Gut erhalten. Form. 32 × 21 cm. Siegel fehlt. — Dorsualnotiz: Litera hospitalis in Volkenhain 1404. — Sign. Nr. 38. Von moderner Hand: Koch.

1506 Okt. 1, [Volkenhain]. — Wir purgermaister vnnd radtmannen der stad Volkenhain thun kunt offintlich mit dießem vnssrem briue, das wir Lorenz Schlegeln mit wort seyner elichen [husfrouwen] Cristina vorgunt, off sein gut zw Wirgissdorff am überende geseßen, sechs groschenn czinß alle jor jerlich zu geben vnssrenn ratmann¹⁾, der (!) izund ist ader zutunftig sein wirt, nw off weynachten drey groschin vnd dornoch off Johannis des tewfers drey groschin pey der phendunge vnssrer hülfe off das genante erbe, mit dem phande thun vnd lassen, zam alle recht dorober yrgangen weren, vnssrenn gerechtigteitenn vnshedelich, abe zu losen vor ein schog genger monze der lande were vngehindert, wen sy is vormogen. Ezw irtunde habin wir vnßer stadtscret an disenn briff drucken lassen. Gegeben am tage Remigij anno XV^o sexto.

Orig. Perg. Form. 19½ × 8 cm. Siegel fehlt. Pressel erhalten. Rückwärts von moderner Hand: Koch.

1506 Okt. 1, [Volkenhain]. — Wir purgermeister vnd ratmannen der stad Volkinhain bekennen offintlich vnd vor allermeniglich mit dießem briue, das wir von der stadwegen angesehen haben getrawen dienst, den der alde Schlegil zw Wirgissdorff, twischin Smede Nideln vnd dem jungen Lewfir geseßenn, mit seyner ehewrauen vfft vnd diese gethon hot vnnd ehm vorgunt, eynen firdung czinß zu geben alle jor jerlich vff czwene tage of sein gut vnd erbe zu Wirgisdorff mehe vff dy nesthen weynachten 7 firdung vnd dornoch of Johannis baptiste 7²⁾ firdung pey der phendunge vnßer hülfe of dy gnanten gutter. Sulcher czinß sal gefallen der rotmanschaft vnßer stad, der ykunt ist ader her-

¹⁾ = Ratmannschaft s. w. unten. 1506 Okt. 1.

²⁾ ⅓.

nach geforen wurde, mit sulchem phande thun ader lossenn, zam alle recht doroher irgangen weren, vnnsern Schessern vnd Renten vnschedelich, abe zu lossenn vor tzwehe schog genger monze der landewere, sal ehm vorgunt werden. Ezw vrfunde haben wir vnnser statsecret an dießem briff hengen lossen. Geben am tage Remigij noch Cristgeburt funfzehnhundert vnd ym sechsten jore.

Orig. Perg. Form. 17 \times 8 $\frac{1}{2}$ cm. Siegel fehlt. Pressel erhalten. Dorsualnotiz: Der albe Slegil. Von moderner Hand: Koch.

1532 Sept. 9, Linz. — Wir Ferdinand von gotes genaden, Romischer khunig, zu allen zeiten merer des Reichs in Germanien, zu Hungern, Beham, Dalmatien, Croacien etc. khunig, insannt in Hispanien, Erzherzog zu Osterreich, Marggraue zu Merhern, Herzog zue Lixenburg vnnnd in Sleßien, Marggrafe zu Lausitz etc. bekhennen vnnnd thun khund allermeniglich, demnach den ersamen vnnsern lieben getruen, dem Rat vnnnd gemain vnnser Stat Boltkenhain in vnnherm Schweidnizischen Fürstenthumb gelegen, etwo von Herzog Boltken auf Fürstenberg vnnnd der Schweidniz ain Margthrecht verlihen vnnnd zugestallt vnnnd hirnach solcher Margtht auß Kriegsleuten vnd dergleichen vnfall dernider gelegt vnnnd bisher nit gebraucht worden. Derhalben haben wir zu nutz vnd gedey solcher vnnser Stat gemelten Burgern vnnnd inwonern zu Boltkenhain dermassen wochenmartht alle wochen am Montag, wie wochenmarthts recht ist, zu halten genediglich verneut, confirmirt vnnnd befestiget, auch dabey zu merer peßierung vnnnd auf gemonen vnnser Stat Boltkenhain sy jarlich mit zwayen jarmarthten, alls ainen auf sannd Jacobstag, den andern auf der heilligen Drenkhunig tag, wie es in vnnsern vmbglunden Steten jarmarthts brauch, freyhait vnnnd Recht ist, vorsehen, begabt vnnnd befreyet. Thun auch diz baiderseits aufs Kuniglicher macht vnnnd gewallt alls Khunig zu Behaim vnnnd Herzog in Schlesiën in krafft diz vnnser Kuniglichen brieffs, setzen, mainen vnnnd wellen, das gemelte vnnser vnderthanen zu Boltkenhain solchen wochen vnnnd jarmartht auf obgeschribne zeit in massen, wie es annderstwo gewonndlich ist, aufrichten, hallten vnnnd gebrauchen mugen vnnnd sollen von jedermeniglich vnuerhindert, gebieten hierauf allen vnnnd jeden vnnsern obern vnnnd anndern hauptleuten vnnnd vnderthanen in Schlesiën, was wurden, stannds oder wesens die sein, die angezaigte Stat Boltkenhain ob solcher vnnser bestetung vnd verleihung des wochen vnnnd jarmarthts zu handhaben, schutzen vnnnd schermen vnnnd niemands dawider zu handeln noch sy zuuerhindern gestatten bey vermeidung vnnser schwerer Straff vnnnd vngnad. Des zu vrfund besigt mit vnnserm khunigelichen anhangunden iunsigl. Geben in vnnser Stat Lhnnz am neyndten tag des Monat Septembris nach Cristi vnnsern lieben herrn gepurt funffzehnhundert vnnnd jm zwayunddreissigsten, Vnnserer Reiche des Romischen jm anndern vnnnd der anndern aller jm sechsten jare.

Ferdinand.

Johannes Pflug de Rabenstein.

Regni Bohemie cancellarius

Orig. Perg. Form. 46 \times 35 cm. Gut erhalten. Das königliche Siegel fehlt. Dorsualnotiz: Wochenmarkts vndt zweyer Jahrmärkte Privilegium. — 1532. Von jüngerer Hand: Ferdinands Confirmation, Lhnnz, No. 1532. Sign. Nr. 10.

IX.

Neue kirchenrechtliche Forschungen zur Kolonisationsgeschichte Ostdeutschlands¹⁾.

Von

Heinrich v. Boesck.

Für den thüringischen Zehntstreit, welcher im Jahre 1073 seinen Höhepunkt erreicht, ist Lambert von Hersfeld unsere Hauptquelle. Er läßt hier die rechtlichen Verhältnisse ebenso im unklaren, wie wir dies bei seinem Bericht über den Kölner Aufstand vom folgenden Jahre zu beklagen haben. So ist es begreiflich, daß die bisherige Literatur über diesen Streit von der alten Zehntfreiheit der Thüringer ausging und nach dem Grunde derselben fragte. Schmid weist unter umsichtiger Heranziehung der Urkundennachrichten über den Zehnt in Thüringen nach, daß sich der Streit nicht um Zehntfreiheit dreht. Vielmehr hat die Kirche in Thüringen von vornherein und zwar, wie es scheint, zunächst allgemein an Stelle des rechten Zehnts, der zehnten Garbe, eine nach der Flächeneinheit festgelegte Getreidemenge, die *decima constituta*, gefordert. Ohne bleibenden allgemeinen Erfolg bemühen sich im 11. Jahrhundert die Mainzer Erzbischöfe, diesen Zustand zu beseitigen. Gleich den Deutschen zehnten in dieser Art die in Thüringen weithin verstreuten Wenden. S. 296 weist Schmid auf die auffällige Tatsache hin, daß auch sonst bei den unter deutschem Einfluß stehenden Westslawen die *decima constituta* in Geltung ist, während die von diesem Einfluß unabhängige polnische Kirche den vollen Ertragszehnt durchsetzt.

Auf S. 291 ff. geht Schmid auf die Gründe der Einführung der *decima constituta* in Thüringen ein. Er führt die technischen

1) Siehe die Arbeiten von Heinrich Felix Schmid: Der Gegenstand des Zehntstreites zwischen Mainz und den Thüringern im 11. Jahrhundert und die Anfänge der *decima constituta* in ihrer kolonisationsgeschichtlichen Bedeutung. Zeitschr. d. Savigny-Stiftung f. Rechtsgesch., Bd. 43. Germ. Abt. (1922), S. 267—300, und: Das Recht der Gründung und Ausstattung von Kirchen im kolonialen Teile der Magdeburger Kirchenprovinz während des Mittelalters. Zeitschr. d. Savigny-Stiftung f. Rechtsgesch., Bd. 44. Kanon. Abt. XIII (1924), S. 1—214.

Schwierigkeiten der Einziehung in den weiträumigen Kirchspielen an, welche da, wo Slawen saßen, noch durch die den Zehntberechtigten ungewohnten slawischen Flurformen gesteigert wurden, ferner die ohnehin reiche Dotation der Pfarreien, endlich die Anpassung an die gewohnte Form der öffentlichen Abgaben, das Gokorn der Deutschen (vergleiche den zweiten Aufsatz S. 65 f.), den ossep oder zip der Slawen. So wertvoll diese Darlegungen sind, so scheinen sie mir doch den entscheidenden Grund nicht zu enthalten; insbesondere überschätzt der Verfasser m. E. die technischen Schwierigkeiten, wenn er S. 291 in ihnen den Hauptgrund für den Verzicht auf den vollen Ertragszehnt sieht. Wo das Abfahren der Zehntgarben nicht tunlich erschien, hätten sich, wie später in Schlesien, durch Vertauschung oder Verkauf des Jahreszehnts am Orte Wege finden lassen, diese Schwierigkeit zu beheben, ohne das Recht auf den vollen Zehnt preiszugeben. Vielmehr wird das Haupthindernis in der Abneigung der thüringischen Bevölkerung gegen die Einführung der ungewohnten, schweren Last des Naturalzehnten zu suchen sein; vor diesem Widerstande ist die Kirche zurückgewichen. Diesen Kernpunkt berührt der Verfasser in dem zweiten Aufsatz S. 66; die Missionare dürften im Interesse der Ausbreitung des Christentums die strenge Zehntforderung gemildert haben. Vermutlich hat dann schon früh die Haltung der Großen eine gewaltsame Einführung des vollen Zehnts verhindert.

Wie Schmid weiterhin S. 298 f. darlegt, findet dieser festgelegte Zehnt später bei der Kolonisation in Thüringen Anwendung, vor allem aber ist er in der Mark Meißen, in Anhalt, Brandenburg und Pommern für die Territorialgewalten ein wichtiges Mittel der Siedlungsförderung geworden. Nicht minder gilt dies bekanntlich für das von Schmid nicht genannte Schlesien. Der Streit um die *decima constituta* setzt hier alsbald mit dem Beginn der herzoglichen Kolonisationspolitik ein. Sie wird hier, vorzugsweise in der Form des Geldzehnts, die weitaus vorherrschende Zehntleistungsart der Siedlungen.

Die zweite, größere Abhandlung ist hervorgegangen aus der im Jahre 1921 preisgekrönten Lösung einer Aufgabe der Berliner Juristischen Fakultät über das Recht der Kirchgründung und -ausstattung bei der Kolonisation des nordöstlichen Deutschlands. Schmid hat das räumliche Untersuchungsgebiet eingeschränkt, dafür hier gründliche Arbeit getan. Das erste Kapitel gewährt einen Überblick über die Nachrichten über Kirchgründung und -ausstattung, das zweite bringt die Vorgeschichte, das dritte behandelt das Kirch-

gründungsrecht der Kolonisation, das legte die kirchlichen Sondervermögen und im Zusammenhang damit die Institutionen der Kirchväter und Ruster. Die Darstellung baut sich nicht nur für das Untersuchungsfeld selbst auf breiterster Quellengrundlage auf, die karolingischen Dotationsbestimmungen, die wichtigsten Herkunftgebiete, nämlich das anstoßende Mutterland (Thüringen und Ostfachsen) und die Niederlande mit den niederländischen Kolonien, werden in besonderen Unterabschnitten behandelt, den fränkischen und den im äußersten Süden sich geltend machenden bayrischen Einwirkungen wird nachgegangen. Der Verfasser beherrscht das Quellenmaterial und erfreut durch besonnenes, kritisches Urteil und sorgfältige Interpretation. Die Methode und die Ergebnisse seiner Arbeit sind für das ganze ostdeutsche Kolonisationsgebiet wertvoll.

Für die schlesische Forschung ist vornehmlich wichtig das Kirchenwesen des einstigen Sorbenlandes, welches den kolonialen Teil der Erzdiözese Magdeburg und die Diözesen Meißen, Merseburg und Naumburg umfaßt. Hier bestand, wenigstens im Kerngebiet, bereits vor dem Einsetzen der deutschen Einwanderung, ein allerdings weitmaschiges Netz von Parochien. Die Burg, der Mittelpunkt des Burgwardbezirks von etwa 40 bis 60 Ortschaften, hat schon in vorkolonisatorischer Zeit ihre Kirche, der Burgward wird zum ältesten Pfarrsystem. Für Jahrgang 1925 derselben Zeitschrift stellt Schmid eine besondere Studie über die Organisation der Burgwardkirche der Sorbenzeit in Aussicht. Diese Kirche ist auf Grundbesitz und Zehnten fundiert; letztere werden von den slawischen Bauern als fixierte Getreideabgabe, vom Herrenland dagegen als echter Garbenzehnt entrichtet. Die Landausstattung besteht in ganzen Dörfern. Schmid nimmt S. 87 an, daß in der Zeit vor der Durchführung der deutschen Hufenverfassung eine andere Art der Verwertung des Grundbesitzes nicht möglich gewesen sei. Diese Begründung erscheint mir bedenklich. Ehe das Hufensystem durchdrang, konnten doch wohl auch hier slawische Landlose veräußert werden. Wenigstens erscheinen solche sortes, wohl zu unterscheiden von den mitunter ebenso benannten Hufen, häufig in den älteren schlesischen Urkunden; so finden wir solche als Besitztum der Burgkapellen in Liegnitz und in Beuthen a. O. und der Kirche (capella) in Rybnik (Büsching, Die Urkunden des Klosters Leubus, Nr. 30; Regesten zur Schlesischen Geschichte, Nr. 252; Codex diplomaticus Silesiae I, Nr. 4). Wir werden vielmehr in dem durchgängigen Auftreten ganzer Dörfer ein Zeugnis für die reichliche Ausstattung dieser ältesten Kirchen zu sehen haben. Von sechzehn Ortschaften, welche durch Namen wie

Popuwiz und Pfaffendorf als Ausstattung der Pfarrer bezeichnet sind und in unmittelbarer Nähe der Burgwardorte liegen, sind acht als Ausstattungsstücke dieser Pfarreien nachzuweisen (S. 87). Entsprechendes gilt für Schlesien, wo die gleichnamigen Orte ebenfalls zum guten Teil als zur Ausstattung eines „Pfaffen“ gehörig nachzuweisen sind. Auch sonst ist im Sorbenlande, wie Schmid zeigt, eine große Zahl von Kirchen mit ganzen Dörfern oder auch mit vielen Hufen ausgestattet worden. Eigendörfer kommen (S. 135) auch noch bei Kirchengründungen des dreizehnten Jahrhunderts vor. Im allgemeinen sind freilich die jüngeren Kirchen bescheidener dotiert. Wie aus der Übersicht S. 29—41 sich ergibt, ist die Ausstattung recht verschieden. 1 oder 2 Hufen sind die häufigsten Zahlen, 3 oder 4 Hufen kommen schon weniger oft vor; auch in der gleichen Gegend läßt sich nicht immer eine Normalzahl erkennen. Auch landlose Kirchen kommen vor. In dem nach fränkischem Recht besiedelten Neulande des Südens mit seinen größeren Hufen ist (S. 147) eine Hufe die Regel; öfters treffen wir noch kleinere Ausstattungen an.

Auch von den Kolonisten erhalten die Kirchen, soweit diese Zehnten empfangen, den fixierten Zehnt, entweder in Garben oder in Körnern. Wo der Pfarrkirche der Zehnt nicht zusteht, wird Meßkorn entrichtet, welches Schmid S. 138 mit Recht vom Zehnt unterscheidet. Im Vogtlande treffen wir den rechten Garbenzehnt an. Hier erhält nach bayrischer und oberfränkischer Gewohnheit der Pfarrer den dritten Teil des Zehnts (S. 138 ff.).

Neben manchen Abweichungen zeigt die Ausstattung der sorbenländischen Kirchen viele Züge, welche mit derjenigen der schlesischen Kirchen übereinstimmen. Hier hat Wilhelm Schulte das Verdienst, in Band 36 der Zeitschrift des Vereins für Geschichte Schlesiens S. 390 und anderwärts auf den Gegensatz zwischen den im allgemeinen reich mit Zehnten ausgestatteten älteren polnischen Kirchen und den gewöhnlich auf eine Wiedemut von durchschnittlich ein oder zwei Hufen und, wie hinzuzufügen ist, auf das Meßkorn fundierten Kolonistenkirchen hingewiesen zu haben. Weiter behauptet aber Schulte, Kleine Schriften I (Darstellungen und Quellen zur schlesischen Geschichte XXIII) S. 206, daß „die Ausstattung der Pfarrkirchen in der älteren polnischen Zeit ausschließlich aus dem Naturalzehnten“ bestanden habe. Michael, Das schlesische Patronat S. 31, hat diese Annahme übernommen. In seiner Besprechung des letzteren Buches im gleichen Bande der Savigny-Zeitschrift S. 600 zweifelt Schmid auf Grund der in seinem Untersuchungsgebiet gewonnenen Ergebnisse die Behauptung von der durchgängigen Land-

losigkeit der in Rede stehenden Kirchen an. Tatsächlich haben wir es in diesem Punkte mit einer vorgefaßten Meinung Schultes zu tun. Die Quellen widersprechen ihr durchaus. Die älteren polnischen Kirchen Schlesiens sind zwar nicht durchweg, aber sehr häufig mit Land ausgestattet, und zwar oft in reichem Maße. Ich begnüge mich, aus der großen Zahl der Zeugnisse heraus auf die drei Eigendörfer der Stephanskirche zu Beuthen a. O. nach dem Leubuser Stiftungsbriefe und auf die Urkunde von 1288 Januar 11 (bei Stenzel, Denkschrift zum 50jährigen Bestehen der Schlesischen Gesellschaft für vaterländische Kultur S. 68 ff.), laut welcher von fünf Kirchen sowohl stattliche Landausstattungen als auch Zehnten zu gunsten des Breslauer Kreuzstifts abgetrennt werden, aufmerksam zu machen.

Die abweichenden Verhältnisse des Bützenlandes berühre ich nur kurz. Dieses Land, welches die Diözesen Havelberg und Brandenburg umfaßt, blieb, nachdem es durch den Wendenaufstand verloren worden war, bis in das zwölfte Jahrhundert hinein heidnisch. Die Anfänge des Christentums reichen hier nur in geringen Spuren über diejenigen der deutschen Kolonisation hinaus zurück. Die Besiedlung ergriff weite Teile annähernd gleichzeitig. Infolge dieser Umstände ist hier die Ausstattung der Kirchen viel gleichmäßiger. Reich dotierte Kirchen fehlen allerdings nicht. Verbreitet, besonders in den älteren Teilen der Diözese Brandenburg nachzuweisen ist eine Ausstattung, welche sich aus zwei Hufen Landes und dem dritten Teil des Naturalzehnts zusammensetzt, letzteres, wie Schmid glaubhaft macht, nach holländischem Muster. In den „neuen Landen“ sind vier Hufen die gewöhnliche Landausstattung; an die Stelle des Zehntanteils tritt eine Abgabe von nur einem Scheffel Roggen und einem Denar von jeder Hufe. Dieser Typus findet sich in der Neumark und in Preußen wieder (S. 212). Die weitere Bemerkung Schmidts, daß man auch in Schlesien die dos von vier Hufen gekannt habe, ist zwar nicht direkt unrichtig. Aber die Bierzahl kommt dort nur vereinzelt neben vielen anderen Hufenzahlen vor. Typisch sind gegendweise nur die Ein- und Zweizahl; daneben findet man öfters die Dreizahl und andererseits eine halbe große Hufe. Überhaupt ist ein Einfluß der brandenburgischen auf die schlesische Kolonisation nicht anzunehmen.

Im ganzen Untersuchungsgebiet erscheinen die Grundherrn als Kirchengründer und Kircheneigentümer; ein Patronat des Landesherrn als solchen lehnt Schmid für sein Gebiet in überzeugender Weise ab. Besonders stark tritt das Kircheneigentum bezw. -patronat

der ritterlichen Grundherrschaft hervor. Darauf, daß weit mehr als in Schlesien das Kirchenpatronat des landesherrlichen Grundherrn in den Nachrichten zurücktritt, hat offenbar die Beschaffenheit des Quellenmaterials Einfluß: die in Schlesien relativ zahlreichen Lokationsurkunden fehlen im allergrößten Teil des Gebiets. Das „Kirchenpatronat“ ist, wie Schmid eingehend darlegt, bezüglich der Temporalien zunächst kaum mehr als eine neue, dem kanonischen Recht äußerlich angepaßte Benennung für das Kirchengut des Grundherrn. Erst ganz allmählich werden die Rechte des Patrons an Kirche und Pfarrvermögen zurückgedrängt. Aus dem übrigen reichen Inhalt hebe ich noch hervor die Ausführungen über die Stellung der seit der Mitte des dreizehnten Jahrhunderts bezeugten, mannigfach benannten Kirchväter als Vertreter der Rechte der Gemeinde am Kirchenvermögen (fabrica), nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Lande; dort sind sie vom Rat, hier vom Patron abhängig.

Seite 94 bemerkt Schmid, daß in Böhmen und Polen die Reihe der Ursparren sich erst um die Mitte des zwölften Jahrhunderts geschlossen habe. Für Polen, jedenfalls für Schlesien, erscheint dieser Zeitpunkt noch zu früh angesetzt. Ich erinnere an die Urkunden von Leubus und Schlaup und Obermoos sowie von Kasimir (Büsching, Die Urkunden des Klosters Leubus Nr. 20, 21 und 34).

X.

Julius Krebs.

Ein Lebensbild.

Von

Wilhelm Rudowski.

Unter den Männern, die in dem Menschenalter vor dem Weltkriege eine hohe Blüte des Vereins für Geschichte Schlesiens heraufführten, steht in vorderster Linie Julius Krebs¹⁾. Zur Kennzeichnung seiner Teilnahme am Vereinsleben mögen folgende Daten einen Anhalt geben.

Schon im Jahre 1873, kaum daß er sich in Schlesien eingelebt, trat er in den Verein, wurde 1887 Mitglied des Vorstandes, 1900 Bibliothekar und am 28. Juni 1905 stellvertretender Vorsitzender. Und so übernahm er nach Markgrafs Tode die Leitung des Vereins. Aus dieser sei hervorgehoben die Einsetzung einer Redaktions-Kommission, die Vorbereitung der Festschrift für Fürstbischof Kardinal Ropp, die Einrichtung der Jahrhundertvorträge, die Erwerbung des von Fr. Spieler gemalten Biloes Markgrafs und die Sammlung für sein Grabdenkmal.

Geboren war Julius Krebs am 25. Juni 1846 in dem Dörfchen Aue bei Camburg an der Saale, in einer Meiningerischen Exklave als Sohn eines Landwirts und Mühlenbesizers, von dem er mit großer Liebe und Hochachtung sprach und dem er es sein Leben lang dankte, daß er ihn Maß halten gelehrt habe, vor allem im Trinken.

¹⁾ Ein schlichtes Lebensbild von ihm zu entwerfen, habe ich als eine Pflicht dankbarer Freundschaft übernommen. Schmerzlich genug empfinde ich es freilich, wie dürftig im Grunde meine Kenntnis von ihm ist, obwohl ich ihn fast 30 Jahre kannte, bis 1912 viel mit ihm zusammen war und dann ziemlich regelmäßig korrespondierte, so daß ich mich noch 10 Tage vor seinem Hinscheiden an einem reizvollen Briefe erfreuen durfte. Aber daß auch ein Freund verhältnismäßig so wenig von ihm weiß, daran trägt die Schuld seine große Bescheidenheit. Sie ließ ihn auch bei längerem Zusammensein nur selten von sich sprechen; sie hielt ihn, trotzdem er lange Jahre von Amtspflichten frei war und trotz leiser Mahnung durch seine Gattin doch ab, Aufzeichnungen über sich zu machen.

Der Vater erkannte wohl zeitig die Begabung des Sohnes und seine Neigung für geistige Arbeit und war glücklicherweise in der Lage, ihn in das zwei Meilen entfernte Altenburgische Städtchen Eisenberg auf das herzogliche Lyzeum zu schicken. Das war ein treffliches Progymnasium, dessen Direktor Prof. Ludewig ihn so förderte, daß er mit Glanz in die Sekunda des Gymnasiums in Naumburg aufgenommen wurde. Später stattete er seinen Dank an Ludewig dadurch ab, daß er ihm seine Doktorarbeit widmete. In dem gesunden Alter von fast 20 Jahren bestand Krebs am 8. März 1866 dann die Reifeprüfung, hatte also das Glück gehabt, seine Jugend auf dem Lande und in einer so schönen, damals doch kleinen Stadt wie Naumburg es war, zu verleben. Bezeichnender Weise wandte er sich nun nicht nach Jena, wo sich das Studentenleben damals noch in sehr rücksichtslosen und freien Formen abspielte, sondern er ging nach dem feinen Leipzig. Krebs war aber nichts weniger als ein Schulfuchs, der die Universität als Fortsetzung der Schule ansah. Er trat bei den Afranen ein, belegte auch zweimal den Fechtboden, ohne in die Lage zu kommen, die Fertigkeit auch zu erproben. Das verhinderte seine Liebenswürdigkeit, sein Takt und seine maßvolle Haltung. Damit fiel er einmal einem älteren Herren auf, als er sich mit deutlichem Interesse die vor einem großen Versteigerungssaal ausgestellten Kupferstiche betrachtete. Befragt, ob er solche erwerben wolle, wies er auf die bescheidenen Mittel eines Studenten hin. Das wurde der Anlaß, daß er von dem Herrn gut beraten, allmählich während seines Aufenthalts in Leipzig eine ganze Reihe von Bildern erwarb, die ihm und den Seinen und Gästen noch viele Jahre später hohe Freude bereitet haben.

Hier in Leipzig belegte er überwiegend klassisch-philologische Vorlesungen bei Ritschl und Curtius, daneben allerdings bei Wuttke die französische Revolution. Nach drei Semestern ging er nach Berlin, hörte hier bei Trendelenburg Philosophie, bei Haupt und Kirchhoff altklassische, bei Müllenhoff germanistische Vorlesungen. Aber deutlich wendet er sich allmählich von der Philologie ab und der Geschichte zu, indem er bei Raumer Geschichte der Politik, bei dem Philosophen Dühring über Auffassung der Geschichte hört, die Hilfswissenschaften der Geschichte also und die alte Geschichte nicht vernachlässigt und schließlich von J. G. Droysen in sein Seminar aufgenommen wird. Das bringt für die wissenschaftliche Richtung seines ganzen Lebens die Entscheidung, es gewinnt ihn für die neuere Geschichte. Die Abwendung von der klassischen Philologie ist für einen so lebhaften und reichen Geist wie Krebs höchst erklärlich. Das Arbeitsgebiet

der klassisch-philologischen Seminare war damals hauptsächlich Feststellung der Texte, also oft kleinlichstes Konjekturenreiten; der Betrieb bei manchem Dozenten von schulmäßiger Enge; endlich konnte die Aussicht, Jahre lang in den unteren Klassen mehr oder weniger Latein zu pauken, einen jungen Historiker wahrlich nicht locken. Hierzu trug seine bemerkenswerte Selbständigkeit bei. Sie ist gekennzeichnet dadurch, daß sich Krebs schon ungemein früh ein Arbeitsgebiet für sein Leben suchte. Noch ist ein starkes Heft vorhanden von ihm im Jahre 1868, also in seinem fünften Semester, angelegt, mit dem Titel „Zur Geschichte des 30jährigen Krieges: Quellen, Aktenstücke, Notizen, Kritiken, Auszüge, Dokumente“. Am Ende fehlt nicht ein Verzeichnis des Inhalts und derjenigen Werke zum 30jährigen Kriege, die Krebs damals besaß, worauf er die für jene Zeit beträchtliche Summe von 33 Talern verwendet hatte. — Ostern 1870 ließ er sich exmatrikulieren und begann die Arbeit fürs Examen. Aber sie wurde jäh durch den Krieg unterbrochen. Krebs entzog sich dem Rufe des Vaterlandes nicht und trat am 29. August bei dem Kaiser-Alexander-Garde-Grenadier-Regiment ein. Er machte so die Belagerung von Paris mit, dabei die Abwehr des Ausfalls bei le Bourget. Die Strapazen des Bewegungskrieges blieben ihm im ganzen erspart. Er lernte immerhin das Kriegsleben aus eigener Anschauung kennen und wußte äußerst humorvoll und anregend davon zu erzählen, womit er bei den späteren Übungen im Infanterie-Regiment 51 so manchen Teilnehmer des Krieges erfreute. Wenn Krebs bis zu seiner Entlassung am 22. August 1871 schwerlich zur wissenschaftlichen Arbeit gekommen war, so nahm er sie nun mit umso größerer Willenskraft und erstaunlichem Eifer auf, meldete sich auch im Herbst auf eine Lehrerstelle an der Königlichen Gewerbeschule in Brieg und durfte sie Ostern 1872 vorläufig übernehmen. Eine wissenschaftliche Arbeit — es war dies sein Christian von Anhalt — war nun soweit gefördert, daß er mit ihr im Juli 1872 in Göttingen promovierte. Während die allermeisten Dissertationen auf Anregung eines Universitätslehrers entstehen, auch sehr oft die einzige wissenschaftliche Arbeit bleiben, lag das hier ganz anders. Krebs selbst berichtet darüber und durfte schreiben: „Angezogen von dem geheimnisvollen Dunkel, das über der noch wenig durchforschten Vorgeschichte des 30jährigen Krieges ruhte, verlockt durch den Reiz, den jene Tage auszuüben pflegen, die dem Ausbruch großer historischer Gewitterstürme vorausgehen, habe ich ohne jede Anregung von außen, aus eigenstem Interesse die vorliegende Untersuchung begonnen. Ich war mitten in der Arbeit begriffen, als der I. Band

des groß angelegten Gindelschen Werkes über den 30jährigen Krieg erschien. Einer so gewaltigen, auf ein umfassendes europäisches Archivistudium begründeten Arbeit gegenüber erschien mir meine Darstellung gegenstandslos geworden. Ich brach sie ab.“ — Der Zufall aber führte den Bescheidenen bald darauf in das anhaltische Zentralarchiv nach Bernburg, das ihn auf Empfehlung Erdmannsdörfers geöffnet worden war. Hier stellte er mit Genugtuung fest, daß Gindels nur die große Solmsche Relation benutzt hatte. So konnte er seine Sonderarbeit wieder aufnehmen. Er wollte ursprünglich den Einfluß des anhaltischen Prinzen bis zur Wahl und Krönung Friedrichs V. verfolgen und hatte die Vorarbeiten auch beendet. Allein der Stoff schwoll ihm so an, daß er vorher abbrechen mußte. Daß diese Arbeit in Göttingen, wo Krebs nie studiert hatte und niemand kannte, als Dissertation angenommen wurde, beweist ihren Wert. Und wenn die Einleitung auch etwas lang erscheint, so zeigt diese Erstlingschrift doch schon alle Vorzüge der späteren Schriften des Verfassers: sorgfältige und gründliche Forschung, die auf streng wissenschaftlicher Kleinarbeit beruht, unbestechliche Gerechtigkeit, lebendige und anziehende Darstellung, ohne daß der Verfasser seiner Phantasie je in unkritischer Weise freien Lauf ließe. Besonders die Kunst, mit der er Zeiten und Menschen kennzeichnet, ist da ein Prüfstein. So schreibt er von Friedrich V.: „Gerade als Ereignisse an ihn herantraten, die eine entschlossene charaktervolle Haltung, die das Einsetzen seiner ganzen Persönlichkeit beim Spiel um den verlockenden Gewinn Böhmens heischten, bebt der junge Fürst vor der Verantwortlichkeit eines solchen Wagnisses zurück.“ — Und von Maximilian heißt es mit der größten Unparteilichkeit: „In der Geschichte der ersten Hälfte des XVII. Jahrhunderts kenne ich außer Gustav Adolf keine interessantere Fürstengestalt. In ihm finden wir recht deutlich den Zug der Zeit verkörpert, die Religion nicht bloß als Sache des Herzens, sondern vornehmlich vom Standpunkt der hohen Politik zu betrachten.“ — Und an beide denkt er wohl, wenn er schließt: „Bei großen geschichtlichen Umwälzungen, besonders bei solchen, die Jahrhunderten ein neues Gepräge verleihen, wirkt alles Schlappe, alle Unklarheit doppelt verderblich. Da gilt es, Hammer oder Amboss zu sein. In dem unentwirrbaren Treiben solcher hervorragenden historischen Momente geschieht es bisweilen, daß die Ereignisse auch eine weniger bedeutende Persönlichkeit in den Vordergrund schieben. Aber in diese Ereignisse formend und bestimmend einzugreifen, ihnen auf Jahre hinaus den unverkennbaren Stempel seines Geistes aufzudrücken,

das war immer und alle Zeit nur den wahrhaft großen Charakteren beschieden!“

Wenige Monate später meldete sich Krebs zum Examen vor der wissenschaftlichen Prüfungskommission in Breslau. Ich würde das nicht besonders erwähnen, da sich bei seiner bedeutenden Arbeitskraft und seinem vortrefflichen Gedächtnis nur ein gutes Ergebnis erwarten ließ. Aber es zeigte sich hier wieder, wie selbständig er arbeitete. Breslau war damals in Preußen die einzige Universität, an der erdfundliche Vorlesungen gehalten wurden und man daher für die Lehrbefähigung in Geographie auch gründliche Kenntnisse, nicht nur in der Topographie, sondern auch in physischer, besonders in „mathematischer Geographie“ nachweisen mußte. Und Karl Neumann, übrigens der Lehrer von Joseph Partsch, lobt im Zeugnis, obwohl Krebs nie Vorlesungen in Erdkunde gehört hatte, gerade die hervorragende Fähigkeit an Krebs, physikalische Verhältnisse aufzufassen und wünscht, so lauten seine Worte, bei seiner entschiedenen Begabung für Geographie, daß Krebs sich des Unterrichts darin mit Eifer annehme. Und das hat er denn auch, so weit sich dazu Gelegenheit bot, gern und freudig getan, freilich nicht mehr lange an der Gewerbeschule in Brieg. Zwar hatte er sich überraschend schnell in der Stadt eingelebt und stattete ihr 1879 mit dem Aufsatz „Die Belagerung Briegs durch Torstenson im Jahre 1642“ seinen wissenschaftlichen Dank ab. Vor allem fand er hier in der Tochter des Stadtrats Lange die treue Lebensgefährtin, die ihn ein halbes Jahrhundert mit zärtlichster Sorge umgab. Aber seine Lehrtätigkeit konnte ihn hier doch nicht befriedigen. Die Idee dieser Gewerbeschule war verfehlt. Deswegen hielten sich die Schulen dieser Art auch nicht lange. So trat Krebs zu Michaelis 1873 an das junge Gymnasium zu Ohlau über. Ein glücklicher Zufall hat es gefügt, daß mir ein damaliger Schüler von ihm, Professor Stäsche, dem sein Geschichtslehrer offenbar noch heute deutlich vor Augen steht und Dankbarkeit die Feder führt, ein lebhaftes Bild mit höchst bezeichnenden Zügen mitteilte, wofür ich ihm hier meinen herzlichsten Dank ausspreche. Er schreibt: Der Vortrag von Krebs war gewandt und lebhaft. Weil er kein Gehl aus seinen Überzeugungen machte, weil er seine Seele hineinlegte, wirkte er auch auf die Seelen seiner Schüler weit über die Schulzeit hinaus. Er war kein Einpaufer, sondern er verstand zu erwärmen, Begeisterung und Abscheu zu erwecken und so Einfluß auf die Persönlichkeit zu gewinnen, was seine Schüler beim Jubiläum des Gymnasiums dankbar anerkannten. Ohne patriotische Phrasen lehrte er Geschichte in nationalem Sinne.

erwies sich immer als Anhänger Bismarcks und kennzeichnete die inneren Gegner des großen Staatsmanns ohne Scheu als Reichsfeinde nicht nur in der Schule, sondern auch außerhalb, wie in einer Sedanrede auf dem Schießhausplatz. Der Vorzüge von Krebs seien sich die Primaner besonders bewußt geworden, als ihn während einer militärischen Übung ihr finstrier, strenger Direktor vertrat. Sein offenes Wesen und sein Gerechtigkeitsgefühl, habe auch zur Freude der Ohlauer eine rühmliche Mutprobe bestanden. Bei einem Abiturienten-Examen fragte der allgewaltige Geheimrat einen Abiturienten nach einer griechischen Verbalform. Der nannte sie richtig. Der Schulrat aber, den sein Gedächtnis einen Augenblick im Stiche ließ, fuhr ihn an: Unsinn, es heißt so. Der Direktor und der Prorektor, später auch ein bekannter Gymnasial-Direktor, sonst ein homo eloquentissimus, ja loquacissimus, schwiegen mäuschenstill. Nur Dr. Krebs wagte es, den Geheimrat auf sein Versehen aufmerksam zu machen. Darüber freute er sich noch im Jahre 1922, wie er seinem lieben Schüler am 16. November schrieb. Krebs entzog sich auch in Ohlau der Geselligkeit nicht und wußte manchen charakteristischen Zug der kleinen Kavallerie-Garnison mit köstlichem Humor zu erzählen. Aber es fehlte ihm doch die Anregung, obwohl er das Osterprogramm 1875 mit der Studie „Zur Geschichte der kurpfälzischen Politik im Beginn des 30 jährigen Krieges“ füllt. Es fehlte auch die Bibliothek. Und so ließ er sich zum 1. Januar 1877 an den Zwinger wählen. Es traf sich ungünstig, daß ein älterer Geschichtslehrer schon da war, der schließlich als Direktor, um in der Prüfungskommission zu sein, den Unterricht in Ol geben mußte. Das störte Krebs aber nicht. Er behielt das Interesse für den geschichtlichen wie für jeden Unterricht; für den französischen bewies er es dadurch, daß er es viele Jahre für seine Pflicht hielt, sich im Gebrauch dieser Sprache durch Konversation zu üben. Er entsprach so der Forderung an den Lehrer der lebenden Sprachen, diese einigermaßen zu sprechen, litt übrigens auch nicht an dem Übel der sächsischen Mundart, die sonst eine furchtbare Aussprache gerade des Französischen verursacht. Er blieb nun fast 33 Jahre lang am Zwinger als das beliebteste Mitglied des Kollegiums, und hat bis zuletzt an dieser Schule mit Liebe gehangen und dankbar empfunden, wie besonders ein jüngerer Freund die Verbindung mit ihm durch herzliche Briefe aufrecht erhielt. Krebs konnte die Schule durch zwei Programme über die Politik der evangelischen Union im Jahre 1618 und über den Unionstag von Heilbronn erst 1890 und 91 ehren, weil er bis dahin durch die Acta publica zu sehr in Anspruch genommen wurde.

Er war schon von Brieg aus auch in den Verein für das Museum schlesischer Altertümer und in die schlesische Gesellschaft für vaterländische Kultur eingetreten. Hier hielt er am 1. November 1877 seinen ersten Vortrag in Breslau über den Grafen Fr. von Hohenlohe und die Schlacht am weißen Berge. Er hat dann in der historischen Sektion bis 1907, wo er am 6. November über Melchior von Hagfeld sprach, nicht weniger als 18 Vorträge gehalten, die meist mit seinen großen Arbeiten zusammenhingen, gelegentlich auch andere Zeiten berührten, wie der Vortrag am 22. März 1893, der über den General Henzi und die Belagerung von Ofen im Mai 1849 handelte. Im Jahre 1894 wurde Krebs neben Direktor Reimann vom Heiligen Geist zum Sekretär der Sektion gewählt und blieb das neben Caro, Meinardus und Kaufmann bis zum Jahre 1912. Zwei Jahre nach jenem Vortrage kam dann als eine Art Fortsetzung seiner Dissertation sein Buch „Die Schlacht am weißen Berge im Zusammenhange der kriegerischen Ereignisse“ heraus, das seinen Ruf als Spezialforscher des 30 jährigen Krieges begründete und von dem vor wenigen Jahren zu seiner stolzen Freude der beste Kenner der Kriegsgeschichte, Hans Delbrück, urteilte, 40 Jahre nach dem Erscheinen bilde das Buch von Krebs noch immer die Grundlage der Forschung darüber, so wenig sei es überholt. Ich kann es mir nicht versagen, den zusammenfassenden Schluß mit seinen bis in die Gegenwart reichenden Ausblicken wiederzugeben: „Vom rein militärischen Standpunkte aus bietet die Schlacht am weißen Berge ein geringeres Interesse als viele andere Schlachten des 30 jährigen Krieges. Und doch wird sie immer einen eigenen Reiz ausüben, nicht durch ihren Verlauf, sondern wegen der unermesslichen Folgen, die sie gehabt hat. Sie hat nicht, wie Windeln meint, die Erhaltung der von Ferdinand I. geschaffenen österreichischen Monarchie bewirkt. Wenn irgend einer Schlacht des 30 jährigen Krieges dieses Verdienst gebührt, so der von Nördlingen. Die Schlacht am weißen Berg hat vielmehr jene Blut- und Thränensaat ausgestreut, die dann in dem langen Kriege so verderbenschwanger aufging. Ein Sieg der Böhmen würde niemals im Stande gewesen sein, den Bestand der katholischen Kirche oder das politische Gleichgewicht der Welt wesentlich zu gefährden. Die ungeheuere Übermacht der katholischen Staaten, des Kaisers, Spaniens, des damaligen Frankreich im Bunde mit dem lutherisch-orthodoxen Kurfürsten von Sachsen würde nur zu stärkeren Rüstungen angeregt worden sein. Aber den reaktionären Gelüsten der Gegenreformation wäre die Spitze abgebrochen gewesen; sie hätte nimmer jene Aus-

Schreitungen gewagt, die sie in den zwanziger Jahren beging. Und das isolierte kalvinische Königtum der Böhmen würde nach einem Siege, selbst wenn man das aktive Eintreten Englands oder der Union in den Kampf annimmt, bei seinen inneren Schäden doch immerhin so im Nachteil gegen die katholische Partei gewesen sein, daß den böhmischen Staatsmännern die Erwägung eines maßvollen Friedensschlusses gewiß von selbst gekommen wäre. Jedenfalls wäre so die Möglichkeit vorhanden gewesen, einen *modus vivendi* für Staat und Kirche zu finden. Diese Möglichkeit hat nun die verhängnisvolle Niederlage am weißen Berge, die man geradezu als ein nationales Unglück für Deutschland bezeichnen kann, tatsächlich hinweggeräumt. Sie hat die Selbständigkeit des böhmischen Volkes, welches einst so Großes für den menschlichen Fortschritt geleistet hat, bis auf die Wurzeln geknickt; sie zerriß das ohnehin lockere Band vollends, das die protestantische Partei umschloß, und ließ sie nun in zwecklosen Einzelkämpfen sich langsam verbluten. Sie öffnete einer schrankenlosen kirchlichen und politischen Reaktion Thür und Thor, wie sie unser Vaterland in gleicher Furchtbarkeit nie wieder gesehen hat; sie schuf mittelbar jene gräßliche Militärdiktatur, die unseren nationalen Wohlstand auf Jahrhunderte hinaus vernichtete. Sie ließ endlich den Traum einer spanischen Universalmonarchie wieder aufleben, welche die Kündigung des Waffenstillstandes mit den Niederländern schon im nächsten Jahre einleiten sollte.“ — In Einzelheiten konnte Krebs wieder Flüchtigkeiten Gindelys nachweisen. Um dieselbe Zeit begann er eine neue große entsagungsvolle Arbeit, die aber für ihn viel bedeutete, denn sie erweiterte und vertiefte die Grundlagen seiner historischen Erkenntnis vor allem für die nächste große Aufgabe, die er sich stellte. Ich meine mit jener Arbeit die Herausgabe der *Acta publica*, der Verhandlungen und Korrespondenzen der schlesischen Fürsten und Stände. Hermann Palm hatte sie im Jahre 1865 begonnen mit dem Jahre 1618 und war im Jahre 1875 mit dem IV. Bande fertig geworden. Damals wandte sich Palm anderen Studien zu. Da fand sich zur rechten Zeit ein Nachfolger, der dazu wie vom Schicksal bestimmt schien, weil es sich bei Krebs um die Zeit seiner Lebensarbeit handelte. Er brachte schon 1880 den V. Band über die Jahre 1622—1625 heraus; nach 5 Jahren den VI., worin er die Regestenform anwendete und so eine bessere Ausscheidung alles Wesentlichen möglich machte. Er rühmt dabei des unvergeßlichen Markgraf freundschaftliches Entgegenkommen mit Rat und Tat. Durch diese beiden Bände gewann er wie kein anderer Verständnis für die Leiden und Nöte

Schlesiens und für die Wichtigkeit der Anlage gegen Schaffgotsch, so weit sie aus dem nichtmilitärischen Teil des unseligen Memoriale begründet wurde. — Eine Frucht des VI. Bandes waren die 2 Aufsätze „Schlesien in den Jahren 1626 und 1627“, die 1893 und 1894 in der Zeitschrift erschienen. — Erst nach 20 Jahren fand Krebs Zeit für Fortsetzung der Acta publica, mit dem VII. Bande für das Jahr 1628, dem nun aber schon 1906 der VIII. über das Jahr 1629 folgte.

Im nächsten Jahrzehnt beschäftigten den Unermüdllichen hauptsächlich Studien zum 30 jährigen Kriege bis 1630. Ich nenne da nur den Aufsatz über die Drangsale der Stadt Schweidnitz, besonders im Jahre 1627; dann „Die letzten Monate der kursächsischen Okkupation Schlesiens“ (Januar bis Mai 1622), weiter zwei Studien zur Geschichte der inneren Verhältnisse Schlesiens von 1620 bis zum Einmarsche Wallensteins, Schlesien bis zu Mansfelds Einfall und den Einfall selbst. Die Hauptarbeit aber verwendete er damals auf sein zweites Buch. Wer wie Krebs seine Lebensarbeit dem 30 jährigen Kriege widmete, der konnte unmöglich an der Höhe des ganzen Trauerspiels vorüber gehen, er mußte zu ihr Stellung nehmen, er mußte sich mit der Wallensteinfrage abfinden. Das tat Krebs mit seinem „Hans Ulrich, Freiherr von Schaffgotsch.“ Das allgemeine Urteil, das auf Ranke zurückgeht, wird klar herausgearbeitet und lautet bei Krebs in seinem Hauptteil: Die Gegensätze zwischen dem durch und durch herrschsüchtigen Feldherrn und dem unselbstständigen Kaiser mit seinem verschwenderischen, trägen Hof, der sich gedankenlos von der Hochflut der katholischen Strömung tragen ließ, waren von Anfang an da. Sie führten schließlich zum Bruch und zur Entlassung Wallensteins auf dem Regensburger Kurfürstentage. Um einer ähnlichen Demütigung zu entgehen, nutzte er bei Übernahme seines zweiten Generalats die Verlegenheit des Hofes in so unerhörter Weise aus, daß eine ehrliche Durchführung des Vertrages von kaiserlicher Seite auf die Dauer undenkbar war. Der Herzog empfand dies sofort nach Lügen. Durch den Tod Gustav Adolfs gleichsam an die Spitze der Ereignisse gestellt und im Vertrauen auf die Macht seines ihm, wie er glaubte, unbedingt ergebenen Heeres ging er, der schon vor seinem Wiederauftreten als General in seinem Rachedurst pflichtwidrige Verhandlungen mit den Gegnern des Kaisers angeknüpft hatte, nunmehr daran, den Frieden mit den Protestanten im Reiche, wenn nötig auch gegen den Willen des Kaisers, zur Ausführung zu bringen. Wie in diesem Kampfe auf Leben und Tod ein schlesischer Standesherr ein tragisches Ende findet, hat Krebs dargestellt, indem er einerseits die

politischen Verhältnisse lichtvoll vorführt und anderseits der psychologischen Entwicklung des Freiherrn mit seiner Kunst nachgeht. Schaffgotsch hatte wie alle Schlesier Friedrich V. gehuldigt. Nach der Schlacht am weißen Berge machte daher Hannibal Dohna in Wien den Vorschlag ihn als Protestanten durch Einziehung seiner Güter zu bestrafen. Nur der Dresdener Accord rettete ihn. Bald gelang die Versöhnung und am 3. November 1621 leistete Schaffgotsch den neuen Eid für Ferdinand II. Wenige Jahre später finden wir ihn im Dienste des Kaisers. Im Juni 1627 lernt er Wallenstein kennen. Im Sommer 1631 schützt er als kaiserlicher Oberst mit anderen zusammen Schlesien. Ende Juli verliert er seine Gemahlin, die Schwester der piastischen Herzöge von Liegnitz und Brieg, und so scheiden sich seine Wege von ihnen, als er im nächsten Jahre vergeblich versucht, sie auf die Seite des Kaisers zu ziehen. Denn ihm gehen die Gunst des Feldherrn, Ruhm und Gewinn im kaiserlichen Dienst über alles. Das Jahr 1633 bringt dann eine so tiefe Entfremdung zwischen dem Kaiser und dem Herzog, daß sie auch einem so schwachen Politiker wie Schaffgotsch es war, hätte auffallen müssen. Schaffgotsch erfuhr freilich nur einen Bruchteil der Verhandlungen, aber was ihm daran nicht gefiel, das deckte die ungeheure Autorität des Feldherrn. Sie wuchs zu engerer persönlicher Hingebung bei Schaffgotsch, als Wallenstein ihn im Oktober 1633 zur Deckung gegen die Schweden in Schlesien zurückließ und beim Kaiser seine Ernennung zum General der Kavallerie durchsetzte. Diese neu geschaffene militärische Würde weckte in den Kreisen der hohen Offiziere Neid und Mißgunst, was zum Verhängnis des Beförderten beitrug. Die Anerkennung, die Wallenstein über Schaffgotschs Anteil am Erfolge bei Steinau aussprach, zwang Schaffgotsch völlig in den Bann jener geheimnisvollen Macht, die Wallenstein gleich allen wahrhaft großen Persönlichkeiten auf kleinere Geister ausübte. So merkte Schaffgotsch die Zunahme der Spannung zwischen Kaiser und Feldherr auch nicht, als dieser trotz zweimaliger Aufforderung des Kaisers es ablehnte, einen Teil seiner Reiterei dem Kurfürsten von Bayern zu Hilfe zu schicken. Anfang Januar 1634 ward er plötzlich nach Pilsen berufen, unterzeichnete am 12. Januar nach einer ersten Audienz unbedenklich den berühmten Revers. Was er aber in einer zweiten Audienz von Wallenstein darüber erfuhr, wie es mit den kaiserlichen Gefällen und der Verwaltung der schlesischen Kammer gehalten, wie das Oberamt bestellt werden solle, wie die Privatlandesverträge zwischen Schlesien und Polen zu verändern seien, das hätte bei Schaffgotsch als

schlesischem Standesherrn doch den stärksten Zweifel an der Rechtmäßigkeit dieser Eingriffe in die kaiserliche Verwaltungstätigkeit wecken und ihn seine Wege von denen Wallensteins scheiden lassen sollen. Den Inhalt seines Gesprächs in dieser zweiten Audienz schrieb Schaffgottsch gleich in Gegenwart des Herzogs oder wenig später auf dessen Geheiß allein in seinem Zimmer nieder, Es ist dies das Memoriale, das ihn in den Augen des Kaisers und seiner Berater aufs Stärkste belastete. Nach einer dritten Audienz kehrte Schaffgottsch wieder nach Glogau zurück, in den Kreis so ganz anders gearteter und so viel besser unterrichteter Offiziere, wie es Clam Gallas, Colloredo, Melchior von Hatzfeld und Johann von Gög waren. Jeder einzelne war dem biedereren schlesischen Landadelmann überlegen. Verwirrt, unruhig, besorgt wie im Gefühl der Schwäche trat er ihnen gegenüber, die seine Offenheit und Vertrauensseligkeit nicht erwiderten und denen er immer verdächtiger wird, da er den Mut nicht fand, auf des Kaisers Seite zu treten, was sie alle längst getan hatten. Da ging ihm aus Pilsen die Weisung zu, keinem Befehle vom Hofe zu gehorchen. Damit war er vor die Entscheidung gestellt: Entweder für oder wider den Kaiser. Im innersten Herzen weder für Wallenstein noch für Ferdinand eingenommen, wollte er es mit keinem verderben. So legte er die Abschrift des Pilsner Reverſes, die ihm Now mitgegeben hatte, keinem seiner Obersten zur Unterschrift vor, aber er tat es ganz geheim und gewann keinen Zeugen für die im Sinne des Kaisers verdienstvolle Handlung. Andererseits mahnte Terzka von Pilsen deswegen und teilte mit, daß Colloredo zur Verantwortung nach Pilsen befohlen sei. Nun fürchtete Schaffgottsch, daß durch Colloredo sein Zurückhalten des Reverſes und die Unwahrheit seiner übrigen Versicherungen an den Tag kommen werde. Um demgegenüber sich als getreuen Anhänger des Herzogs hinzustellen, entschloß er sich zu dem vom 23. Februar datierten Zifferscheiben an Terzka, das später neben dem Memoriale die vornehmste Unterlage zu seiner Verurteilung bildete. Darin erklärte er seine Ergebenheit gegen den Herzog in übertriebenen Worten mit starker Entstellung der Wahrheit. In Pilsen nahm man an, daß Schaffgottsch die Gegner des Herzogs in Schlesien gegebenenfalls unschädlich machen werde; das Umgekehrte geschah. Colloredo erhielt einen Haftbefehl gegen Schaffgottsch, den er seit Wochen überwachen ließ, und so wurde der Ahnungslose, der keine Vorsichtsmaßregel getroffen hatte, am 24. Februar 1634 in Ohlau verhaftet und zunächst nach Glaz gebracht. Und nun begann der Prozeß, der sich bis in den Juli 1635 hinzog.

Mit sicherer Hand führt uns Krebs die verschlungenen Pfade dieses abscheulichen Gerichtsverfahrens, in dem sich Gehässigkeit, Rachsucht, Neid und Habgier hoher Offiziere und des Hofes mit der Umständlichkeit, Unentschlossenheit und Verlegenheit des Kaisers schrecklich paaren und natürlich auch von der Tortur Gebrauch gemacht wird, welche die deutsche Justiz dieser Zeit zu ihrer ewigen Schande ja auch gegen Tausende unschuldiger Mädchen und Frauen angewendet hat. Die Charakteristik des Freiherrn wird nun vollendet. Noch während des Prozesses, der ihn von Glaz nach Wien, nach Pilsen, Budweis und Regensburg führte, half ihm sein leichter Sinn über die Anfälle von Mutlosigkeit hinweg. Noch in Budweis genoß er als Weltkind die Freuden der Sinne in vollen Zügen. Aber bei der Tortur in Regensburg bewies er große Standhaftigkeit. Sie hatte bei ihm ein so geringes Ergebnis, daß man die mitangeklagten Offiziere ihr nicht unterwarf. Der Kaiser hatte erst zugestimmt, als seine in langen Jahren erprobten höchsten Staatsdiener ihm wiederholt versicherten, daß ein Irrtum ausgeschlossen und daß Schaffgotisch ihm seine hohen Regalien im Herzogtum Schlesien habe entziehen wollen, wogegen sich doch der Angeklagte eingehend verteidigt hatte. Die Widerlegung hatte sich das Gericht anfangs so schmächtig leicht gemacht, daß es eine neue anfertigen mußte. Am 4. Juni war er gefoltert worden, am 21. Juli erfuhr er die Bestätigung des Todesurteils, die er mit einer bemerkenswerten Fassung aufnahm. Was er in letzter Stunde gesprochen und getan, das hat ihm vor allem den Ruf eingetragen, daß er das Opfer eines Justizmordes gewesen und daß er als evangelischer Märtyrer gestorben sei. Das zweite lehnt Krebs ab. „Es finde sich kein Beweis, daß der Kaiser selbst sich durch den protestantischen Glauben Schaffgotichs bei dem Prozesse habe beeinflussen lassen.“ Allerdings zwangen wenige Wochen nach des Freiherrn Tode in seinen protestantischen Gemeinden am Riesen- und Isergebirge katholische Geistliche und kaiserliche Soldaten die Einwohner unter tausend Quälereien zur Änderung ihres Glaubens und seinen Kindern wurde nur unter derselben Bedingung ein Teil der Güter des Vaters gelassen.

In den nächsten Jahren fand Krebs Zeit zu etwas abliegenden Studien, wie seine Aufsätze über französische Staatsgefangene in Glaz und über die Okkupation von Landeshut im 7 jährigen Kriege beweisen. Seine Hauptarbeit bleibt natürlich dem 30 jährigen Kriege gewidmet. Er wendet sich nur stärker der fallenden Handlung des schrecklichen Dramas zu, die ihn in ganz andere Teile Deutschlands

führte. Und daß er so ein Gesamtbild gewann wie kaum ein anderer, gerade das mochte ihn reizen.

Schon in seinem Schaffgotisch spielt Melchior von Hatzfeld eine gewisse Rolle. Ist er es doch, dem der Hauptgewinn, die Standesherrschaft Trachenberg, schließlich zufällt. Im Jahre 1901 schreibt Krebs einen Aufsatz „Melchior von Hatzfeldt und der Kleinkrieg um Breslau“. 1910 erscheint dann sein Buch, worin er gewissermaßen den kriegsgeschichtlichen Hintergrund für seinen Schaffgotisch nachholt. Die Kritik ist sich einig darüber, die dauernde Bedeutung des Buches mit seiner Fülle von Einzelheiten liege vornehmlich darin, daß es einen unendlich reichen Beitrag zur Organisation, Werbung, Heeresverwaltung und Kriegsführung der Wallensteinschen Armee in den Jahren des ersten Generalats gebe. Es ist also auch ein wichtiger Beitrag zur Kulturgeschichte ebenso wie das Buch über Schaffgotisch, zu dem es aber ein reizvolles Gegenbild schafft. Alter, Stand, Beruf, Ehrgeiz, Zeit und Lebenskreis sind gleich und doch wie verschieden der Ausgang. Hier der reiche Standesherr, auch durch den kaiserlichen Dienst wenig über die Grenzen seiner schlesischen Heimat hinausgeführt, durch die Anerkennung seiner Landsleute, die er doch mehr dem Reichtum und seiner hohen Stellung dankte, zur Überschätzung seiner Fähigkeiten geneigt, doch schließlich der Lage nicht gewachsen und so unschuldig schuldig ins Verderben gerissen. Ihm gegenüber Melchior von Hatzfeldt, aus einer westdeutschen kinderreichen Familie, unbegütert, in früher Jugend Protestant, dann übergetreten und zum geistlichen Stand bestimmt, trat er erst mit 26 Jahren 1619 in den kaiserlichen Kriegsdienst. Mäßig in jeder Hinsicht, schlicht, sparsam, benutzte er jede Gelegenheit zum Gelderwerb, verstand zusammenzuhalten, besonders in der langen Oberstleutnantszeit, wo er ständig evangelische Regimentsinhaber über sich hatte, also offenbar Vertreter einer mittleren religiösen Richtung, dabei fromm katholisch. Ausgezeichnet durch seine allgemeine, besonders aber durch seine gute Fachbildung z. B. in der Befestigungskunst, durch die Kenntnis der verwickelten Rechtsverhältnisse des Reiches, durch Verständnis für die großen Gegensätze der europäischen Staaten, die ihm Lektüre und ausgedehnter Briefwechsel mit den maßgebenden militärischen und politischen Persönlichkeiten vermittelte. Seine Weltflugheit bewahrte ihn so vor dem Schicksal Schaffgotichs, obwohl auch er mit der Machtstellung Wallensteins im ersten Generalat sehr zufrieden, in gewissem Sinne als Offizier und Standesgenosse sogar stolz darauf war.

Wenige Monate später, als sein Hatzfeldt herausgekommen war,

sah sich Krebs gezwungen in den Ruhestand zu treten. Die Muße der nächsten Jahre verwendete er in rastlosem Fleiße auf die Fortsetzung, die als II. Band druckfertig vorliegt. Durch die Güte von Frau Professor Krebs war es mir möglich, das Manuskript einzusehen. Text, Anmerkungen und Beilagen nehmen in der feinen Handschrift des Verfassers 359 Quartseiten ein. Das Leben Hagfeldts wird von 1631 bis in den Januar 1637 fortgeführt und in drei Kapiteln wird dargestellt, wie er Oberst, Feldmarschalleutnant und Feldzeugmeister wird, dann als Feldmarschall unter Gallas gegen Bernhard von Weimar und die Franzosen fight, endlich wie er als militärischer Berater des Kurfürsten von Sachsen und als Befehlshaber kaiserlicher Truppen gegen Bauer kämpft.

Die notwendigen kriegswissenschaftlichen Kenntnisse über Werbung, Organisation, Bewaffnung, Verwendung der Truppengattung und Taktik des 30 jährigen Krieges hatte sich Krebs schon zeitig durch gründliche Studien verschafft, wie seine Schlacht am weißen Berge bewies. Über Einzelnes hatte er gelegentlich vorgetragen. Im Zusammenhange behandelte er diesen Stoff in den 90er Jahren in einer Reihe von Vorträgen im Landwehroffizierskasino, wo er das meiste Interesse und Verständnis wußte. Er war in diesem Kreise kein Fremder und nahm gern an den Veranstaltungen des Kasinos teil. Seine Leistungen als Historiker sind gerade deshalb so bewundernswert, weil er sie nicht nur neben den Forderungen des Amtes vollbrachte, sondern auch noch Zeit für Geselligkeit fand. Seiner lebhaften Natur war sie ein Bedürfnis, obwohl er in der Regel der Gebende war. Er tat das aber nicht in der Form der Belehrung, wozu sonst auch viele neigen, die nicht von Beruf Lehrer sind, sondern er ging auf die Gedanken des andern ein, wie es seiner Liebenswürdigkeit entsprach, und zeigte nun seine glänzende Belesenheit. Dieser Grundzug seines Wesens gewann ihm aller Herzen und versöhnte am Ende sogar die Empfindlichkeit von Autoren, die durch seine doch so ruhige und sachliche Kritik zunächst verletzt waren. Dazu trat zeitig eine große Abgeklärtheit, die sein Urteil über Menschen und Dinge mäßigte. Sie beruhte auf der Gründlichkeit und Tiefe seiner Forschungen und auf der so erworbenen Kenntnis der menschlichen Natur. Sie erstreckte sich auch auf das religiöse Gebiet. Wer alle Abgründe fanatischen Glaubenshasses und seine fürchterlichen Wirkungen gerade um die erste Hälfte des XVII. Jahrhunderts so gründlich kennen lernte, mußte sich zu freiem Denken erheben. Eine gewisse Anlage dazu hatte Krebs wohl schon in jungen Jahren. Sie führte ihn schon in Brieg in die

Voge, der er sein ganzes Leben treu blieb, womit er sich, da er Briege so bald verließ, die Freiheit verschaffte, an Vogenarbeiten und Festlichkeiten nach Zeit und Belieben teilzunehmen. Dies Interesse für die Voge veranlaßte im Jahre 1891 den Aufsatz „Der Breslauer Fürstbischof Philipp Gotthard von Schaffgotsch als Freimaurer“ und ließ ihn noch in den letzten Zeiten an eine groß angelegte Geschichte der Freimaurerei denken.

Alle diese Eigenschaften erwuchsen an seiner historischen Arbeit, kamen ihr wieder zu gute und erhoben sie zur Höhe wahrhaft wissenschaftlicher Forschung. Die Natur hatte ihm aber noch eine herrliche Gabe verliehen: einen unerschütterlichen Optimismus und Lebensmut, der sich bei dem Tode seines Sohnes, einige Jahre später seines Schwiegersohnes, der für das Vaterland sein Leben hingab, und in der schweren Prüfung bewährte, daß nach einer mit großer Festigkeit ertragenen Operation seine Stimme nicht ausreichte, um sich in einem größeren Kreise verständlich zu machen. Dieser Lebensmut fand seinen Ausdruck auch in seiner Arbeitskraft und geistigen Frische, die ihn befähigte in dem reizenden Städtchen Reichenstein bis zuletzt der wissenschaftlichen Arbeit zu leben. Hier durfte er während des Weltkrieges seinen 70. Geburtstag feiern, und dem Vorstand war es ein Herzensbedürfnis, ihm durch eine besondere Abordnung die Glückwünsche des Vereins, in der Form einer Adresse, überbringen zu lassen. Sie versicherte ihm, die tiefempfundene Dankbarkeit und Verehrung, mit der ihm der Verein die Festgabe widme, solle ihm eine Bürgschaft dafür sein, daß er während der mehr als vier Jahrzehnte seines Wirkens für die schlesische Geschichtsforschung und den schlesischen Geschichtsverein in liebevoller Hingebung an seine zweite Heimat das Höchste und Beste getan habe. (Vgl. Zeitschr. 51, 388—89.) Seiner liebenswürdigen Teilnahme für diesen letzten Wohnort verdanken wir zwei Beiträge zu seiner Geschichte im Jahre 1915 und 1917. Für seine Freunde bedeutete sein Entschluß Breslau zu verlassen, einen herben Verlust, den der Briefwechsel doch nur milderte. Das empfand jeder, der wie ich ab und zu die Freude hatte, ihn zu sehen und zu sprechen. Wie überall umgab ihn auch hier seine Lebensgefährtin mit zartester, nie ermüdender Fürsorge und verschönte mit ihrer Gabe geschmackvoller Aufmachung sein tägliches Leben, was er mit tiefer Dankbarkeit anerkannte. Dieses Gefühl erfüllte ihn auch, als sie, nach längerer ernster Erkrankung genesen, mit ihm nach dem geliebten Göhren reisen konnte. Das Badeleben des Schieberpublikums schilderte er mir damals mit köstlicher Ironie, wie über-

haupt seine Briefe bis zum allerletzten ein Genuß für den Empfänger waren.

Dann meldete sich eine Herzschwäche in einem Anfalle, der doch Besorgnis erregte. Die gute Natur des Verewigten überwand jedoch die Folgen allmählich fast ganz und auch die alte, feine, besondere Schrift fand sich zu unser aller Freude wieder. Kleinere Anfälle folgten nach Pausen, machten ihm aber keine Sorge. So kam 1924 heran und damit der Tag der goldenen Hochzeit, der ihm mit seiner Fülle von Glückwünschen bewies, wie treu alle, die ihn kannten, an ihm hingen. Er verlebte ihn in großer Frische zur Herzensfreude seiner ganzen Familie, die ihn noch einmal so recht glücklich sah. Wenige Tage später setzte ein Anfall von Herzschwäche seinem Leben in mildester Weise fast ohne Kampf ein Ziel.

Wer ihn kannte, schätzte ihn und wird ihn nie vergessen. In den Annalen des Vereins wird sein Name noch lange glänzen, denn seine wissenschaftlichen Leistungen werden Forscher zum 30 jährigen Kriege noch viele Menschenalter beachten müssen.

XI.

Gustav Bauch.

Ein Lebensbild.

Von

Otfried Schwarzer.

Gustav Bauch wurde als Sohn eines Pastors am 1. Juni 1848 in Laschowitz, Kr. Ohlau, geboren. In dem gastlichen Pfarrhause, im Kreise von neun Geschwistern, verlebte er eine glückliche Jugend. Noch im späten Alter gedachte er mit Dankbarkeit der Anregungen, die ihm der Vater, ursprünglich Philologe, ein enger Freund Otfried Müllers, für seine wissenschaftliche Gedankenrichtung ins Leben mitgab.

Nach kurzem Besuch der Bürgerschule in Ohlau auf dem Gymnasium zu St. Maria Magdalena in Breslau vorgebildet, widmete er sich in den Jahren 1868—72 dem Studium der Geschichte und Erdkunde in Breslau, Berlin und Göttingen. In Göttingen wurden Georg Waig und Joh. Ed. Wappäus richtunggebend für seine wissenschaftlichen Neigungen. Aus dem Waigschen Seminar ging seine Doktordissertation über die Historia Romana des Paulus Diaconus hervor. Die Aukribie und Sachlichkeit der Forschung, die Abneigung gegen Schönrednerei und Phrase, die alle seine Arbeiten auszeichnet, sind eine Mitgift der Waigschen Schule. Zu seinem engeren Freundeskreise in Göttingen gehörten Dietrich Schäfer, Theodor Lindner, Oswald Holder-Egger und die späteren Krakauer Professoren Stanislaus Smolka und Wilhelm Creizenach. Sein späteres wissenschaftliches Arbeitsgebiet lag ihm in der Studienzeit noch völlig fern. Ihn lockte die damals aufblühende Wissenschaft der Erdkunde und das wagemutige Leben des Forschungsreisenden. Aber der Tod des Vaters zwang ihn, der ihm von Wappäus nahegelegten Habilitation für das Fach der Erdkunde zu entsagen und sich dem Schuldienst zu widmen.

An der von seinem Schwager Paul Wossidlo geleiteten Realschule in Tarnowitz verbrachte er die ersten fünf Jahre seiner Lehrtätigkeit. Ostern 1877 kam er an die höhere Bürgerschule I, seit Ostern 1885 wirkte er ununterbrochen bis zu seiner Versetzung in den Ruhestand an der höheren Bürgerschule II (späteren Realschule) in Breslau. In den ersten Jahren ging er völlig im Lehrberuf

auf. Daneben betätigte er sich auf dem Arbeitsfelde des Provinzialverbandes der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung, deren Sekretär er 15 Jahre hindurch war. Als sich aber seine Hoffnungen, im Schuldienst eine leitende Stellung zu gewinnen, wiederholt zerschlagen hatten, wandte sich sein Interesse immer mehr der wissenschaftlichen Forschungsarbeit zu, die ihn zu fesseln begann, als er mit den Schätzen der Breslauer Stadtbibliothek an Drucken des 16. Jahrhunderts bekannt wurde. Hier wurde ihm Hermann Markgraf ein kräftiger Anreger und Förderer.

Das Aufblühen des Humanismus an den deutschen Hochschulen und die mit ihm eng verschwisterte Reformationsbewegung zogen ihn bald dauernd in ihren Bann. Die Verfolgung der Andern, in denen der Humanismus das deutsche Geistesleben durchsiderte, führte ihn zur Erforschung der Schulgeschichte, vor allem Schlesiens, wofür ihm in den Breslauer Bibliotheken und Archiven ein besonders ausgedehntes Quellenmaterial zu Gebote stand. Die Eigenart des Stoffes und der Quellen brachte es mit sich, daß er bei seinen Arbeiten von der Biographie und Bibliographie und von der Veröffentlichung besonders wichtiger Urkundenstücke zu zusammenfassenden Darstellungen des Frühhumanismus und der Schulgeschichte fortschritt.

An dieser Stelle muß in erster Linie seines Schaffens auf dem Gebiet der schlesischen Literatur- und Schulgeschichte gedacht werden. Das territorial zersplitterte Schlesien hatte keine Universität, die eine Pflanzschule des Humanismus hätte werden können. Seine Söhne suchten ihre Bildung an den benachbarten Hochschulen. So mußte sich hier die Forschung an die Persönlichkeiten halten, die nicht immer in Schlesien das Feld ihres Wirkens fanden, immer aber die Anziehungskraft des neuen Bildungsideals auf die geistig beweglichen Schlesier und sein Hineinspielen in die Entwicklung des heimischen geistigen Lebens in vielfacher Brechung zeigen. Andererseits konnte sie an der Geschichte einzelner hervorragender Lateinschulen den Sieg der humanistischen Bildung über die Scholastik aufzeigen. Ausführlichere Lebensbilder bzw. Zusammenstellungen biographischen Materials hat Bauch dem Humanisten Antonius Nager, dem Breslauer Stadtschreiber Laurentius Corvinus, dem kaiserlichen Gesandten bei der Kurie Ritter Georg Saueremann, dem Dichter George von Logau, den Freunden und Förderern des Humanismus auf dem Breslauer Bischofsstuhl Johann IV. Roth und Johann Thurzo und dem Breslauer Reformator Johann Heß gewidmet, ferner dem Schöpfer des Görlitzer Gymnasiums Petrus Vincentius, den Goldberger Lehrern Hieronymus Gürtler von Wildenberg und Zacharias

Barth, endlich hat er in seinem letzten Werke das Wirken des bedeutendsten schlesischen Pädagogen der Renaissance, Valentin Trozendorf, und seiner Schule geschildert. Kleinere Sterne der schlesischen Renaissance sind in den „Beiträgen zur Literaturgeschichte des schlesischen Humanismus“, zusammengetragen. Einen Führer durch die literarische Tätigkeit dieser Persönlichkeiten bildet die „Bibliographie der schlesischen Renaissance“. In besonderen Studien verfolgte er die Spuren der Schlesier an den Universitäten Erfurt und Krakau im 15. und 16. Jahrhundert. Letztere gibt einen überraschenden Einblick in die engen geistigen Beziehungen Schlesiens zu der polnischen Handelsmetropole, die das kulturelle Gegenstück bilden zu der wirtschaftlichen Verbindung zwischen Breslau und Krakau. Auf dem Gebiet der Schulgeschichte folgten der Herausgabe von Aktenstücken zur schlesischen und Breslauer Schulgeschichte Studien zur Geschichte des Piesitzer und Görlitzer Schulwesens. Völlig aus diesem zeitlichen Rahmen fällt eine Arbeit über „Breslau und Pestalozzi“. Als Frucht jahrelanger intensiver Archivstudien erschienen dann als Krönung seiner schlesischen Forschungen in den Jahren 1910 und 1911 die „Geschichte des Breslauer Schulwesens vor der Reformation“ und, vom Verein für Geschichte Schlesiens der Universität zur Jahrhundertfeier als Festgabe überreicht, die „Geschichte des Breslauer Schulwesens in der Zeit der Reformation“, an die sich, gleich umfassend und gründlich, das schon erwähnte Werk über Trozendorf und die Goldberger Schule (1921) anschließt. Die drei letztgenannten Werke allein würden genügen, um Bauch eine ehrenvolle Stellung in der schlesischen landesgeschichtlichen Forschung zu sichern.

Bauchs Bedeutung als Gelehrter geht aber über die landesgeschichtliche Forschung weit hinaus. Die bequeme Zugänglichkeit des Breslauer Quellenmaterials fesselte seine unermüdliche Schaffensfreude an die Landesgeschichte stärker als seinen weitreichenden wissenschaftlichen Interessen entsprach. Wiederholte Beurlaubungen zu wissenschaftlichen Arbeiten und Reisen boten doch nicht Zeit und Bewegungsfreiheit genug, um auf seinem eigentlichen Forschungsgebiet, der Geschichte des deutschen Frühhumanismus, seine gewaltige Arbeitskraft zur vollen Auswirkung zu bringen. Hier ist sein Lebenswerk Torso geblieben, er ist zu einer abschließenden Darstellung dieser Periode deutschen Geisteslebens nicht mehr gekommen. Es ist die Tragik seines stillen Gelehrtenlebens, daß er dauernd an eine Lehranstalt gefesselt blieb, wo es ihm versagt war, mit dem Reichtum seines Wissens und der Klarheit und Tiefe seines wissenschaftlichen Urteils auf zukünftige Hochschüler zu wirken, und daß

der Beruf ihm eine Schranke blieb, die ihn hinderte, das, was in ihm lebte, wirkungsvoll für die wissenschaftliche Welt zu gestalten. Gleichwohl bleibt das, was er zur Aufhellung dieser Geistesperiode beigetragen hat, nach Inhalt und Umfang eine höchst achtungswerte Leistung. Die Mitteilung eines Jugendgedichts Hutten's war seine erste Veröffentlichung zum Humanismus. Auch zur Luther- und Melanchthonforschung hat er Analekten beige-steuert. Zwei Studien beschäftigen sich mit dem Nürnberger Humanisten Christoph Scheurl und mit Andreas Carlstadt. Im übrigen hat er in einer Reihe von biographischen Arbeiten nur weniger bekannte Vertreter des Humanismus der Vergessenheit entrissen (Johannes Rhagius Aesticampianus, Johann Hendel, Johann Hadus Hadelius, Rudolph Agricola d. J., Valentin Eck, Flavius Wilhelmus Raimundus Mithridates, Johann von Ritzscher, Heinrich von Bünau, Augustinus Olomucensis und einige andere). Seine wichtigsten Arbeiten zur Geschichte des frühen Humanismus jedoch gruppieren sich um dessen Pflegstätten, die Universitäten und Schulen. Umfangreichere Arbeiten behandeln den Frühhumanismus in Leipzig, Frankfurt a. O., Ingolstadt, Nürnberg, Wien, Erfurt; kleinere Studien sind den Universitäten Mainz und Gießen gewidmet. Auch seine Schrift „Deutsche Scholaren in Krakau in der Zeit der Renaissance“ gehört in diesen Zusammenhang. Umfassendes Material hat Bauch zur Geschichte der Universität Wittenberg zusammengetragen. Aus ihm schöpfte er seine Studien über die Scholastik, über die Einführung der Melanchthonischen Deklamationen und des Hebräischen in Wittenberg. Im wesentlichen die Universität Wittenberg betrifft auch sein Aufsatz über die Anfänge des Studiums der griechischen Sprache und Literatur in Norddeutschland. Zu einer zusammenfassenden Darstellung des Frühhumanismus in Wittenberg ist er jedoch nicht mehr gekommen. Als druckfertige Manuskripte liegen in seinem Nachlaß eine Darstellung des Humanismus in Wittenberg in den Jahren 1502 bis 1506 und eine Ausgabe des ältesten Rechnungsbuches der Universität. Der heimischen Biadrina hat Bauch ein besonderes Interesse entgegengebracht, indem er im Verein mit Georg Kaufmann die „Akten und Urkunden der Universität Frankfurt a. O.“ herausgab. Von ihm selbst bearbeitet sind darin die Dekanatsbücher der philosophischen, der juristischen und der medizinischen Fakultät.

Aus seiner eingehenden Beschäftigung mit den Werken der Humanisten flossen auch einige Beiträge zur Buchdruckergeschichte von Erfurt, Wittenberg und Frankfurt a. O. Eine kritische Studie beschäftigt sich mit den Urdrucken der Epistolae obscurorum virorum.

Bauchs Forschertätigkeit auf dem Gebiete des Humanismus fand die verdiente Anerkennung, als die Krakauer Akademie der Wissenschaften ihn 1901 zum korrespondierenden Mitglied ernannte und als er wenig später von der Münchener Akademie der Wissenschaften den ehrenvollen Auftrag erhielt, den Briefwechsel des „Erzhumanisten“ Konrad Celtis herauszugeben. Das umfangreiche Manuskript dieses Briefwechsels lag bereits druckfertig vor, als der Ausbruch des Weltkriegs ihn der Fortführung und dem Abschluß seiner wissenschaftlichen Arbeiten entriß.

Seine unverwüßliche Lebenskraft, die ihn noch im Alter die Nächte am Schreibtisch versetzen ließ, ermöglichte es dem Sechszundsechzigjährigen, der einst als Achtzehnjähriger sich als Kriegsfreiwilliger für den Feldzug von 1866 gemeldet und auch am Kriege gegen Frankreich 1871 teilgenommen hatte, im Weltkrieg mit einer Landsturmkompanie ins Feld zu ziehen. An der russischen Front in den Jahren 1915—17 fand er doch noch Muße, den Entwurf einer Geschichte des Humanismus an der Universität Krakau zur Hälfte niederzuschreiben. Noch vor dem Zusammenbruch rief ihn der Mangel an Lehrkräften in die Heimat zurück, doch zwang ihn ein Augenleiden, Ostern 1920 den Schuldienst aufzugeben. Das völlige Versagen des Augenlichts und mancherlei häusliches Leid — zwei Söhne hatte er im Kriege verloren — verdüsterten seinen Lebensabend. Am 20. Juli 1924 erlag er im Krankenhaus Bethanien in Breslau einem Herzanfall.

Verzeichnis der Schriften von G. Bauch.

Über die Historia Romana des Paulus Diaconus. Diss. Götting. 1873.
Ein bisher unbekannt gebliebenes Jugendgedicht Ulrichs von Hutten. 1880.
(Arch. f. Litt.-Gesch. 10, 429—34.)

Johannes Rhagius Aesticampianus in Krakau, seine erste Reise nach Italien und sein Aufenthalt in Mainz. 1882. (Arch. f. Litt.-Gesch. 12, 321—70.)

Das Leben des Humanisten Antonius Niger. 1882. (Zeitschr. d. Ver. f. Gesch. Schles. 16, 180—219.)

Archivalische Miscellen I. Ein Beitrag zur Breslauer Reformationsgeschichte. 1882. (Zeitschr. d. Ver. f. Gesch. Schles. 16, 273—79.)

Die Vertreibung des Johannes Rhagius Aesticampianus aus Leipzig. 1883.
(Arch. f. Litt.-Gesch. 13, 1—33.)

Laurentius Corvinus, der Breslauer Stadtschreiber und Humanist. Sein Leben und seine Schriften. 1883. (Zeitschr. d. Ver. f. Gesch. Schles. 17, 230—302.)

Dr. Johann Hendel, der Hofprediger der Königin Maria von Ungarn. Budapest 1884. (S.-A. a. Ungar. Revue. 4.)

Das Münzprivilegium des Bischofs Johann V. Thurzo von Breslau vom Jahre 1515. 1884. (Schles. Vorz. 4, 209—18.)

Johannes Hadus Hadelius. Ein Beitrag zur Geschichte des Humanismus an der Ostsee 1885. (Vierteljahrsh. f. Kult. u. Lit. d. Renaissance 1, 206—28.)

Ritter Georg Sauer mann, der erste adelige Vorfahr des Grafen Saurma von Jeltzsch. Breslau 1885. (Zeitschr. d. Ver. f. Gesch. Schlef. 19, 146—181.)

Caspar Ursinus Velius, der Hofhistoriograph Ferdinands I. und Erzieher Maximilians II. Budapest 1886. (S.-M. a. Ungar. Revue. 7.)

Rudolphus Agricola Junior. Ein Beitrag zur Geschichte des Humanismus im deutsch-polnisch-ungarischen Osten. Breslau 1892. (Wiss. Abh. 3. Jahresber. d. Ev. höh. Bürgerschule II.)

Beiträge zur Litteraturgeschichte des schlef. Humanismus. I—VIII. 1892 bis 1906. (Zeitschr. d. Ver. f. Gesch. Schlef. 26, 213—48; 30, 128—64; 31, 123—64; 32, 49—104; 37, 120—68; 38, 292—342; 39, 156—98; 40, 140—84.)

Zur Cranachforschung. 1894. (Repert. f. Kunstwiss. 17, 1—15.)

Valentin Ed und Georg Werner. Zwei Lebensbilder aus der Zeit der Besitzergreifung Ungarns durch die Habsburger. 1894. (Ungar. Revue 14, 40—57.)

Biographische Beiträge zur Schulgeschichte des XVI. Jahrhds. 1895. (Mitt. d. Ges. f. dt. Erz- u. Schulgesch. 5, 1—26.)

Wolfgang Schend und Nicolaus Marschall. 1895. (Ztbl. f. Bibliothekswesj 12, 353—406.)

Der Begründer der Goldbergberger Particularschule Hieronymus Gürtler von Wildenberg. Ein Beitrag zur Schulgeschichte Schlesiens und Westpreußens im XVI. Jahrhundert. Festschrift zum 25jährigen Jubiläum des Realgymnasiums in Tarnowitz. Breslau 1895. (S.-M. a. d. Zeitschr. d. Ver. f. Gesch. Schlef. 29.)

Die Anfänge des Studiums der griechischen Sprache und Litteratur in Norddeutschland. 1896. (Mitt. d. Ges. f. dt. Erz- u. Schulgesch. 6, 1—28; 75—98; 163—193.)

Der humanistische Dichter George von Logau. Ein Beitrag zur Literaturgeschichte des schlesischen Humanismus. 1896. (auch: Jahresber. d. Schlef. Ges. f. vaterl. Kult. 1895, Abt. III, 5—33.)

Akten und Urkunden der Universität Frankfurt a. O. In Gemeinschaft mit Georg Kaufmann hrsg. S. 1—6. Breslau 1897—1903. Darin von Bauch selbst hrsg.: S. 1: Das älteste Decanatsbuch der philol. Fakultät. T. 1: Die artist.-philol. Promotionen von 1506—1540. 1897; S. 2. Desgl. T. 2: Die artist.-philol. Promotionen von 1540—1596. 1901; S. 6: Aus dem ersten Jahrzehnt der Universität und die Decanatsbücher der ersten Juristen und Mediziner. Festschrift zur 400jähr. Jubelfeier. 1906. (S. 1 auch im 74. Jahresber. d. Schlef. Ges. f. vaterl. Kult.).

Wittenberg und die Scholastik. 1897. (M. Arch. f. Sächf. Gesch. u. Mt. 18, 286—339.)

Zu Christoph Scheurls Briefbuch. 1897. (M. Mitt. a. d. Geb. hist.-antiquar Forsch. Im Nam. d. Thür.-Sächf. Ver. 3. Erf. d. vaterl. Mt. hrsg. 19, 400—56.)

Ein Holzschnitt. (Ergänz. 3. d. Aufsatz: Wolfgang Schend und Nicolaus Marschall). 1897. (Zbl. f. Bibliothekswesj. 14, 432.)

Zuo Wittich. 1897. (Zbl. f. Bibliothekswesj. 14, 526f.).

Zu Luthers Briefwechsel. 1898. (Zeitschr. f. Kirchengesch. 18, 391—412.)

Melanchthoniana. 1898. (Zeitschr. f. Kirchengesch. 18, 76—89.)

Andreas Carlstadt als Scholastiker. 1898. (Zeitschr. f. Kirchengesch. 18, 37—57.)

Die Urdrucke der Epistolae Obscurorum Virorum. I. Die drei Ausgaben des ersten Teils. 1898. (Zbl. f. Bibliothekswesj. 15, 297—327.)

Drucke von Frankfurt a. D. Erweiterungen zu Panzer, Annales typographici VII, 54 und IX, 464. 1898. (Zbl. f. Bibliothekswes. 15, 241—60.)

Urkundenstücke zur Geschichte des Breslauer Schulwesens im XVI. Jahrhdt. Breslau 1898. (Wiss. Beil. z. Jahresber. d. Ev. Realschule II.)

Bibliographie der schles. Renaissance (1475—1521). 1898. Silesiaca, S. 145—86.)

Bemerkungen, Ergänzungen und Berichtigungen zu neueren Schriften auf dem Gebiete der schles. Geschichte. 1898. (Zeitschr. d. Ver. f. Gesch. Schles. 32, 389—93.) (Enth. Ergänzungen zu seinen Arbeiten üb. Antonius Nager, Laurentius Corvinus, Georg Sauermann u. zu den Beiträgen z. Literaturgesch. d. schles. Humanismus.)

Geschichte des Leipziger Frühhumanismus mit besonderer Rücksicht auf die Streitigkeiten zwischen Konrad Wimpina und Martin Mellerstadt. Leipzig 1899 (Beil. z. Zentralbl. f. Bibliothekswes. 22.)

Dr. Johann v. Rixscher. Ein meißnischer Edelmann der Renaissance. 1899. (N. Arch. f. Sächs. Gesch. u. Alt. 20, 286—321.)

Protokoll über die Stellung des Rectors der Pfarrschule zu St. Elisabeth in Breslau zu dem Domscholastikus 1368. 1899. (Mitt. d. Ges. f. dt. Erz. u. Schulgesch. 9, 229—38.)

Breslau u. Pestalozzi. 1899. (Zeitschr. d. Ver. f. Gesch. Schles. 33, 269—306.)

Die Stadt Breslau u. die Dwerghschen Stiftungen. 1900. (Autogr.)

Die Anfänge der Universität Frankfurt a. D. u. die Entwicklung des wissenschaftlichen Lebens an der Hochschule (1506—1540). Berlin 1900. (Texte u. Forsch. z. Gesch. d. Erz. u. d. Unterrichts. 3.)

Die Einführung der Melanchthonischen Declamationen und andere gleichzeitige Reformen an der Universität zu Wittenberg. Breslau 1900.

Vermischte Mitteilungen, Bemerkungen, Ergänzungen und Berichtigungen zu neueren Schriften auf dem Gebiete der schles. Geschichte. 1900. (Zeitschr. d. Ver. f. Gesch. Schles. 34, 371—85.) (Enth. Ergänz. zu den Beiträgen z. Literaturgesch. d. schles. Humanismus, zur Bibliographie der schles. Renaissance, zu Caspar Ursinus Velius u. Dr. Johann Hendel u. zu P. Konrad: Ambrosius Moibanus).

Die Anfänge des Humanismus in Ingolstadt. München 1901. (Hist. Bibl. 13.)

Deutsche Scholaren in Krakau in der Zeit der Renaissance 1460—1520. Breslau 1901 (auch: 78. Jahresber. d. Schles. Ges. f. vaterländ. Kult. Abt. III. 2—76).

Die Nürnberger Poetenschule 1496—1509. 1901. (Mitt. d. Ver. f. Gesch. d. Stadt Nürnberg. 14, 1—64.)

Christoph Scheurl in Wittenberg. 1901. (N. Mitt. a. d. Geb. histor.-antiquar. Forschg., hrsg. v. Thür.-Sächs. Ver. f. Erforsch. d. vaterl. Alt. 21, 33—42.)

Drei Denkmäler der älteren schles. Schulgeschichte. M. e. Anhänge: Rede Hieronymus Gurlers f. d. Brüder-Schule in Culm 1531. Breslau 1901. (Wiss. Beilage z. Jahresber. d. Ev. Realschule II.)

Johann Thurzo u. Johann Heß. 1901. (Breslauer Studien, Festschrift z. Mariengr.-Jubiläum i. d. Zeitschr. d. Ver. f. Gesch. Schles. 36, 193—224.)

Die Reception des Humanismus in Wien. Eine litterar. Studie z. deutschen Universitätsgeschichte. Breslau 1903.

Analekten zur Biographie des Johann Heß. I. II. 1903—04. (Korrespondenzbl. d. Ver. f. Gesch. d. ev. Kirche Schles. 8, 161—85; 9, 34—64.)

Die Universität Erfurt im Zeitalter des Frühhumanismus. Breslau 1904.

Die Einführung des Hebräischen in Wittenberg. Mit Berücks. der Vorgeschichte des Studiums der Sprache in Deutschland. 1904. (Monatschr. f. Gesch. u. Wiss. d. Judentums. N. F. 12, 22—32; 77—86; 145—160, 214—23; 283—93; 328—40; 461—90.)

Zu Augustinus Olomucensis. 1904. (Zeitschr. d. dt. Ver. f. d. Gesch. Mähr. u. Schles. 8, 119—36.)

Zu Krautwald, Wittiger u. Schleupner 1904. (Korrespondenzbl. d. Ver. f. Gesch. d. ev. Kirche Schles. 9, 143—45.)

Der sächsische Rat u. Humanist Heinrich v. Büna, Herr in Leuchtern. 1905. (N. Arch. f. Sächs. Gesch. 26, 41—62.)

Flavius Raimundus Mithridates. Der erste Kölner Hebraist u. Humanist. 1905. (Arch. f. Kulturgesch. 3, 15—27.)

In Erfurt als Artisten promovierte Schlesiern. (1450—1521). 1906. (Zeitschr. d. Ver. f. Gesch. Schles. 40, 325—32.)

Aus der Geschichte des Mainzer Humanismus. 1907. (Beitr. z. Gesch. d. Universität. Mainz u. Gießen. Hrsg. v. J. R. Dieterich u. R. Baader, 3—86.)

Aus dem Hausbuche des Goldberger Lehrers Zacharias Bart. 1529—1612. Breslau 1907. (Wiss. Beil. z. Jahrbuch. d. Ev. Realschule II.)

Schlesien und die Universität Arafau im 15. u. 16. Jahrh. 1907. (Zeitschr. d. Ver. f. Gesch. Schles. 41, 99—180.)

Zur Breslauer Reformationsgeschichte I. 1907. (Zeitschr. d. Ver. f. Gesch. Schles. 41, 336—52.)

Analekten zur Biographie des Bischofs Johann IV. Roth. 1907. (Darstell. u. Quell. z. Schles. Gesch. 3, 19—102.)

Zur älteren Pignitzer Schulgeschichte. 1908. (Mitt. d. Ges. f. dt. Erz. u. Schulgesch. 18, 1—40.)

Ein Satyrspiel zur Gründung der Ludoviciana. 1909. (Arch. f. hess. Gesch. u. Alt. N. F. 6, 423—64.)

Petrus Vincentius, der Schöpfer des Görlitzer Gymnasiums u. erste Breslauer Schulinspektor. 1909. (Mitt. d. Ges. f. dt. Erz. u. Schulgesch. 19, 1—62.)

Geschichte des Breslauer Schulwesens vor der Reformation. Breslau 1910. (Cod. dipl. Sil. 25.)

Geschichte des Breslauer Schulwesens in der Zeit der Reformation. Der Universität Breslau zum hundertjähr. Jubiläum überreicht vom Verein f. Gesch. Schlesiens. Breslau 1911. (Cod. dipl. Sil. 26.)

Valentin Trozendorf u. die Goldberger Schule. Berlin 1921. (Mon. Germ. Pädag. 57).

Manuskripte 1).

Wittenberg. Humanismus I. 1502—06. 1902.

Das älteste erhaltene Rechnungsbuch der Universität Wittenberg 1512—30.

Der Briefwechsel des Konrad Celtis. Im Auftrage der kgl. bayerischen histor. Kommission bei der Akademie der Wissenschaften zusammengestellt und herausgegeben.

Entwicklung des Humanismus an der Arafauer Hochschule. (Entwurf zu Kap. I—VII des auf 15 Kapitel berechneten Werkes.)

1) Zurzeit in der Breslauer Stadtbibliothek.

XII.

Martin Feist.

Nachruf von Ottomar Dächsel.

Am 25. Juli verstarb, nach einem arbeitsreichen, vor allem dem Dienst seiner Kirchengemeinde seit Dezember 1888 gewidmeten Leben Herr Pastor prim. Martin Feist in Festenberg. Für den 1. Oktober hatte er, wegen sich immer mehr häufender körperlicher Beschwerden, seinen Übertritt in den Ruhestand beantragt, den er nicht mehr erlebte.

Als Lehrersohn am 13. August 1863 in Schlaupitz, Kreis Reichenbach, geboren, legte er sein Abiturium am Joachimsthaler Gymnasium in Berlin unter Erlaß der mündlichen Prüfung ab und studierte dann in Berlin und Halle Theologie. Aus seiner Berliner Studienzeit nahm er, neben dem Gewinn für sein späteres Amt, die unverlöschliche Erinnerung an die bei Treitschke gehörten Kollegs mit, die, vereint mit seiner Verehrung für Ranke, seiner persönlichen Neigung zu Geschichtsstudien die Richtung gaben. Sowohl seinen Predigten, wie seiner sonstigen kirchlichen Tätigkeit und nicht minder seinen geschichtsfundlichen Arbeiten, auch seinen musikalischen Neigungen, war stets das Streben nach Eindringlichkeit in den Kern der Sachen, unter Ablehnung bloß äußerlichen Blendwerks, eigen.

Die mancherlei Überbleibsel kirchlicher Sitten und Gebräuche, die er in der Festenberger Kirchengemeinde, die einst bessere Tage gesehen hatte, noch vorfand, reizten ihn, sich immer eingehender mit der zeitgeschichtlich viel Anregendes bietenden Vergangenheit des allmählich aus einer Tuchmacher- zu einer Tischlerstadt gewordenen Ortes zu beschäftigen. So zogen seine geschichtlichen Forschungen immer weitere Kreise, und es war ihm eine besondere Freude, daß er dieselben auch der Mit- und Nachwelt überliefern durfte, indem er sie nicht nur in verschiedenen Vorträgen, sondern auch in den Druckwerken des Vereins für die Geschichte Schlesiens in der Provinz beachtet werden sah.

Die Jahrgänge 1903 bis 1918 der Vereinsveröffentlichungen enthalten von ihm längere Arbeiten, teils über die für Festenberg

in Betracht kommenden Delfer Herzöge¹⁾, teils über die kirchlichen und bürgerlichen Verhältnisse Festenbergs in der österreichischen, dann in der preußischen Zeit²⁾, wie auch über den einstigen Festenberger Hauptpastor Magister Friedrich Opfergelt³⁾.

Ein für seine Forschungspläne vorzeitiges Ende hat dem allezeit fleißigen, mit seinem Arbeitsgebiet verwachsenen Mann die Feder aus der Hand genommen, die gern noch manches leisten wollte.

¹⁾ 1903: Sylvius Friedrich, Hgg v. Dels, Bd. 37, 63—98; 1904: Eleonore Charlotte, Hggin v. Dels, Bd. 38, 110—154; 1916: Die Delfer Lehnübertragung v. J. 1648, Bd. 50, 130—150; 1918: Sylvius Nimrod, Hgg v. Dels, Bd. 52, 85—102. ²⁾ 1905: Festenberg in österr. Zeit, Bd. 39, 245—278; 1906: Die kirchl. Verhältnisse Festenbergs in österr. Zeit, Bd. 40, 98—139; 1908: Festenberg in d. ersten Jahrzehnten d. preuß. Herrschaft, Bd. 42, 187—219. ³⁾ 1907: Magister Friedrich Opfergelt, ein Beitr. z. Gesch. d. Schles. Pietismus, Bd. 41, 272—310.

XIII.

Bericht über die Vereinstätigkeit 1923 und 1924.

Erstattet in der Allgemeinen Versammlung am 9. Februar 1925.

In der Allgemeinen Versammlung am 5. Februar 1923 wurde der Vorstand durch Zuzuf wiedergewählt. Der Verein hat in der Berichtszeit neu 229 Mitglieder gewonnen; diesem Gewinn stehen aber ungewöhnlich große Verluste gegenüber: 52 Mitglieder verloren wir durch den Tod, 49 traten wieder aus. Leider mußten wir aber außerdem noch 78 streichen, da sie entweder nicht auffindbar waren oder, obwohl sie unsere Veröffentlichungen erhalten hatten und wiederholt gemahnt worden waren, den bescheidenen Beitrag nicht bezahlten. So beträgt die Mitgliederzahl Ende 1924 im ganzen 1358, das heißt nur 4% mehr als Ende 1922.

Den größten Zuwachs verdanken wir unseren Herren Pflegern, unter denen sich wieder besonders die Herren Bürgermeister Bessel in Neusalz a. O. und Studienassessor Koniegny in Neustadt O.S. durch ihre Werbetätigkeit auszeichneten. In vielen Fällen genügt es, bei dem gegenwärtig großen Interesse für Heimatkunde, wenn unsere Mitglieder Außenstehende auf den Verein aufmerksam machen und ihnen klarlegen, daß sie den Gegenwert für den Beitrag in wertvollen Büchern zur Heimatsforschung wieder erhalten, um sie zum Eintritt zu bewegen. Vielleicht entwickeln sich in einzelnen Orten mit einer größeren Zahl von Mitgliedern Ortsgruppen, die dann der Verein durch Stellung eines Vortragenden vielleicht unterstützen könnte.

Da bis zum Herbst 1923 die Marktentwertung weitere Fortschritte machte und schließlich groteske Formen annahm, wurde die finanzielle Lage des Vereins noch schwieriger als bis dahin. Wenn es uns trotzdem gelungen ist, unsere regelmäßigen Veröffentlichungen mit sechs Geschichtsblättern und Band 57 und 58 der Zeitschrift in bescheidenster Form durchzuhalten, so verdanken wir dies nur der Hilfe der Notgemeinschaft für die Deutsche

Wissenschaft, der Historischen Kommission für Schlesien und Gönnern im Auslande, da die Mitgliedsbeiträge allein kaum zur Herstellung eines Geschichtsblattes genügt hätten. Nach Einführung der Rentenmark können wir nun wieder mit festen Größen rechnen. Auch hoffen wir dadurch, daß wir in diesem Jahre die Bezahlung des Jahresbeitrages laut § 11 der Satzungen bis zum 1. April erbitten und ihn schon dann durch Nachnahme einziehen werden, wieder in der Lage zu sein, den Mitgliedern im ersten Halbjahr drei Geschichtsblätter und im Herbst Band 59 der Zeitschrift zu liefern, ja es ist sogar Aussicht vorhanden, daß die Veröffentlichung der Darstellungen und Quellen wieder aufgenommen werden kann.

Wie unser Verein und die Historische Kommission für Schlesien Hand in Hand arbeiten, zeigt nicht bloß die Literatur zur schlesischen Geschichte 1920—1922 von H. Bellée, die die Historische Kommission uns für unsere Mitglieder billig zur Verfügung stellte, auch Band 29 des Codex dipl. Siles., enthaltend die Regesten von 1334—1337 und ihre Fortsetzung bis 1340 in der ersten Lieferung von Band 30, sowie das vor dem Abschluß stehende Inventar des Kreises Sprottau in Band 31 sind sprechende Beweise dafür.

Zum Ehrenmitglied ernannte der Vorstand in der Berichtszeit Herrn Geh. Justizrat Dr. Dittrich, der sich um Gründung und Ausbau des Neiße Heimatmuseums besonders verdient gemacht hat.

Unter den älteren Mitgliedern hat der Tod in den letzten zwei Jahren reiche Ernte gehalten. Zu Ehren unserer Ehrenmitglieder Oberbürgermeister a. D. Dr. Bender und Prof. Dr. Krebs veranstaltete der Verein Gedenkfeiern. Von Ehrenmitgliedern verloren wir dann noch Herrn Prof. Dr. Bauch. Häufige Besucher unserer Vorträge waren die Verstorbenen Prof. Elsner, Archivsekretär Schuster, Rektor Brosig, Dompropst Prof. Dr. Nidel, Mittelschullehrer Fiedler, die Pastoren Konrad und Kluge. In der Provinz verloren wir Graf Heinr. Nord von Wartenburg auf Klein-Öls, Superintendent Eberlein in Strehlen, Pastor Aloise in Lüben u. a.¹⁾ Viele von ihnen haben sich auch um die schlesische Geschichte dauernde Verdienste erworben.

¹⁾ Inzwischen haben wir noch weitere besonders geschätzte Mitglieder durch Tod verloren, darunter unser Ehrenmitglied Geheimrat Prof. Dr. Joseph Partsch und Pastor Feist.

Der Tauschverkehr wurde wieder in größerem Umfange aufgenommen, da nach Befestigung der Markt zahlreiche Tauschvereine von neuem zu publizieren begannen. Für die deutschen Brüder in den abgetretenen Gebieten konnte der Verein etwas tun, indem er dem Kopernikus-Verein in Thorn von der Benderschen Schrift über die Heimat der Vorfahren des Kopernikus zum 50. Stiftungsfeste fünfzig Exemplare überwies. Auch der Vatikanischen Bibliothek konnten wir durch eine Bücherüberweisung unsern Dank für vielfache Förderung abstaten. Die 16 Vortragsabende — fast alle in der Universität — waren im Durchschnitt von je 70 Personen besucht, d. h., es hat sich die Zahl der Zuhörer gegenüber der vorigen Berichtszeit noch etwas gehoben.

Eine Führung durch das Diözesanarchiv machten 40 Teilnehmer mit, an der Wanderversammlung 1923 nach Strehlitz bei Zobten beteiligten sich 40, an der nach Brieg und Mollwitz 1924 über 90 Personen.

Glückwünsche konnten wir darbringen der Stadt Zuckmantel zu ihrer 700-Jahrfeier, dem Sächsischen Altertumsverein zu seinem 100jährigen Bestehen, unserm Mitglied und Mitarbeiter Herrn Geheimrat Gymnasialdirektor a. D. Prof. Dr. Feist zum 50 jährigen Doktorjubiläum, unserem Ehrenmitglied Herrn Geh. Archivrat, Archivdirektor a. D. Dr. Grotefend zum 80. Geburtstag.

Die Geschäftsführung des Vereins wurde durch das Ausscheiden unseres verdienten Vereinswarts Herrn Amtsgehilfen am Staatsarchiv Haupt in Unruhe gebracht, denn Herr Amtsgehilfe Konietzky von der Stadtbibliothek, sein Nachfolger, schied bald aus Gesundheitsgründen aus, und es übernahm in dankenswerter Weise Herr Schriftsteller Schätzke die laufenden Sekretariatsarbeiten, bis im November 1924 Fräulein Irmgard Butke ihn ablöste.

Der Unterzeichnete sprach am Schluß des letzten Berichts vor zwei Jahren den Wunsch aus, daß er das nächste Mal von einer gesunden Weiterentwicklung des Vereins möge berichten können. Sein Wunsch ist in Erfüllung gegangen. Mögen die nächsten Verwaltungsberichte von einem weiteren Aufschwung zu melden wissen.

E. Maetschke.

Vorträge 1923/1924.

1923.

15. Jan. (Zusammen mit dem Schlesischen Altertumsverein.)
 1. Archivdirektor Prof. Dr. Wendt: Der Breslauer Glückstopf (Lotterie) von 1519.
 2. Dr. Pietzsch: Joh. Gust. Gottl. Büsching, Die deutsche Romantik und die schlesische Altertumskunde.
5. Febr. Dr. Schoppe, Schlesisches Gaunerwesen im Mittelalter.
5. März. 1. Archivdirektor Prof. Dr. Wendt: Plan und Zweck der Vormärzausstellung im Kunstgewerbemuseum.
 2. Prof. Dr. Griesebach: Über die kunstgeschichtliche Stellung der Klosterkirche in Grüssau. (Mit Lichtbildern.)
23. April. Ordinariats-Assessor Dr. Engelbert: Entwicklung der religiösen Verhältnisse unter Bischof Caspar v. Logau (1562 bis 1574).
22. Okt. Prof. Dr. Holzmann (Halle): Die Kolonisation von Böhmen und Mähren.
12. Nov. Prof. Dr. Knötel: Die Stände im Spiegel der kirchlichen Kunst mit besonderer Berücksichtigung Schlesiens.
3. Dez. Staatsarchivrat Dr. Loewe: Neue Quellen zur Lebensgeschichte G. A. H. Stenzels.

1924.

14. Jan. Dr. Maetschke: Wie ist Schlesien germanisiert worden?
4. Febr. Archivdirektor Prof. Dr. Wendt: Die Wirkungen des 30-jährigen Krieges, gezeigt an der Herrschaft Falkenberg O.S.
3. März. Landrat a. D. Dr. Lukaschek: Die oberschlesische Abstimmung als Quelle geschichtlicher Erkenntnis.
16. März. (Zusammen mit der Gesellschaft für Vaterl. Kultur.)
 Geh. Justizrat Dr. Heilberg: Gedächtnisrede auf Oberbürgermeister Dr. h. c. Georg Bender.
13. April. Dr. Rudkowski: Gedächtnisrede auf Prof. Dr. Julius Krebs.
13. Okt. Oberlandmesser Hellmich (Liegnitz): Flurnamen, ihr Wert und ihre Bedeutung.
10. Nov. Pfarrer Bretschneider (Neu-Altmanndorf): Der schlesische Zeichner Friedrich Bernhard Werner († 1778).
1. Dez. Stud.-Assessor Dr. Brieger: Die Fürstengruft des Barock (Grüssau, Liegnitz). (Mit Lichtbildern.)

1925.

12. Jan. Dr. Rudkowski: Die Umgestaltung des Breslauer evangel. Lehrerseminars im Jahre 1812. Ein Beitrag zur Kritik der Reform Süwerns.

Mitglieder-Verzeichnis.

Abgeschlossen Mitte September 1925.

Die hinzugefügte Jahreszahl gibt den Eintritt in den Verein an.

Ehrenmitglieder.

- Bertram, Dr. theol. et jur. can., Eminenz, Kardinal-Fürstbischof, Breslau IX, Domplatz 15. (1915)
Dittrich, Dr. jur., Geh. Justizrat, Landgerichtsrat, Reife, Kaiserstr. 31. (1896)
Ermiß, Dr. phil., Geh. Reg.-Rat, Dir. der staatl. öffentl. Bibliothek i. R., Dresden, Angelikastr. 5. (1874)
Grotefend, Dr. phil., Geh. Archivrat, Archivdirektor i. R., Schwerin i. M. (1874)
Jecht, Dr. phil., Dr. jur. h. c., Prof., Ratsarchivar, Görlich, Reifstr. 30. (1911).
Rehr, Dr. phil., Prof., Geh. Ob.-Reg.-Rat, Generaldirektor der preuß. Staatsarchive, Berlin-Dahlem, Archivstraße. (1916)
Maetschke, Dr. phil., Prof., Oberstudienrat i. R., Breslau XVI, Lutherstraße 25. (1890)
Schäfer, Dr. phil., Geh. Reg.-Rat, Univ.-Prof. i. R., Berlin-Steglitz, Friedrichstr. 7. (1885)
Volkmer, Dr. phil., Schulrat, Seminardirektor i. R., Glatz, Wilhelmstr. 6. (1909)

Korrespondierende Mitglieder.

- Bretholz, Dr. phil., Prof., Landesarchivdirektor i. R., Brünn, N. Landeshaus II, Radwizplatz. (1914)
Granier, Dr. phil., Geh. Archivrat, Berlin W 15, Schaperstr. 20. (1900)
Warschauer, Dr. phil., Prof., Geh. Archivrat, Archivdirektor i. R., Berlin W 35, Lühnowplatz 14. (1911)

Wirkliche Mitglieder.

A. Stadt Breslau.

- Altaner, Dr. theol., Privatdozent, IX, Kapitelweg 2. (1917)
Althaus, Buchhändler, I, Albrechtstr. 52. (1903)
Andreae, Dr. phil., Univ.-Prof., II, Gottschallstr. 6. (1911)
Arnold, D. Dr. phil., Geh. Konsistorialrat, Univ.-Prof. i. R., XVI, Heidenhainstr. 15. (1902)
Ausner, Buchhändler, I, Ritterplatz 5. (1913)
Ausner, Geh. Reg.-Rat, XIII, Charlottenstr. 32. (1920)
Aust, Lic., ev. Pfarrer, I, a. d. Elisabethkirche 1/2. (1910)
Barasch, i. Fa. Koebnersche Buchhdlg., I, Schmiedebrücke 17/18. (1912)
Bartke, Subdirektor, VII, Sadowastr. 82. (1923)
Bartsch, Kaufmann, XIII, Kronprinzenstr. 73. (1922)
Ernst, stud. theol., IX, Domplatz 14. (1925)

- Baumann, Kaufmann, IX, Klettestr. 20. (1924)
 Baußke, Studienassessor, IX, Monhauptstr. 3a. (1923)
 Becker, Dr. phil., Prof., Bibliothekar i. R., V, Vittoriastr. 14. (1910)
 Behnstedt, Vermessungsdirektor i. R., V, Yorckstr. 60. (1907)
 Bellée, Dr. phil., Staatsarchivar, XVI, Sobrechtufer 12. (1920)
 Bellerode-Dembczak, Justizrat, R.-u. Notar, XIII, Körnerstr. 7. (1898)
 Berger, Kulturingenieur, Landmesser, VII, Gabitzstr. 104. (1907)
 Bergmann, Kaufmann, II, Gottschallstr. 7. (1921)
 Bernau, Verlagsbuchh. i. Fa. Kerns Verlag, II, Bahnhofstr. 13. (1918)
 Berndt, Lehrer, V, Yorckstr. 62. (1921).
 Betenstedt, Kaufmann, II, Bahnhofstr. 1a. (1924)
 Biber, Dr. phil., Bibliotheksrat, XVIII, Güntherstr. 3. (1921)
 Bielschowsky, Justizrat, R.-u. Notar, XVIII, Kaiser Wilhelmstr. 131. (1909)
 Bimler, Dr. phil., Bildhauer und Privatdozent, Arietern, Johann-Wolfgangstr. 1. (1917)
 Blühm, Obertelegraphen-Bauführer, I, Alexanderstr. 38. (1922)
 Boehlich, Dr. phil., Schriftleiter u. Schriftsteller, V, Schwerinstr. 8. (1921)
 Bollmann, Lic., Kaplan, I, Schloßplatz 3. (1925)
 Brandt, Inhaber der Möbelfabrik Otto Brandt, I, Kirchstr. 19. (1920)
 Bräuer, Brauereibesitzer, VII, Gabitzstr. 20b. (1905)
 Bräuer, Mittelschullehrer, V, Gellerstr. 17. (1921)
 Brendgen, Stadtrat, Kaufmann, I, Ohlauufer 33. (1914)
 Brieger, Studienassessor, XVI, Wardainstr. 13. (1919)
 Bruchmann, Studienassessor, VII, Höfchenstr. 62. (1919)
 Bruschwitz, Dr. jur., Landgerichtsrat, VII, Sauerbrunnen 1. (1924)
 Buchwald, Dr. theol., Univ.-Prof., Kanonikus, Domstr. 1. (1907)
 Burgemeister, Dr. phil., Reg.- u. Landesbaurat, Provinzial-Konservator, XVI, Tiergartenstr. 87. (1911)
 Burkert, Lehrer, X, Matthiasstr. 120. (1921)
 Büttner, Kaufmann, V, Rhedigerstr. 11. (1911)
 Callenberg, Ingenieur, XVI, Zimpel, Falkenweg 32. (1921).
 Cebulla, Lehrer, VI, Jahnstr. 42. (1921).
 Christiani, Reg.- u. Steuerrat i. R., XVI, Tiergartenstr. 25/27. (1907)
 Cohn, Dr. phil., Studienrat, XVIII, Wölflstr. 17. (1910)
 Cohn, Stadtrat, VI, Dessauer Str. 3. (1922).
 Deumling, Justizrat, II, Tauenzienstr. 27. (1895)
 Deutsch, Prokurist, I, Antonienstr. 2. (1919)
 Dittrich, Studienassessor, IX, Domplatz 12. (1921)
 Doehorn, Landesrat, XIII, Vittoriastr. 64. (1922)
 Gräfin Dyhrn, Privatiere, XIII, Kaiser Wilhelmstr. 71. (1911)
 Dzialis, Dr. jur., Kaufmann, XVI, Morgenzeile 7/8. (1907)
 v. Eichborn, Dr. phil., Mitinhaber der Firma Eichborn & Co., XVIII, Eichendorffstr. 15/17. (1907)
 Eistert, Dr. phil., Stud.-Assessor, I, Garvestr. 3. (1925).
 Engelbert, Dr. theol., Fürstb. Ordinariatsassessor, IX, Al. Domstr. 4/6. (1911)
 Engelbert, Kuratus, X, Bänderplatz 4. (1917)
 Engmann, Studienassessor, X, Michaelisstr. 92. (1919)

- Eschrich, Dr. phil., Lehrer, XXIII, Augustastr. 151. (1922)
 Fabian, Lehrer, XXIII, Herdainstr. 56. (1922)
 Feit, Dr. phil., Geh. Studienrat, Prof., Gymn.-Dir. i. R., IX, Mon-
 hauptstr. 3. (1890)
 Fischer, Dr. jur., Geh. Justizrat, Univ.-Prof. und Oberlandesgerichts-
 rat i. R., IX, Monhauptstr. 3. (1886)
 Flajschel, Lehrer, IX, Bauschulstr. 13. (1913)
 Fleck, Studienrat, V, Schwerinstr. 54. (1922)
 Fleischer, Syndikus, XVI, Fürstenstr. 97. (1911)
 Fleischer, Telegraphenassistentin, VIII, Vorwerkstr. 19. (1923)
 Freudenthal, cand. phil., XIII, Neudorfstr. 82. (1925)
 Frey, Kaufmann u. Handelsrichter, XVIII, Schenkendorfstr. 12. (1907)
 Freyhan, Dr. phil., VII, Höfchenstr. 104. (1920)
 Freymark, Dr. phil., Syndikus d. Hdst., V, Salvatorplatz 6. (1903)
 Friebe, Geh. Reg.-Rat, Gymn.-Dir. i. R., Hobrechtufer 9. (1911)
 Friebel, Generallandschaftsinspektor, II, Lehmgrubenstr. 48. (1918)
 Friedeberg, Dr. med., Facharzt f. Hautfrankh., I, Schweidnitzer Str. 30.
 (1920)
 Friedlaender, Justizrat, R.-A. u. Notar, V, Unger 13. (1920).
 Frommer, Buchhändler, Mitinh. d. Buchh. Schweizer Nachf., V,
 Lauenzienplatz 9. (1924)
 Fuhrmann, cand. phil., X, Gneisenaust. 16. (1909)
 Gabel, Fabrikdirektor, XII, Matthiasstr. 210. (1907)
 Gallant, Architekt, IX, Hirschstr. 43. (1921)
 Gebauer, Dr. jur., Oberregierungsrat, XIII, Körnerstr. 41. (1915)
 Gerstel, Dr., Zahnarzt, XIII, Kaiser Wilhelmstr. 32. (1925)
 Geschwendt, Lehrer, X, Rospothstr. 30. (1921)
 Geschwendt, Kaufmann, V, Gellertstr. 13. (1922)
 Gierschner, Obersteuerinspektor, IX, Sternstr. 86. (1921)
 Georg v. Giesches Erben, Bergwerksgeellschaft, II, Schweidnitzer
 Stadtgraben 28. (1907)
 v. Gilgenheimb, Major a. D., V, Hohenzollernstr. 31. (1920)
 Goebel, Dr. med., Prof., Leit. Arzt a. Krankenhaus Bethanien, Stadt-
 verordn., XVIII, Eichendorffstr. 21. (1924)
 Göhlich, Dr. phil., Prof., Stud.-Rat, Stadtverordn., I, Garvestr. 4. (1907)
 Görllich, stud. theol., IX, Domplatz 14. (1925)
 Gollnisch, Dr. phil., Studienrat, XVI, Pfaffenstr. 34. (1909)
 Gottschalk, stud. theol., IX, Domplatz 14. (1922)
 Gottschalk, Lehrer, V, Gräbschener Str. 136. (1923)
 Graber, Dr. phil., Staatsarchivar, XVI, Hobrechtufer 13/14. (1920)
 Grotte, Dr. ing., Prof., Studienrat, Architekt, VIII, Feldstr. 15. (1922)
 Grottko, Wissenschaftl. Lehrerin, V, Holteistr. 41. (1922)
 Gruhn, Dr. phil., Univ.-Bibliothekar, X, Michaelisstr. 91. (1916)
 Guttmann, Inspektor d. Schles. Feuerzozietät, V, Opitzstr. 53. (1916)
 Haase, Geh. Kommerzienrat, Brauereibesitzer, I, Ohlauer Stadtgraben
 17/18. (1894)
 Habel, Dr. phil., Prof., Studienrat, IX, Paulstr. 38. (1922)
 Hainauer, Musikalienhändler, I, Schweidnitzer Str. 52. (1907)
 Hammer, Kaufmann, II, Palmstr. 37. (1922)

- Hanisch, Dr. phil., Studienrat u. Privatdozent, XIII, Körnerstr. 5/7. (1921)
 Hannes, Dr. med., Prof., Frauenarzt, XIII, Kaiser Wilhelmstr. 28/30. (1912)
 Hansch, Profurist, V, Tauengienplatz 1. (1922)
 Haertel, Bantbeamter, IX, Paulstr. 41. (1923)
 Hawel, Dr. phil., Kreis Schulrat, XVIII, Kurfürstenstr. 35. (1922)
 Heckel, Dr. phil., Privatdozent, XVIII, Kastanienallee 17/19 (1920)
 Heimann, Dr. jur., Kommerzienrat, XVI, Hohenlohestr. 1/3. (1907)
 Hein, Kaplan, I, Ritterplatz 16. (1925)
 Heinrich, Landeshauptkassendirektor, XXIII, Steinstr. 46. (1924)
 Henze, Dr. phil., Prof., Studienrat, XVI, Kaiserstr. 73, Gartenhaus 2. (1914)
 Herold, Lehrer, XVI, Zimpel, Elsterweg 36. (1910)
 Herrmann, Lehrer, Carlowitz, Brangelschule. (1923)
 Herrmann, Mittelschullehrer, XVI, Muenstr. 18. (1925)
 Herzog, Dr. phil., Studienrat, XVI, Kaiserstr. 69. (1921)
 Heyer, Dr. jur., Univ.-Prof., IX, Sternschanze 10. (1924)
 Hildebrand, Dr. phil., Studienrat, XVI, Beethovenstr. 1/3. (1925)
 Hillebrandt, Rektor, XVI, Kaiserstr. 81. (1920)
 Hiltmann, Geschäftsführer, V, Reh digerstr. 38. (1920)
 Hippe, Dr. phil., Prof., Direktor der Stadtbibliothek, V, Brandenburger Straße 48. (1891)
 Hirt, Verlagsbuchhandlung, VI, Königsplatz 1. (1909)
 Hoch, Bergwerkssekretär, VIII, Clausewitzstr. 9. (1907)
 Hoffmann, Prof., Studienrat, I, Antonienstr. 28. (1901)
 Hoffmann, Mittelschullehrer, XXIII, Herdainsstr. 78. (1925)
 Hornig, Mitinhaber d. Fa. Kohlenhof, VIII, Ofener Str. 63. (1923)
 Hübner, verw. Rektor, IX, Uferstr. 17. (1924)
 Jablonski, Dr. theol., Ordinariatssekretär, IX, Al. Domstr. 4. (1916)
 Jacobsohn, Buchhändler, XVIII, Kurfürstenstr. 37. (1907)
 Jahr, Oberbergamtsmarktscheider, I, Garnestr. 1. (1921)
 Jakubczyk, Domvikar, IX, Kapitelweg 2. (1919)
 Jänich, Lehrer, XVIII, Bohrauer Str. 68. (1910)
 Jaenide, Regierungspräsident, I, Lessingplatz. (1919)
 Jendrissek, Assistentin am Stadtarchiv, Brigittenthal 22. (1924)
 Jensch, Dr. jur., Fürstb. Ordinariatsrat, I, Sandstr. 12. (1922)
 Jllig, Lehrer, IX, Adalbertstr. 62. (1920)
 Joël, Dr. phil., XIII, Schillerstr. 2. (1919)
 Jordan, Hdl.-Bevollmächtigter, VII, Herderstr. 8. (1923).
 Jung, Postdirektor, IX, Sternschanze 13. (1922)
 Jungfer, Stadtältester, Stadtrat a. D., XIII, Schillerstr. 2. (1901)
 Kamp, Dr. phil., Studienrat, IX, Bauhofstr. 13. (1921)
 Rampers, Dr. phil., Geh. Reg.-Rat, Univ.-Prof., XIII, Kronprinzenstr. 54. (1906)
 Rasperczyk, Geistl. Rat, Landesrat, XVI, Borjigstr. 54. (1902)
 Raßner, Dr. theol., Kuratus, Religionslehrer, I, Ritterplatz 16. (1915)
 Kaufmann, Dr. phil., Geh. Reg.-Rat, Univ.-Prof. i. R., XVI, Muenstraße 37. (1891)
 Reil, Mittelschullehrer, XXIII, Rantstr. 9. (1925)

- Rirschner, Fabrikbesitzer, I, Große Grogengasse 13. (1924)
 Klapper, Dr. phil., Studienrat, Privatdozent, XVI, Novastr. 13. (1921)
 Klawitter, Dr. phil., Studienrat, X, Lehndamm 71. (1911)
 Kletschke, Alumnus, IX, Domplatz 4. (1924)
 Klose, Regierungssekretär, IX, Schwenkfeldstr. 13. (1913)
 Klossot, Verwaltungsdirektor, I, Garvestr. 1. (1920)
 Knötel, Dr. phil., Prof., Studienrat i. R., V, Tauentzienstr. 2. (1888)
 Kober, Prof., Studienrat, V, Gräbischer Str. 105. (1907)
 Koebner, Dr. phil., Univ.-Prof., XVI, Auenstr. 25. (1913)
 Kolter, Dr. phil., Kaufmann, XVIII, Kleinburgstr. 13. (1906)
 Korn, Dr. phil., Mitinh. d. Fa. W. G. Korn, XVI, Bardeinstr. 6/8. (1905)
 Krämer, Stadtoberlandmesser, IX, Hedwigstr. 37 I. (1925)
 Krebs, Dr. phil., Studienrat, XIII, Moritzstr. 7. (1921).
 Krohn, Lehrerin, XIII, Lothringer Str. 16. (1921)
 Kronthal, Dr. phil., Direktor der städt. Büchereien, Elssasser Str. 24 (1890)
 Kühnau, Dr. med., Leit. Arzt am Augustahospital, Parkstr. 17. (1901)
 Kühnau, Dr. phil., Prof., Ober-Stud.-Rat i. R., XVI, Kaiserstr. 76. (1908)
 Kühnel, Dr. phil., Redakteur, VII, Herderstr. 33. (1920)
 Kuhn, Eisenbahnoberinspektor i. R., XIII, Goethestr. 71. (1923)
 Kuhnert, städt. Anstaltspfarrer, VI, Nikolaistadtgraben 10. (1921)
 Kunze, Rektor, VIII, Tauentzienstr. 142. (1911)
 Kusche, Mittelschullehrer, XIII, Augustastr. 90. (1912)
 Landsberg, Dr. med., Stadtrat, IX, Hedwigstr. 38. (1923)
 Lange, Geh. Justizrat, Oberlandesgerichtsrat, IX, Sternstr. 54/56. (1897)
 Laubert, Dr. phil., Univ.-Prof., XVI, Pfaffenstr. 8. (1910)
 Laubisch, Leutnant a. D., II, Arletiusstr. 24. (1922)
 Lauterbach, Dr. phil., Stadtschulrat, XVIII, Bölsstr. 2. (1925)
 Lerche, Dr. phil., Studienrat, II, Tauentzienstr. 62. (1921)
 Leschik, Dr. jur., Landesrat, XIII, Höfchenplatz 7. (1925)
 Liebetanz, Direktor, XVIII, Kaiser Wilhelmstr. 165. (1925)
 Linke, Dr. phil., Professor, II, Flurstr. 4. (1874)
 Lörke, Vermessungsdirektor, XVI, Hansastr. 24. (1923)
 Loewe, Dr. phil., Staatsarchivar, XVI, Kaiserstr. 26. (1909)
 Lorenz, Lehrer, VI, Leuthenstr. 5. (1909)
 Lukaszczyk, Dr. theol. et phil., Gen.-Bisariats- u. Konsistorialrat, IX, Al. Domstraße 4/6. (1918)
 Mann, Dr. phil., Studienrat, Leiter d. Volkshochschule, XVI, Tiergartenstr. 83/85. (1921)
 Marcus, Verlagsbuchhändler, XIII, Kaiser Wilhelmstr. 8. (1897)
 Martin, Kaufmann, XIII, Kaiser Wilhelmstr. 89. (1925)
 Marx, Bäckermeister, IX, Hirschstr. 63. (1921)
 Mattern, Tischlermeister, IX, Adalbertstr. 24. (1920)
 Meinert, Standesamtsvorsteher, VIII, Clausenwischstr. 32. (1921)
 Mende, Dr. phil., Studienrat, XIII, Lothringer Str. 4. (1920)
 Merz, Oberingenieur, VIII, Mauritiusplatz 3a. (1924)
 Mohr, Bäckermeister, IX, Hirschstr. 69. (1922)
 Müller, Pastor prim., II, Bohrauer Str. 4a. (1902)
 Müller, Verwaltungsdirektor, I, Breitestr. 3. (1907)

- Müller, Lic. theol., ev. Pfarrer, XVIII, Hohenzollernstr. 90. (1919)
 Müting, Dr. phil., Studienrat, II, Bahnhofstr. 15. (1911)
 Nagel, Dr., Lic., Kirchenrat, XIII, Hohenzollernstr. 57. (1923)
 Negwer, Dr. theol. et jur. can., Fürstbischöfl. Offizial, IX, Al. Domstr. 4/6. (1915)
 Nehring, Lehrer, IX, Hedwigstr. 35. (1911)
 Nerlich, Dr. med., Spezialarzt, I, Königstr. 1. (1909)
 Neugebauer, Bankdirektor, XIII, Hohenzollernstr. 63/65. (1916)
 Neumann, Konzertfänger u. Gesanglehrer, XVIII, Kurfürstenstr. 35. (1920)
 Neutjchel, Dr. phil., Prof., Studienrat i. R., XXIII, Hubenstr. 64. (1911)
 Nieborowski, Dr. phil., freiresign. Pfarrer, X, Drabiziusstr. 4. (1909)
 Niedenzu, Lehrer, V, Gräbischener Str. 94a. (1922)
 Niedergesäß, Standesbeamter, IX, Adalbertstr. 60. (1921)
 Nischkowsky, Buchdruckerei, I, Schuhbrücke 43. (1919)
 Nitschke, Dr. phil., Mittelschullehrer, XVI, Tiergartenstr. 26. (1906)
 Nottebohm, D., Wirkl. Geh. Rat, Gen.-Superintendent i. R., XVIII, Kaiser Wilhelmstr. 154. (1907)
 Nowack, Dr. phil., Prof., Diözesan-Archivdirektor, IX, Göppertstr. 12. (1889)
 Nowack, Studienrat, II, Bahnhofstr. 14. (1921)
 Obst, Direktor, XVI, Parkstr. 25b. (1922)
 Oczipka, Dr. phil., Studienrat, V, Augustaschule. (1919)
 Panke, Oberlandesgerichtsrat, II, Grünstr. 33. (1923)
 Peschke, cand. phil., XVI, Kaiserstr. 15. (1921)
 Peudert, Lehrer u. Schriftsteller, IX, Fürstenstr. 32. (1924)
 Pfeiffer, stud. phil., XXIII, Steinstr. 84. (1925)
 Philipp, Konsul u. Stadtrat a. D., XVI, Tiergartenstr. 87. (1918)
 Pinski, Dr. theol., Kuratus, IX, Martinistr. 12. (1916)
 Piontek, Dr. theol., Domkapitular, IX, Domstr. 16. (1924)
 Pohl, Ordinariatssekretär, IX, Scheitniger Str. 1. (1921)
 Pohl, Kaufmann u. Stadtverordn., I, Garvestr. 14. (1912)
 Pollat, Dr. jur., Konfistorialrat, IX, Scheitniger Str. 3/5. (1919)
 Polloczek, Seminarist, IX, Domplatz 11. (1923)
 Porisch, Dr. jur., Dr. theol. h. c., Geh. Justizrat, Fürstb. Konfistorialrat, I, Ohlauufer 14 (1889)
 Prescher, Stadtrat, V, Hohenzollernstr. 19. (1923)
 Priebatsch, Dr. phil., Buchhändler, XVIII, Schenkendorffstr. 10. (1891)
 Pöttschel, Dr. phil., Studienrat, IX, Paulstr. 12. (1911)
 Pürschel, Dr. phil., Studienrat, II, Wildenbruchstr. 2. (1900)
 Raddaß, Kaufmann, XVI, Kaiserstr. 11. (1925)
 Radler, Kuratus, I, Poststr. 11. (1921)
 Ramatschi, Dr. theol., Kaplan, X, Lehndamm 80. (1923)
 Ramshorn, Major d. L. a. D., II, Neue Taschenstr. 12. (1925)
 Randt, Dr. phil., Staatsarchivar, XVI, Kaiserstr. 69. (1920)
 Reichelt, Lehrer, X, Drabiziusstr. 10. (1925)
 Reincke-Bloch, Dr. phil., Univ.-Prof., XVI, Sobrechtufer 9. (1923)
 Reiß, Kuratus, IX, Al. Domstr. 4/6. (1920)
 Richter, Magistratssekretär i. R., X, Matthiasstr. 5. (1920)
 Riemann, Dr. jur., Justizrat, R.-A. und Notar, XVIII, Kurfürstenstraße 18. (1909)

- Rischowsky, Reedereidirektor, XVIII, Kleinburgstr. 13. (1907)
 Rohrmann, Buchhändler, Proturist, II, Neue Taschenstr. 3. (1922)
 Ronge, Kaufmann, X, Heinrichstr. 20. (1923)
 Rother, Dr. phil., Bibliotheksrat, I, Wallstr. 4a. (1920)
 Rother, Taubstummenlehrer, IX, Paulstr. 16/18. (1922)
 Rudkowsky, Dr. phil., Prof., Studienrat, II, Flurstr. 8. (1895)
 Rudolf, Kaufmann, VIII, Bormerkstr. 58/60. (1892)
 Sarenberger, Dr. phil., Prof., Studienrat i. R., I, Ohlauufer 12. (1906)
 Schaefke, Schriftsteller, I, Garbestr. 20. (1912)
 v. Scheliha, Irene, VII, Opitzstr. 14. (1918)
 Schiller, Telegraphenassistentin, II, Springerstr. 28. (1923)
 Schinke, Dr. phil. et jur. can., Domvikar, IX, Domplatz 6. (1925)
 Schlawe, Landgerichtsdirektor, XIII, Augustastr. 54. (1920)
 Schmidt, Dr. theol. et phil., Pfarrer, VII, Charlottenstr. 68. (1902)
 Schmude, Rektor, X, Kleischaustr. 22a. (1921)
 Schneider, Expeditionsvorsteher, II, Neue Taschenstr. 3. (1907)
 Schölzel, Lehrer, VIII, Webstr. 4. (1921)
 Schönaich, Dr. phil., Prof., Oberstudienrat i. R., XVI, Hobrechtufer 17. (1898)
 Scholz, Lehrer, X, Bierturmstr. 1. (1921)
 Scholz-Babitsch, Dr. phil., Wissenschaftl. Assistentin, Dürrgoy, Schönstr. 82. (1925)
 Schoppe, Dr. phil., Privatgelehrter, V, Augustastr. 8. (1922)
 Schott, Dr. jur., Oberlandesgerichtsrat, Univ.-Prof., XVI, Dahnstr. 3/5. (1915)
 Schreiber, Kaufmann, V, Tauenhienplatz 10. (1907)
 v. Schroeter, Regierungsrat, XVIII, Gabitzstr. 156. (1921)
 Schüler, Bankbeamter, X, Michaelisstr. 95. (1923)
 Schulke, Geh. Justizrat, Oberlandesgerichtsrat, XIII, Elßasser Str. 20. (1914)
 Schulz, Lehrer, II, Neue Taschenstr. 32. (1922)
 Schumann, Ratssekretär, XVIII, Ahornallee 6. (1907)
 Schumann, Volksschullehrer, VI, Anderjensenstr. 15. (1921)
 Schwarz, Dr. jur., Großkaufmann, Konsul, XVI, Parkstr. 13. (1920)
 Schwarzer, Dr. phil., Bibliotheksrat, IX, Kreuzstr. 45. (1906)
 Schwarzmeier, Kaufmann, VII, Hohenzollernstr. 45. (1921)
 Sænde, Julius sen., Kommissionsrat, XVI, Parkstr. 21. (1907)
 Sænde, Julius jun., Kaufmann, I, Junfernstr. 48. (1921)
 Sænde, Robert, Kaufmann, I, Ohlauer Str. 23. (1921)
 Seger, Dr. phil., Univ.-Prof., Museumsdirektor, XIII, Vittoriastr. 117/119. (1890)
 Seidel, Dr. phil., Studienassessor, I, Alexanderstr. 40a. (1913)
 Seifert, Dr. phil., Studienrat, I, Garbestr. 13. (1908)
 Seifert, Kaufmann, VII, Göhenstr. 15. (1920)
 Semrau, Dr. phil., Prof., Studienrat, XIII, Lothringer Str. 16. (1907)
 Sent, Stadtrat, XIII, Bohrauer Str. 97. (1923)
 Seppelt, Dr. theol., Univ.-Prof., Kanonikus, IX, Domstr. 10. (1910)
 Siebs, Dr. phil., Geh. Reg.-Rat, Univ.-Prof., XIII, Hohenzollernstr. 53. (1907)
 Siegel, Kreis Schulrat i. R., VII, Clausenwischstr. 9. (1902)
 Skarabis, cand. theol., IX, Domplatz 14. (1924)
 Sorge, Dr. phil., Studienrat, I, Alexanderstr. 25a. (1909)

- Stabenow, Dr. phil., Studienassessor, V, Hochstr. 13. (1919)
 Steinert, Dr. phil., Rektor, IX, Hirschstr. 8. (1918)
 v. Steinmann, Geh. Reg.-Rat, Landrat a. D., XIII, Menzelstr. 48. (1903)
 Steinmann, Dr. theol. et phil., Prälat, Domdechant, IX, Domstr. 13. (1906)
 Stenger, Kaufmann, XVIII, Kaiser Wilhelmstr. 153. (1924)
 Sternagel-Haase, Brauereibesitzer, Stadtverordn., I, Breitestr. 8. (1908)
 Stolze, Eisenbahnoberinspektor, XXIII, Fichtestr. 10. (1921)
 Storch, Studienrätin, I, Ohlauufer 37. (1922)
 Strzybnny, Dr. jur., Rechtsanwalt, I, Albrechtstr. 51. (1914)
 Szyskowił, Studienrat, IX, Monhauptstr. 16. (1922)
 Tieß, Lehrerin, IX, Martinistr. 5. (1920)
 Thailß, Regierungsrat, XVI, Fürstenstr. 100. (1920)
 Theiß, stud. theol., IX, Domplatz 14. (1924)
 Thiering, Bürovorsteher, V, Wielandstr. 3. (1921)
 Trautwein, Fürstl. Kammerrat a. D., Profurist, II, Neudorfstr. 6. (1917)
 Trentin, Dr. phil. h. c., Bürgermeister i. R., XVI, Uferzeile 12. (1907)
 Triebß, Dr. theol., phil. et jur., Fürstbisch. Konf.-Rat, Univ.-Prof., IX, Monhauptstr. 3. (1917)
 Tschersig, Dr. phil., Oberstudienrat, I, Ohlauufer 26. (1911)
 Türk, Dr. phil., Prof., Studienrat i. R., XVI, Hanßastr. 22. (1899)
 Tugendhat, Dr. phil., Verlagsdirektor, XVI, Hanßastr. 15. (1911)
 Umbach, Kaufmann, II, Palmstr. 27. (1914) †
 Wachler, Geschäftsführer, XIII, Körnerstr. 15. (1922)
 Wagner, Dr. phil., Seminardirektor i. R., XVII, Wildestr. 1/3. (1887)
 Wagner, Dr. phil., Redakteur d. Schles. Ztg., Goethestr. 97/99. (1905)
 Wagner, Lehrer, IX, Monhauptstr. 18. (1913)
 Wagner, Dr. jur., Oberbürgermeister, XVI, Parkstr. 25a. (1919)
 Walliczek, Dr. med., Sanitätsrat, II, Blumenstr. 6. (1901)
 Walter, Kaufmann, II, Am Hauptbahnhof 2. (1919)
 Walter, cand. theol., I, Schuhbrücke 54. (1922)
 Weber, Dr. phil., Geschäftsführer, IX, Schwendfeldstr. 13. (1921)
 Weinert, Rechtsanwalt, XIII, Kaiser Wilhelmstr. 8. (1912)
 Wellmann, Buchhändler, XVI, Briskestr. 4. (1895)
 Wendt, Dr. phil., Dr. jur. h. c., Prof., Stadtarchivdirektor, X, Drabiziusstraße 14. (1891)
 Wiedemann, Dr. phil., Prof., Oberstud.-Dir. i. R., V, Museumpk. 10. (1887)
 Wiener, Dr. jur., Geh. Ober-Justizrat, Oberlandsgerichts-Vizepräsident, XIII, Höhenzollernstr. 64/66. (1921)
 Wittig, Dr. theol., Univ.-Prof., XVI, Sternstr. 108. (1916)
 Wojtek, Verwaltungsdirektor, XIII, Neudorfstr. 58. (1921)
 Wolanke, Postinspektor, XVI, Parkstr. 25a. (1922)
 Wottrich, ev. Pfarrer, IX, Monhauptstr. 6. (1923)
 Wutke, Dr. phil., Geh. Archivrat, Staatsarchivdirektor, XVI, Uferzeile 10. (1889)
 Wutke, Lehrer, XXIII, Gallestr. 33. (1922)
 Zehrer, Mittelschullehrer, IX, Hedwigstr. 68. (1922)
 Ziefurß, Dr. phil., Univ.-Prof. XVI, Hanßastr. 13. (1902)
 Zimmer, Oberpräsident, I, Albrechtstr. 32. (1921)
 Zimmer, Lehrer, X, Matthiasstr. 131. (1922)

- Augustaschule, V, Schwerinstr. 1—7. (1870)
 Staatl. Baugewerkschule, X, Lehmdamm 53/55. (1920)
 Bender-Oberrealschule, X, Lehmdamm 1—3. (1886)
 Domkapitel, IX, Göppertstr. 12. (1865)
 Städt. Elisabeth-Gymnasium, II, Arletiusstr. 1—3. (1902)
 Staatl. Friedrichs-Gymnasium, X, Matthiasstr. 117. (1865)
 Generallandschaftsdirektion, I, Taschenstr. 18. (1846)
 Städt. Johannis-Gymnasium, VIII, Paradiesstr. 1. (1874)
 Ev. Konsistorium der Provinzen Nieder- u. Oberschlesien, I, Schloß-
 platz 9a. (1887)
 Landwirtschaftskammer für die Provinz Schlesien, X, Matthias-
 platz 6. (1896)
 Magistrat der Hauptstadt Breslau. (1861)
 Städt. Maria-Magdalenen-Gymnasium, I, An der Magdalenen-
 kirche 1—3. (1874)
 Staatl. kath. Matthias-Gymnasium, I, Schuhbrücke 37. (1874)
 Oberbergamt, XVIII, Reichspräsidentenplatz 20. (1898)
 Oberlandesgericht, I, Ritterplatz 15. (1871)
 Provinziallandtag der Provinz Schlesien. (1907)
 Historisches Seminar der Universität, I, Universitätsplatz 1. (1894)
 Landwirtschaftl. Verein Breslau, X, Matthiasplatz 6. (1907)
 Kaufmännische Zwinger- und Ressourcen-Gesellschaft, I, Zwinger-
 platz 4. (1875)

B. Schlesien, außer Breslau.

Stadtkreis Beuthen O.S.

Pfleger: 3. Zt. unbesetzt.

- Braunmühl, Oberforstmeister. (1925)
 Godulla, Redakteur. (1921)
 Gottwald, Dr. phil., Oberstudienrat. (1924)
 Lukaschek, Dr. jur., Landrat a. D. (1922)
 Obst, Lehrer. (1923)
 Patrzek, Justizrat, Rechtsanwalt u. Notar. (1910)
 Reinelt, Dr. theol., Studienrat. (1920)
 Schleifer, Dr. phil., (1921)
 Seiffert, Studienassessorin. (1925)
 Beuthener Geschichts- u. Museumsverein. (1910)
 Staatl. Gymnasium. (1876)
 Magistrat. (1890)

Landkreis Beuthen O.S.

Pfleger: Pfarrer em. Reif, Rokittnitz.

- Franzke, Rektor, Schomberg. (1925)
 Reif, Pfarrer em., Rokittnitz. (1897)

Kreis Vollenhain.

Pfleger: Amtsrat Merz, Kl. Waltersdorf.

- Freitag, Rentmeister, Oberlauterbach. (1899)
 Hartmann, Apotheker, Vollenhain. (1895)

Henke, ev. Pfarrer, Rudelsdt. (1909)
 Merz, Amtsrat, Rittergutsbesitzer, Kl.-Waltersdorf. (1896)
 Kretschmer, Lehrer, Bürgsdorf. (1925)
 Schindler, Rektor, Bolkeshain. (1920)
 Wittwer, Lehrer, Einsiedel. (1925)
 Magistrat der Stadt Bolkeshain. (1872)

Landkreis Breslau.

Pfleger: Rittergutsbes. Lewald, Sillmenau.

Herrmann, Lehrer, Gr. Mochbern. (1921)
 Herzog, Pfarrer, Schosniz. (1915)
 Holz, Stellenbesitzer, Woigwitz. (1923)
 Jung, Pfarrer, Erzpriester, Meleschwitz. (1877)
 Kienel, Pfarrer, Erzpriester, Geistl. Rat, Neufisch. (1887)
 Koppke, Fischereimeister, Oswitz. (1925)
 Lewald, Rittergutsbesitzer, Sillmenau. (1910)
 Meier, Studienrat, Schmolz. (1920)
 Roter, Pfarrer, Malkwitz. (1916)
 v. Rothkirch-Panthen, Generalmajor z. D., Rittergutsbesitzer,
 Gr. Schottgau. (1910)
 Scheuermann, Rittergutspächter, Tschauhelwitz. (1924)
 Schöller, Fabrik- und Rittergutsbesitzer, Strachwitz. (1907)
 Sydell, Rittergutsbesitzer, Schiedlagwitz. (1900)
 Ungerathen, Pfarrer, Gr. Mochbern. (1920)
 Walter, Rittergutsbesitzer, Brodau. (1924)
 Weidner, Pfarrer, Erzpriester, geistl. Rat, Oltaschin. (1891)
 Wichelhaus, Dr. jur., Landrat a. D., Rittergutsbes., Schosniz. (1925)
 Ziebold, Lehrer, Woischwitz. (1922)

Stadtkreis Brieg.

Pfleger: Prof. Dr. Nieländer, Brieg.

Bartsch, Oberpostsekretär. (1910)
 Göbel, Dr. phil., Studienassessor. (1914)
 Günther, städt. Lyzeal-Zeichenlehrer. (1924)
 Krahl, Photograph. (1924)
 Neumann, Stadtrat. (1913)
 Nieländer, Dr. phil., Prof., Studienrat. (1914)
 Rittner, Lehrer. (1922)
 Rüdner, Veterinär, Kreistierarzt. (1906)
 Schaube, Dr. jur. h. c., Prof., Ober-Studienrat i. R. (1924)
 Steffanonsky, stud. phil. (1925)
 Zimbal, Dr. phil., Studienrat. (1913)
 Staatl. Gymnasium. (1846)
 Landwirtschaftsschule. (1910)
 Magistrat. (1861)
 Städt. Museum. (1913)
 Philomathie. (1890)

Landkreis Brieg.

Pfleger: Pastor Trebiß, Rauern.

Kriegler, Lehrer, Koppen. (1924)

Trebiß, Pastor, Rauern. (1921)

v. Wonski, Pfarrer, Löwen. (1916)

Kreis Bunzlau.

Pfleger: Lehrer Gerlach, Ullersdorf a. Qu.

Elsner, Gutsbesitzer, Auenhof b. Bunzlau. (1920)

Flögel, Lehrer, Booswiz. (1922)

Friedrich, Lehrer u. Kantor, Alt-Warthau. (1921)

Gerlach, Lehrer, Ullersdorf a. Qu. (1911)

Goße, Lehrer u. Kantor, Thomaswaldau. (1921)

Gückel, Gutsbesitzer, Ullersdorf a. Qu. (1921)

Gurtmann, Lehrer, Herzogswaldau. (1921)

Heller, Prokurist, Alt-Dels. (1914)

Herfel, Maurer- und Zimmermeister, Ullersdorf a. Qu. (1921)

Hillebrand, Lehrer u. Kantor, Seifersdorf. (1921)

Röhlisch, Dr. med., prakt. Arzt, Raumburg a. Qu. (1923)

v. Rölichen, Rittergutsbesitzer, Rittlitzleben. (1922)

Müller, Malermeister, Bunzlau. (1925)

v. Mutius, Erz., Generalleutnant z. D., Bunzlau. (1922)

Ott, Regierungsrat, Bunzlau. (1920)

Reichel, Dr. med., Sanitätsrat, Bunzlau. (1921)

Rohrhopf, Lic., ev. Pfarrer u. Studieninspektor, Raumburg a. Qu. (1923)

Schiller, ev. Pfarrer, Gießmannsdorf. (1916)

Schober, Dr. med., prakt. Arzt, Rittlitzleben. (1922)

Zahn, Rittergutspächter i. R., Tillendorf. (1914)

Staatl. Gymnasium Bunzlau. (1874)

Magistrat der Stadt Bunzlau. (1922)

Waisen- u. Schulanstalt, Bunzlau. (1906)

Kreis Cosel D.S.

Pfleger: Studienassessor Roniechny. (Wohn. Neustadt D.S.)

Alexander, Lehrer, Cosel. (1925)

Bogazek, Lehrer, Habicht. (1923)

Elsner, Dr. phil., Studienassessor, Cosel. (1925)

Glazel, Dr. phil., Studienassessor, Cosel. (1925)

Heeger, Studienassessor, Cosel. (1923)

Rittel, Bürodirektor, Cosel. (1925)

Rinzer, Oberschullehrer, Cosel. (1925)

Roniechny, Studienassessor, Cosel. (1918)

Rowallit, Lehrer, Cosel. (1925)

Raux, Studienassessor, Cosel. (1925)

Rosse, Lehrer, Cosel. (1925)

Rux, Studienassessor, Cosel. (1925)

Mika, Oberstudienrat, Cosel. (1925)

Niedzballa, Dr. phil., Studienrat, Cosel. (1923)

Ochmann, Oberkaplan, Cosel. (1925)

Rademacher, Lehrer, Slawenhiß. (1925)
 Przybilla, Lehrer, Cosel. (1925)
 Scheiße, Dr. phil., Studienassessor, Cosel. (1923)
 Sonnabend, Studienassessor, Cosel. (1925)
 Stanjek, Studienassessor, Cosel. (1924)
 Steffen, Dr. phil., Studienrat, Cosel. (1924)
 Wagner, Amtsgerichtsrat, Gnadenfeld. (1921)
 Walter, Oberschullehrer, Cosel. (1924)
 Weißbach, Prof., Studienrat, Cosel. (1924)
 Wontropka, Pfarrer, Erzpriester, Randzin. (1897)
 Magistrat der Stadt Cosel. (1905)

Kreis Falkenberg D.S.

Pfleger: Graf Praschma, Schloß Falkenberg D.S.

Helbig, Domänenpächter, Kl. Sarne. (1924)
 Graf v. Kerßenbrock, Schloß Schurgast. (1910)
 Graf Praschma, Herrschaftsbesitzer, Schloß Falkenberg D.S. (1912)
 Graf v. Schmettow, Ez., Generalleutnant 3. D., Norok. (1921)
 Wenzel, Lehrer, Rühdorf. (1922).

Kreis Frankenstein.

Pfleger: Pfarrer Stobel, Ramenz.

Casper, Lehrer, Eichau. (1918)
 Gabriel, Lehrer, Ramenz. (1919)
 Heinelt, Pfarrer, Erzpriester, Frankenberg. (1889)
 Jensch, Pfarrer, Reichenau. (1917)
 Knetich, Lehrer, Briesniz. (1925)
 Petzsche, Ober-Rentmeister u. Amtsvorsteher, Giersdorf. (1917)
 Stobel, Pfarrer, Ramenz. (1915)
 Schaerfe, Dr. phil., Chemiker, Reichenstein. (1906)
 Schweda, Lehrer, Wartha. (1919)
 Städt. Gymnasium, Frankenstein. (1886)
 Magistrat der Stadt Frankenstein. (1906)
 Magistrat der Stadt Reichenstein. (1906)
 Redemptoristen-Kolleg, Wartha. (1903)

Kreis Freystadt.

Pfleger: Katasterdirektor Merz, Freystadt,
 und Bürgermeister Bessel, Neusalz, für Stadt Neusalz.

Berger, ev. Pfarrer, Neusalz. (1912)
 Bessel, Bürgermeister, Neusalz. (1923)
 Bieder, Lehrer, Neusalz. (1923)
 Böttger, Rektor, Neusalz. (1923)
 Dierich, Direktor, Neusalz. (1921)
 Dullin, Lehrer, Modritz. (1923)
 Ehrlich, Prokurist, Freystadt. (1922)
 v. Eichmann, Landrat, Rittergutsbes., Wallwitz. (1910)
 Först, Rentant, Neusalz. (1923)
 Forkert, Kaufmann, Neusalz. (1923)

- Glaeser, Direktor, Neusalz. (1920)
 Gleim, Rittergutsbesitzer, Zöllnig. (1909)
 Goerlich, Erzpriester, Liebenzig. (1913)
 Gottschlich, Lehrer, Neusalz, 3. Zt. Neustädel. (1923)
 Guzy, Pfarrer, Kreischulinspektor a. D., Freystadt. (1903)
 Güttich, Kämmerer Freystadt. (1922)
 Illmer, Profurist, Freystadt. (1922)
 Graf v. Kalkreuth, Rittergutsbesitzer, Ndr.=Siegersdorf. (1920)
 Kielmann, Lehrer, Tschiefer. (1923)
 Klimm, Dr. med., Medizinalrat, Neusalz. (1909)
 Klose, Rechnungsrat, Freystadt. (1922)
 Krenkel, Studienrat, Neusalz. (1925)
 de Lall, Stadtsekretär, Neusalz. (1923)
 Merz, Katasterdirektor, Freystadt. (1911)
 Meyer, Lehrer, Neusalz. (1923)
 Pazelt, Katastersekretär, Freystadt. (1923)
 Behold, Lehrerin, Neusalz. (1923)
 Peukert, Lehrer, Neusalz. (1923)
 Pohl, Lehrer, Neu-Tschau. (1925)
 Praast, Stadtinspektor, Neusalz. (1925)
 Rau, Lehrer, Neusalz. (1923)
 Rausch, Magistrats-Obersekretär, Neusalz. (1923)
 Schlüter, Rechtsanwalt u. Notar, Neusalz. (1919)
 Schmeil, Katasterdirektor, Freystadt. (1922)
 Schmerle, Lehrer, Aufhalt. (1923)
 Schulz, Archivar u. Privatgelehrter, Neusalz. (1925)
 Sieber, Lehrer, Hohenborau. (1923)
 Stobbe, Buchdruckereibesitzer, Neusalz. (1923)
 Freiherr v. Tschammer u. Quaritz, Exz., Staatssekretär a. D., Brunzel-
 waldau. (1919)
 Woidschükke, Dr. phil., Studienrat, Neusalz. (1925)
 Graf v. Zedlitz u. Trübschler, Exz., Hofmarschall a. D., Major a. D.,
 Ndr.=Großenborau. (1922)
 Magistrat der Stadt Freystadt. (1906)
 Magistrat der Stadt Neusalz. (1893)
 Neusalzer Stadtblatt. (1920)

Kreis Glaß.

Pfleger: Studienassessor Dr. Scheuer, Habelschwerdt.

- Boese, Rechtsanwalt u. Notar, Glaß. (1911)
 v. Eichborn, Dr. phil., Landesältester, Pischtowitz. (1925)
 Fritsch, Studienrat, Glaß. (1921)
 Gröhe, Bankprofurist, Glaß. (1921)
 Guder, Lehrer, Voigtsdorf. (1921)
 Heinzelmann, ev. Pfarrer, Glaß. (1908)
 Herden, Kaplan, Rückers. (1920)
 Hünerfeld, Fabrikbesitzer, Glaß. (1923)
 Jäschke, Amisvorsteher, Rückers. (1913)

Jofsch-Diße, Amtsgerichtsrat, Reinerz. (1921)
 Kaiser, Studienrat, Glaz. (1924)
 Klose, Dr. med., Geh. Sanitätsrat, Reinerz. (1919)
 Lindner, Kaufmann u. Stadtältester, Glaz. (1914)
 Ludwig, erster Bürgermeister, Glaz. (1915)
 Matting, Oberbürgermeister i. R., Rechtsanwalt, Bad Altheide. (1915)
 Müller, Pfarrer, Reinerz. (1902)
 Pietzsch, Hotelbesitzer, Glaz. (1917)
 Scheuer, Dr. phil., Studienassessor, Glaz, 3. Zt. Habelschwerdt. (1920)
 Schindler, Dr. jur., Amtsvorsteher, Rudowg. (1911)
 Schmidt, Dr. phil., Studienassessor, Glaz. (1921)
 Schöber, Studienrat, Glaz. (1921)
 Skalikzi, Stadtpfarrer, Seminardirektor i. R., Glaz. (1887)
 Sterk, Mittelschullehrer, Glaz. (1921)
 Stolle, Dr. phil., Prof., Studienrat a. W., Glaz. (1920)
 Weber, Bankbevollmächtigter, Glaz. (1924)
 Glazer Gebirgsverein, Glaz. (1921)
 Staatl. Gymnasium, Glaz. (1873)
 Magistrat der Stadt Glaz. (1915)
 Magistrat der Stadt Reinerz. (1909)
 Philomathie, Glaz. (1909)

Stadtkreis Gleiwitz.

Pfleger: 3. Zt. unbesetzt.

Gottschalk, Studienrat. (1920)
 Kondziella, Dr. phil., Studienrat. (1920)
 Schneeweiß, Studienreferendar. (1921)
 Warlo, Dr. jur., Stadtrat. (1921)
 Zwiener, Dr. phil., Studienrat. (1911)
 Staatl. Gymnasium. (1868)
 Oberschles. Kulturverband. (1922)
 Magistrat. (1869)
 Oberschles. Museum. (1912)
 Oberrealschule. (1905)
 Verband obereschles. Volksbüchereien. (1921)

Landkreis Gleiwitz.

Pfleger: 3. Zt. unbesetzt.

Chrząszczy, Dr. theol., Pfarrer, Erzpriester, Peiskretscham. (1889)
 Jlascha, Pfarrer, Erzpriester, Geistl. Rat, Schönwald. (1889)
 v. Guradze, Rittmeister a. D., Majoratsbesitzer, Schloß Loß. (1897)
 Merkert, Dr. phil., Seminardirektor, Peiskretscham. (1908)
 Magistrat der Stadt Peiskretscham. (1906)

Stadtkreis Glogau.

Pfleger: Hauptlehrer Kwak, Rauschwitz.

Bauck, Großkaufmann. (1918)
 Geißler, Maler. (1922)

Hellmann, Buchhändler. (1925)
 Kolbe, Mittelschullehrer. (1923)
 Kretschmer, Geistl. Rat, Prof., Studienrat. (1914)
 Kolke, Studienrat. (1921)
 Staatl. Gymnasium. (1874)
 Magistrat. (1851)

Landkreis Glogau.

Pfleger: Hauptlehrer Kwat, Rauschwitz.

Brier, Dr. theol., Pfarrer, Tschepplau. (1918)
 Gilka-Böchow, Fideikommißbesitzer, Schwusen a. D. (1909)
 Görlich, Pfarrer, Gramschütz. (1916)
 Hausdorf, Pfarrer, Erzpriester, Klopschen. (1917)
 Kwat, Hauptlehrer, Rauschwitz. (1921)
 Linke, Landwirt, Kladau. (1922)
 Müller, Pfarrer, Ruttlau. (1911)
 Puzke, Lehrer, Al.-Logisch. (1925)
 Thiel, Lehrer, Gusch. (1923)
 Freiherr v. Tschammer u. Quaritz, Rgl. Kammerherr a. D., Majoratsbesitzer, Quaritz. (1875)

Stadtkreis Görlitz.

Pfleger: Steuer Syndikus Geschwinde, Görlitz.

Geschwinde, Steuer Syndikus. (1920)
 Scholz, Pfarrer. (1912)
 Stange, Diplom-Ing., Reg.-Baumeister. (1918)
 Voigt, Studienrat. (1925)
 Realgymnasium. (1906)

Landkreis Görlitz.

Pfleger: Rittergutsbesitzer v. Geldern-Crispendorf, Gruna.

v. Geldern-Crispendorf, Landesältester, Rittergutsbes., Gruna. (1923)
 Rästner, Dr. jur., Landgerichtsrat, Ober-Girbigsdorf. (1909)

Kreis Goldberg-Haynau.

Pfleger: Pastor prim. Guhl, Goldberg.

Basler, Stadtpfarrer, Goldberg. (1920)
 Gliese, Amtsgerichtsrat, Goldberg. (1911)
 Guhl, Pastor prim., Goldberg. (1916)
 Hübner, Rittergutspächter, Doberchau. (1921)
 Krißke, Dr. med., Sanitätsrat, Haynau. (1906)
 Schubert, Dr. phil. Rittergutsbesitzer, Mittelleifersdorf. (1920)
 Schulze, Studienassessor, Goldberg. (1922)
 Tischer, Studienrat, Goldberg. (1916)
 Ueberhäuser, Rechtsanwalt u. Notar, Haynau. (1923)
 Urban, Baumeister, Goldberg. (1911)

Magistrat der Stadt Goldberg. (1905)
 Magistrat der Stadt Hainau. (1906)
 Schwabe-Priesemuth'sche Stiftung. (1887)
 Philomathischer Verein, Goldberg. (1895)

Kreis Grottkau.

Pfleger: Schulleiter Lechmann, Pillwöschke.

Berger, Lehrer, Klodebach. (1925)
 Gründel, Rektor, Ottmachau. (1907)
 Freiherr v. d. Kneisebeck-Milendonck, Herrschaftsbesitzer, Ossieg. (1910)
 Kleiner, Pfarrer, Erzpriester, Fürstb. Kommissar, Koppitz. (1922)
 Kummer, Kaplan, Koppitz. (1916)
 Küng, Güterdirektor, Koppitz. (1925)
 Lechmann, Schulleiter und Lehrer, Pillwöschke. (1919)
 Neumann, Kaplan, Grottkau. (1923)
 Radig, Dr. med. u. phil., Arzt, Lindenau. (1922)
 Wels, Pfarrer, Boisselsdorf. (1903)
 Wimmer, Dr. phil., Studienassessor, Grottkau. (1920)
 Magistrat der Stadt Grottkau. (1905)
 Magistrat der Stadt Ottmachau. (1905)

Stadtkreis Grünberg.

Pfleger: Stadtrat Schmidt, Grünberg.

Sappelt, Pfarrer, Erzpriester, Geistl. Rat. (1903)
 Schmidt, Lehrer, Stadtrat u. Stadtarchivar. (1919)
 Magistrat. (1905)
 Realgymnasium. (1873)

Landkreis Grünberg.

Pfleger: Stadtrat Schmidt, Grünberg.

Jäckel, Lehrer, Laesgen. (1920)
 John, Kantor, Deutsch-Wartenberg. (1923)
 Ransj, Wirtschaftsinspektor, Alexanderhof. (1925)
 Graf v. Pfeil u. Klein Ellguth, Rittergutsbesitzer, Deutsch-Kessel. (1921)
 Graf Stosch, Rittergutsbesitzer, Alt-Kessel. (1925)
 Kreisausschuß. (1917)
 v. d. Landen-Wadenitzsche General-Verwaltung Perseverantia in
 Deutsch Wartenberg. (1913)

Kreis Guhrau.

Pfleger: Frau v. Gößler, Schäch.

Feiereis, Kaplan, Guhrau. (1917)
 Göhlmann, Lehrer, Guhrau. (1925)
 Frau v. Gößler, geb. v. Mauve, Schäch. (1912)
 Rachel, Pfarrer, Tschirnau. (1912)
 Jacob, Ober-Postmeister, Herrnsstadt. (1916)
 v. Roeder, Landrat a. D., Ober Ellguth b. Tschirnau. (1912)

Seidel, Pfarrer, Kraschen. (1921)
 Zenker, Mittelschullehrer, Herrnsstadt. (1921)
 Magistrat der Stadt Guhrau. (1868)

Kreis Habelschwerdt.

Pfleger: Studienassessor Dr. Scheuer, Habelschwerdt.

Altenburger, Kaufmann, Landeck. (1920)
 Anittel, Amtsgerichtsrat, Habelschwerdt. (1921)
 Ludwig, Dr. med., prakt. Arzt, Habelschwerdt. (1910)
 Seehrich, Lehrer, Seitenberg a. B. (1911)
 Sindermann, Kaufmann, Landeck. (1920)
 Tschitschke, Pfarrer, Voigtsdorf. (1918)
 Weyer, Dr. med., Generalarzt a. D. (1922)
 Wimmer, Direktor d. höh. Knabenschule, Landeck. (1925)
 Zimmermann, Kaplan, Habelschwerdt. (1918)
 Magistrat der Stadt Habelschwerdt. (1906)
 Magistrat der Stadt Landeck. (1903)

Kreis Hindenburg O.S.

Pfleger: Studienrat Glund, Zaborze.

Bennef, Pfarrer, Zaborze. (1903)
 Dobisch, Lagerhalter, Hindenburg. (1921)
 Glund, Studienrat, Zaborze. (1924)
 Kaczmarek, Lehrerin, Zaborze. (1921)
 Kaminsky, Leiter der Stadt-Verwaltungs-Bibliothek, Hindenburg. (1922)
 Koss, Disponent, Bistupitz. (1922)
 Rudera, Diplom-Ing., Vorfabrik. (1921)
 Rave, Hedwig, Studienrat, Hindenburg. (1918)
 Schulz, Studienrat, Hindenburg. (1924)
 Staatl. Gymnasium Zaborze. (1905)
 Magistrat der Stadt Hindenburg. (1922)

Stadtkreis Hirschberg.

Pfleger: Geh. Reg.-Rat Dr. Friedensburg, Hirschberg.

Forche, Pfarrer, Erzpriester, Geistl. Rat. (1907)
 Friedensburg, Dr. phil., Geh. Reg.-Rat, Senatsvorsitzender i. R. (1887)
 Middelsdorff, Dr. med., Geh. Sanitätsrat. (1897)
 Reichel, Kaplan. (1918)
 Rummel, Dr. phil., Prof., Studienrat i. R. (1889)
 Staatl. Gymnasium. (1872)
 Magistrat. (1861)
 Riesengebirgsverein (Zentralverein). (1890)

Landkreis Hirschberg.

Pfleger: Dr. phil. Grundmann, Warmbrunn.

Betenstedt, Fabrikdirektor, Runersdorf. (1907)
 Grundmann, Dr. phil., Warmbrunn. (1921)
 Hirsche, ev. Pfarrer, Alt-Kemnitz. (1889)

Klosse, Villenbesitzer, Hermsdorf u. A. (1908)
 Most, Hotelbesitzer, Brückenberg. (1907)
 Rüttke, ev. Pfarrer, Kaiserswalbau. (1899)
 Reinbach, Kaufmann, Alt-Remnitz. (1921)
 Wolf, Kantor, Voigtsdorf. (1925)
 Zänder, Lehrer, Agnetendorf. (1925)
 Magistrat der Stadt Schmiedeberg. (1906)
 Reichsgräfl. Schaffgottsch'sche Majoratsbibliothek, Warmbrunn. (1895)

Kreis Hoyerswerda.

Pfleger: 3. St. unbesetzt.

Jäkel, Lehrer, Wittichenau. (1921)
 Ruhn, Lehrer, Groß-Särchen. (1922)

Kreis Jauer.

Pfleger: Pfarrer Dr. theol. Diederich, Pommßen.

Anlauf, Lehrer, Bremberg. (1920)
 Berne, Rittergutsbesitzer, Jakobsdorf. (1925)
 Besdzief, Dr. med., Sanitätsrat, Jauer. (1911)
 Bürger, Stadtpfarrer, Jauer. (1922)
 Demuth, Rittergutsbesitzer, Dittersdorf. (1923)
 Diederich, Dr. theol., Pfarrer, Pommßen. (1907)
 Heuber, Prof., Studienrat, Jauer. (1891)
 Heuber, Fabrikdirektor, Hertwigswaldau. (1891)
 Jaekel, Pfarrer, Erzpriester, Kb. Kommissar, Herrmannsdorf. (1893)
 Kahler, Erbscholtzeibesitzer, Herrmannsdorf. (1921)
 Kepp, Inspektor, Dittersdorf. (1923)
 Neumann, Juwelier, Jauer. (1923)
 Spaniel, ev. Pfarrer, Hertwigswaldau. (1909)
 Staatl. Gymnasium, Jauer. (1881)
 Magistrat der Stadt Jauer. (1906)

Kreis Kreuzburg D.S.

Pfleger: Rittergutsbes. v. Waghdorf, Proschlich.

Sache, Dr. phil., Studienrat, Kreuzburg. (1921)
 Sahm, Studienrat, Kreuzburg. (1921)
 v. Jordan, Rittergutsbesitzer, Rochelsdorf. (1910)
 Fräulein Kleinschmidt, Wzossje. (1905)
 Bolsburg, Studienrat, Kreuzburg. (1922)
 v. Waghdorf, Rittergutsbesitzer, Proschlich. (1917)
 Zielonka, Lehrer, Schönfeld. (1925)
 Staatl. Gymnasium, Kreuzburg. (1874)
 Magistrat der Stadt Kreuzburg. (1905)

Kreis Landeshut.

Pfleger: Lehrer Seidel, Schwarzwaldau.

Heinzel, Lehrer, Wittgendorf. (1925)
 Kolbe, Lehngutsbesitzer, Trautliebersdorf. (1910)

Seidel, Lehrer, Schwarzwaldau. (1922)
 Magistrat der Stadt Landeshut. (1906)
 Magistrat der Stadt Liebau. (1924)
 Realgymnasium, Landeshut. (1873)

Areis Lauban.

Pfleger: Lehrer Gerlach, Ullersdorf a. Qu.

Bornmann, ev. Pfarrer, Wingendorf. (1907)
 Otto, Hauptlehrer i. R., Friedersdorf. (1910)
 Plißke, Dr. phil., Prof., Studienrat, Lauban. (1922)
 v. Jastrow, Rittergutsbesitzer, Hartha. (1919)
 Staatl. Gymnasium, Lauban. (1918)
 Kreisausschuß. (1910)

Areis Leobschütz.

Pfleger: Drogerie-Besitzer Scholz, Ratscher.

Hupka, Dr. phil., Geschäftsführer des Oberschl. Bauernvereins, Leob-
 schütz. (1922)
 Kempe, Schulleiter, Roben. (1923)
 Lauterbach, Lehrer, Ratscher. (1924)
 Scholz, Drogeriebesitzer, Ratscher. (1923)
 Stiebler, Gutsbesitzer, Bieskau. 1923)
 Kreisausschuß. (1910)
 Magistrat der Stadt Leobschütz. (1905).
 Staatl. Woyrsch-Gymnasium. (1876)

Stadtkreis Liegnitz.

Pfleger: Oberlandmesser Hellmich, Liegnitz.

Büchting, Regierungspräsident. (1919) †
 Clemenz, Rektor. (1899)
 Hellmich, Oberlandmesser. (1908)
 Jähner, Kaufmann. (1922)
 Lange, Kaufmann, Stadtrat. (1910)
 Nerger, Dr. phil., Prof. a. d. Landwirtschaftsschule i. R. (1874)
 Paeschke, Lehrer. (1903)
 Paehold, Dr. med., Facharzt (1922)
 Rawitscher, Dr. jur., Rechtsanwalt. (1923)
 Graf v. Rothkirch, cand. phil. (1920)
 Schaff, Prof., Studienrat. (1896)
 Schönfeld, Dr. jur., Referendar. (1920)
 Selke, Dr. phil., Studienrat. (1920)
 Tschersich, Pastor i. R. (1909)
 Zum Winkel, Prof., Direktor des Stadtarchivs. (1904)
 Staatl. Gymnasium. (1846)
 Städt. Gymnasium. (1846)
 Magistrat. (1846)
 Regierungsbücherei. (1919)

Landkreis Siegnitz.

Pfleger: Hauptlehrer Stache, Rüstern.

- Unders, Lehrer u. Kantor, Roischwitz. (1920)
 Frau Güttler, verw. Kommerzienrat, Jeschtendorf. (1902)
 Nordheim, Lehrer, Leschwitz. (1920)
 Stache, Hauptlehrer u. Kantor, Rüstern. (1921)
 Taubitz, Studienassessor, Wahlstatt. (1923)
 Thomas, Lehrer, Roistau. (1922)
 Staatl. Bildungsanstalt, Wahlstatt. (1923)

Kreis Löwenberg.

Pfleger: Prof. Dr. Kleber, Löwenberg.

- Bed, Prof. a. D., Löwenberg. (1892)
 Ennen, Studienrat, Löwenberg. (1920)
 Goerlich, Schulrat, Liebenenthal. (1923)
 Hemmer, Pfarrer, Erzpriester, Fb. Kommissar, Schmottseiffen. (1899)
 Kleber, Dr. phil., Prof., Studienrat, Löwenberg. (1912)
 Lampe, Seminardirektor, Löwenberg. (1924)
 Meißner, Lehrer, Schmottseiffen. (1923)
 Reichert, ev. Pfarrer, Deutmannsdorf. (1899)
 Siebert, Gutsbesitzer, Schmottseiffen. (1923)
 Starostzynski, Lehrer, Mois. (1912)
 Vogel, Lehrer, Johnsdorf. (1899)
 Zimmer, Bankier, Löwenberg. (1922)
 Magistrat der Stadt Löwenberg. (1905)
 Städt. Reform-Realgymnasium, Löwenberg. (1886)
 Riesengebirgsverein, Bad Flinsberg. (1925)

Kreis Lublinitz.

Magistrat der Stadt Guttentag. (1906)

Kreis Lüben.

Pfleger: Studienrat Dr. Treblin, Lüben.

- Graf Ballestrem, Rittergutsbesitzer, Obergläsersdorf. (1920)
 Drexler, Lehrer, Barßchau. (1923)
 Treblin, Dr. phil., Studienrat, Lüben. (1906)
 Magistrat der Stadt Lüben. (1905)

Kreis Militsch-Trachenberg.

Pfleger: Superintendent Dächsel, Militsch.

- Dächsel, Superintendent, Militsch. (1894)
 Se. Durchl. Herzog zu Trachenberg, Fürst v. Hatzfeldt, Dr. phil. h. c.,
 Freier Standesherr auf Schloß Trachenberg. (1875)
 Paul, Pfarrer, Erzpriester, Prausnitz. (1909)
 Reichel, Pfarrer, Kreischulinspektor a. D., Trachenberg. (1909)
 Magistrat der Stadt Militsch. (1895)
 Magistrat der Stadt Trachenberg. (1905)

Kreis Münsterberg.

Pfleger: Pfarrer Bretschneider, Neu-Altmannsdorf.

- Edwert, Fabrikbesitzer, Münsterberg. (1908)
 Breittopf, ev. Pfarrer, Münsterberg. (1921)
 Bretschneider, Pfarrer, Neu-Altmannsdorf. (1908)
 Kreisausschuß. (1890)
 Kreislehrerbibliothek. (1915)

Kreis Namslau.

Pfleger: j. Zt. unbesetzt.

- Blomeyer, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Paulsdorf. (1921)
 Fräulein Braune-Kridau, Kridau. (1924)
 Haselbach, Brauereibesitzer, Namslau. (1918)
 v. Hennebrand u. d. Lasa, Reg.-Assessor a. D., Herrschaftsbesitzer,
 Dammer u. Nassadel. (1910)
 Rubis, Pfarrer, Michelsdorf. (1907)
 v. Loesch, Landesältester, Vorzendorf. (1909)
 Baron v. Seydlich-Kurzbach, Al. Wilkau. (1888)
 Siegert, ev. Pfarrer, Strehlitz. (1912)
 Baron v. Stojch, Rittergutsbesitzer, Lantau. (1904)
 Magistrat der Stadt Namslau. (1906)
 Volksbildungsverein, Namslau. (1921)

Stadtkreis Neiße.

Pfleger: Reg.-Rat Neumann, Neiße.

- P. Athanasius Burda, Dr. theol., Rector des Coll. O. F. M. (1914)
 Dobroszke, Amtsgerichtsrat. (1924)
 Gronober, Dr. phil., Studienrat. (1920)
 Fuhrmann, Stadtsyndikus. (1921)
 Gomolla, Obersteuerinspektor. (1922)
 Gospos, Dr. med., prakt. Arzt. (1925)
 Herbarth, Bezirksrevisor. (1898)
 Jüttner, Geistl. Rat, Pfarrer. (1889)
 Laslowski, Dr. phil., Schriftleiter, Neiße-Neuland. (1912)
 Neumann, Regierungsrat. (1914)
 Schiller, Steuerrdirektor. (1918)
 Schütze, Oberregierungsrat. (1922)
 Schwarz, Regierungsrat. (1922)
 Seidel, Dr. phil., Prof., Studiendirektor i. R. (1881)
 Stiller, Dr. jur., Regierungsrat. (1925)
 Warmbrunn, Bürgermeister. (1924)
 Wimmer, Studienassessor, Neiße-Heiligkreuz. (1925)
 Franziskaner-Konvent, Neiße-Rochus. (1910)
 Staatl. kath. Gymnasium (1898)
 Magistrat. (1890)
 Realgymnasium. (1874)

Landkreis Meiße.

Pfleger: Reg.-Rat Neumann, Meiße.

- Gloger, Kaplan, Mdr. Hermsdorf. (1919)
 Göbel, Pfarrer, Balthof. (1909)
 v. Maubeuge, Hauptmann a. D., Langendorf. (1884)
 Schaffrath, Pfarrer, Raundorf. (1900)
 Schirdewahn, Hauptlehrer, Alt Patschkau. (1910)
 Tuschke, ev. Pfarrer, Patschkau. (1906)
 Unterlauff, Pfarrer, Schwammelwitz. (1895)
 Voelkel, Pfarrer, Erzpriester, Deutsch Ramitz. (1918)
 Wolf, Pfarrer, Rowag. (1904)
 Staatl. Aufbauschule, Ziegenhals. (1910)
 Rath. Gymnasium, Patschkau. (1874)
 Kreislehrerbibliothek, Meiße. (1904)
 Magistrat der Stadt Ziegenhals. (1897)

Kreis Neumarkt.

Pfleger: Rittergutsbesitzer Ede, Tschammendorf.

- Berndt, Lehrer, Jacobsdorf. (1922)
 Bumble, Pfarrer, Gloschau. (1903)
 Ede, Apotheker, Tschammendorf. (1904)
 Ede, Rittergutsbesitzer, Tschammendorf. (1919)
 Fridrich, Kreis Syndikus, Neumarkt. (1925)
 Gimmeler, Lehrer, Maltzsch. (1925)
 Hallwig, Pfarrer, Sachwitz. (1912)
 Helle, Lehrer, Mettkau. (1925)
 Hüttenheim, Landrat, Neumarkt. (1925)
 Jacobs, Pfarrer, Reulendorf. (1922)
 Rindler, Pfarrer, Kreis Schulinspektor a. D., Kostenblut. (1895)
 Bissel, Fabrikdirektor, Deutsch-Bissa. (1920)
 v. Lösch, Dr. jur., Rittergutsbesitzer, Ober-Stephansdorf. (1900)
 Neugebauer, Pfarrer, Krinitzsch. (1922)
 Opitz, Erbscholtseibesitzer, Krinitzsch. (1923)
 Piatka, Gutsbesitzer, Kostenblut. (1922)
 Reiter, Direktor des Pädagogiums, Canth. (1922)
 Richter, Gutsbesitzer, Bilschdorf. (1925)
 v. Roeder, Reg.-Assessor a. D., Rittergutsbesitzer, Groß Gohlau.
 (1910)
 Sczuka, Hauptlehrer, Kostenblut. (1922)
 Scheibke, Rittergutsbesitzer, Zerschendorf. (1923)
 Scheller, Rittergutsbesitzer, Rammendorf. (1925)
 v. Schiller, Rittergutsbesitzer, Lobetin. (1914)
 Ueber, Kreisbaurat, Neumarkt. (1925)
 Wendler, Apotheker, Kostenblut. (1922)
 Weyrauch, Kaufmann, Neumarkt. (1894)
 Frau v. Woikowsky-Biedau, Rittergutsbes., Pohlisdorf. (1911)
 Magistrat der Stadt Neumarkt. (1893)

Kreis Neurode.

Pfleger: Lehrer Gallant, Volpersdorf.

- Fogger, Lehrer, Hausdorf. (1925)
 Gallant, Lehrer, Volpersdorf. (1921)
 Geppert, ev. Pfarrer, Neurode. (1902)
 Hausdorf, Lehrer, Alpendorf. (1919)
 Hoffmann, Bergbauangestellter, Goldmiese. (1920)
 Klose, Gemeindevorsteher, Mittelsteine. (1917)
 Reichsgraf v. Magnis, Majoratsbesitzer, Edersdorf. (1910)
 Schmelz, Hauptlehrer, Köpprich. (1923)
 Treutler, Dr. phil., Studienassessor, Neurode. (1920)
 Magistrat der Stadt Neurode. (1893)
 Rath. Stadtschule, Wünschelburg. (1925)

Kreis Neustadt O.S.

Pfleger: Studienrat Stosiek, Neustadt O.S.

- Behlau, Dr. phil., Studienrat, Neustadt. (1921)
 Bittner, Pfarrer, Rohlsdorf. (1916)
 Blasczynski, Dr. med., Zahnarzt, Neustadt. (1924)
 Bürkner, Chefredakteur, Neustadt. (1922)
 Eberhardt, Lehrer, Mühlendorf. (1923)
 Eichhoff, Dr. phil., Studienrat, Neustadt. (1921)
 Felka, Studienrat, Neustadt. (1921)
 George, Studienrat, Neustadt. (1924)
 Gutsfeld, Pfarrer, Simsdorf. (1913)
 Hadel, Pfarrer, Prov.-Konservator, Alt Wette. (1921)
 Klust, Landgerichtsrat u. Syndikus, Neustadt. (1924)
 Lakomit, Bankbuchhalter, Neustadt. (1924)
 Meyer, Studienassessor, Neustadt. (1925)
 Reichsgraf v. Oppersdorff, Fideikommißherr, Schloß Oberglogau. (1906)
 Graf Hans Wilhelm v. Oppersdorff, Schloß Oberglogau. (1921)
 Pachur, Landrat, Neustadt. (1918)
 Pinkus, Kommerzienrat, Neustadt. (1924)
 P. Raphael, Prior, O. F. M., Neustadt. (1924)
 Schütte, Kaplan, Oberglogau. (1918)
 Schwedowitz, Pfarrer, Riegersdorf. (1925)
 Stosiek, Dr. phil., Studienrat, Neustadt. (1921)
 v. Wallhofen, Rittergutsbesitzer, Trawnig. (1922)
 Staatl. Aufbauschule, Oberglogau. (1908)
 Staatl. Gymnasium, Neustadt. (1891)
 Magistrat der Stadt Neustadt. (1906)
 Magistrat der Stadt Oberglogau. (1906)
 Philomathie, Neustadt. (1909)

Kreis Nimptsch.

Pfleger: Pastor prim. Klapper, Nimptsch.

- Klapper, Pastor prim., Nimptsch. (1922)
 Plümcke, Hof-Maurermeister, Nimptsch. (1904)

v. Skrbensky, Rittergutsbesitzer, Schloß Brauß. (1925)
 Tike, Pfarrer, Groß-Tinz. (1916)
 Zappe, Lehrer, Langenöls. (1925)

Areis Dels.

Pfleger: Pastor prim. Geist, Festenberg. †

Geige, Lehrer, Groß-Zöllnig. (1925)
 Gonschoref, Lehrer, Crompusch. (1917)
 Gröhn, Landgerichtsrat, Dels. (1921)
 Herbst, Pfarrer, Bernstadt. (1918)
 Jaworski, Kaplan, Ostrowine. (1917)
 Jonas, Pfarrer, Hundsfeld. (1909)
 Raehler, Hofprediger, Pastor prim., Superintendent, Dels. (1909)
 Graf v. Rospoth, Majoratsherr, Brieje. (1886)
 Krüger, Dr. jur., Rittergutsbesitzer, Allerheiligen. (1908)
 Frau v. Kulmiz, Rittergutsbesitzerin, Gutwohne. (1907)
 Mehger, Pfarrer, Auratus am Amalienstift, Juliusburg. (1916)
 Nitschke, Rektor, Hundsfeld. (1920)
 Raebiger, ev. Pfarrer, Hundsfeld. (1905)
 Rojahn, Landrat a. D., Rittergutsbesitzer, Mdr.-Wabnitz. (1910)
 Se. Agl. Hoheit der Kronprinz Georg v. Sachsen, Sibyllenort. (1922)
 Schädel, ev. Pfarrer, Bielguth. (1925)
 Reichsfreiherr v. Twickel, Rittergutsbesitzer, Ostrowine. (1918)
 Zedler, Lehrer, Dels. (1922)
 Staatl. Aufbauschule, Dels. (1886)
 Staatl. Gymnasium, Dels. (1863)
 Magistrat der Stadt Bernstadt. (1905)
 Magistrat der Stadt Dels. (1846)
 Kreislehrerrat, Rathe. (1922)

Areis Ohlau.

Pfleger: ev. Pfarrer Michael, Weigwitz.

Bürger, Lehrer, Bischwitz b. Ohlau. (1925)
 Dasler, Lehrer, Lorzendorf. (1925)
 Dittrich, Pfarrer, Thomaskirch. (1921)
 Ferche, Pfarrer, Ohlau. (1917)
 Horlich, ev. Pfarrer, Wanssen. (1922)
 Anauer, Dr. theol., Studienrat, Ohlau. (1913)
 Meyer, Kaufmann, Ohlau. (1911)
 Michael, ev. Pfarrer, Weigwitz. (1919)
 Neugebauer, Gräfl. Sekretär, Kleinöls. (1924)
 Stätsche, Dr. phil., Prof., Studienrat i. R., Ohlau. (1919)
 Scholz-Babisch, Rittergutspächter, Rohrau. (1924)
 Schulz, Dr. phil., Prof., Studienrat, Ohlau. (1893)
 Staatl. Gymnasium, Ohlau. (1905)
 Magistrat der Stadt Ohlau. (1873)

Stadtkreis Oppeln.

Pfleger: Ober-Studiendirektor Grond, Oppeln.

- Berger, Dr. jur., Vizepräsident, Vertreter d. Oberpräf. (1912)
 Bittner, Eisenbahninspektor. (1925)
 Borgwardt, Dr. phil., Studienrat. (1922)
 Borowka, Studienrat. (1922)
 Braunschweiger, Rabbiner. (1924)
 v. Dobshück, Superintendent. (1891)
 Elpelt, Polizei-Oberinspektor. (1923)
 Exner, Studienassessor. (1925)
 Franiel, Studienrat. (1922)
 Grond, Ober-Studiendirektor. (1916)
 Horn, Studienrat. (1922)
 Rasowski, Studienassessor. (1922)
 Röbher, Studienrat. (1925)
 Rra wczynsky, Studienrat. (1924)
 Lehmann, Studienrat. (1922)
 Maryniot, Büroinspektor. (1923)
 Molke, Studienrat. (1920)
 Scholz, 2. Bürgermeister. (1923)
 Starostzik, Dr. phil., Studienrat. (1922)
 Steinert, Stadtarchivar. (1912)
 Oderbein, Justizinspektor. (1923)
 Urbanek, Dr. phil., Studienassessor. (1922)
 Weigel, Dr. phil., Regierungsrat. (1912)
 Wrzesciono, Lehrer. (1923)
 Ziechmann, Studienassessor. (1922)
 Staatl. kath. Gymnasium. (1863)
 Magistrat. (1921)
 Städt. Oberlyzeum. (1925)
 Städt. Oberrealschule. (1922)
 Oberpräsidium (früher Regierung). (1886)

Landkreis Oppeln.

Pfleger: Hauptlehrer Kirsch, Krogullno-Gründorf.

- Balthaser, ev. Pfarrer, Proskau. (1920)
 Dondorff, ev. Pfarrer, Heinrichsfelde. (1916)
 Gallus, Amtssekretär, Agl. Neudorf. (1924)
 Graf v. Garnier-Turawa, Fideikommißherr, Turawa. (1911)
 Graf v. Haugwitz-Hardenberg-Reventlow, Herrschaftsbefitzer,
 Rogau. (1889)
 Holleket, Pfarrer, Chroszcinna. (1922)
 Janiket, Pfarrer, Szbedzik. (1910)
 Kirsch, Hauptlehrer, Krogullno-Gründorf. (1923)
 Rasenberger, Lehrer, Ellguth-Turawa. (1923)
 Rimpler, Dembiohammer. (1925)
 Segietz, Gemeindefassenrendant, Agl. Neudorf. (1922)
 Steinfels, Studienrat, Agl. Neudorf. (1923)

Stumpe, Hauptlehrer, Jaginne. (1924)
 Weiser, Prorektor, Proskau. (1919)
 Lehrerverein, Czarnowanz-Döbern. (1925)
 Rentamt Sr. Majestät des Königs v. Württemberg, Carlsruhe OS.
 (1911)

Stadtkreis Ratibor.

Pfleger: Studienrat Paul, Ratibor.

Berndt, Studienrat. (1925)
 Glusa, Weingroßkaufmann. (1922)
 Hofschütz, Studienrat. (1925)
 Hyckel, Taubstummen-Oberlehrer. (1925)
 Kaiser, Bankdirektor. (1920)
 Marcus, Dr. phil., Prof., Studienrat. (1921)
 Paul, Studienrat. (1921)
 Pawlik, Rechtsanwalt u. Notar. (1921)
 Pladek, Studienrat. (1921)
 Przedworsky, Studienrat. (1925)
 Roter, Ober-Postsekretär. (1921)
 Seeliger, Studienrat. (1921)
 v. Szczytowski, Major a. D. (1915)
 Oberschlesische Fürstentumslandtschaft. (1846)
 Heimatmuseum. (1921)
 Staatl. Gymnasium. (1873)
 Magistrat. (1861)
 Städt. Realgymnasium. (1920)

Landkreis Ratibor.

Pfleger: Generalmajor z. D. v. Brochem-Gellhorn, Schonowitz.

Se. Durchl. Fürst v. Richnowsky, Herrschaftsbesitzer, Kreuzenort. (1910)
 v. Brochem-Gellhorn, Generalmajor z. D., Schonowitz. (1905)

Kreis Reichenbach.

Pfleger: Lehrer Lengsfeld, Reichenbach.

Dinglinger, ev. Pfarrer, Hennersdorf. (1925)
 Felgenhauer, Dr. med., Sanitätsrat, Oberlangenbielau. (1921)
 Heinisch, Konrektor, Reichenbach. (1924)
 Hohe, Lehrer, Oberlangenbielau. (1914)
 Kretschmer, Pfarrer, Erzpriester, Peterswaldau. (1922)
 Kusche, Lehrer, Rdr. Peilau-Schlössel. (1917)
 Lengsfeld, Lehrer, Reichenbach. (1922)
 v. Lieres u. Wilkau, Rittergutsbesitzer, Hennersdorf. (1917)
 Meier, Lehrer, Reichenbach. (1925)
 Mühl, Konrektor, Reichenbach. (1923)
 Neugebauer, Pfarrer, Erzpriester, Röltschen. (1891)
 Neugebauer, Dr. med., Assistenzarzt, Langenbielau. (1920)
 Strecke, Lehrer, Czarnowanz. (1924)

Schallehn, Dr. rer. pol., Reichenbach. (1922)
 Schönwälder, Bürgermeister, Reichenbach. (1924)
 v. Seydliß, Dr. jur., Landrat a. D., Majoratsbes., Habendorf. (1894)
 Graf v. Seidlitz-Sandreczki, Fideikommißbes., Schloß Olbersdorf.
 (1910)
 Stryker, Lehrer, Weigelsdorf. (1922)
 Teubner, Stadtpfarrer, Reichenbach. (1922)
 Walter, Lehrer, Langenbielau. (1924)
 Wenke, Rektor, Reichenbach. (1906)
 Magistrat der Stadt Reichenbach. (1910)
 Realgymnasium, Langenbielau. (1924)
 Realgymnasium, Reichenbach. (1874)

Kreis Rosenberg O.S.

Pfleger: z. Z. unbesetzt.

Böhm, Pfarrer, Erzpriester, Landsberg O.S. (1903)
 Sobotta, Lehrer, Seichwitz. (1923)
 Staaal. Aufbauschule Rosenberg. (1908)

Kreis Rothenburg O.L.

Pädagogium, Niesky. (1900)

Kreis Rybnik O.S.

Pfleger: Wiechulla, Rentmeister, Rauden.

Wiechulla, Herzogl. Rentmeister i. R., Rauden. (1915)

Kreis Sagan.

Pfleger: Pastor Krüger, Sagan.

George, Pfarrer, Neuwaldbau. (1917)
 Heyne, Betriebsleiter, Tschöpelu. (1923)
 Krüger, Pastor, Stadtrat, Sagan. (1925)
 Staatl. Gymnasium, Sagan. (1872)
 Magistrat der Stadt Sagan. (1893)
 Wissenschaftlicher Verein, Sagan. (1896)

Kreis Schönau.

Pfleger: Stadtpfarrer Seidel, Schönau.

Direkte, Pfarrer, Kauffung. (1910)
 Kaufmann, Pfarrer em., Jannowitz. (1895)
 v. Küster, Rittergutsbesitzer, Hohenliebenthal. (1891)
 Müller, Lehrer, Verbisdorf. (1925)
 Seidel, Stadtpfarrer u. Kreisschulininspektor a. D., Schönau. (1907)
 Magistrat der Stadt Schönau. (1895)

Stadtkreis Schweidnitz.

Pfleger: Kaufmann Mann, Schweidnitz.

Brachmann, Zeitungsverleger. (1920)
 Denker, Dr. phil., Studienrat. (1906)

Grunow, Dr. phil., Studienrat. (1911)
 Gönzel, Verlagsbuchhändler. (1922)
 Kuß, Schriftleiter der Mittelschles. Zeitung. (1925)
 Mann, Kaufmann. (1922)
 Schmidt, Dr. theol., Pfarrer. (1909)
 Gymnasium. (1916)
 Kath. Lehrerverein. (1911)
 Magistrat. (1846)

Landkreis Schweidnitz.

Pfleger: Dr. v. Kulmiz, Saarau.

Biehahn, Prinzl. Forstmeister, Hohgiersdorf. (1902)
 Bleisch, Hauptlehrer, Würben. (1889)
 Bleisch, Pfarrer, Würben. (1914)
 Flöter, Studienrat, Freiburg. (1925)
 Hanke, Dr. med., prakt. Arzt, Zobten. (1925)
 v. Kulmiz, Dr. phil., Saarau. (1922)
 Menzel, Pfarrer, Gr. Wierau. (1895)
 Ossig, Lehrer, Zobten. (1925)
 Graf v. Büdler, Majoratsbesitzer, Ober-Weistritz. (1900)
 Treutler, Fabrikdirektor, Saarau. (1907)
 Ziesché, Dr. theol., Univ.-Prof., Pfarrer, Strehlitz. (1902)
 Magistrat der Stadt Freiburg. (1905)
 Magistrat der Stadt Zobten. (1905)
 Oberrealschule, Freiburg. (1874)

Kreis Sprottau.

Pfleger: Rechtsanwalt Dr. Matuszkiewitz, Sprottau.

Baller, Kaufmann, Sprottau. (1911)
 v. Diebitsch, Rittergutsbesitzer, Mdr.-Cunzendorf. (1903)
 Doğaner, Fabrikbesitzer, Sprottau. (1921)
 Gemß, Oberpostsekretär, Sprottau. (1923)
 v. Kessel, Reg.-Assessor a. D., Rittergutsbesitzer, Zeisdorf. (1912)
 Knothe, Bürgermeister, Sprottau. (1921)
 Mantel, Apotheker, Sprottau. (1921)
 Matuszkiewitz, Dr. jur., Rechtsanwalt u. Notar, Sprottau. (1905)
 v. Niebelschütz, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Reuthau. (1919)
 Nowag, Veterinärarzt, Kreisierarzt, Sprottau. (1921)
 Nowak, Rittergutsbesitzer, Ober-Altgabel. (1924)
 Noßwitz, Steuerinspektor, Sprottau. (1924)
 Reiche, Justizrat, Rittergutsbesitzer, Mdr.-Giesmannsdorf. (1892)
 Rümpler, Fabrikbesitzer, Sprottau. (1909)
 Ruscher, Fabrikbesitzer, Sprottau. (1921)
 Slesina, Bankbevollmächtigter, Sprottau. (1924)
 Behowski, Hüttendirektor i. R., Sprottau. (1921)
 Weiß, Pfarrer, Waltersdorf. (1908)
 Kreisausschuß. (1922)
 Magistrat der Stadt Sprottau. (1905)
 Real-Progymnasium, Sprottau. (1881)

Kreis Steinau a. D.

Pfleger: Pfarrer Söhnel, Raudten.

- Graf v. Rittberg, Majoratsherr, Urschau. (1910)
 Samieste, Lehrer, Raudten. (1922)
 Söhnel, ev. Pfarrer, Raudten. (1894)
 Teichmann, Rittergutsbesitzer, Brodelwitz. (1914)
 Uphoff, Buchdruckereibesitzer, Köben. (1921)
 Magistrat der Stadt Raudten. (1905)

Kreis Strehlen.

Pfleger: Frl. v. Roschembahr, Türpitz.

- v. Gellhorn, Rittergutsbesitzer, Ottwitz. (1921)
 Kleiner, Lehrer, Gurtisch. (1923)
 Klingmüller, Dr. med., Medizinalrat, Strehlen. (1921)
 Gräulein v. Roschembahr, Türpitz. (1905)
 v. Rohr, Rittergutsbesitzer, Manze. (1925)
 Schaefer, Pfarrer, Markt-Bohrau. (1920)
 Schilling, Pastor prim., Großburg. (1911)
 Frau Schöps, Erbscholtiseibesitzerin, Strehlen. (1921)
 Taubitz, Kantor, Markt-Bohrau. (1920)
 Magistrat der Stadt Strehlen. (1906)

Kreis Groß-Strehlitz.

Pfleger: Hauptlehrer Mücke, Zyrowa.

- Grundeis, Lehrer, Himmelwitz. (1922)
 Hoffmann, Lehrer, Groß-Strehlitz. (1924)
 Janitz, Pfarrer, Ottmuth. (1909)
 Mücke, Hauptlehrer, Zyrowa. (1911)
 Sczodrok, Rektor, Colonnowska. (1924)
 Graf v. Strachwitz, Majoratsherr, Groß-Stein. (1910)
 Wodarz, Pfarrer, Jeschona. (1891)
 Staatl. Gymnasium Groß-Strehlitz. (1879)
 Lehrer-Bibliothek des Kreises Groß-Strehlitz. (1890)
 Magistrat der Stadt Groß-Strehlitz. (1906)

Kreis Striegau.

Pfleger: z. Z. unbesetzt.

- Feja, Pfarrer, Ossig. (1906)
 v. Kulmiz, Rittergutspächter, Sasterhausen. (1922)
 Kursawe, ev. Pfarrer, Jentau. (1916)
 Kreislehrerrat Striegau. (1925)
 Magistrat der Stadt Striegau. (1893)
 Realgymnasium, Striegau. (1871)

Kreis Trebnitz.

Pfleger: Pastor prim. Rademacher, Stroppen.

- Bänisch, luth. Pfarrer, Schebitz. (1922)
 Baron v. Gillern, Hauptmann a. D., Schloß Schmarner-Ellguth. (1918)

Joachim, Rektor, Trebnitz. (1922)
 Lerche, Hauptlehrer, Zedlitz. (1925)
 Maschke v. Witowsky, Major a. D., Obernitz. (1907)
 Nowack, Gasthausbesitzer, Hünern. (1925)
 Rademacher, Pastor prim., Stroppen. (1907)
 Rejewitz, Hauptlehrer u. Kantor, Schawoine. (1923)
 v. Schweinichen, Ob.-Ltn. a. D., Fideikommißherr, Bischowitz a. W. (1917)
 Schwierskott, Lehrer, Simsdorf. (1924)
 Freiherr v. Seherr-Thoß, Rittergutsbes., Güntherwitz. (1925)
 Sengfelder, Dr. phil., Obernitz. (1920)
 Mutke, Rittergutsbesitzer, Schebitz. (1904)
 Zimmer, Lehrer, Starßene. (1924)

Stadtkreis Waldenburg.

Pfleger: Rektor Kride, Gottesberg.

Albrecht, Bergassessor a. D. (1902)
 Didreiter, Stadtrat. (1925)
 Kemmler, Dr. med., Sanitätsrat. (1898)
 Lischka, Lehrerin. (1921)
 Pechmann, Juwelier. (1922)
 Pflug, Professor i. R. (1877)
 Stiebler, Georg. (1921)
 Gewerbe- und Volksbildungsverein. (1912)
 Städt. Gymnasium. (1877)

Landkreis Waldenburg.

Pfleger: Rektor Kride, Gottesberg.

Boer, Kaufmann, Wüstewaltersdorf. (1913)
 Heilmann, Lehrer, Polsnitz. (1922)
 Jahn, Lehrer, Donnerau. (1924)
 Kride, Rektor, Gottesberg. (1921)
 Kunze, Pfarrer, Altwasser. (1916)
 Linke, Rektor, Friedland. (1925)
 Nier, Rektor, Dittersbach. (1922)
 Richter, Lehrer, Weißstein. (1925)
 Rossat, Lehrer, Wüstegietersdorf. (1917)
 Schaefer, ev. Pfarrer, Altwasser. (1923)
 Schelenz, Dr. phil., Studienrat, Fürstenstein. (1923)
 Schroeter, Lehrer, Gottesberg. (1923)
 Wilde, Stadthauptkassenrendant, Gottesberg. (1923)
 Kreislehrerbücherei des Kreislehrerrats, Waldenburg-Weißstein. (1885)
 Magistrat der Stadt Friedland. (1907)
 Reichsgräfl. Hochberg'sche Majoratsbibliothek, Schloß Fürstenstein. (1856)
 Ev. Schule, Gottesberg. (1924)

Kreis Groß-Wartenberg.

Pfleger: Lehrer Arnold, Neumittelwalde.

Adamczyk, Dr. jur., Amtspächter, Groß-Wartenberg. (1909)
 Arnold, Lehrer, Neumittelwalde. (1923)

Artelt, Lehrer, Groß-Wartenberg. (1919)
 Franzkowski, Hauptlehrer u. Kantor i. R., Gotschütz. (1882)
 Haase, Lehrer, Groß-Wartenberg. (1924)
 Kopka, Pfarrer, Schollendorf. (1919)
 v. Korn, Dr. jur., Rittergutsbesitzer, Rudelsdorf. (1910)
 Motz, Pfarrer, Rudelsdorf. (1907)
 Graf v. Reichenbach-Gotschütz, Freier Standesherr, Gotschütz. (1886)
 Graf v. Reichenbach-Gotschütz, Neumittelwalde. (1909)
 Reimnitz, Rektor, Neumittelwalde. (1923)
 v. Reinersdorff-Paczensky und Tenczin, Majoratsherr, Ober-
 Stradam. (1879)
 v. Reinersdorff-Paczensky und Tenczin, Reg.-Rat, Landrat, Groß-
 Wartenberg. (1919)
 v. Reinersdorff-Paczensky und Tenczin, Görnsdorf. (1919)
 Poinke, Pfarrer, Tscheschenhammer. (1910)
 Schneider, Pfarrer, Festenberg. (1919)
 Wennrich, Lehrerin, Neumittelwalde. (1923)

Areis Wohlau.

Pfleger: Professor Böttcher, Wohlau.

Böttcher, Prof., Studienrat, Wohlau. (1905)
 Drathschmidt, Dr. phil., Studienrat, Wohlau. (1923)
 Fedde, Dr. phil., Studienrat, Wohlau. (1906)
 Günther, Justizobersekretär, Wohlau. (1923)
 Herda, Dr. med., prakt. Arzt, Dyhernfurth. (1915)
 Jopke, Rendant, Wohlau. (1923)
 Krieg, Lehrer, Lahje. (1923)
 Meusel, Justizobersekretär, Wohlau. (1923)
 Raehmel, Landesältester, Lahje. (1923)
 Schwenzner, Dr. phil., ev. Pfarrer, Gimmel. (1923)
 Staatl. Gymnasium, Wohlau. (1873/74)
 Co. Kreislehrerbibliothek, Wohlau. (1918)
 Rath. Kreislehrerbibliothek, Wohlau. (1918)

C. Außerhalb Schlesiens.

Pfleger für Berlin: ev. Pfarrer Lic. Dr. Becker,
 Rechn.-Rat Forner.

Adaschkiewitz, Knappschaftsbeamter, Brühl, Bez. Köln. (1921)
 Avenarius, Dr. med., Meissen i. Sachsen. (1920)
 Graf v. Ballestrem, Rittergutsbesitzer, Kochzück, Ost-Ober-Schles. (1910)
 Becker, Dr., Lic., ev. Pfarrer, Berlin-Friedenau, Sponholzstr. 35. (1879)
 Belger, Kaufmann, Berlin-Schmargendorf, Marienbader Str. 9. (1906)
 Biderich, Lic., Pastor a. d. ev.-reform. Johanniskirche, Bissa i. P. (1925)
 Bierseye, Dr. phil., Studienrat, Eutin i. Holstein. (1921)
 Blaschel, Dr. rer. pol., Berlin. (1922)
 Freiherr v. Boß, Oberst a. D., Rüstlin-Altstadt. (1908)
 Borchert, Dr. phil., Univ.-Prof., München, Reitmorstr. 14. (1909)

- Breithor, Bankbeamter, Berlin, Fürbringerstr. 21. (1917)
- Brieger, Dr. phil., Archivassistent i. R., Marburg a. d. Lahn. (1911)
- Bromm, kath. Pfarrer, Fürstl. Neudorf, Ost-Ober-Schles. (1911)
- Buchmann, Vermessungsinsp., Berlin-Neukölln, Wildenbruchstr. 80 (1921)
- Burdach, Dr. phil., Geh. Reg.-Rat, Univ.-Prof., Berlin-Grünwald
Schleinitzstraße 6. (1898)
- Christian, Kuratus, Fürstenberg a. O. (1922)
- Czaja, Studienassessor, Tarnowitz, Ost-Ober-Schles. (1920)
- Dettloff, Leutnant d. Nachrichtenabt. 3, Potsdam. (1922)
- Graf v. Dönhoff, Dr. jur., Landrat, Standau, Kr. Gerdauen i. Pr. (1902)
- Dumrese, Dr. phil., Studienrat, Rathenow. (1908)
- Freiherr v. Eichendorff, Oberstleutnant a. D., Altenbeuern bei Raubling,
Ober-Bayern. (1920)
- Fabian, Knappschaftsbeamter, Halle a. S., Wettiner Str. 34. (1918)
- Feine, Dr. phil., Univ.-Prof., Kottbus, Orleansstr. 18. (1920)
- Fischer, Konf.-Rat, ev. Pfarrer, Berlin, Friedrichstr. 213. (1924)
- Franke, Dr. phil., Studienrat, Perleberg i. d. Priegnitz. (1906)
- v. Frankenberg u. Ludwigsdorf, Schriftsteller, Kirchberg a. d. Jagst.
(1924)
- Forner, Rechnungsrat, Berlin-Steglitz, Sedanstr. 40. (1919)
- Galleiske, Ob.-Reg.-Rat i. R., Potsdam. (1893)
- Gediga, Pfarrer, Leschczyn bei Rybnik, Ost-Ober-Schles. (1914)
- Geisler, Prof., Studienrat, Berlin-Tegel, Steinbergstr. 52. (1907)
- Gerstmann, Kaufmann, Leipzig-Gohlis, Pöhlitzstr. 11. (1923)
- Glazel, Amtsvorsteher a. D., Berlin W 15, Pariser Str. 5. (1920)
- Goerlich, Dr. jur., Oberbürgermeister, Oldenburg. (1916)
- Gradenitz, Dr., Provinzialrabbiner, Hanau. (1919)
- Günzel, Dr. phil., Studienrat, Königsberg i. Pr., Samlandweg 11. (1919)
- Gürtler, Oberstleutnant a. D., Nordenham i. Oldenburg. (1923)
- Guzielski, Dr. phil., Studienrat, Potsdam. (1923)
- Haase, Berlin N 65, Barfusstr. 7. (1921)
- Haber, Dr. jur., Regierungsrat, Berlin-Dahlem, Fontanestr. 11. (1921)
- Heinze, Konrektor, Tarnowitz, Ost-Ober-Schles. (1924)
- Se. Durchlaucht Fürst Hendel v. Donnersmard, Kotlach-Eger, Tegern-
see. (1914)
- Graf Edwin Hendel v. Donnersmard, Naclo bei Tarnowitz, Ost-
Ober-Schles. (1924)
- v. Heydebrand u. d. Laasa, Bankbeamter, Berlin-Grünwald, Hohen-
zollerndamm 62. (1925)
- Heymann, Dr. jur., Geh. Justizrat, Univ.-Prof., Charlottenburg, Kaiser-
damm 44. (1918)
- Hoffert, Dr., Facharzt, Oppeln, Krakauerstr. 30. (1925)
- Se. Durchl. Prinz zu Hohenlohe-Ingelfingen, Fideikommißherr auf
Roschentin bei Lublinitz, Ost-Ober-Schles. (1896)
- Holzmann, Dr. phil., Univ.-Prof., Halle a. S., Cecilienstr. 51. (1918)
- Holz, Oberschichtmeister, Cleophasgrube b. Rattowitz, Ost-Ober-Schles. (1922)
- Höniger, Dr. phil., Univ.-Prof. i. R., Berlin W 50, Kurfürstendamm 231.
(1880)
- Hübner, Dr. phil., Studienrat, Danzig-Zoppot, Bergstr. 4a. (1920)

- Sütter-Beyrauch, Dr. phil., Würzburg. (1920)
 Radlec, Dr. phil., Univ.-Prof., Prag, Kr. Vinohradý, Mánesova ul. 41. (1909)
 v. Kalinowski, Kaiserl. Major a. D., Dos bei Baden-Baden. (1914)
 Rapras, Dr. jur., Univ.-Prof., Prag, Kr. Vinohradý, Mánesova ul. 47. (1906)
 Karšch, Staatsoberförster, Lübben N.L. (1921)
 Kern, Dr. phil., Archivar, Berlin, Bernburger Str. 24. (1890)
 Kleinert, Dr. med. vet., Tierarzt, Thiergarth i. Westpreußen. (1922)
 Klose, Bauführer, Tarnowitz, Ost-Ober-Schles. (1920)
 Freiherr v. Kobliž-Willmburg, Salzburg, Oesterreich, Lodronstr. 2. (1896)
 Kolbe, Reg.- und Schulrat, Erfurt. (1893)
 König, Dr. phil., Univ.-Prof., Tübingen. (1912)
 Kosellek, Pfarrer, Timmendorf bei Pleß, Ost-Ober-Schles. (1906)
 Koždon, Cech. Teschen, Schießstätte, Tschechoslowakei. (1921)
 Knoch, Fabrikdirektor, Berlin-Friedenau, Cranachstr. 19. (1922)
 Knossalla, Dr. theol., Pfarrer, Radzionkau bei Tarnowitz, Ost-Ober-Schlesien. (1910)
 Langer, Musik- u. Seminarlehrer, Wittlich, Bez. Trier. (1897)
 Levison, Dr. phil., Univ.-Prof., Bonn, Kaiserstr. 105. (1901)
 Löprecht, Weingroßkaufmann, Tarnowitz, Ost-Ober-Schles. (1922)
 v. Loesch, Rittergutsbesitzer auf Jablona bei Bojanowo. (1909)
 Loß, Erzpriester, Pawlowitz bei Pleß, Ost-Ober-Schles. (1889)
 Lux, Dr. theol., Univ.-Prof., Münster i. W., Weseler Str. 1. (1901)
 Menzel, Dr. med., Zahnarzt, Seegesfeld, Ost-Havelland. (1924)
 Methner, Obergerichtsrat, Danzig-Langfuhr, Rüdertweg 1/2. (1925)
 Meyer, Arnold Oskar, Dr. phil., Univ.-Prof., Göttingen. (1901)
 Meyer, Herbert, Dr. jur., Univ.-Prof., Göttingen. (1906)
 Michals, Bürgermeister, Tarnowitz, Ost-Ober-Schles. (1924)
 Mierzowski, Dr. med., prakt. Arzt, Bismarckhütte, Ost-Ober-Schles. (1922)
 Mittmann, Oberlehrer i. R., Wildschütz, Gerichtsbez. Jauernig, Tschechoslowakei. (1904)
 Moepert, Pfarrer, Swinemünde, (1909)
 Müller, Religionslehrer, Tepliz-Schönau, Tschechoslowakei. (1912)
 Rentwig, Dr. phil., Prof., Berlin-Steglitz, Südenstr. 50. (1910)
 Neumann, Kaplan, Berlin SO. 33, Wrangelstr. 50/51. (1923)
 Niedziela, Pfarrer, Goldmannsdorf bei Pleß, Ost-Ober-Schles. (1907)
 Niedziela, Kaplan, Rattowitz, Ost-Ober-Schles. (1916)
 Oczipka, Dr. phil., Studienrat, Nord-Amerika. (1919)
 Opiß, Dr. phil., Studienrat, Berlin-Pankow, Breite Str. 31 c. (1912)
 Orgel, Diplom-Ingenieur, Philadelphia, U. St. A. (1922)
 Paterot, Pfarrer, Ob.-Lazisk bei Pleß, Ost-Ober-Schles. (1899)
 Pfigner, Dr. phil., Assistent der deutschen Universität zu Prag, Obstmarkt 5. (1925)
 Pietsch, Zollrat, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 45 a. (1919)
 v. Bogrell, Rittmeister a. D., Sonnenholz bei Stephanskirchen, Rosenheim in Bayern. (1916)
 Pohl, Dipl.-Ing., Direktor, Charlottenburg, Wiglebenstr. 3. (1922)

- Graf v. Posadowsky-Wehner, Exz., Dr. theol. h. c., Dr. med. h. c.,
Dr. jur., Staatsminister, Dechant des Hochstifts Naumburg,
Naumburg a. S. (1866)
- Prus, Nicolai, Ost-Ober-Schles. (1922)
- Radler, Ministerialrat, Berlin-Zehlendorf, Teltowerstr. (1924)
- Rehme, Dr. jur., Geh. Justizrat, Univ.-Prof., Leipzig, Schillerstr. 8.
(1908)
- Reichelt, Dr. jur., Syndikus, Sorau N.L., Bahnhofstr. 14. (1922)
- Riedel, Pfarrer, Pogrzebin bei Ratibor, Ost-Ober-Schles. (1915)
- Ruppert, Oberveterinär, Berlin, Luisenstr. 56. (1921)
- v. Salisch, Oberstleutnant, Charlottenburg 4, Wilmersdorfer Str. 96/97.
(1912)
- Sarnowski, Dr. med., Chorzow, bei Rattowitz, Ost-Ober-Schles. (1917)
- Schäfer, Lehrer, Berlin-Friedenau, Rembrandtstr. 20. (1921)
- Schillmann, Dr. phil., Bibliotheksrat, Berlin N 58, Tresckowstr. 18. (1912)
- Scholtissek, Studienassessor, Tarnowitz, Ost-Ober-Schles. (1920)
- Scholz, Bezirks-Schornsteinfegermeister, Gemünden, Hunsrück. (1923)
- Schönfelder, Dr. theol., Erzpriester, Mühlbock, Kr. Schwiebus. (1906)
- Schönrock, Eisenbahnbetriebskontrollleur, Berlin = Steglitz, Karl-Stieler-
Straße 16. (1923)
- Schuler, Dr. phil., Prof. d. Kirchengesch. a. Priestersem., Trier. (1917)
- Schulze, ev. Pfarrer, Sorau N.L., Sommerfelder Str. 10. (1922)
- Schunra, Justizobersekretär, Tarnowitz, Ost-Ober-Schles. (1924)
- Sebrantke, Lehrer, Zedlitz, Kr. Graustadt. (1922)
- Seipel, Lehrer, Schonnebeck b. Essen a. R. (1921)
- Simanek, Ober-Reg.-Sekr., Berlin-Friedenau, Eschenstr. 7. (1921)
- Simonson, Reichsgerichtsrat, Leipzig, Schwägerichenstr. 21. (1906)
- v. Splawa-Neymann, Religionslehrer, Tarnowitz, Ost-Ober-Schles.
(1924)
- v. Stachelski, Oberpostlat, Charlottenburg 5, Pestalozzi-Str. 51. (1910)
- Stenzel, Prokurist, Berlin W 30, Frankenstr. 7. (1924)
- Streich, Dr. phil., Studienrat, Hamburg 26, Saling 28. (1912)
- Taurke, Dr. phil., Kaufmann, Dortmund, Saarbrücker Str. 29. (1925)
- Thaussig, Kaiserl. Rat, Privatier, Prag, 487/I. (1910)
- Thoma, Dr. phil., Prof., Studienrat, Cüstrin-Neustadt. (1912)
- Ueberschaer, Kreisaußschußsek., Frankenberg i. Hessen. (1912)
- Ueberschaer, Regierungsrat a. D., Hannover, Bäderstr. 40. (1891)
- Ueberschaer, Präsident d. Landesfinanzamts, Stettin, Hafenterrasse 2.
(1919)
- Werner, Rektor a. d. Marine-Fortbildungsschule, Kiel, Holtenauer Str. 167.
(1921)
- Williger, Dr. Ing., Geh. Bergrat, Generaldirektor, Rattowitz, Ost-Ober-
Schlesien. (1898)
- Wlodarczyk, Pfarrer, Kotoschütz, Ost-Ober-Schles. (1908)
- Freiherr v. Zedlitz-Neukirch, Reg.-Rat u. Polizeiamtsdirigent, Charlotten-
burg 2, Carmerstr. 15. (1925)
- Rattowitzer Aktiengesellschaft für Bergbau u. Eisenhüttenbetrieb,
Rattowitz, Ost-Ober-Schles. (1903)
- Städt. Archiv zu Mährisch-Osttau. (1924)

- Deutscher Bezirkschulverein, Rattowik, Ost-Ober-Schles. (1922)
 Bibliothek des Preuß. Landtages, Berlin SW.11, Prinz Albrechtstr. 5.
 (1898)
 Bibliothek des Reichstages, Berlin. (1896)
 Copernicus-Verein zu Thorn. (1922)
 Haupt-Staatsarchiv, Dresden-N., Düppelstr. 14. (1900)
 Staatl. Hausarchiv, Charlottenburg, Spandauer Str. 1. (1873)
 Konvent der ritterlichen Kreuzherren m. d. r. Stern, Prag. (1900)
 Schlesiſches Landesmuseum, Troppau, Tschechoslowakei. (1922)
 Fürstbischöfl. Priesterseminar zu Weidenau, Tschechoslowakei. (1902)
 Schlesier-Verein in Allenstein O.Pr. (1921)
 Historisches Seminar, Berlin NW.7, Universität. (1907)
 Historisches Seminar der deutschen Universität zu Prag. (1910)
 Staatsbibliothek, München. (1863)
 Stadtbibliothek, Worms, Dehaneistr. 1. (1912)
 Stadtbücherei, Elbing. (1917)
 Rybniker Steinkohlen-Gewerkschaft, Rattowik, Ost-Ober-Schles. (1910)
 Universitätsbibliothek, Bonn. (1910)
 " Göttingen. (1892)
 " Greifswald. (1882)
 " Heidelberg. (1864)
 " Königsberg i. Pr. (1916)
 " Lemberg. (1875)
 " Münster i. W. (1877)
 " Prag. (1910)
 " Preßburg. (1924)
 " Rostock. (1869)

